A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

Okt. 1971

WARENPRODUKTION UND SOZIALISMUS
BILDUNGSSYSTEM DER DDR
KLASSENKÄMPFE IN FRANKREICH: Renault 1971
TECHNIK UND GESELLSCHAFTSSTRUKTUR

Klassenstruktur der sozialistischen Länder

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

Wolfgang Abendroth

SOZIALISTISCHE POLITIK

3. Jahrgang Nr. 13 Okt. 1971

Seite

AUFSÄTZE UND ANALYSEN

Wilhelm M. Breuer	Warenproduktion und Sozialismus	1
Hartmut Behrens	Das Bildungssystem der DDR Aspekte seiner Entwicklung und seiner Probleme	15
Lothar Peter	Klassenkämpfe in Frankreich: Renault 1971	33
Hermann Ley, Thomas Müller	Technik und Gesellschaftsstruktur	53

KURZANALYSEN UND BERICHTE

N.A. Aitow	Allgemeines und Besonderes in der Klassenstruktur der sozialistischen Länder	81

DISKUSSION UND BESPRECHUNG

Georg Landwirth	Der bürgerliche Konvertit und sein eigener Revisionismus	89
Volker Gransow	Ein Brief Anstelle einer Besprechung des Buches "Ausgewählte Reden, Aufsätze und Beschlüsse der 'KPD'-Aufbauorganisation"	101
Projekt Klassenanalyse	Besprechung von Lavrov: "Die Pariser Kommune"	105
Alfred Sohn-Rethel	Noch ein Brief Aus Anlaß von J. Bischoff: "Materielle und geistige Produktion" in SOPO 12/71	109

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern, Gudrun Wossidlo

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin-West 620 10
Anzeigenpreisliste 2/70
1.-8. Tausend Oktober 1971

Cover: Gil Funccius, Westberlin
Satz: Hannes Schwenger, Westberlin
Druck: Verlag und Druck Informdienst GmbH, Westberlin

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement 1971 (6 Nummern) beträgt DM 18,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe liegen ganz oder teilweise bei Prospekte des Instituts für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), des Luchterhand-Verlages, des Nachrichten-Verlages, der Zeitschrift Konsequent sowie eine Bestellkarte der SOPO.

Aufsätze und Analysen

Wilhelm M. Breuer

Warenproduktion und Sozialismus

Zu einigen Aspekten der Diskussion über die politische Ökonomie des Sozialismus

Eine alte Streitfrage der politischen Ökonomie des Sozialismus ist in jüngster Zeit in Westberlin und in der BRD wieder aktuell geworden - die Frage, ob Sozialismus und Warenproduktion miteinander vereinbar sind. Diese erstaunliche Renaissance einer alten Debatte muß in dem Zusammenhang gesehen werden, daß heute innerhalb der westeuropäischen Linken wieder alle Richtungen und Schattierungen vertreten werden, die je einmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung - wenn auch zumeist nur kurzfristig und oft an ihrer Peripherie - eine Rolle gespielt haben. Mit Wehmut und zugleich mit Verbissenheit klammern sich einige Gruppierungen an alles, was sie als Spuren ansehen, die die internationale Arbeiterbewegung auf dem langen Weg ihrer Geschichte zurückgelassen hat. Daß wir dieser Erscheinung nun auch auf dem Feld der politischen Ökonomie begegnen, ist daher nicht so verwunderlich, wie es zunächst scheinen mag.

Es fällt jedoch auf, daß in der neu belebten Diskussion über Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus die großen Erfahrungen, die in einem Drittel der Welt im Prozeß des Aufbaus des Sozialismus gesammelt wurden, entweder bewußt ignoriert oder grob verzerrt werden. Es scheint daher, als gelte auch hier das Wort Werner Hofmanns: "Was die Einsicht in sozio-ökonomische Sachverhalte heute erschwert, ist vielfach nicht so sehr in der Sache selbst gelegen als vielmehr in der interesse-bedingten Einstellung, die sie erfahren haben mag." (1) Einem Teil der ihrem Anspruch nach "nicht-revisionistischen" Theoretikern geht es denn auch bei der Diskussion über die Warenproduktion weniger darum, Klarheit über Grundfragen der politischen Ökonomie zu gewinnen, als vielmehr darum, ihre bereits aus antiautoritären oder gar noch früheren Tagen stammende "Kritik" des real existierenden Sozialismus neu zu drapieren.

So muß nun auch die Warenproduktion dazu herhalten, "linke" Varianten der Konvergenztheorie zu stützen. Großzügig läßt etwa Wolfgang Müller alle Unterschiede zwischen Kapitalismus und Sozialismus im gemeinsamen Begriff der "Warengesellschaft" (2) verschwinden, ein Kunststück, an dem Brzezinski und Galbraith ihre Freude hätten. Horst Kurnitzky und Alex Schubert gelangen auf eine noch elegantere Weise zum selben Ziel. Ausgehend vom Entfremdungsbegriff der Pariser Manuskripte reduzieren sie den Sozialismus auf ein Ziel: "Diese Entfremdung aufzuheben, das ist die historische Aufgabe der Übergangsperi-

1 Werner Hofmann: GRUNDELEMENTE DER WIRTSCHAFTSGESELLSCHAFT, Ein Leitfaden für Lehrende, Reinbek bei Hamburg 1969, S. 16.

2 Wolfgang Müller: "Einleitung" zu: Bettelheim, Castro u.a.: WERTGESETZ, PLANUNG UND BEWUSSTSEIN, Die Planungsdebatte in Cuba, Frankfurt /M. 1969, S. 7 passim.

ode." (3) Nach dieser Erkenntnisleistung stellen sie dann fest: "Nun sind aber alle (!) Kategorien der Nationalökonomie, wie Geld, Ware, Gewinn, ableitbar aus der entfremdeten Arbeit." (4) Daraus muß dann schlüssig folgen, daß die Fortexistenz der Warenproduktion im Sozialismus eine Perpetuierung entfremdeter Arbeit bedeute, sich also folglich gegenüber dem Kapitalismus nicht geändert habe. Auch Günter Maschke - gestützt auf die doch etwas widersprüchlichen Kronzeugen Stojanovic, Gorz und Mandel - gelangt zu einem ähnlichen Ergebnis, das seiner Meinung nach sogar auf marxistischen Kategorien beruhe: " . . . die betreffenden Gesellschaften erfüllen nicht die Bedingungen, aufgrund derer sie als Übergangsgesellschaften bezeichnet werden könnten" (5), " . . . so endet das Ganze . . . bestenfalls in einer entfremdeten Konsumgesellschaft." (6) Etwas schwerer tut sich da Philip Neumann. Da für ihn bis zum XX. Parteitag der KPdSU die Welt noch weitgehend in Ordnung war, kann er erst an den Wirtschaftsreformen der 60er Jahre kritisch ansetzen. Doch auch er findet den richtigen Dreh durch eine strikte Trennung von Politik und Ökonomie. Daß administrative Lenkungsmethoden die Entwicklung der Produktivkräfte hemmen können, stört ihn nicht, da er "administrativ" und "politisch" gleichsetzt und damit die administrative Lenkung mit einer höheren Würde als die schnöde ökonomische Lenkung versieht, die ja Profitmaximierung anstrebe. So gelangt er zum folgenden Zerrbild: "Als administrativ wird die Bestimmung der Ziele und Methoden der Tätigkeit der Betriebe durch überbetriebliche Institutionen nach politischen Kriterien bezeichnet. Ökonomisch werden die Betriebe dann geplant und geleitet, wenn sie bei einer größeren Selbständigkeit von den übergeordneten Planungsinstanzen durch ökonomische Hebel zur Erzielung eines höchstmöglichen Gewinns orientiert werden."(7) Die Alternative "administrativ" oder "ökonomisch" ist dann auch schließlich für ihn einer der Punkte, an denen sich entscheidet, ob sich die sozialistische Gesellschaft zur klassenlosen Gesellschaft hinentwickelt oder ob erneut eine bürgerliche Klasse die Herrschaft ausübt."(8) Dergleichen Zerrbilder könnten endlos fortgesetzt werden, sind sie doch zu einer vertrauten Erscheinung in den Spalten der "linken" Gazetten geworden. Sinnvoller als die Kritik antikommunistischer Alpträume erscheint jedoch die Klärung der prinzipiellen theoretischen Fragen zu sein.

Ware, Warenproduktion und Kapitalismus

Beginnen wir zunächst mit der begrifflichen Klärung des Zusammenhangs von Warenproduktion und Kapitalismus. Marx grenzt den Begriff der Ware als eine der zentralen Kategorien der politischen Ökonomie vom Begriff des Produkts ab und verweist damit auf die gesellschaftlichen Bedingungen der Warenproduktion: "Ein Ding kann nützlich und Produkt menschlicher Arbeit sein, ohne Ware zu sein. Wer durch sein Produkt sein eigenes Bedürfnis befriedigt, schafft zwar Gebrauchswert, aber nicht Ware. Um Ware zu produzieren,

3 Horst Kurnitzky und Alex Schubert: "Vorwort" zu: Ernesto Che Guevara: ÖKONOMIE UND NEUES BEWUSSTSEIN, Westberlin 1969, S. 10.

4 Ebenda.

5 Günter Maschke: Entfremdung-Herrschaft-Produzentendemokratie, Bemerkungen zum Problem der Übergangsperiode", in: KURSBUCH 23, März 1971, S. 89.

6 Ebenda, S. 87.

7 Philip Neumann: "Der 'Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation', Zur Kritik der Politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR", in: KURSBUCH 23, S. 119. Zur Kritik des Neumannschen Elaborats siehe im übrigen Volker Gransow: "Konkrete Analyse, präzise Begriffe oder gewöhnlicher Antikommunismus", in: SOPO 11, S. 109 ff.

8 Neumann, a. a. O., S. 122.

muß er nicht nur Gebrauchswert produzieren, sondern Gebrauchswert für andre, gesellschaftlichen Gebrauchswert."(9) Später ergänzt Engels in der vierten Auflage des Ersten Bandes des "Kapitals" diese Stelle präzisierend: "Um Ware zu werden, muß das Produkt dem anderen, dem es als Gebrauchswert dient, durch den Austausch übertragen werden."(10) Bedingung der Warenproduktion ist somit, daß arbeitsteilig erzeugte Produkte durch Austausch übertragen werden. Kapitalistische Produktion ist daher Warenproduktion, doch ist damit Warenproduktion nicht - was bei der simplen Gleichsetzung übersehen wird - unbedingt kapitalistische Produktion. Die Warenproduktion ist weit älter als der Kapitalismus - sie entstand historisch mit der Auflösung der Urgemeinschaft und der Herausbildung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Marx stellt daher fest: "Warenproduktion und Warenzirkulation sind . . Phänomene, die den verschiedensten Produktionsweisen angehören, wenn auch in verschiedenem Umfang und Tragweite. Man weiß also noch nichts von der differentia specifica dieser Produktionsweisen und kann sie daher nicht beurteilen, wenn man nur die ihnen gemeinschaftlichen, abstrakten Kategorien der Warenzirkulation kennt." (11) Darauf soll später zurückzukommen sein.

Die sozialökonomische Bedeutung der privaten Warenproduktion hat Marx bereits in den "Grundrissen" skizziert: "Die Notwendigkeit selbst, das Produkt oder die Tätigkeit der Individuen erst in die Form des Tauschwerts, in Geld, zu verwandeln, daß sie in dieser sachlichen Form ihre gesellschaftliche Macht erhalten und beweisen, beweist zweierlei:
1. daß die Individuen nur noch für die Gesellschaft und in der Gesellschaft produzieren;
2. daß ihre Produktion nicht unmittelbar gesellschaftlich ist, nicht the offspring of association, die die Arbeit unter sich verteilt." (12)

Die private Warenproduktion ist somit ein "Ausdruck des antagonistischen Widerspruchs zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit".(13) Zwar vollzieht sich die Produktion arbeitsteilig und damit gesellschaftlich, doch regelt die Gesellschaft nicht bewußt den Produktionsprozeß. Aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln resultiert, daß "die Verteilung dieser gesellschaftlichen Arbeit und ihre wechselseitige Ergänzung, der Stoffwechsel ihrer Produkte, die Unterordnung unter und Einschiebung in das gesellschaftliche Triebwerk, dem zufälligen, sich wechselseitig aufhebenden Treiben" (14) der durch das Privateigentum voneinander getrennten Warenproduzenten überlassen bleibt. Der Zusammenhang der arbeitsteiligen Produktion wird erst durch den Austausch der Arbeitsprodukte auf dem Markt hergestellt. Erst der Austausch der Produkte zu ihrem Tauschwert regelt die gesellschaftliche Produktion. Das Wertgesetz bestimmt die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit, doch da sich die privaten Warenproduzenten "nur als Warenbesitzer gegenübertreten . . setzt sich das innere Gesetzt nur durch vermittelst ihrer Konkurrenz, ihres wechselseitigen Drucks aufeinander, wodurch sich die Abweichungen gegenseitig aufheben. Nur als inneres Gesetz, den einzelnen Agenten gegenüber als blindes Nautrgesetz, wirkt hier das Gesetz des Werts und setzt das gesellschaftliche Gleichgewicht der Produktion inmitten ihrer zufälligen Fluktuationen durch." (15)

9 Karl Marx: DAS KAPITAL, Erster Band, MEW Bd. 23, S. 55.

10 Ebenda.

11 Ebenda, S. 128, Anm. 73.

12 Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE (Rohentwurf), Berlin 1953, S. 76.

13 Georg Ebert, Gerhard Koch u.a.: ÖKONOMISCHE GESETZE IM GESELLSCHAFTLICHEN SYSTEM DES SOZIALISMUS, Berlin 1969, S. 146.

14 Karl Marx: DAS KAPITAL, Dritter Band, MEW Bd. 25, S. 887.

15 Ebenda

Diese allgemeine Bestimmung der Kategorie der Ware und der Warenproduktion reicht noch nicht aus, die kapitalistische Produktionsweise zu charakterisieren: "Waren zu produzieren, unterscheidet sie nicht von anderen Produktionsweisen wohl aber dies, daß Ware zu sein, der beherrschende und bestimmende Charakter ihres Produkts ist."(16) Was die kapitalistische Warenproduktion von früheren Produktionsweisen unterscheidet und sie zur höchsten Form privater Warenproduktion macht, ist, daß hier alles zur Ware wird. Dies bedeutet vor allem, "daß der Arbeiter selbst nur als Warenverkäufer und daher als freier Lohnarbeiter, die Arbeit also überhaupt als Lohnarbeit auftritt." (17) "Was also die kapitalistische Epoche charakterisiert, ist, daß die Arbeitskraft für den Arbeiter selbst die Form einer ihm gehörigen Ware, seine Arbeit daher die Form der Lohnarbeit erhält."(18) Gilt für die einfache Warenproduktion noch, daß die Produzenten zugleich Eigentümer der Produktionsmittel waren und der Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit daraus resultierte daß die Produzenten durch ihr Privateigentum voneinander getrennt waren, so kommt für die kapitalistische Warenproduktion die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln hinzu. Grundlegend wird hier der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung. Warenproduktion in der kapitalistischen Produktionsweise impliziert daher "die Produktion des Mehrwerts als direkter Zweck und bestimmendes Motiv der Produktion". (19)

Das Ergebnis unserer begrifflichen Klärung können wir nun zusammenfassen:

1. Warenproduktion ist arbeitsteilige Produktion von Produkten, die durch Austausch übertragen werden.
2. Der in der privaten Warenproduktion zu Tage tretende Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit resultiert aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln.
3. Kapitalistische Warenproduktion trägt den doppelten Charakter "1. des Produkts als Ware, und 2. der Ware als Produkt des Kapitals". (20) Warenproduktion allein charakterisiert daher noch nicht den Kapitalismus, präziser ist daher von "Ware als kapitalistisch produzierte(r) Ware" (21) zu reden.
4. Kapitalistische Warenproduktion basiert auf der Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln, also auf Lohnarbeit. Daher gilt: "Die kapitalistische Warenproduktion ist ein Produktionsverhältnis der Ausbeutung und der Unterdrückung. Das findet seine Widerspiegelung in jeder kapitalistisch produzierten Ware."(22)
5. In der kapitalistischen Warenproduktion zielt die Produktion auf die Erzeugung von Mehrwert. Der sich in der kapitalistischen Warenproduktion zeigende grundlegende Widerspruch ist daher der zwischen gesellschaftlicher Arbeit und privater Aneignung.
6. Da in der kapitalistischen Produktionsweise die Produktion nicht gesellschaftlich geregelt wird, setzt sich über den Austausch der Waren das Wertgesetz blind durch und erscheint als fremde Macht.

16 Ebenda, S. 886.
17 Ebenda
18 Karl Marx: DAS KAPITAL, Erster Band, MEW Bd. 23, S. 184, Anm. 41.
19 Karl Marx: DAS KAPITAL, Dritter Band, MEW Bd. 25, S. 887.
20 Ebenda.
21 Ebenda
22 POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS UND IHRE ANWENDUNG IN DER DDR, Berlin 1969, S. 261.

Warenproduktion im Sozialismus

Mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution des Jahres 1917, in der zum ersten Mal in der Geschichte der Menschheit die Arbeiterklasse die Macht erobern und behaupten konnte, begann eine neue historische Epoche - die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Nach dem zweiten Weltkrieg triumphierte der Sozialismus auf einem Drittel des Erdballs. Ein sozialistisches Weltsystem, das heute 14 Staaten umfaßt, begann mit dem Aufbau und der Entwicklung einer neuen Gesellschaftsordnung.

Diese neue Gesellschaftsordnung basiert auf der politischen Macht der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten anderen Werktätigen und auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Politische Macht und gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln ermöglichten den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse. Die jahrhundertealte Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln wurde aufgehoben und damit die Ausbeutung beseitigt. Gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln überwand die antagonistischen Widersprüche in den ökonomischen Beziehungen der Menschen zueinander, ermöglichte die planmäßige Organisation des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Diese planmäßige Organisation auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums ist das Wesen der sozialistischen Produktionsweise, damit zugleich aber auch der gesamten Gesellschaftsformation des Sozialismus. Nachdrücklich muß dabei der Klassenaspekt betont werden: "Sozialistische Planwirtschaft ist nicht einfach nur staatliche Planung, sondern Verfügung über die gesellschaftliche Produktion .... im Interesse der arbeitenden Bevölkerung auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums an den Produktionsmitteln." (23) Daß es also hier nicht nur um ökonomische, sondern um zentrale politische Fragen geht, machte Walter Ulbricht auf der Internationalen wissenschaftlichen Session des ZK der SED zum 150. Geburtstag von Karl Marx deutlich: "Die sozialistische Planwirtschaft und die mit ihr verbundene zentrale staatliche Planung sind Lebensgrundlagen der sozialistischen Ordnung. Die zentrale staatliche Planung ist für uns Marxisten-Leninisten nicht eine Frage schlechthin der Administration, sondern die zentrale staatliche Planung, das ist die Frage der Wahrung der politischen Macht der Arbeiterklasse in ihren entscheidenden Grundlagen auf ökonomischem Gebiet." (24)

Eine lange Zeit theoretische umstrittene Frage ist nun, ob gesellschaftliches Eigentum und zentrale Planung zur Beseitigung der Warenproduktion führen müssen. Die Anhänger dieser These können sich auf einige Stellen im Werk der Klassiker berufen. So betont Marx in der Kritik des Gothaer Programms: "Innerhalb der genossenschaftlichen, auf Gemeineigentum an den Produktionsmitteln gegründeten Gesellschaft tauschen die Produzenten ihre Produkte nicht aus" (25), ähnlich heißt es bei Engels im "Anti-Dühring": "Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten." (26) Ebenso formulierte Lenin vor der Oktoberrevolution: "Was den Sozialismus anbelangt, so besteht dieser bekanntlich in der Aufhebung der Warenwirtschaft."(27) Die Praxis des Aufbaus des Sozialismus

23 Bernd Hartmann: "Die Ereignisse in der CSST aus marxistischer Sicht", in: BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK, Heft 9/1968, S. 918.
24 Walter Ulbricht: "Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Rede auf der internationalen wissenschaftlichen Session des ZK der SED zum 150. Gebrutstag von Karl Marx", Berlin 1968, S. 10.
25 Karl Marx: "Kritik des Gothaer Programms". in: MEW Bd. 19, S. 19 f.
26 Friedrich Engels: HERRN EUGEN DÜHRINGS UMWÄLZUNG DER WISSENSCHAFT (Anti-Dühring), MEW Bd. 20, S. 264.
27 W. I. Lenin: "Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts". in: Werke, Bd. 15, S. 129.

zwang jedoch zur Überprüfung dieser Thesen und zur Entwicklung einer politischen Ökonomie des Sozialismus. Wer dies nicht für legitim hält und glaubt, sich im Festhalten an zwei oder drei Zitaten aus dem Lebenswerk der Klassiker als Marxist zu erweisen, geht am Marxismus-Leninismus vorbei und verkennt seinen schöpferischen Charakter. Der Marxismus ist zwar eine Anleitung zum revolutionären Handeln, liefert jedoch keine "Rezepte für die Garküche der Zukunft". (28) Engels machte dies deutlich: " .... wir haben nicht die Absicht, der Menschheit endgültige Gesetze zu diktieren. Vorgefaßte Meinungen in bezug auf die Organisation der zukünftigen Gesellschaft? Davon werden Sie bei uns keine Spur finden. Wir sind schon zufrieden, wenn wir die Produktionsmittel in die Hände der ganzen Gesellschaft gebracht haben." (29)

Das eindrucksvollste Beispiel für die Weiterentwicklung des Marxismus in der Epoche der sozialistischen Revolution bietet W. I. Lenin, der mit der Ausarbeitung der Neuen Ökonomischen Politik die Bedeutung der Warenbeziehungen für den Aufbau des Sozialismus klärte (30). Mit der Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse erhielten die Ware-Geld-Beziehungen durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln einen völlig neuen sozialökonomischen Inhalt und wurden zu einem Instrument der planmäßigen Leitung. Otto Rennert bemerkt daher: "daß Lenin mit vollem Recht so lange eine negative Haltung zur Warenproduktion einnahm, wie er sie als etwas aus dem Kapitalismus Übernommenes, daher zu Überwindendes ansah und ansehen mußte. Diese Auffassung änderte er, als er aus der gesellschaftlichen Praxis heraus erkannte, daß sich die Warenproduktion im Sozialismus offensichtlich aus im Sozialismus und nur im Sozialismus gegebenen Bedingungen, also aus dem Sozialismus wesenseigenen Ursachen ergab, daß daher die Entfaltung der Ware-Geld-Beziehungen dem Aufbau des Sozialismus diente und zur Festigung der sozialistischen Produktionsverhältnisse führte." (31)

Woraus ergibt sich nun die Notwendigkeit der Warenproduktion im Sozialismus? Das Buch "Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR" gibt eine umfassende Antwort auf diese Frage: "Die Warenproduktion im Sozialismus ergibt sich objektiv aus dem Wesen des sozialistischen Aneignungsprozesses und damit aus der Gesamtheit des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse in der arbeitsteilig organisierten sozialistischen Produktionsweise. In diese Gesamtheit der Ursachen sind sowohl der heutige Stand der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und der Charakter der Arbeit als auch die notwendige ökonomische Verbindung zwischen den gesellschaftlichen Erfordernissen und Einzelinteressen durch materielle Interessiertheit und Aneignung nach Leistung eingeschlossen. Auch der Entwicklungsstand des gesellschaftlichen Bewußtseins sowie der Einfluß der historischen Kontinuität in den Formen der wirtschaftlichen Tätigkeit, die Tradition in der Gestaltung ökonomischer Beziehungen erklären die Notwendigkeit der Warenproduktion als historisch begründete Produktionsweise im Sozialismus." (32) Objektive Ursache der Notwendigkeit der Warenproduktion ist also zunächst

28 Karl Marx: "Nachwort" zur zweiten Auflage des Ersten Bandes des "Kapitals". in MEW Bd. 23, S. 25.

29 Friedrich Engels: "Interview mit dem Korrespondenten der Zeitung 'Le Figaro'", 8. Mai 1893, in: MEW Bd. 22, S. 542.

30 Zur historischen Entwicklung der Theorie und Praxis sozialistischer Ware-Geld-Beziehungen siehe: G. Koslow: "Die Entwicklung der Warenproduktion in der UdSSR", in: DER MARXISMUS-LENINISMUS - DIE WAHRHEIT UNSERER ZEIT, Zum 100. Jahrestag des Erscheinens des ersten Bandes des "Kapitals" von Karl Marx und zum 50. Jahrestag des Erscheinens der Arbeit von W. I. Lenin "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus", Berlin 1967, S. 44-67.

31 Otto Rennert: "Lenin über das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung", in: WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFT, Heft 5/1970, S. 645.

32 POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS, a. a. O., S. 264.

die Tatsache, daß - erinnern wir uns an die Marxsche Begriffsbestimmung der Ware - der gegenwärtige Stand der Produktivkräfte den Austausch arbeitsteilig erzeugter Produkte impliziert.

Die Notwendigkeit des Austauschs hängt mit dem Charakter der Arbeit zusammen. Wie eingangs erwähnt wurde, zeigten Marx und Engels an der Kategorie der privaten Warenproduktion den Widerspruch zwischen privater und gesellschaftlicher Arbeit auf und schlossen daraus, daß mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel die Arbeit unmittelbar gesellschaftlichen Charakter annehme, auf das Verschwinden der Warenproduktion. Wie Fred Matho aufgrund der Erfahrungen aus dem Aufbau des Sozialismus betont, ist die "Entwicklung des unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der Arbeit .... jedoch selbst ein historischer Prozeß. Diese Entwicklung beginnt mit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, und sie wird erst in der zweiten Phase der kommunistischen Gesellschaft ihren Abschluß finden." (33) Im Sozialismus als der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft trägt die Arbeit einen doppelten Charakter - einmal ist sie zwar bereits aufgrund des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln unmittelbar gesellschaftlich, dies aber jedoch andererseits aufgrund des Niveaus der Produktivkräfte noch nicht vollständig (34). Ihr unmittelbar gesellschaftlicher Charakter zeigt sich darin, daß die "gesellschaftliche Arbeit .... in der sozialistischen Produktionsweise in ihren Grundproportionen durch den sozialistischen Staat geplant und, entsprechend den objektiven Erfordernissen einer hocheffektiven Struktur der Volkswirtschaft, auf die einzelnen Zweige verteilt" (35) wird; somit ist die gesellschaftliche Arbeit im Sozialismus "planmäßige Verausgabung von Arbeit in ihrer nützlichen, konkreten oder gebrauchswertbildenden Form." (36) Ihr doppelter Charakter resultiert jedoch aus dem vom Stand der Produktivkräfte abhängigen Charakter der Arbeitsteilung. Denn das "gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln führt nicht dazu, die Volkswirtschaft als einen gesellschaftlichen Produktionsapparat zu konstituieren, in dem die Beziehungen zwischen den einzelnen Teilen nur eine Art betriebliche Arbeitsteilung zwischen technisch-organisatorischen Einheiten sind. Die Arbeitsteilung zwischen den Produzentenkollektiven ist gesellschaftlicher Natur, ist Ausdruck der Beziehungen ökonomisch eigenverantwortlicher gesellschaftlicher Produzenten." (37)

Wenn die Arbeit daher im Sozialismus qualitativ bereits unmittelbar gesellschaftliche Arbeit ist, da der gesamtgesellschaftliche Zusammenhang nicht mehr wie in früheren Produktionsweisen spontan hergestellt, sondern bewußt geplant wird, so schließt dies dennoch nicht aus, "daß zwischen dem unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit und ihrer Verausgabung in der wirtschaftlichen Tätigkeit der sozialistischen Betriebe Widersprüche auftreten. Sie entstehen, wenn die in den Betrieben konkret aufgewandte Arbeit nicht oder nicht voll dem gesellschaftlichen Bedarf entspricht oder der betriebsindividuelle Aufwand über dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand liegt." (38) Wenn diese Widersprüche zwar auch nicht antagonistisch sind, so erwächst aus ihnen doch die Notwendigkeit, daß die in den Betrieben aufgewandte Arbeit "durch die Realisierung

33 Fred Matho: WARE–GELD–BEZIEHUNGEN IM NEUEN ÖKONOMISCHEN SYSTEM, Berlin 1965, S. 32.

34 Vgl. W. Wygodski: "Das 'Kapital' von Karl Marx und einige ökonomische Probleme der kommunistischen Gesellschaft". in: "DAS KAPITAL" VON KARL MARX UND SEINE INTERNATIONALE WIRKUNG, Beiträge ausländischer Teilnehmer an der wissenschaftlichen Session "100 Jahre 'Das Kapital'", veranstaltet vom ZK der SED am 12. und 13. September 1967 in Berlin, Berlin 1968, S. 253.

35 POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS, a. a. O., S. 273.

36 Ebenda.

37 G. Ebert u. a.: ÖKONOMISCHE GESETZE, a. a. O., S. 150.

38 POLTISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS, a. a. O., S. 274.

ihres Produkts, durch die Umwandlung der Ware in Geld ihre gesellschaftliche Natur beweisen" (39) muß. Der gegenwärtige Stand der Produktivkräfte macht es daher erforderlich, daß die arbeitsteilig erzeugten Produkte ausgetauscht werden - daß sie also als Waren produziert werden: "Der sozialistische Aneignungsprozeß vollzieht sich als eine Bewegung, in der jedes Produkt erst als Gebrauchswert gefragt sein muß, bevor es sich als Wert realisieren kann, und es ist erst in der Lage, als Gebrauchswert zu dienen, wenn es sich als Wert realisiert hat." (40) Für diese Verbindung der arbeitsteiligen Wirtschaftseinheiten ist es notwendig, "die individuell verausgabte Arbeit auf ein einheitliches gesellschaftliches Maß zu beziehen, an diesem Maß die ökonomische Leistung zu messen" (41), um so die Äquivalenz des Warenaustausches herstellen zu können. Aus der Marxschen Werttheorie folgt, daß das einheitliche Maß der konkreten Arbeiten die abstrakte Arbeit, der Wert, ist. Daher gilt für die sozialistische Warenproduktion, daß der Austausch der Produkte nach dem Wert, d. h. nach dem gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwand erfolgt.

Da der Warenaustausch impliziert, daß "jedem sozialistischen Betrieb im Austauschprozeß die von ihm aufgewandte Arbeit bei der Produktion materieller Güter im Maße der zur Produktion gesellschaftlich notwendiger Arbeit äquivalent" (42) ersetzt wird, "ist der Wert im Sozialismus eine wichtige Triebkraft zur Entwicklung der Produktivkräfte" (43): "Die Ausnutzung des Werts zwingt ökonomisch, den gesellschaftlichen Arbeitsaufwand zur Produktion materieller Güter einzuhalten und ständig zu senken." (44)

Diese Ausnutzung der Kategorien der Warenproduktion setzt voraus, daß die Produktionseinheiten als ökonomische Einheiten verstanden werden. Sozialistische Warenproduktion bedeutet daher die Eigenverantwortlichkeit der Wirtschaftseinheiten für ihren Reproduktionsprozeß im Rahmen und auf der Grundlage des staatlichen Plans. Am Beispiel der DDR bedeutet dies, "daß sie sowohl über ökonomische Rechte und eigene Fonds verfügen als auch für die Erfüllung ihrer Pflichten gegenüber der Gesellschaft materiell haften"(45). Die Eigenverantwortlichkeit der Betriebe auf der Grundlage des staatlichen Plans gewährleistet die Übereinstimmung der individuellen und kollektiven Interessen mit den gesellschaftlichen Erfordernissen. Nicht zuletzt durch die materielle Interessiertheit wird sichergestellt, "daß jeder Werktätige seine Funktion als Eigentümer der Produktionsmittel, als Miteigentümer des Betriebes, des Kombinates oder der VVB auch für ihn spürbar wahrnehmen kann und in der Praxis auch tut." (46) Ware-Geld-Beziehungen sind daher nicht mehr wie im Kapitalismus Ursache und Ausdruck der Entfremdung, sondern fördern "die Einsicht in die Übereinstimmung gesellschaftlicher, kollektiver und individueller Interessen, die Einsicht in die Abhängigkeit der eigenen und der kollektiven Lebenslagen, von der eigenen und kollektiven Leistung." (47)

39 W. Wygodski: "Das Kapital", a. a. O., S. 253.
40 POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS, a. a. O., S. 265.
41 G. Ebert u. a.: ÖKONOMISCHE GESETZE, a. a. O., S. 149.
42 POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS, a. a. O., S. 267.
43 Ebenda.
44 Ebenda, S. 266.
45 Ebenda, S. 267.
46 Walter Ulbricht: "Bedeutung und Lebenskraft", a. a. O., S. 28.
47 Erich Hahn: "Ideologische Probleme bei der Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der DDR", in: DIE WACHSENDE ROLLE DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN IM REVOLUTIONÄREN PROZESS DES AUFBAUS DES SOZIALISMUS UND KOMMUNISMUS, Internationale wissenschaftliche Konferenz, Berlin 16. bis 18. Juni 1970, Berlin 1970, S. 429.

Die Realisierung des Werts durch den Austausch der Waren erfolgt über den Markt. Ebenso wie die anderen Kategorien der Warenproduktion hat der Markt im Sozialismus aufgrund der neuen Produktionsverhältnisse einen anderen Charakter als in früheren Produktionsweisen, denn "nicht der Markt bestimmt den Ablauf des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses, sondern das Wirken der ökonomischen Gesetze des Sozialismus, die in der volkswirtschaftlichen Planung ihren Ausdruck finden müßten." (48) Warenproduktion und Eigenverantwortlichkeit der sozialistischen Warenproduzenten bedeuten daher nicht, wie Erich Honnecker deutlich macht, "den Weg der Selbständigkeit der Betriebe 'unabhängig vom Plan'. Es geht nicht darum, den Betrieben ein größtmögliches Maß an Selbständigkeit gegenüber der Gesellschaft zu geben, sondern es geht darum, ihre eigene Verantwortung, die sie für die Lösung der gesamtgesellschaftlichen Aufgaben besitzen, hervorzuheben. Das betrachten wir als eine konstruktive Lösung des Problems, den Betrieben, ausgehend vom zentralen staatlichen Plan, den notwendigen Spielraum für die volle Ausnutzung der objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus zu verschaffen." (49) Nicht der Markt, sondern der Plan und das sozialistische Eigentum stellen die entscheidende Verbindung zwischen den sozialistischen Warenproduzenten her. Der Reproduktionsprozeß wird also nicht spontan durch den Markt, sondern bereits vor der Realisierung durch den Plan geregelt - sozialistische Warenproduktion ist daher planmäßig organisierte Warenproduktion. Zu Rechtswird daher im Buch "Politische Ökonomie des Sozialismus" festgestellt: "Der Markt erfüllt nur dann seine Funktionen mit höchster Effektivität für Produzent und Konsument, wenn Angebot, Nachfrage und Preise bereits im Plan bilanziert und die sich vollziehenden Veränderungen planmäßig berücksichtigt werden, b e v o r sie auf dem Markt als reale Kategorien in Erscheinung treten. Der Anerkennungsfunktion des sozialistischen Marktes muß schon bei der Planung entsprochen werden, weshalb sie nicht mit der Anerkennungsfunktion des Marktes in der auf dem Privateigentum beruhenden Warenproduktion gleichgesetzt werden kann. Sie ist nicht das Gegenstück zur Planung ...., sondern ihr Bestandteil." (50) Dieser Charakter des sozialistischen Marktes kann wiederum auf den besonderen Charakter der Arbeit im Sozialismus zurückgeführt werden: "der Markt wird ein geplanter Markt, da infolge des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln konkrete und abstrakte Arbeit zwei Seiten des unmittelbar gesellschaftlichen Charakters der Arbeit sind. Die Verwandlung von Ware in Geld auf dem Markt ist deshalb nicht mehr die Bewegung des antogonistischen Widerspruchs der Verwandlung von Privatarbeit in gesellschaftliche Arbeit, sondern von unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit einer Form, worin sie nicht vergleichbar ist, in miteinander vergleichbare unmittelbar gesellschaftliche Arbeit." (51)

48 Walter Ulbricht: "Der Leninismus und die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus (Die Verwirklichung der Leninschen Ideen in der Deutschen Demokratischen Republik)", in: LENINISMUS UND INTERNATIONALE REVOLUTIONÄRE ARBEITERBEWEGUNG, Probleme des Kampfes um die Einheit des Proletariats und aller antiimperialistischer Kräfte, (Moskau 1969) Frankfurt/M. 1971, S. 101.
49 Erich Honecker: "Die Verwirklichung der Leninschen Lehre von der führenden Rolle der Partei durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik", in: DIE WACHSENDE ROLLE DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN, a. a. O., S. 45.
50 POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS, a. a. O., S. 273.
51 Ebenda, S. 270.
52 I. Kusminow: "Lenin und die Probleme der Wirtschaftstheorie des Sozialismus", in: Suslow, Fedosejew u. a.: LENINISMUS UND DIE GEGENWART, Zur Philosophie, Ökonomie, zum revolutionären Weltprozeß, Frankfurt/M. 1970, S. 219 f.

"Die Einstellung zur Warenproduktion .... erweist sich als Prüfstein für das wirkliche Begreifen der Natur des Sozialismus." (52) Wer glaubt, aus dem Fakt Warenproduktion im Sozialismus konvergenztheoretische Folgerungen ableiten zu können, hat weder etwas von der Kategorie der Warenproduktion noch vom Wesen einer Gesellschaftsordnung, die durch die Macht der Arbeiterklasse und das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln charakterisiert ist, begriffen. Aus der Tatsache, daß der Sozialismus die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln aufgehoben und das gesellschaftliche Eigentum geschaffen hat, folgt, daß sozialistische Warenproduktion eine Warenproduktion mit einem völlig neuen gesellschaftlichen Inhalt ist. Sozialistische Warenproduktion ist eine planmäßige "Warenproduktion der von der Ausbeutung befreiten sozialistischen Produzenten, ... Sie ist durch die Grundlagen und das Ziel der gesellschaftlichen Produktion im Sozialismus bestimmt, auf denen sie beruht und denen sie dient." (53) Die Beurteilung der Warenproduktion kann nicht an der abstrakten Kategorie der Warenzikulation, die objektiv vom Niveau der Produktivkräfte abhängt, ansetzen, sondern allein an ihrer gesellschaftlichen Bedeutung: "Ihr Wesen ist nur dann richtig zu verstehen, wenn vor allem die gesellschaftlichen Verhältnisse untersucht werden, auf denen die Warenproduktion beruht, die materiellen und gesellschaftlichen Beziehungen als eine sich gegenseitig durchdringende Einheit erfaßt werden." (54) Bei einer solchen Analyse wird die "diametral entgegengesetzte soziale Bestimmtheit" (55) der sozialistischen und der privaten Warenproduktion deutlich. Das Spezifische der sozialistischen Warenproduktion liegt darin, daß sie "nicht mehr dem beschränkten Profitzweck, sondern unmittelbar der immer besseren Befriedigung der Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft" (56) dient. Ist in der kapitalistischen Warenproduktion der Wert der unmittelbare Zweck der Produktion, so ist "der Gebrauchswert das übergreifende Moment in der sozialistischen Warenproduktion." (57) Der Wert ist nicht länger die Verdinglichung unbewußter Beziehungen, sondern wird im Sozialismus zum Ausdruck bewußt gestalteter gesellschaftlicher Beziehungen der sozialistischen Produzenten zueinander. Ware-Geld-Beziehungen setzen sich nicht blind durch, sie bedeuten weder Spontanität noch Schwächung der gesamtgesellschaftlichen Leitung des Reproduktionsprozesses, sondern dienen im Sozialismus "zur Festigung der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft und zur Föderung der Initiative der Betriebe" (58).

Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus sind daher fundamental von denen im Kapitalismus unterschieden, sie "stellen also einen neuen gesellschaftlichen Typ der Warenproduktion dar". (59) Ware-Geld-Beziehungen sind kein dem Sozialismus fremdes Element, kein Relikt des Kapitalismus. Sie existieren, "weil sie zutiefst in den gegenwärtigen konkreten Bedingungen des Wechselverhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen verwurzelt sind" (60); "es handelt sich um e i g e n e ökonomische Kategorien des Sozialismus, die die objektiven Erfordernisse und den Charakter der Produktivkräfte widerspiegeln und die qualitativ durch das Wesen des g e s a m t e n gesellschaftlichen Systems des Sozialismus bestimmt werden." (61)

53 POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS, a. a. O., S. 261 f.
54 Ebenda, S. 262.
55 G. Ebert u. a.: ÖKONOMISCHE GESETZE, a. a. O., S. 128.
56 Ebenda, S. 152.
57 Ebenda.
58 DIE DIREKTIVEN DES XXIV. PARTEITAGES DER KPDSU ZUM FÜNFJAHRPLAN FÜR DIE ENTWICKLUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT DER UDSSR IN DEN JAHREN 1971 - 1975, Moskau 1971, S. 57.
59 Karl Bichtler: "Die Marxsche Theorie von der Gesellschaftsformation und das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus". in: KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE HEUTE, 100 Jahre 'Das Kapital', hrsg. v. Walter Euchner und Alfred Schmidt, Frankfurt und Wien 1968, S. 327.
60 Walter Ulbricht: "Die Bedeutung des Werkes "Das Kapital" von Karl Marx für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland", Referat auf der Internationalen wissenschaftlichen Session "100 Jahre 'Das Kapital'", Berlin 12./13. September 1967, Berlin 1967, S. 39.
61 Walter Ulbricht: "Die Bedeutung und Lebenskraft", a. a. O., S. 33.
62 Ernesto Che Guevara: "Mensch und Sozialismus auf Cuba", in: Ders.: PARTISANENKRIEG – EINE METHODE, MENSCH UND SOZIALISMUS AUF CUBA, Zwei Studien, Köln und München 1966, S. 44.

Einige Bemerkungen zu Kuba

In der Diskussion über die Warenproduktion im Sozialismus verweisen diejenigen, die Ware-Geld-Beziehungen ablehnen, häufig auf Kuba und die von Ernesto Che Guevara in der Planungsdebatte der Jahre 1963/64 vertretene Position. Dies macht einige Bemerkungen zu den kubanischen Erfahrungen erforderlich.
erforderlich.

Ausgelöst wurde die kubanische Planungsdebatte durch die ökonomischen Schwierigkeiten, die sich ab 1961 in der Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums, zum Teil auch in Produktionsrückgängen zeigten. Diese Schwierigkeiten können auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden. Zunächst wären hier die durch die nordamerikanische Blockade bedingten Engpässe in der Versorgung mit Rohstoffen und Ersatzteilen, der akute Mangel an Technikern, qualifiziertem Verwaltungspersonal und Facharbeitern und die aus der überspannten Entwicklungsstrategie der gleichzeitigen Diversifizierung der Agrarproduktion und der beschleunigten Industrialisierung resultierenden Disproportionen zu nennen.

Zum Teil müssen die Ursachen der ökonomischen Schwierigkeiten jedoch auch in dem überzentralisierten Planungssystem gesucht werden, das zwar die rasche Durchsetzung einer an groben Schwerpunkten orientierten Entwicklungspolitik ermöglichte, jedoch keine Feinabstimmung auf die konkreten Bedingungen der Produktionsbetriebe gestattete. Auf einer unzulänglichen statistischen Basis beruhend, erwies sich das Planungssystem als zu träge, als daß Fehleinschätzungen schnell hätten korrigiert werden können.

Auch die zentralisierte Leitungs- und Organisationsstruktur erwies sich häufig als ineffizent. Während sie auf der einen Seite die Initiative der Produktionsbetriebe hemmte, konnte sie auf der anderen Seite auch nicht den Fluß der Informationen von unten nach oben und der Direktiven von oben nach unten sicherstellen. Die Verbindungen zwischen den zentralen Leitungsorganen, den Provinzebenen und den Produktionseinheiten waren zu träge und zu starr, um eine effiziente Leitung zu ermöglichen. Zu schwerwiegenden Mängeln kam es immer wieder bei der Zuteilung von Ressourcen durch die zentralen Leitungsinstanzen an die Produktionseinheiten.

Während ab 1963 in der kubanischen Landwirtschaft erste Elemente des Systems der wirtschaftlichen Rechnungsführung eingeführt wurden, um so die Verbindung zwischen zentralem Plan und Vollzug des Reproduktionsprozesses in den Produktionseinheiten zu festigen, plädierte Guevara als damaliger Industrieminister für die völlige Abschaffung von Ware-Geld-Beziehungen. Im Gegensatz zu Marx identifizierte er Warenproduktion schlechthin mit kapitalistischer Produktion: "Die Ware ist die ökonomische Zelle der kapitalistischen Gesellschaft. Solange sie existiert, werden ihre Auswirkungen auf die Organisation der Produktion und folglich auf das Bewußtsein spürbar sein." (62) Guevara lehnte die Auffassung ab, daß sich beim gegebenen Stand der Produktivkräfte die arbeitsteilige Produktion nicht

nur in verschiedenen Produktionseinheiten, sondern damit auch in unterschiedlichen Wirtschaftseinheiten vollziehe: "Wir bestreiten die Existenz der Kategorie der Ware in der Beziehung zwischen staatlichen Unternehmen, und wir betrachten alle Betriebe als Teil des einzigen großen Unternehmens, welches der Staat ist." (63) Warenbeziehungen könnten in der sozialistischen Wirtschaft nicht existieren, weil kein Austausch erfolgt. (64)

Mit der Warenproduktion lehnte Guevara zugleich auch das System der wirtschaftlichen Rechnungsführung ab. Das von ihm propagierte Budget-Finanzierungssystem sah vor, daß weder die Produktionsbetriebe noch ihre Vereinigungen Entscheidungsbefugnisse erhielten oder die von ihnen benötigten Mittel selbst erwirtschafteten. Alle für die Produktion und für Investitionen benötigten Mittel werden nach diesem System ausschließlich vom Zentralplan bestimmt und über die Nationalbank zugeteilt, alle Erlöse fließen wiederum direkt in den Staatshaushalt. Damit werden nicht nur alle Formen materieller Anreize verhindert, die die kollektiven Interessen mit den gesellschaftlichen in Übereinstimmung bringen könnten, sondern darüber hinaus wird auch jede indirekte Kontrolle der Produktion über das Finanzwesen beseitigt.

Vom System der Budget-Finanzierung erhoffte sich Guevara folgende Effekte (65):

> "Erstens: durch seine Tendenz zur Zentralisierung tendiert es zu einer rationelleren Ausnutzung des nationalen Fonds.
>
> Zweitens: tendiert es zu einer größeren Rationalisierung des gesamten staatlichen Verwaltungsapparates.
>
> Drittens: dieselbe Tendenz zur Zentralisierung zwingt innerhalb angemessener Grenzen zur Schaffung von größeren Betriebseinheiten, die Arbeitskraft einsparen und die Produktivität der Arbeiter erhöhen.
>
> Viertens: durch die Integration in ein einziges Normensystem macht es aus dem ganzen Ministerium und aus allen Ministerien, wenn möglich, ein einziges großes staatliches Unternehmen ....
>
> Fünftens: .... kann die Kontrolle der Investitionen sehr vereinfacht werden ...."

Daß sich im kubanischen Industriesektor, in dem Guevara dieses Leitungssystem eingeführt hatte, weniger die erhofften Vorzüge als vielmehr die zahlreichen Schwächen der Planung und Leitung zeigten, führte Guevara nicht auf dieses System selbst zurück. Die Lösung aller Probleme versprach er sich ausschließlich von technischen Verbesserungen des Planungsapparates durch "mechanische Datenverarbeitung und Gebrauch von elektronischen Computern" (66): "Wenn einmal alle Kriterien, Methoden und Schablonen der Rechnungsführung in allen Sektoren der Wirtschaft eingeführt worden sind, wird die Verwaltung zu einer mechanischen Aufgabe (!), frei von ernsten Problemen (!)." (67) Die Regelung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses sei dann nicht etwa eine umfassende politische Aufgabe der organisierten Arbeiterklasse, sondern vollziehe sich im Selbstlauf: "Wir haben den Ehrgeiz, aus der Planung ein mathematisch rigoroses Instrument der automatischen Zielsetzung (!) zu machen." (68)

63 Ernesto Che Guevara: "Über das Budget-Finanzierungssystem", in: Bettelheim, Castro u. a.: WERTGESETZ, a, a, O., S. 68.

64 Vgl. Ernesto Che Guevara: "Über den Begriff des Wertes, Erwiderung auf einige Behauptungen zum Thema, ebenda, S. 45 f., ähnlich auch in seinem Artikel "On Production Costs", in: VENCEREMOS !, The speeches and writings of Ernesto Che Guevara, ed. John Gerassi, London 1968, S. 251.

65 Ernesto Che Guevara: "Budget-Finanzierungssystem". a. a. O., S. 54.

66 Ernesto Che Guevara: "Our Industrial Tasks", in: VENCEREMOS !, a. a. O., S. 199.

67 Ernesto Che Guevara: "On Production Costs", a. a. O., S. 255.

Im Ergebnis der Planungsdebatte wurde zunächst die zentralistische Organisationsstruktur der dem Industrieministerium unterstellten Industriezweige zum System der Budget-Finanzierung ausgebaut; ab 1965 - nachdem Guevara Kuba bereits verlassen hatte - wurde diese Konzeption zur allgemeinen Richtschnur der Wirtschaftsorganisation und auf die Bereiche außerhalb der Industrie ausgedehnt. Seit Ende 1965 wird der gesamte staatliche Sektor der Landwirtschaft und der überwiegende Teil der Industrie und des Handels nach diesem Modell geleitet. Seit Ende 1964 bemühte man sich überdies um eine zunehmende Integration der landwirtschaftlichen mit der industriellen Produktion. Um die Kluft zwischen zentraler Planung und spontanen Prozessen an der Basis zu überwinden, werden die so entstandenen Kombinate direkt von der obersten Planungsbehörde oder vom Spezialministerium geleitet, innerhalb eines Kombinats liegt die Leitung jeweils bei der Stufe der industriellen Verarbeitung.

Dies hatte entscheidende Auswirkungen auf das Planungssystem. Entsprechend der Politik der agro-industriellen Integration, die vielfach dazu führte, daß Spezialverwaltungen für einzelne Produktionsbereiche an die Stelle gesamtgesellschaftlicher Organe treten, gewinnen seit 1965 Spezialpläne (planes especiales) für einzelne Sektoren zunehmend an Gewicht und sind heute charakteristisch für das gesamte kubanische Planungssystem. Man sieht sie als die geeignete Methode an, die aus dem Budget-Finanzierungssystem resultierende Rigidität einer von der Basis losgelösten Planung zu überwinden. Doch ist dies nur vordergründig als eine Lösung des Dilemmas anzusehen, da die Spezialpläne zugleich eine Schwächung der Zentralplanung als Kernstück der gesellschaftlichen Regelung des Reproduktionsprozesses auf der Grundlage des gesellschaftlichen Eigentums bedeuten. Heute liegt kein geschlossener Globalplan, sondern eine Vielzahl von Einzelplänen vor, denen es häufig an Kompatibilität mangelt.

Die Ablehnung der Ware-Geld-Beziehungen führt daher zwangsläufig in ein Dilemma der unzureichenden Koordination der gesellschaftlichen Arbeit, der Schwächung der planmäßigen Lenkung und der tendenziellen Zunahme spontaner Prozesse. Der gesellschaftliche Reproduktionsprozeß wird so für die Produzenten nicht überschaubarer, wie Guevara annahm, sondern wird tendenziell - genau entgegen der mit der Vernachlässigung der Kategorie der Ware verbundenen Intention - zu einem sich spontan, unplanmäßig vollziehenden Prozeß (68a). Deutlich zeigte sich dies etwa während der Zuckerrohrernte des Jahres 1970, in der nicht nur das 10-Millionen-Tonnen-Ziel nicht erreicht wurde, sondern die darüber hinaus zu zahlreichen Engpässe und Disproportionen in anderen Bereichen der Wirtschaft führte (69).

Schlußbemerkung

Das kubanische Beispiel zeigt, welche Folgen es hat, wenn man in der sozialistischen Produktionsweise die Kategorien der Warenproduktion subjektivistisch eliminieren will. Gerade die kubanischen Erfahrungen belegen unsere These, daß die Warenproduktion eine objektive Kategorie des Sozialismus ist, deren Vernachlässigung schädliche Folgen hat, deren planmäßige Ausnutzung jedoch sich als eine Triebkraft der Produktivkräfte erweist.

68 Ernesto Che Guevara: "On the Cuban Experience", in: VENCEREMOS !, a, a, O., S. 262.

68 a Daß der gesellschaftliche Zusammenhang des Reproduktionsprozesses vom Einzelnen nur unzureichend begriffen wird, zeigt sich unter anderem am katastrophalen Rückgang der Arbeitsdisziplin in den letzten Jahren, dem nun - da er durch eine Intensivierung moralischer Anreize nicht aufgehalten werden konnte - mit administrativen Maßnahmen begegnet werden soll.

69 Vgl. dazu die Rede Fidel Castros vom 26.7.1970, in: GRAMNA, Weekly Review, 2.8.1970

Die Warenproduktion im Sozialismus ist somit kein Relikt der kapitalistischen Produktionsweise, sozialistische und kapitalistische Warenproduktion unterscheiden sich so fundamental wie das gesamte Gesellschaftssystem des Sozialismus vom Kapitalismus. Der Sozialismus ist daher keine Übergangsgesellschaft im Sinne einer "Gesellschaft des Zusammenstoßens von Elementen der alten kapitalistischen und der künftigen sozialistischen Gesellschaft". (70) Lindners absurde These, im Sozialismus gebe es "noch keine herrschende Produktionsweise" (71), zeigt, daß der Autor weder das Wesen des sozialistischen Eigentums noch der Macht der Arbeiterklasse begreift. Übergang ist der Sozialismus nur in dem Sinn, daß er die Vorstufe zum Kommunismus ist, gleichzeitig ist er jedoch auch bereits die erste Phase der kommunistischen Produktionsweise: "In den grundlegenden, das Wesen und die wichtigsten Seiten des gesellschaftlichen Lebens bestimmenden Charakteristika ist der Sozialismus dem Kapitalismus direkt entgegengesetzt und vom gleichen Typ wie die höhere Phase des Kommunismus." (72)

Die Warenproduktion, die im Sozialismus einen völlig neuen gesellschaftlichen Inhalt hat, wird nicht dadurch verschwinden, daß sie per Dekret abgeschafft wird. Im dialektischen Prozeß der Überwindung der Warenproduktion geht es vielmehr darum, diese "Kategorie zu entfalten, ihren Inhalt zu ändern, und durch diese Entfaltung die Bedingungen zu schaffen für ihre eigene Überwindung." (73) Aufgrund des aus dem gesellschaftlichen Eigentum resultierenden unmittelbar gesellschaftlichen Charakters haben die sozialistischen Warenbeziehungen bereits ihren spezifischen Wareninhalt, der mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln verbunden ist, verloren. Sozialistische Warenproduktion bedeutet planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft und stetige Steigerung der Arbeitsproduktivität. In der planmäßigen Warenproduktion der von Ausbeutung befreiten sozialistischen Produzenten werden die Voraussetzungen für die kommunistische Gesellschaft geschaffen.

70 Walter Lindner: AUFBAU DES SOZIALISMUS ODER KAPITALISTISCHE RESTAURATION? , Zur Analyse der Wirtschaftsreformen in der DDR und CSSR, Erlangen 1971, S. 1

71 Ebenda, S. 4

72 Autorenkollektov der Parteihochschule in Zusammenarbeit mit der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU:POLITISCHE ÖKONOMIE,B Bd. 3, "Der Sozialismus; die erste Phase der kommunistischen Produktionsweise". russ., Moskau 1970, S. 121, zitiert bei Werner Kalweit/Hans Luft, "Neue sowjetische Werke zur politischen Ökonomie des Sozialismus", in: EINHEIT, Heft 4/1971, S. 437.

73 Klaus Steinitz: Diskussionsbeitrag, in: KRITIK DER POLITISCHE ÖKONOMIE HEUTE, a. a. O., S. 351.

SOPO 11 (Juni 71) enthält u.a. auf 120 Seiten:

P. Boccara	Zum staatsmonopolistischen Kapitalismus
D. Klein	Imperialistische Zukunftsforschung im staatsmonopolistischen Kapitalismus
W. Erdmann	Klassenkämpfe und Volkswirtschaft in der Türkei
Bericht	IMSF-Tagung "Ökonomische Theorie, Politische Strategie und Gewerkschaften"

Hartmut Behrens

Das Bildungssystem der DDR

Aspekte seiner Entwicklung und seiner Probleme

Vorbemerkung

Bei der folgenden Darstellung geht es weniger um eine vollständige Beschreibung von Aufbau und Inhalt des Bildungssystems in der DDR. Das kann man in zahlreichen Publikationen aus der DDR und auch aus Westdeutschland finden, seit hierzulande im Gefolge der Bildungs- und Qualifikationskrise zwangsweise Ausschau gehalten wird nach fortschrittlichen Vorbildern für die eigene Bildungsreform, und westdeutsche Politik und bürgerliche Pädagogik auf die nicht mehr zu leugnende Qualität des DDR-Bildungssystems politisch und wissenschaftlich reagieren mußten (1).

Mehr kommt es gegenwärtig darauf an:

1. jenseits bloßer Bestätigung der Qualität und Fortschrittlichkeit des DDR-Bildungssystems auch Probleme seiner Entwicklung und der Erfüllung seiner sozialistischen Aufgaben zu untersuchen.
2. Um den spezifisch sozialistischen Charakter des Systems (und damit seine Nichtvergleichbarkeit und Nichtübertragbarkeit in die Reformpolitik mit der BRD) begründen und verteidigen zu können, ist es wichtig, Entwicklung und Probleme in der DDR und der BRD vor dem jeweiligen sozioökonomischen Hintergrund zu betrachten und von einander abzugrenzen.
3. Das ist in unhistorischen bürgerlichen Analysen bisher selbstverständlich vermieden worden, um die unvereinbaren Gegensätze zwischen DDR- und BRD-Bildungssystem, den Klassencharakter mit konvergenztheoretischen Argumenten und der Industriegesellschaftsthese verschleiern zu können. Aber nicht nur die scheinobjektiven Kriterien bürgerlicher Analyse müssen aufgedeckt werden. Wir müssen uns vor allem auch auseinandersetzen mit Darstellungen in scheinbar linkem Gewande wie dem Aufsatz "Schulsysteme der DDR und der Bundesrepublik", im Kursbuch 24, 1971 (2). Gedeckt durch den marxistischen Anspruch des Kursbuches, ist dieser Aufsatz nur eine Neuauflage empirisch positivistischer Vergleiche der Bildung in BRD und DDR, der zwar mit linker Attitüde vorgetragen wird, aber letztlich keinen Anspruch historisch- materialistischer Analyse einlöst.

Die Autoren des Aufsatzes kommen nicht über formale und positivistische Vergleiche hinaus, fallen selbst auf konvergenztheoretische Ansätze zurück. Die Beobachtung, daß in der DDR wie der BRD Bildung als ein wichtiger Faktor der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und bewußtseinsmäßigen Entwicklung gesehen wird (3), daß das Schulwesen in bei-

1 Hartmut Vogt: BILDUNG UND ERZIEHUNG IN DER DDR, Stuttgart 1969. Horst Siebert: BILDUNGSPRAXIS IN DEUTSCHLAND. BRD UND DDR IM VERGLEICH, Düsseldorf 1970. VERGLEICHENDE DARSTELLUNG DES BILDUNGSWESENS IM GETEILTEN DEUTSCHLAND, Bericht der Bundesregierung v. 4.8.1969, Drucksache V/4609. MATERIALIEN ZUM BERICHT DER LAGE DER NATION, Drucksache VI/1690, Bonn 1971.

2 KURSBUCH, Nr. 24. Juni 1971, S. 83-110.

3 "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen", NEUES DEUTSCHLAND – Dokumentation, 24. März 1965. BILDUNGSBERICHT '70, Bericht der Bundesregierung zur Bildungspolitik. Hrsg. vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1970, z.B. S. 17 f.

den Systemen immer kompliziertere Qualifizierungsprobleme zu lösen hat, bleibt an der Oberfläche. In der DDR brauchten die Beziehungen zwischen Bildung, Wirtschaft und Gesellschaft nicht erst entdeckt zu werden, weil sie schon immer Untersuchungsobjekt marxistischer Gesellschaftstheorie waren und deshalb von Anfang an bei der wirtschaftlichen und politischen Planung berücksichtigt wurden. Martin Baethge hat dagegen für die BRD herausgearbeitet, daß hier noch bis vor kurzem offiziell ein neuhumanistisches Bildungsideal galt, das vorgab, unbeschmutzt von niederer Praxis, wertfrei über der Gesellschaft zu schweben (4). In Wirklichkeit beherzigte die Bourgeoisie sehr wohl das Liebknecht Wort, daß Wissen Macht bedeutet. Trotz der neuhumanistischen These von der Wertfreiheit und dem Mußecharakter von Bildung hatte jedes kapitalistische Bildungssystem schon immer den handfesten Bezug zur Praxis, daß es künftige Lohnabhängige für die Berufstätigkeit qualifizieren mußte. Aber die Tatsache, daß Wissen Macht und Macht Wissen bedeutet, zwang dazu, das Bildungssystem strukturell und inhaltlich so zu gestalten, daß es eine Bevölkerung heranzieht, die zu einem Teil in einer praxisabgewandten Bildungstradition erzogen ist (Höhere Schule) und zum anderen – weitaus größeren – Teil einer gleichsam zu praxisnahen Ausbildung ihre gesellschaftliche und politische Orientierung unvermittelt aus der Praxis bezieht. Das Ergebnis ist für beide Teile recht ähnlich: sie sind außerstande, wirtschaftliche – und das heißt in diesem Fall privatwirtschaftliche Ansprüche im Betrieb, wie in der Gesellschaft durch rationale Einsicht in sozioökonomische Zusammenhänge zu kontrollieren." (5). Auch die Feststellung, daß "die Entwicklung des Schulwesens in der DDR und die neuesten Reformpläne in der BRD in der Tat auf weiten Bereichen der Struktur, der Differenzierung des Unterrichts, der Curriculumentwicklung, der Berufsausbildung ähnliche Fragestellungen- und Lösungsansätze sichtbar werden (lassen)..." (6), ist nicht viel tiefschürfender als ähnliche Erkenntnisse in anderen westdeutschen Darstellungen.

Zwar äußern die Autoren gleich darauf, daß sie nicht untersuchen wollen, ob das als Annäherung der Systeme verstanden werden kann. Aber genau die Ausklammerung dieser Frage und ihre, nach Ansicht der Autoren, bescheidene Beschränkung auf die Darstellung von "Entwicklungen einiger Bereiche" (7), ohne auf die grundlegenden sozioökonomischen Entwicklungen in BRD und DDR einzugehen, weist diesem "linken" Aufsatz eine ähnliche Funktion wie den bürgerlichen Darstellungen zu.

Jenseits der generell akzeptierten Beziehungen zwischen Bildung und Gesellschaft muß gefragt werden, zu welchen Leistungen die beiden Bildungssysteme aufgrund entgegengesetzter sozioökonomischer Grundentscheidungen nach der Zerschlagung des Faschismus fähig waren und sind. Bezogen auf Entfaltungs- und Aktionsmöglichkeiten von Einzelnen und sozialen Gruppen in Wirtschaft und Politik muß die Frage heißen: Welche tendenziellen Veränderungen der materiellen Lebensgestaltung, des bewußten Verhaltens der Bürger leiteten die Systeme ein und vermögen sie in Zukunft zu fördern, in welchem Maße ermöglichen oder verhindern die Bildungssysteme eine zunehmende Beteiligung der lernenden und arbeitenden Menschen an ökonomischen und politischen Entscheidungsprozessen?

Ausgangslage nach der Zerschlagung des Faschismus

Ein historischer Exkurs trägt dazu bei, die Entwicklung des Bildungswesens ins rechte Verhältnis zur ökonomischen und politischen Entwicklung zu setzen. Bestimmungen des

4 Martin Baethge: AUSBILDUNG UND HERRSCHAFT, Unternehmerinteressen in der Bildungspolitik, Frankfurt/M. 1971, z.B. S. 113 ff.
5 Baethge, S. 116.
6 KURSBUCH, S. 84.
7 ebd.

Potsdamer Abkommens und Direktiven des Alliierten Kontrollrats (AKR) zeigen, welch große Bedeutung die Siegermächte einer Veränderung des Bildungssystems, besonders den allgemeinbildenden Schulen, bei der Ausrottung der faschistischen Ideologie und beim Aufbau einer demokratischen Gesellschaft zugemessen haben. Punkt 7 der politischen Grundsätze des Potsdamer Abkommens fordert, daß die "nazistischen und militaristischen Lehrer völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird." (8) Die Direktive Nr. 54 v. 26.6.1947 des AKR enthält Vorschriften für den Aufbau des Bildungswesens, die den Zugang der breiten Massen der Bevölkerung zu qualifizierter Bildung sichern und Bildungsprivilegien beseitigen sollten:

Abschaffung des undurchlässigen, dreigliedrigen Schulsystems;
Aufbau einer gestuften Einheitsschule mit mindestens 9jähriger Vollzeitschulpflicht;
Allgemeine Schulgeld und Lehrmittelfreiheit;
Erarbeitung demokratischer Lehrinhalte und -mittel;
Breite Beteiligung der Bevölkerung am Aufbau des neuen Schulwesens und seiner Verwaltung (9).

Obgleich für alle Besatzungszonen herausgegeben, wurde die Direktive nur in der sowjetischen verwirklicht.

Noch vor und parallel zu den bildungspolitischen Äußerungen der Besatzungsmächte hatten verschiedene deutsche antifaschistisch-demokratische Gruppe, Kommunisten und Sozialdemokraten ähnliche Pläne zum Neuaufbau des Bildungswesens vorgelegt (10).

Tatsächlich waren weder die faschistischen Lehrer als Erzieher einer demokratischen Jugend noch das klassenspezifisch-selektierende Schulsystem der Weimarer Republik für eine demokratische Gesellschaft brauchbar, das bezeichnenderweise ohne prinzipielle Veränderungen sowohl von den Faschisten wie von der BRD übernommen werden konnte. Es ist gekennzeichnet durch drei organisatorisch und inhaltlich voneinander getrennte, undurchlässige Bildungsgänge in drei Schultypen: Volks-, Mittel- und Oberschule. Die Volksschule und ihre unwissenschaftlichen, auf Vermittlung beschränktester geistiger Fertigkeiten orientierten Lehrinhalten erfaßt die Kinder der Arbeiter, unteren Beamten und Angestellten. Die Mittel- und besonders die Oberschulen mit qualifizierteren Lehrinhalten sind auf den Nachwuchs der Oberschichten zugeschnitten. Mit diesem bildungspolitischen Instrument wurden einerseits die Masse der Jugendlichen geistig, politisch und sozial unterdrückt, während andererseits der Nachwuchs der Oberschichten für die mittleren und oberen Herrschaftspositionen qualifiziert wurde (11). Abschaffung dieser Schulorganisation war eine Voraussetzung, wenn das Bildungswesen und die Gesamtgesellschaft demokratischen Charakter bekommen sollten.

Weder die Organisation des Bildungssystems als Unterdrückungsinstrument, noch Faschismus, Militarismus und die Verherrlichung imperialistischer Aggressionskriege in der Schu-

8 POTSDAM 1945, Quellen zur Konferenz der Großen Drei, Hrsg. Ernst Deuerlein, München 1963, S. 356.
9 Autorenkollektiv: GESCHICHTE DER ERZIEHUNG, Berlin (DDR) 1966, S. 625 f.
10 "Zwei Dokumente der KPD aus den Jahren 1944 und 1945 für das neue, demokratische Deutschland", in: BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG, 2/1965, S. 625 f. "Aufruf an das deutsche Volk" der KPD vom 11. Juni 1945, in: DOKUMENTE UND MATERIALIEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG, Reihe III, Bd. 1, Berlin 1959, S. 19. Gemeinsamer Aufruf der KPD und SPD vom 18.10.1945, in: QUELLEN ZUR GESCHICHTE DER ERZIEHUNG, Berlin (DDR) 1962, S. 490 ff.
11 Den Zusammenhang zwischen Bildungschancen und sozialen Perspektiven leugnen auch bürgerliche Wissenschaftler nicht. Georg Picht sieht in der Schule den wichtigsten "sozialpolitischen Direktionsmechanismus". Georg Picht: DIE DEUTSCHE BILDUNGSKATASTROPHE, Freiburg 1964, S. 32.

le sind zufällig den Köpfen deutscher Bildungspolitiker und Lehrer entsprungen. Grundlage dafür waren die Machtverhältnisse in der kapitalistischen Gesellschaft Deutschlands und die Profitinteressen der herrschenden Klasse.

Wenn ein Bildungssystem abhängig ist von den Produktionsverhältnissen, dann mußten die Appelle und Direktiven der Alliierten zur Demokratisierung des Bildungswesens solange folglos bleiben, wie die wirtschaftliche Basis nicht demokratisiert wurde. Auch dafür waren Ansätze im Potsdamer Abkommen gegeben mit den Bestimmungen über die Zerstörung der Monopole. Spätestens jedoch mit der Entscheidung der Westmächte für den Ausbau der Westzonen als antikommunistisches Bollwerk konnte die Bourgeoisie, gestützt auf die zurückgewonnene ökonomische Macht, auch in anderen Bereichen, wie der Bildung, demokratischer Veränderungen verhindern.

Hier sei angemerkt, daß es sich bei den Reformplänen der Alliierten wie bei der Realisierung der Pläne in der SBZ zunächst nur um Reformen handelte, deren Aufgabenstellung, wie z. B. Verwirklichung der Chancengleichheit, noch von Forderungen bürgerlich-demokratischer Revolutionen herrührt. Aber selbst Reformen, die durchaus im Rahmen progressiv-bürgerlicher Forderungen blieben, gingen den restaurativen Kräften in Westdeutschland zu weit. Anfangs entlassene faschistische Lehrer wurden bald wieder eingestellt.(12). In Bayern wurde bereits am 23.7.1945 ein Gesetz aus dem Jahre 1883 für gültig erklärt, wonach "Volksschulen konfessionelle Schulen sind" (13).

Der Aufbau differenzierterer Einheitsschulen in Hamburg und Bremen blieb auf dieses Gebiet beschränkt und wurde bald wieder rückgängig gemacht (14). Wenn die Bundesregierung im Bildungsbericht feststellt: "Das Bildungswesen der Bundesrepublik ist nach 1945 – im Unterschied zu anderen Staaten und trotz anfänglicher Bemühungen – weder inhaltlich noch strukturell reformiert worden," und als Ziel der gegenwärtigen Reformversuche die Verwirklichung des Rechts auf Bildung und der Chancengleichheit (15) formuliert, dann heißt das, daß sich das Bildungssystem im sozialen Rechtsstaat der BRD bis heute nicht einmal auf einem bürgerlich-demokratischen Niveau befand.

Die Kursbuchautoren beschränken ihren Rückblick darauf, "daß parallel zu ökonomischen und politischen Reformen" (16) in der damaligen SBZ eine Bildungsreform eingeleitet wurde. Mit Reform ist völlig unzureichend beschrieben, daß im Gegensatz zur restaurativen Entwicklung in den Westzonen den an einem demokratisierten Bildungssystem nicht interessierten Monopolkapitalisten und Großgrundbesitzern in der SBZ die wirtschaftlichen Machtgrundlagen entzogen wurden, nachdem sich die Bevölkerung in Volksabstimmungen mit großer Mehrheit für die Enteignungen ausgesprochen hatte. Veränderungen und Leistungen des Bildungssystems in der SBZ und späteren DDR wurden nicht "parallel", und gewissermaßen unabhängig von den sozioökonomischen Veränderungen möglich. Mit dem Verlust der ökonomisch-politischen Macht verlor die Monopolbourgeoisie ihren Einfluß auf das Bildungswesen. Das war die wichtigste Voraussetzung, um dessen Aufbau und Entwicklung an der Aufgabe orientieren zu können, der Masse der Bevölkerung die bildungsmäßigen Grundlagen für individuelle Entfaltung und Teilnahme an der Lösung ökonomischer und politischer Fragen zu vermitteln.

12 So wurden in Bayern von etwa 12 000 entlassenen faschistischen Lehrern bis 1948 mit Hinweis auf ihren pädagogischen Sachverstand 11 000 wieder eingestellt. Vgl. G.S. Wheeler: DIE AMERIKANISCHE POLITIK IN DEUTSCHLAND, Berlin 1958, S. 174.

13 DOKUMENTE ZUR DEMOKRATISCHEN SCHULREFORM IN DEUTSCHLAND, Schwelm/Westf., o.J., S. 84 f.

14 ebd.

15 BILDUNGSBERICHT, S. 20, S. 17.

16 KURSBUCH, S. 84.

Probleme und Leistungen der antifaschistisch-demokratischen Schulreform in der SBZ

Die sozioökonomische Grundentscheidung gegen die Restaurierung des Monopolkapitals leitete nicht einfach einen automatischen Demokratisierungsprozeß ein. Schwierigkeiten und Leistungen der Reorganisation des Bildungswesens müssen im Zusammenhang mit dem Kampf um den raschen Aufbau der zerstörten Wirtschaft und gegen die in der Bevölkerung vorhandenen faschistischen und antidemokratischen Bewußtseinsstrukturen gesehen werden. Nur rascher Auf- und Ausbau der Volkswirtschaft konnte die materiellen Voraussetzungen für den Wiederaufbau und die Entwicklung des Bildungswesens schaffen. Die Realisierung von Reformplänen, wie sie z.B. in der AKR-Direktive formuliert waren, erforderten mehr Schulraum, neue Schulbücher, mehr und besser ausgebildete Lehrer, d.h. beträchtliche zusätzliche Mittel über die notwendigen Investitionen zur blossen Rekonstruktion des Vorkriegsstandes hinaus (17). Aber der wirtschaftliche Aufbau war besonders belastet durch viel stärkere Kriegszerstörungen und viel größere Disproportionen in der industriellen Struktur als in den Westzonen (18).

Die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung setzte außerdem ein ausreichendes Potential qualifizierter Facharbeiter und technischer Intelligenz voraus. Besonders die Angehörigen der letzten Gruppe waren häufig antidemokratisch eingestellt und flüchteten in hellen Scharen, in wesentlich größerem Ausmaß als andere Gruppen (19), vor Demokratisierungsbestrebungen und wegen besserer Verdienst- und Konsummöglichkeiten nach Westdeutschland. Der Verlust dieser Spezialisten war zwar ideologisch nicht zu bedauern; Wirtschaft und Bildungswesen hatten aber das zusätzliche Problem zu lösen, die entstehende Qualifikationslücke auszugleichen. Trotz solcher schwierigen Bedingungen opferten die Träger der Bildungspolitik (20) nicht die Realisierung des langfristigen Anspruchs auf Demokratisierung einem kurzfristigen Kostenkalkül. Das war nur möglich, weil die organisatorische und inhaltliche Demokratisierung wie die dazu notwendigen Investitionen im Bildungsbereich nicht von kurzfristigen kapitalistischen Profit- und Kostenerwägungen politisch und materiell eingeschränkt werden konnten.

So wurde eine konsequente Entnazifizierung der Lehrerschaft und Schulverwaltungen betrieben (21), obgleich das zunächst Engpässe in den Schulen schuf. Durch Kriegsver-

17 Durchschnittlich waren 25 % aller Schulen völlig zerstört, aber in Ballungsgebieten bis zu 90 %. Dazu: Karl-Heinz Günther, Gottfried Uhlig: GESCHICHTE DER SCHULE IN DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK, 1945-1968, Berlin (DDR) 1969, S. 19.
1948 waren die Prokopfausgaben für Volksbildung schon dreimal so hoch wie z.Zt. des Faschismus. Dazu: GESCHICHTE DER ERZIEHUNG, S. 635.

18 Kurt Steinhaus: "Zu einigen Problemen der Einwirkung des sozialistischen Systems der DDR auf die Entwicklung der BRD", in: MARXISTISCHE BLÄTTER, 5/1969, S. 18.

19 Hans Apel: WEHEN UND WUNDER DER ZONENWIRTSCHAFT, Köln 1966, S. 28 ff.

20 Bis 1949 hauptsächlich die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, die von der Sowjetischen Militäradministration unterstützt und kontrolliert wurde. Die sofortige zentrale Verwaltung im Bildungsbereich verhinderte das Verschleppen von Reformen aus Gründen regionaler Unterschiede politischer oder finanzieller Art. In Westdeutschland wurde das föderative Prinzip trotz seiner demokratischen Intentionen zur regionalen Durchlöcherung allgemeiner Reformbestrebungen benutzt, z.B. Einführung der Konfessionsschule.

21 Von 39 348 Lehrern an allgemeinbildenden Schulen hatten 1945 28 179 der NSDAP angehört. Sie wurden bis 1946 bis auf einen Rest einfacher PGs entlassen. Günther/Uhlig: GESCHICHTE DER SCHULE ..., S. 29.

luste und Entlassungen fehlten ca. 40 000 Lehrer für die allgemeinbildenden Schulen. Bis zum Schuljahr 1946/47 wurde diese Lücke durch sogenannte Neulehrer geschlossen, deren Qualifizierung durch kurze Lehrgänge zusätzliche materielle Aufwendungen verlange, die aber politisch wichtige Momente der Demokratisierung darstellten; denn diese Neulehrer rekrutierten sich aus weiten Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Bauern (22). Die Neulehrer-Bewegung, auf breiter Basis von Parteien, Gewerkschaften, Betrieben unterstützt, manifestiert die Teilnahme des Volkes an der Lösung der Bildungsprobleme, Zerstörung von Bildungsprivilegien und die Widerlegung reaktionärer Theorien über das naturbedingte Fehlen von Fähigkeiten und Begabungen bei der breiten Masse der arbeitenden Menschen, indem eben diese sozialen Gruppen wichtige pädagogische Aufbauarbeit leisteten. Die Erfahrungen der Arbeitswelt, über die die meisten Neulehrer verfügten, bildeten zudem Ansätze für einen realitäts- und praxisnahen Unterricht und die spätere systematische Erforschung und Entwicklung einer Bildung, die den spezifisch bürgerlichen Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Realität und Bildung überbrückt und in Theorie und Praxis der polytechnischen Bildung mündete.

Das "Gesetz zur Demokratisierung der deutschen Schule" (23) vom Juni 1946 fixierte die bis dahin erreichten Ergebnisse der grundlegenden Neuorganisation des Bildungssystems und war bis zu Beginn der 50er Jahre Grundlage der weiteren Entwicklung. Es kodifizierte die antifaschistischen Reformvorstellungen und verwirklichte weitgehend die radialdemokratischen Forderungen nach Abschaffung der Bildungsprivilegien der oberen sozialen Schichten. Kernstück war eine achtjährige E i n h e i t s s c h u l e, auf der Oberschulstufe bzw. Berufsschule aufbauten. Schon damals wurden die Kindergärten als Vorschulstufe der Einheitsschule und Ansatz allgemeiner Vorschulerziehung dem Bildungssystem eingegliedert (24).

Ehe in Westdeutschland überhaupt ein Gedanke auf den sogenannten 2. Bildungsweg verschwendet wurde, schaffte das Gesetz die Undurchlässigkeit der Bildungswege ab. Zum einen qualifizierte die achtjährige Einheitsschule, deren Niveau durch Fachunterricht ab der 5. Klasse wesentlich erhöht wurde gegenüber der herkömmlichen Volksschule, bedeutend mehr Schüler, vor allem Arbeiterkinder, für die Oberschulstufe (25). Aber auch der Weg in eine Berufsausbildung war keine Bildungssackgasse mehr. Durch Erwachsenenqualifizierung über Volkshochschulen, Abendoberschulen, Fachschulen, Arbeiter- und Bauernfakultäten konnten Werktätige zusätzliche Qualifikationen bis zur Hochschulreife erwerben. Unentgeltlichkeit, Stipendien, Bildungsurlaub sicherten zunehmend die Realisierbarkeit dieser Bildungsmöglichkeiten. Das Verbot der Konfessionsschulen beseitigte den reaktionären Einfluß der Kirchen im Bildungsbereich und bekämpfte damit die konfessionellen Gegensätze in der Bevölkerung, die von den herrschenden Klassen immer zur Spaltung der Arbeiterklasse ausgenutzt wurden. Zur Demokratisierung gehörte auch die besonders beschleunigte Beseitigung des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land. Das bedeutete, daß schon 1948 von ursprünglich 4114 Zwergschulen 2707 abgeschafft waren (26). 1960 waren alle Zwergschulen durch voll ausgebaute Zentralschulen ersetzt (27).

22 ebd., S. 30.

23 ZWEI JAHRZEHNTE BILDUNGSPOLITIK IN DER SOWJETZONE DEUTSCHLANDS, Dokumente. Hrsg. und erläutert von Siegfried Baske und Martha Engelbert. Erster Teil (I) 1945-1958, Berlin 1966, S. 24 ff.

24 ebd.

25 Im Schuljahr 1954/55 war ein Anteil von 49 % Arbeiterkindern bei den Schülern der Oberschulstufe erreicht, was etwa dem Anteil der Arbeiter an der Gesamtbevölkerung entsprach: GESCHICHTE DER ERZIEHUNG ..., S. 643. In diesem Zusammenhang bleibt unerfindlich, warum sich die Autoren des Kursbuch-Aufsatzes darüber mokieren, daß 1950 erst ein Anteil von 34 % Arbeiterkindern erreicht wurde. Im Vergleich mit der BRD ist das eine enorme Leistung. KURSBUCH, S. 85.

Die Reformen erforderten beträchtliche Investitionen, die gerade während der wirtschaftlichen Aufbauphase nur durch Investitionsverzicht in anderen Bereichen erbracht werden konnten; langfristig schufen sie aber wichtige Grundlagen für die Entwicklung eines Bildungssystems, das den damals noch kaum sichtbaren zukünftigen Anforderungen der Volkswirtschaft unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution genügt. Die Reform des Bildungssystems konnte sich nicht auf die Schaffung von Chancengleichheit und breite Qualifizierung im Interesse ökonomischen Wachstums beschränken, sondern mußte die politisch-emanzipativen Elemente der Bildung entwickeln und verstärken. In Westdeutschland erlaubten die optimalen Rekonstruktionsbedingungen für den Kapitalismus (28) (Marshallplan, Koreaboom, ständiger Zufluß von qualifizierten Arbeitskräften aus der DDR) zunächst, auf Investitionen und Veränderungen im Bildungssystem zu verzichten, weil es im Gegensatz zur DDR eine zunächst viel geringere Bedeutung als Entwicklungsfaktor hatte. Um so leichter konnten seine undemokratischen Strukturen und Inhalte konserviert werden, um die Bildung als Instrument antikommunistischer ideologischer Formierungen und sozialer Selektion zu benutzen. Im Interesse kapitalistischer Machtstabilisierung verbot sich die Vermittlung demokratisch-emanzipatorischer Kenntnisse und Fähigkeiten von selbst. In der DDR mußte die Schule gleichzeitig mit ihren ökonomischen Aufgaben die Forderung befriedigen, die Kinder und Jugendlichen so zu bilden, "daß sie willens und fähig sind, die neue demokratische Wirtschaft zu meistern, den neuen demokratischen Staat zu gestalten und zu beherrschen." (29). Die früher von jeder Mitentscheidung ferngehaltenen Werktätigen, mußten die Bereitschaft und Fähigkeit entwickeln, Betriebe zu leiten. In der Bevölkerung mußte auf breiter Grundlage die Bereitschaft geweckt werden, sich in Wirtschaft und Politik zu engegieren, Verantwortung zu übernehmen, entsprechende Qualifikationen zu erwerben.

Auch die westdeutschen Bildungsreformer nehmen für sich in Anspruch, die Demokratie stärken zu wollen. Ohne in diesem Rahmen ausführlich auf das Verhältnis von bürgerlicher und sozialistischer Demokratie (30) eingehen zu können, muß der Inhalt des Demokratiebegriffs in der oben zitierten Forderung der SED nachdrücklich vom Bürgerlichen abgegrenzt werden, um die Grenzen bürgerlicher Demokratie deutlich zu machen. "Das politische System der BRD stützt seine demokratische Legitimierung auf das Ensemble individueller Freiheitsrechte des Grundrechtskatalogs im Grundgesetz und auf die Möglichkeit der Teilnahme aller Bürger am politischen Willensbildungsprozeß in den Parteien und durch den Wahlakt." (31).

26 Günther/Uhlig ..., S. 45.

27 VERGLEICHENDE DARSTELLUNG DES BILDUNGSWESENS ..., S. 18. Vermutlich gibt es noch heute in der BRD, besonders in agrarischen Regionen, einklassige und wenig gegliederte Schulen. Die Statistiken darüber sind rar.

28 Vgl. Franz Janossy: DAS ENDE DER WIRTSCHAFTSWUNDER. Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung, Frankfurt/M. 1969. Elmar Altvater: "Perspektiven jenseits des Wirtschaftswunders", in: NEUE KRITIK, Nr. 38/39 1966, S. 12-21; Nr. 40, 1967, S. 13-27. Rainer Deppe u.a.: "Das Ende des "Wirtschaftswunders" und die Gewerkschaften", in: HEIDELBERGER BLÄTTER, Nr. 1/2 1968, S. 97-123.

29 Schulpolitische Richtlinien für die deutsche demokratische Schule. Vom PV der SED am 24.8.1949 beschlossen. In: DOKUMENTE DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS, Bd. II, Berlin 1952, S. 324.

30 Georg Fülberth/Helge Knüppel: "Bürgerliche und sozialistische Demokratie", in: Autorenkollektiv: BRD-DDR. VERGLEICH DER GESELLSCHAFTSSYSTEME, Köln 1971, S. 206-247.

31 ebd., S. 207.

Aber der grundlegende gesellschaftliche Bereich der materiellen Produktion bleibt unter der Voraussetzung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ausgespart von allen Einfluß- und Selbstbestimmungsmöglichkeiten der Nichtbesitzer von Produktionsmitteln, der Lohnabhängigen. Das ist zugleich die Voraussetzung für die Erhaltung der damit implizierten Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse im Kapitalismus. Im Bildungsbericht stellt die Bundesregierung klar, daß die intendierten Bildungsreformen eben diesen Zustand, "den Fortbestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung", absichern sollen (32).
Die fortschreitende Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in der SBZ und späteren DDR ermöglichte den Werktätigen selbst, ihrer Partei, ihren Gewerkschaften die gesellschaftlich grundlegenden ökonomischen Entscheidungen zu übertragen, Die Behauptung des "Bildungsberichts", daß Bildung in der BRD den Menschen befähigen soll sein Leben selbst zu gestalten (33), wirkt spätestens vor dem kapitalistischen Fabriktor nur noch zynisch.

Aufgaben und Gestaltung des DDR-Bildungssystems im Rahmen des sozialistischen Aufbaus

Die Entwicklung des Bildungswesens über die demokratische Schulreform hinaus zum einheitlichen sozialistischen Bildungssystem wurde notwendig, weil die spezifischen, hohen Anforderungen einer sozialistischen Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft eine Weiterentwicklung der Bildungsorganisation und -inhalte erforderten.

Ein sozialistisches Bildungssystem hat Qualifikationen zu vermitteln, die die Werktätigen befähigen, höchste Effektivität und Produktivität in der Volkswirtschaft zu erzielen, weil sie Grundlage für die größtmögliche Befriedigung der individuellen und gesellschaftlichen Bedürfnissen sind. Zum anderen hängt das Funktionieren des ökonomischen Systems des Sozialismus davon ab, inwieweit die Werktätigen ihre Funktionen als sozialistische Eigentümer der Produktionsmittel zu realisieren vermögen (34); d.h. die Qualifikationen müssen über die jeweiligen berufsspezifischen Fähigkeiten hinaus Kenntnisse umfassen, die die Werktätigen befähigen, "direkt am Arbeitsplatz mitzuarbeiten, mitzuplanen und mitzuentscheiden, aber auch an der Planung und Leitung des Betriebes" (35) teilzunehmen. Wie im Betrieb wurde auch in allen anderen Bereichen der Politik und Verwaltung neben der Schaffung entsprechender gesetzlicher Grundlagen die breite Beteiligung der Bevölkerung an Planungs- und Entscheidungsprozessen notwendige Voraussetzung zur Realisierung sozialistischer Demokratie (36). Das bedeutet eine wesentlich umfassendere politische Praxis als die bürgerliche, in gewissen Zeitabständen durch Wahlen politische Befugnisse an parlamentarische Repräsentanten zu delegieren. Auf Republik-, Bezirks-, Kreis- und Ortsebene wir die s t ä n d i g e Mitarbeit der Bevölkerung in Kontroll- und Beratungsorganen für alle gesellschaftlichen Bereiche erforderlich (37).

Daraus erwuchsen und erwachsen der sozialistischen Bildung spezifische Aufgaben. Neben der technischen und politisch-ideologischen Qualifizierung hat insbesondere die Schule in Zusammenarbeit mit Jugendverbänden wie den Pionieren und der FDJ überhaupt Motivationen und Einsicht in die Notwendigkeit zur Mitarbeit zu schaffen.

32 BILDUNGSBERICHT, S. 17.
33 ebd., S. 18.
34 SOZIOLOGIE IM SOZIALISMUS. Materialien der "Tage der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR", Hrsg. Wissenschaftlicher Rat für Soziologische Forschungen in der DDR, Berlin (DDR) 1970, S. 25 ff.
35 Festrede Walter Ulbrichts zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR. Zit. nach: SOZIOLOGIE IM SOZIALISMUS, S. 25.
36 Fülberth/Knüppel, bes. S. 212 ff.

Ehe wir in einem späteren Abschnitt auf einige Schwierigkeiten der politischen Erziehung eingehen, soll eine notwendig beschränkte Übersicht sowohl über formale und inhaltliche Charakteristika als auch über einige Leistungen und Ergebnisse der Bildungsbemühungen in der DDR informieren.

Ein grundlegendes Merkmal ist, daß die gesellschaftliche Planung der Produktion in der DDR eine parallele Bildungsplanung erfordert und zugleich erst ermöglicht. Bildungsplanung hat entsprechend der Produktionsplanung und der sich im Laufe der Entwicklung der Produktivkräfte verändernden Arbeitsplatzstruktur eine entsprechende Qualifikationsstruktur der Bevölkerung zu sichern. Zur geplanten Qualifikation gehört auch Berufs- und Studienberatung. Der Bildungsbericht der Bundesregierung diffamiert das als erzwungene Lenkung, die zur Einschränkung individueller Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeiten führe (38). Zum einen betont der Bildungsbericht, sich selbst widersprechend, daß auch in der BRD Bildungsreform ohne Planung und Koordination nicht mehr möglich sei (39). Zum anderen ist die Freiheit der Berufswahl in der BRD eine Fiktion. In der DDR werden im Rahmen der Wirtschaftsplanung und im Interesse der Werktätigen langfristig Qualifikationserfordernisse prognostiziert und in der aktuellen Bildung und Ausbildung berücksichtigt. Dadurch wird in hohem Maße strukturelle Arbeitslosigkeit und Entqualifizierung der Werktätigen verhindert, was ein wichtiger Faktor sozialer Sicherheit ist. Berufswahl und Ausbildung in der BRD werden nicht von diesen langfristigen Interessen der Lohnabhängigen bestimmt. Berufswahl und Ausbildung regeln sich hier über das Angebot des kapitalistischen Arbeits- und Lehrstellenmarkts. Dieses Angebot wird von privaten Investitionsentscheidungen und kurzfristigen Profiterwartungen beeinflußt. Das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit hat festgestellt, daß sich die Möglichkeiten für eine gute Berufsausbildung in den letzten Jahren in der BRD ständig verschlechtert hatten. Die beruflichen Bildungsmöglichkeiten seien regional sehr ungleich. Die Jugendlichen seien auf die Ausbildungsmöglichkeiten angewiesen, die von den Wirtschaftsbetrieben in der Umgebung des Wohnortes angeboten werden. Nur noch in einzelnen Wirtschaftsbereichen werde für eine gute Ausbildung gesorgt. (40) Diese strukturelle Unausgeglichenheit ist eine direkte Folge von Standortentscheidungen für Betriebe nach hauptsächlich privaten Profitgesichtspunkten und der an den Betrieb gebundenen Ausbildung (statt überbetrieblicher Ausbildung). Das Schicksal zahlreicher Lehrlinge, die besonders im Handwerk und kleinen Industriebetrieben zwar als billige Arbeitskräfte ausgenutzt statt ausgebildet werden und nach der Lehre dequalifiziert ins Heer der angelernten Industriearbeiter wechseln müssen, ist ein anderer Ausdruck der kapitalistischen Freiheit der Berufswahl.

Seit Beginn der fünfziger Jahre diskutierte man in der DDR, wie unter Aspekten sozialistischer Entwicklung das Bildungssystem weiterzuentwickeln sei. Dabei standen die Forderungen nach o b l i g a t o r i s c h e m zehnjährigem Schulbesuch und polytechnischem Unterricht im Vordergrund (41). Schon im "Gesetz über die sozialistische Entwicklung des Schulwesens in der DDR" (42) vom 2.12.1959 und schließlich im "Gesetz über das

37 ebd., S. 218 ff.
38 BILDUNGSBERICHT, S. 30 f.
39 ebd., S. 19. Hier ist Planung Ausdruck staatsmonopolistischer Regulierungsversuche im Interesse der Monopole.
40 FRANKFURTER RUNDSCHAU, 2.9.1971, S. 1/2.
41 Einen guten Überblick gibt: Helmut Klein: POLYTECHNISCHE BILDUNG UND ERZIEHUNG, ENTWICKLUNGEN, ERFAHRUNGEN, PROBLEME, Reinbeck bei Hamburg 1962. GESCHICHTE DER ERZIEHUNG, S. 643 f.
42 ZWEI JAHRZEHNTE BILDUNGSPOLITIK IN DER SOWJETZONE DEUTSCHLANDS, Zweiter Teil 1959-1965, S. 56 ff.

einheitliche sozialistische Bildungswesen" (43) vom 25.2.1965, das als Grundlage des gegenwärtigen Standes der Entwicklung betrachtet werden kann, wurden beide Forderungen erfüllt in der Form der "zehnklassigen allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule", dem Kernstück des einheitlichen Bildungssystems.

Aufgrund der verlängerten o b l i g a t o r i s c h e n Schulbildung von 10 Jahren und der Erhöhung des Unterrichtsniveaus, das weit über dem der früheren achtjährigen Einheitsschule liegt, ganz zu schweigen von dem Niveau der "allgemeinbildenden" Volks- oder Hauptschule in der BRD, kann die polytechnische Oberschule tendenziell alle Jugendlichen in die umfangreiche Bildung einbeziehen, die Grundlagen vermitteln, die zu sachkundigem Mitplanen und Mitentscheiden notwendig sind. Engels hat darauf hingewiesen (im Anti-Dühring), daß Freiheit des Willens die Fähigkeit zur sachkundigen Entscheidung voraussetzt (44).

So gibt es ab der 1. Klasse keinen konventionellen Rechenunterricht mehr, sondern Einführung in alle vier Grundrechenarten in mathematischer Terminologie und Symbolik. Durch konstruktive Übungen in der Unterstufe z.B. mit technischen Baukästen erhalten die Schüler erste Einblicke in wissenschaftlich-technische Zusammenhänge. Von der 4. Klasse an beginnt wissenschaftlich fundierter Fachunterricht in Natur-, Gesellschaftswissenschaften und einer Fremdsprache, zu der ab der 7. Klasse eine zweite kommt, erteilt von auf Hochschulen qualifizierten Lehrkräften (45). Aufbauend auf Werk- und Schulgartenunterricht setzt mit der 7. Klasse auch der polytechnische Unterricht ein. Er macht die Schüler während ca. 5 Wochenstunden mit den wissenschaftlich-technischen, technologischen und politisch-ökonomischen Grundlagen der sozialistischen Produktion vertraut. Das geschieht nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch (46); dabei besteht die Praxis sowohl in Produktionsarbeit wie auch in der Anwendung und Erprobung theoretischer Schulkenntnisse in der Praxis (47), (z.B. bekommt ein Schülerkollektiv den Forschungsauftrag, einen Rationalisierungsvorschlag für einen bestimmten Produktionsablauf zu erarbeiten).

Beim Unterricht in der Produktion werden auch die beteiligten Werktätigen als Lehrer und Berater der Schüler in den Bildungsprozeß einbezogen und lernen dabei selber weiter. Der polytechnische Unterricht überwindet die Trennung der Bildung von der gesellschaftlichen Realität. stärkt die Urteilsfähigkeit der Jugendlichen, entwickelt ihre Kommunikationsfähigkeit, bereitet sie auf die Arbeitswelt vor und erleichtert ihnen eine gesellschaftlich und individuell sinnvolle Berufsorientierung. Ökonomie,Technik und Arbeit werden notwendige Bestandteile der Allgemeinbildung, ihre Kenntnis wird ebenfalls Voraussetzung für die Realisierung der sozialistischen Eigentümerfunktion. Diese breite theoretische und praktische Bildung schafft Grundlagen, die eine leichtere und schnellere Weiterqualifizierung für die rasch wechselnden und anspruchsvolleren Arbeitserfordernisse unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution ermöglichen. Die Werktätigen können ihre Disponibilität erhöhen. Aus dem einseitig qualifizierten, verkrüppelten "Träger einer gesellschaftlichen Detailfunktion" im Kapitalismus zu einem allseitig entwickelbaren Individuum in der sozialistischen Demokratie, "für

43 "Gesetz über das einheitliche Sozialistische Bildungswesen", NEUES DEUTSCHLAND – Dokumentation, a.a.O.

44 Zit. nach: BILDUNG FÜR HEUTE UND MORGEN. Eine Information über das einheitliche sozialistische Bildungssystem der DDR, Hrsg. Staatssekretariat für westdeutsche Fragen, Berlin (DDR) 1971, S. 21.

45 "Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungswesen", S. 8 ff.

46 ebd., S. 10. Wolfgang Reischock: BEWÄLTIGUNG DER ZUKUNFT, Berlin (DDR) 1966, bes. S. 121 ff, 135 ff, 150 ff.

47 ebd.

welches verschiedene gesellschaftliche Funktionen einander ablösende Bestätigungsweise sind," (48)wird der Werktätige nur, wenn ihm durch Bildung entsprechende praktische und theoretische Entwicklungsgrundlagen vermittelt worden sind.

Die bisherigen Schwierigkeiten des polytechnischen Unterrichts ergaben sich vor allem aus folgenden Umständen:
Häufig waren die Werktätigen in den Betrieben, die die Schüler während ihres Unterrichtstags in der Produktion (UTP) zu betreuen hatten, ungenügend pädagogisch und politisch ausgebildet. Das hatte bisweilen zur Folge, daß sie die Zusammenhänge zwischen produktiver Arbeit im Betrieb und dem Unterricht in der Schule nicht herzustellen vermochten. Wenn den Schülern die Arbeit nur lästige Beschäftigungstherapie erscheint wird das politische Ziel gefährdet: "Wenn die Schüler eine Arbeit ausführen, die in die wirkliche Produktion des Betriebes eingeht, übernehmen sie zugleich ein Stück realer Verantwortung für den Betrieb..., für die Stärkung unseres sozialistischen Staates. Hier liegt ein wesentlicher Erziehungswert der produktiven Arbeit der Schüler... Diese Zusammenhänge müssen den Schülern allerdings bewußt gemacht werden." Wird das nicht bewußt, erfüllen die Schüler nur bestimmte Arbeits- und Lernanforderungen, um gute Zensuren zu erhalten(49).

In der bewußten Übernahme von Verantwortung und dem Verständnis für dem Zusammenhang der eigenen Arbeit mit der g e s e l l s c h a f t l i c h e n P r o d u k t i o n u n d A n e i g n u n g "liegt im übrigen auch der Grund, warum polytechnische Erziehung nicht auf ein kapitalistisches System übertragbar ist; (etwa in Form der westdeutschen Arbeitslehre mit Betriebspraktika, d. Verf.) denn dort könnten die Schüler – wie die Arbeiter – nicht für den eigenen Betrieb und die eigene Sache arbeiten, sondern für eine fremde: die des kapitalistischen Unternehmers" (50), der die geschaffenen Werte privat aneignet.

Ein anderes Problem stellte die regional unausgeglichene Industriestruktur dar, wodurch nicht sofort für alle Schulen geeignete Betriebe für den UTP gefunden werden konnten. Das Problem löste sich zunehmend mit der Gründung neuer Betriebe und der Einrichtung überbetrieblicher polytechnischer Zentren.

Zukünftig dürfte es ebenfalls schwieriger werden, i n B e t r i e b e n geeignete Arbeitsbereiche für die Schüler zu finden, wenn z.B. durch Automatisierungen Arbeitsplätze eingespart werden.Das erfordert die Entwicklung neuer Formen des polytechnischen Unterrichts.

Die einheitliche, durchlässige Struktur des Bildungssystems ermöglicht den Werktätigen jederzeit, den Übergang aus dem Arbeitsprozeß in verschiedene Formen und Stufen des Weiterlernens relativ leicht zu vollziehen. Dabei sind die einzelnen Qualifikationen vom Facharbeiterbrief bis zur Hochschulreife niemals nur speziell berufs- oder arbeitsplatzbezogen, sondern immer mit einer Erhöhung der politisch-gesellschafts-wissenschaftlichen Allgemeinbildung verbunden.

Die enormen Investitionen im Bildungssektor (Über 7 % des Nationaleinkommens gegenüber nur ca. 4 % des Bruttosozialprodukts in der BRD. Wenn auch der Begriff des DDR-Nationaleinkommens ökonomisch nicht identisch ist mit Bruttosozialprodukt bleibt der Vergleich doch aussagekräftig) haben auch die quantitativen Lernbedingungen im Vergleich zur BRD wesentlich verbessert. Dabei haben die quantitativen Bedingungen natürlich qualitative Konsequenzen. Wenn in der DDR z.B. statistisch nur ca. 19,8 Schüler

48 Karl Marx: DAS KAPITAL Bd. I, Berlin (DDR) 1961, S. 513.

49 Wolfgang Reischock: "Die Sache mit den Kabelbäumen", in: ELTERNHAUS UND SCHULE, Nr. 12/1970, S. 4/5.

50 ebd.

auf einen Lehrer entfallen, in der BRD 29,6 Schüler (51), so sagt das etwas darüber aus, welche Aufmerksamkeit der Lehrer der Klasse und dem einzelnen Schüler widmen kann. Für Bayern ist kürzlich sogar das Ansteigen der Schülerzahlen in den Volksschulen von 34,8 Schülern pro Klasse im Jahr 1955 auf 37,2 im Jahre 1970 festgestellt worden. Die Absicht klassenspezifischer Auslese hinter dieser Entwicklung wird sichtbar, wenn dagegen gleichzeitig die Klassenfrequenzen in den Gymnasien stetig gesenkt wurden (52).

Gegenwärtig absolvieren ca. 80 % aller Schüler mindestens die zehnjährige polytechnische Oberschule, während in der BRD nur knapp 30 % eine zehnjährige Vollzeitbildung erreichen (53).
Nach der Direktive des ZK der SED zum neuen Fünfjahrplan ist dabei geplant bis 1975 90 % aller Schüler in die zehnjährige Schulbildung einzubeziehen. Für die BRD sagt selbst die genannte Zahl wenig aus, wenn man z.B. einem Bericht der FAZ vom 31.8.1971 entnehmen kann, daß im Ruhrgebiet 25 % aller Kinder nicht einmal einen Volksschulabschluß erreichen. Die Konsequenzen für die beruflichen Möglichkeiten dieser Schüler sind leicht vorstellbar, und auch für die lauthals propagierte Selbstbestimmung des BRD-Bürgers dürfte das eine unzureichende Grundlage sein. Der Anteil derjenigen an einem Jahrgang, der in der DDR über die zweijährige erweiterte Oberschulstufe, auf der polytechnischen Oberschule aufbauend, direkt die Hochschulreife erwirbt, ist in der DDR mit 9 % etwa gleich hoch wie in der BRD (54). Aber dabei muß berücksichtigt werden, daß in der DDR "immer mehr der übrigen einen vollgültigen Oberschulabschluß (Hochschulreife) in ihrer Berufsausbildung oder... in Lehrgängen der Erwachsenenqualifizierung erwerben." (55). Die Zahl der Hochschulstudenten liegt mit 63 pro 10 000 Einwohner höher als in der BRD mit 51 (56).

Westdeutsche Einschätzungen

Die früheren Verteufelungen des DDR-Bildungssystems sind nüchternen Analysen gewichen, seit die wachsende Stärke der DDR die westdeutsche Politik zu realistischeren Einschätzungen zwang und die Hoffnung auf baldigen Zusammenbruch und Vereinnahme der DDR aufgegeben werden mußte. Man erkennt, daß man "auf manch augenfälligen Konsum verzichtend, ...in den letzten zehn Jahren mit dem Ausbau der Jugend- und Erwachsenenbildung Fundamente für einen zukunftsgerecht steigenden Bildungs- und damit auch Lebensstandart gelegt (hat) " (57).

Selbst ein Pädagoge wie Voelmy, der für pädagogische Zeitschriften, der "Arbeitgeber" und die Harzburger Führungsakademie arbeitet, kann sich der These des Bildungsberichtes von der angeblichen Einschränkung der Entfaltung durch die Bildung in der DDR nicht anschließen. In eigenen Analysen kommt er zu dem Ergebnis: "Die Resultate (der Analysen) liefern also keinen Anhaltspunkt für die Haltbarkeit der These, daß die polytechnische Bildung und Erziehung vor allem auf eine bloße 'Abrichtung' der Schüler, auf formale produktionstechnische und ökonomische Erfordernisse hinausläuft, die eine 'Verkümmerung und Verkrüppelung' des Individuums herbeiführt (Franz Josef Wehnes: Schule und Technik in Ost und West, Ratingen, 1964). Vielmehr geben sie die Tendenz zu erkennen, daß der polytechnische Unterricht sowohl von seinen pädagogischen Intentionen her als auch im didaktisch-methodischen Bereich ... die Jugendlichen (befähigt), die künftige Entwicklung der modernen Industriegesellschaft qualifiziert und verantwortungsbewußt mitzugestalten." (58).

Allen bürgerlich-pädagogischen Analysen liegt allerdings die These zugrunde, das leistungsfähige Bildungssystem der DDR sei wie die Bildungsreform in der BRD ein klassenneutraler Reflex auf gesellschaftlich indifferente industrielle Sachzwänge, die höhere Qualifikation und berufliche Disponibilität der Arbeitskräfte erfordern, damit sie den rasch wandelnden Technologien und Produktionsbedingungen nachkommen können. Die politische Bewußtseinsbildung und gesellschafts-wissenschaftliche Qualifizierung der Lernenden wird als dogmatische Narretei abgetan. In der Tat ist die ökonomische Effezienz ein wichtiges Ziel der Bildungsanstrengungen in der DDR. Schon hier hört aber die Konvergenz auf. Marx hat in seinen "Grundrissen" erarbeitet, daß steigende Produktivität Voraussetzung für die Verringerung der notwendigen Arbeit ist und mit der Ausdehnung der freien Zeit die Bedingungen für die sozialistische Entfaltung des Menschen schafft (59). Im Kapitalismus bedeutet der produktivitätssteigernde Einsatz neuer Technologien, der Automatisierung etc. vor allem eine Verschärfung der Ausbeutung durch die Erhöhung des relativen Mehrwerts. Unter kapitalistischen Verwertungsbedingungen hat das deshalb weder automatisch die tendenzielle Verringerung der notwendigen Arbeit zur Folge, noch erhalten die Lohnabhängigen ein gesellschaftliches Verfügungsrecht über die Früchte der wachsenden Produktivität, die weiterhin privat angeeignet werden.

In einigen Punkten ist bereits angedeutet worden, daß Planung und Entwicklung des DDR-Bildungssystems nur aus einer demokratischen und sozialistischen Entwicklung heraus möglich waren. Schwierigkeiten der Bildungsplanung in der BRD unterstreichen das und widerlegen behauptete Konvergenzen. Eines der zentralen Probleme der Reform ist die Finanzierung. Da der größte Teil des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums in der BRD in private Verfügungsgewalt übergeht, wird er notwendigen Investitionen im öffentlichen Sektor, wie z.B. Bildung, entzogen, im Gegensatz zur gesellschaftlichen Aneignung und Verteilung in der DDR.

Aber auch der Einsatz staatlicher Mittel im Interesse langfristiger Strukturpolitik kollidiert ständig mit den kurzfristigen Konjunkturinteressen der Monopole. Da der Staat im gegenwärtigen Stadium des Kapitalismus umfangreiche ökonomische Regulierungsfunktionen übernehmen mußte, braucht er in Phasen der Depression Geld, um durch staatliche Aufträge, besonders an die Rüstungsindustrie, die Wirtschaft zu beleben. In Zeiten der Hochkonjunktur werden mit dem Argument der Überhitzungsgefahr die Ausgaben gekürzt und Geld für die Belebung in Krisenzeiten angesammelt (60).

Das Wort von Wirtschaftsminister Schiller, ihm seien momentan alle Reformen lieb, die kein Geld kosteten, trifft genau die Problematik. Die Polemik gegen das Ziel politischer Qualifizierung und Emanzipation in der Bildung der DDR entspringt dem Desinteresse an und der Furcht vor politischer Qualifizierung, weil das systembedrohend wirken könnte. Baethge hat für die Bildung in der BRD festgestellt: "Es geht dieser Art von Bildung um Anpassung und nur um Anpassung. Arlt (Ein Arbeitgeberfunktionär, d. Verf.) sagt

51 VERGLEICHENDE DARSTELLUNG DES BILDUNGSWESENS ..., S. 19.
52 SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 27.8.71, S. 17.
53 VERGLEICHENDE DARSTELLUNG DES BILDUNGSWESENS ..., S. 18.
54 ebd., S. 25.
55 DAS BILDUNGSSYSTEM IN DER DDR. (I) Die allgemeinbildende Schule. Hrsg. Hessische Landeszentrale für politische Bildung, o.O., o.J.
56 VERGLEICHENDE DARSTELLUNG DES BILDUNGSWESENS ..., S. 35.
57 DAS BILDUNGSSYSTEM IN DER DDR. (III) Die Erwachsenenbildung. Hrsg. Hessische Landeszentrale für politische Bildung, o.O., o.J.
58 Willy Voelmy: INHALTSANALYSEN VON QUELLENTEXTEN ZUM POLYTECHNISCHEN UNTERRICHT IN DER 10-KLASSIGEN ALLGEMEINBILDENDEN POLYTECHNISCHEN OBERSCHULE DER DDR, 1959-1966, Berlin 1968, S. 101.
59 Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin (DDR) 1953, S. 599.
60 Wissenschaftsminister Leussink gab dieses Dilemma zu, Interview mit dem SPIEGEL, Nr. 11/1970, S. 38 ff.

es knapp und deutlich: "Mobilität ist Anpassungsfähigkeit an die betrieblichen Notwendigkeiten.""(61). Der Mensch darf nicht zum S u b j e k t der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung werden, sondern muß O b j e k t der ökonomischen und politischen Entscheidung der herrschenden Klasse bleiben.

Klassenspezifische Lösung von Bildungsproblemen

An einem Beispiel sei die These widerlegt, es handle sich in der DDR und BRD um ähnliche Fragestellungen und Lösungsversuche bei der Entwicklung des Bildungssystems (diese Tendenz ist auch im erwähnten Kursbuch-Aufsatz angelegt).

Häufig wird der sozialistischen Einheitsschule als westdeutsches Pendant das Modell der Gesamtschule gegenübergestellt. Die Intention der Schule in der DDR, möglichst a l l e n Schülern eine einheitlich hohe Bildung zu vermitteln, um eine hohe berufliche und politische Qualifizierung und die Chancengleichheit in der Bildung zu realisieren, wird auch für die Gesamtschule beansprucht. Äußerlich scheint mit der Gesamtschule das vertikale, schichtenspezifisch selektierende System aufgehoben. Tatsächlich werden in der Gesamtschule alle Schüler zunächst einmal in einer Schule zusammengefaßt. Aber die Schüler einer Klasse bleiben nur im Rahmen eines meist auf die Fächer Geschichte, Erdkunde, Sozialkunde beschränkten Kernunterrichts zusammen. In allen anderen Fächern wird in Kursen unterschiedlichen Niveaus unterrichtet, denen die Schüler ihrer Leistung nach zugeordnet werden. Das heißt, es gibt kein einheitliches Bildungsangebot. Verschiedene Beobachtungen haben ergeben, daß sich im großen und ganzen die Kinder aus der Arbeiterklasse in den Kursen niederen Niveaus, die Kinder der Mittel- und Oberschicht in denen höheren Niveaus widerfinden lassen. Obgleich bei entsprechender Leistung der Aufstieg in einen anspruchsvolleren Kurs möglich ist, ist keine relevante Fluktuation zu verzeichnen (62). Die soziale Selektion wird also fortgesetzt. Die elitäre Differenzierung geht soweit, daß an bestimmten Gesamtschulen die früheren Oberschullehrer nur in Kursen höheren Niveaus, die früheren Volksschullehrer die unteren Leistungskurse unterrichten. (63). Immerhin dürfte das System in begrenztem Maße dazu ausreichen, den gewachsenen Anforderungen der Wirtschaft gemäß mehr Schüler für mittlere und höhere Schulabschlüsse durch flexiblere Selektion als früher zu qualifizieren.

Auch in der DDR gibt es interne Differenzierungen; aber in dem Sinn, daß die Schüler fakultativ fachliche Schwerpunkte bilden können. Auch wird mit dem Angebot zusätzlicher Arbeitsgemeinschaften zum Unterricht die Möglichkeit gegeben, individuellen Interessen nachzugehen. Im Gegensatz zur Gesamtschule nimmt der Kernunterricht für alle Schüler 2/3, das heißt den größten Teil der Unterrichtszeit in Anspruch (64). Die strenge Leistungsdifferenzierung der Gesamtschule fördert die Konkurrenz und die Distanz unter den Schülern. In den Schulen der DDR ist es dagegen zunehmend gelungen, die Konkurrenzverhältnisse unter den Schülern abzubauen und solidarische, verantwortungsbewußt kollektive Verhaltensweisen zu entwickeln. Ansatzpunkt dafür war bemerkenswerterweise unter anderem das selbstverständlich auch in DDR-Schulen mögliche Leistungsgefälle zwischen den Schülern einer Klasse. Um das Niveau des Unterrichts an der Leistungsfähigkeit der besten Schüler orientieren zu können, wurde nicht der westdeutsche Lösungsweg gewählt, die schlechteren Schüler einfach auszusondern. Vielmehr organisieren in solchen Fällen die besseren Schüler oder das FDJ-Aktiv der Klasse Kurse und Arbeitsgemeinschaften für leistungsschwächere Schüler und versuchen so den Leistungsabstand zu überbrücken (65). Während die sozialen Beziehungen in einer sozialistischen Gesellschaft eben solche solidarischen Verhaltensweisen ermöglichen und fordern, muß der kapitalistischen Schule bereits angelegen sein, alle möglichen Solidarisierungsansätze der späteren Lohnabhängigen zu verhindern. Die Einübung von Konkurrenzverhalten erschwert den Individuen später im Betrieb solidarische Kampfaktionen gegen die Willkür des Unternehmers und erleichtern diesem zugleich die Zersplitterung der Lohnabhängigen. Hiermit dürften ansatzweise sehr gegensätzliche Intentionen und Lösungen in den beiden Bildungssystemen beleuchtet sein.

61 Zit.nach Baethge, S. 231.
62 Information des Verfassers von Praktikanten an der Nordweststadt-Schule in Frankfurt/M.
63 Z.B. an der Gesamtschule in Schlüchtern/Hessen. Information eines Lehrers.
64 Das berichten und belegen auch die Kursbuch-Autoren. KURSBUCH, S. 96.

Probleme politischer Qualifizierung und Einstellungsveränderung

Sozialistisches Bewußtsein und sozialistisch bewußtes Handeln, für die Gestaltung und Reproduktion sozialistischer Eigentumsverhältnisse unabdingbar, ergaben und ergeben sich nicht automatisch, spontan mit der Veränderung der Eigentumsverhältnisse in der DDR. Das sozialistische Bildungssystem hatte eine entscheidende Vermittlungsfunktion in der Wechselbeziehung zwischen sozialistischen Produktionsverhältnissen und Bewußtsein der Bevölkerung zu übernehmen. Entfaltung der sozialistischen Demokratie und Sicherung des sozialistischen Aufbaus, setzen die Bereitschaft zur Mitarbeit und die Aneignung für die Mitarbeit notwendiger technischer und politischer Fähigkeiten bei der Mehrheit voraus. Diese Bereitschaft entsteht nur auf der Basis praktisch und theoretisch fundierter sozialistischer Überzeugungen und Einstellungen. Die Vermittlung entsprechender Einsichten, Einstellungen und Fähigkeiten mußte gerade in der Anfangsphase des sozialistischen Aufbaus in der DDR auf Schwierigkeiten stoßen. 1950 war der Lebensstandart in der BRD doppelt so hoch wie in der DDR (66), (dieser in bürgerlichen Analysen verwendete Begriff des Lebensstandarts bezieht sich einseitig auf den individuellen Konsum und läßt den Bereich öffentlicher Leistungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheitswesen, die soziale Sicherheit außer acht, die in der DDR zu jenem Zeitpunkt schon entwickelter waren als in der BRD). Aber da das Bewußtsein in der DDR noch vorwiegend von diesem eingeschränkten Begriff des Lebensstandarts geprägt war, mußte der Konsumboom in Westdeutschland um so mehr den Eindruck größerer Leistungsfähigkeit des kapitalistischen Systems erwecken und die Skepsis gegenüber der Leistungsfähigkeit und den Perspektiven sozialistischer Produktion vergrößern. Dabei war die Führung der DDR zu unpopulären Wirtschaftsentscheidungen gezwungen, wie verstärkter Ausbau der Produktionsgüterindustrie gegenüber der Konsumgüterindustrie zum Ausgleich vorhandener Disproportionen in der DDR-Industriestruktur. Diese langfristig richtigen und notwendigen Entscheidungen kollidierten mit den kurzfristigen materiellen Interessen der Bevölkerung in einer Phase, in der es noch keine massenhafte Zustimmung zur neuen gesellschaftlichen Ordnung gab. Angesichts der inneren und äußeren "Bedrohung der DDR durch die politischen und ökonomischen Offensiven der herrschenden Klasse der BRD und der anderen imperialistischen Staaten" (67), war es im Interesse der raschen Stärkung der DDR notwendig, wirtschaftlichen Aufbau und politische Neuordnung möglichst rasch durchzuführen, was zunächst "die Elemente der Anleitung und Kontrolle durch zentrale Instanzen innerhalb des sich etablierenden Systems des demokratischen Zentralismus stark hervortreten" ließ (68). Zugleich wurde zwar "eine stetige politische und technische

65 Erika Runge: "Bildung in der DDR". Interviews. Sendung des Hessischen Rundfunks, 1. Programm, 16.10.1970, 21.00 Uhr. Im KURSBUCH abgedruckt. Barbara Grunert-Bronnen: ICH BIN BÜRGER DER DDR UND LEBE IN DER BUNDESREPUBLIK. 12 Interviews, München 1970, S. 29.
66 Apel: WUNDER UND WEHEN DER ZONENWIRTSCHAFT, S. 28.
67 Fülberth/Knüppel: S. 232 f.
68 ebd., S. 233.

Qualifizierung nachgeordneter Instanzen und breiter Bevölkerungskreise mit dem Ziel (versucht), durch die Entfaltung gesellschaftlicher Selbsttätigkeit bürokratischen und administrativen Überspitzungen – die bereits damals in der DDR offen kritisiert wurden – die Voraussetzungen zu entziehen" (69). Aber trotzdem bestand die Gefahr, daß in Schule und Studium eine Theorie und ein Ideal sozialistischer Demokratie vermittelt wurden, die nicht mit der historisch notwendig modifizierten Praxis übereinstimmen konnten. Das konnte zu Mißtrauen und Enttäuschung gegenüber der neuen Ordnung führen und zusätzliche Barrieren gegenüber politisch-ideologischer Erziehung errichten. Auch heute stellt sich das Problem noch. "Die Konfrontation unserer Theorie mit der gesellschaftlichen Praxis ist uns bisher nicht genügend gelungen. Manche Studenten haben noch immer ein bestimmtes Idealbild von der Praxis, und sie sind sehr enttäuscht, wenn sie sehen, daß ihre Vorstellung nicht richtig ist. Sie meinen deshalb, das Verhältnis unserer Theorie zur Praxis sei das zwischen schönem Ideal und rauher Wirklichkeit. In den Praktika stoßen sie auf große volkswirtschaftliche Probleme, von deren Tragweite sie im Unterricht zuwenig spürten. Das weist uns auf theoretische Schwächen des Lehrkörpers hin." (70). Die Realisierung der Doppelfunktion des sozialistischen Bildungssystems, fachliche, ökonomisch verwertbare Qualifikationen wie auch politisch-ideologische Einsichten und Fähigkeiten zu vermitteln, war somit durch bestimmte historisch-ökonomische Bedingungen besonders im politischen Bereich gefährdet. Die Jugendlichen nahmen zwar die ihnen gebotenen, vielfältigen Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten wahr, um über möglichst hohe berufliche Qualifikation Verdienst- und Konsummöglichkeiten zu steigern oder mit den erworbenen Qualifikationen nach Westdeutschland zu flüchten, aber ihr politisches Bewußtsein und Verhalten blieb unentwickelt. Vielen Jugendlichen dürfte dabei durchaus uneinsichtig geblieben sein, daß nur im Rahmen einer sozialistischen Gesellschaft das ihnen zur Verfügung stehende Bildungssystem aufgebaut werden konnte. Auch die in Schule und Studium erhobene Forderung, sich politisch-ideologische Kenntnisse anzueignen, braucht nicht zu sozialistischen Überzeugungen und Einstellungen zu führen. Bei der angedeuteten Distanz der Bevölkerung zum Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung, kann das auch zur rein formalen, opportunistischen Aneignung von Kenntnissen führen, die man nachweist, um gute Zensuren zu bekommen und sich nicht angestrebte Bildungs- und Ausbildungswege zu verbauen. Das Problem der Konfrontation der Theorie mit der Praxis, die Schwierigkeit der politischen Bildung, über die formale Speicherung von Kenntnissen hinaus bei den Jugendlichen fundierte sozialistische Überzeugungen und Einstellungen zu schaffen, führen zu der Frage, inwieweit die Methodik und Didaktik der politischen Bildung in der DDR diese Schwierigkeiten berücksichtigt hat.

Theoretisch und empirisch ist geklärt, daß der Nachweis bestimmter K e n n t n i s s e nicht zu der Vermutung verführen darf, dahinter stünden notwendig e n t s p r e c h e n d e E i n s t e l l u n g e n u n d V e r h a l t e n s w e i s e n (71). Außerdem wird abgelehnt, Lernprozesse vorwiegend mit Druck und Zwangsmitteln zu initiieren. "Das Erziehungsziel der sozialistischen Persönlichkeit kann kaum unter Bedingungen einer permanenten Zwangssituation, in der eine mehr oder weniger aversive Haltung des Schülers in der Regel zu erwarten ist, realisiert werden. Einer solchen Handlungsdynamik stände auch der von pädagogischer Seite wiederholt vertretene Grundsatz der Selbsttätigkeit entgegen." (72). Ob K e n n t n i s s e auch zu Ü b e r z e u g u n g e n, n e u e n M o t i v a t i o n e n u n d E i n s t e l l u n g e n f ü h r e n, hängt stark davon ab, wie diese Kenntnisse erworben worden sind; um die Jugendlichen zur gesellschaftlichen Aktivität und Initiative zu motivieren, zu selbständigem Erkennen und Bearbeiten von Problemen zu befähigen, müssen Form und Inhalt des Unterrichts Grundlagen dafür schaffen; d.h. die Schüler müssen z.B. zur Selbsttätigkeit und Entfaltung von Initiative Gelegenheit bekommen, müssen eigene Probleme und Einwände äußern können, damit "der Kommunismus ... nicht etwas Angelerntes ist, sondern etwas, was ihr selbsr durchdacht habt..." (Lenin: "Die Aufgaben der Jugendverbände", in W. I. Lenin: "Über die Jugend", Frankfurt/M. 1971, S. 9)

Aus einer gegenwärtig stattfindenden Diskussion in der DDR kann man entnehmen, daß in vielen Fällen der politische Unterricht noch praktisch auf das Niveau der theoretischen Einsichten gehoben werden muß, daß die Kriterien der bisherigen Leistungskontrolle und Beurteilung überprüft und verändert werden müssen, wenn Bildung ihre Politisierungsfunktion realisieren soll.

"Der Lehrer, der glaubt, nur Wissen kommentarlos schütten zu können, wird Schwierigkeiten bekommen. Der Lehrer, der Diskussionen aus dem Wege gehen will, wird unweigerlich gestellt. Und wenn er das noch als Unverschämtheit ... betrachtet oder sogar verbietet, geht er restlos baden..." (73).

Das bloße Überschütten mit Fakten, Daten, fertigen Wertungen und Urteilen, ohne daß auf die Einwände, Zweifel, Vorurteile der Schüler und Studenten sorgfältig eingegangen wird, führt nicht zu fundierten Überzeugungen sondern zur Passivität und Anpassung "Wem es um eine gute Note geht, der fragt zumindest unbewußt: Was will der Dozent hören? " (74). Dabei "drückt sich (an den Noten) überhaupt nichts aus, ob jemand schöpferisch denken kann oder nicht ... Gewiß, zum großen Teil lernen die Studenten fleißig. Diesen Fleiß veranlassen nicht zuletzt die straffen Leistungskontrollen. Unsere Aufgabe ist aber, Freude und Interesse am Gegenstand zu wecken und den Willen zu stärken, die Probleme zu erkennen und tief in sie einzudringen. Nur dann können die Studenten lernen, Fragen der Praxis wirklich zu lösen." (75). "Die fortwährenden Leistungskontrollen führten für die Studenten zu einem kontinuierlichen Streß. Das hatte zur Folge, daß gesellschaftliche Aktivitäten beschnitten wurden, daß Initiative und Selbständigkeit der Studenten nicht ausreichend gefördert wurden, daß es zu einer gewissen Einseitigkeit in der Erziehung zum sozialistischen Absolventen kam... Durch das Getriebenwerden von Testat zu Testat dominiert nicht die Freude und Neugier am Lernen". (76). Die bloße Reproduktion von angelernten Fakten und Urteilen im Unterricht und in Prüfungen, birgt die Gefahr, daß der Blick für die Zusammenhänge, der Bezug zur Praxis verloren gehen, die eigene Urteilsfähigkeit des Schülers (und Studenten) unentwickelt bleiben. Es werden folgende Vorschläge zur Entwicklung von Selbständigkeit, Initiative, konstruktiv-kritischem Denken gemacht: "...Wir (sollten) folgende didaktisch-methodische Möglichkeit bei der Gestaltung des Unterrichts noch stärker ins Auge fassen: Selbständiges Erfassen und Lösen von Problemen... Arbeit mit langfristigen individuellen

69 ebd. Fülberth/Knüppel zit. als Kritiker: K. Polak: "Der demokratische Zentralismus im Staatsaufbau der Deutschen Demokratischen Republik", in: ders. ZUR DIALEKTIK IN DER STAATSLEHRE. 3. erw. Aufl. Berlin 1963, S. 179-200, hier: S. 195 f.

70 "Zensuren und Schöpfertum". Interview mit Prof. Hans Wagner, Direktor der Sektion Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Universität, Berlin. In: FORUM, Organ des Zentralrats der FDJ, Nr. 14/2. Juliheft 1971, S. 11.

71 Autorenkollektiv: DAS POLITISCH ORGANISIERTE KINDERKOLLEKTIV IM ERZIEHUNGSPROZESS. Beiträge zur Theorie und Methodik der Pioniererziehung, Berlin (DDR) 1970, S. 139 ff.

72 Gerhard Rosenfeld: THEORIE UND PRAXIS DER LERNMOTIVATION. Ein Beitrag zur Pädagogischen Psychologie, Berlin (DDR) 1970, S. 11 f.

73 DEUTSCHE LEHRER-ZEITUNG. Organ des Zentralvorstands der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung, Nr. 33/1971, S. 4.

74 "Zensuren und Schöpfertum", Interview ...

75 ebd.

76 ebd.

und kollektiven Schüleraufträgen. Mehr selbständige politische Aktualisierung durch die Schüler... Befähigung zum selbständigen Einschätzen und Werten von historischen Ereignissen und Prozessen und zur selbständigen Auseinandersetzung mit feindlichen Ideologien, wie mit dem Opportunismus in der Geschichte und dem Sozialdemokratismus der Gegenwart... " (77).

Eine Konkretisierung solcher Vorschläge wäre etwa, das Problem des Anschauens westlicher Fernsehsender zu lösen. Dabei müßte überprüft werden, ob die in der DDR bisher weitverbreitete Praxis, das West-Fernsehen lediglich zu tabuisieren, und in der politischen Erziehung darauf abzuzielen, bei den Schülern eine Ablehnung des Anschauens westlicher Sender zu erreichen, realistisch und rational ist (78). Da viele Erwachsene, Eltern usw. ebenfalls westliche Programme sehen, bleibt der einsame Appell des Lehrers in der Schule wirkungslos. Zudem bleibt das Schlagwort von der ideologischen und kulturellen Subversion durch West-Fernsehen zwar richtig, aber ohne ausführliche Begründung auf das Bewußtsein der Schüler aufgesetzt. Eine rationale Auseinandersetzung mit dem West-Fernsehen kann nicht ohne die Schüler, über ihre Köpfe hinweg stattfinden, sondern nur mit ihnen. Z.B. in der Form, daß sich Schüler und Lehrer gemeinsam Sendungen ansehen; Lehrer und Schüler gemeinsam Material und Belege für falsche Informationen sammeln, für das, was in den Sendungen verschwiegen wird; der Frage nachgehen, ob das westliche Fernsehen die Interessen der Lohnabhängigen vertritt oder die der herrschenden Klasse; Material darüber sammeln, welche Kräfte in den Redaktionen bestimmen; genau untersuchen, wie bestimmte Sendungen für die DDR-Zuschauer aufgemacht sind; darüber diskutieren, welche Ziele die BRD mit Sendungen verfolgt, die speziell für die Bürger der DDR gesendet werden. Es könnten Vergleiche zwischen BRD- und DDR-Sendungen über das gleiche politische Ereignis angestellt werden. Diese Verfahrensweise wäre weit mehr dazu angetan, die Attraktivität westlicher Sendungen zu verringern, die Urteilsfähigkeit der Schüler gegenüber der westlichen Manipulation zu stärken und ihre Einsicht in die Gefahren der Manipulation zu vertiefen.

77 DEUTSCHE LEHRER-ZEITUNG, Nr. 33/1971, S. 4.
78 Vgl. DAS POLITISCH ORGANISIERTE KINDERKOLLEKTIV IM ERZIEHUNGSPROZESS, S. 140.

SOPO 12 (Juli 71) enthält u.a. auf 112 Seiten:

J. Bischoff	Materielle und geistige Produktion (Sohn-Rethel-Kritik)
W. Roth	Sozialistische Politik in Italien
L. Peter	Thesen über Studentenbewegung und Arbeiterklasse
U. Garling u.a.	Intelligenz im staatsmonopolistischen Kapitalismus
Projekt Klassenanalyse	Aufgaben kommunistischer Intellektueller
T. Müller/H. Schäfer	Bemerkungen zu "Sozialstaatsillusion" in SOPO 6/7
Bericht	Arbeitskreis "Lage und Kampf der Arbeiterklasse im staatsmonopolistischen Kapitalismus"

Lothar Peter

Klassenkämpfe in Frankreich: Renault 1971

Der folgende Beitrag ist Teil eines im Auftrag des "Instituts für marxistische Studien und Forschungen" (IMSF) in Frankfurt vorbereiteten, noch nichtveröffentlichten Buchmanuskripts zur Geschichte und Entwicklung der Klassenkämpfe in Frankreich. ("Klassenkämpfe in Frankreich" erscheint demnächst in der durch das IMSF vorbereiteten Serie "Klassenkämpfe im kapitalistischen Europa" im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main. Gleichfalls noch in diesem Jahr veröffentlicht das IMSF in seiner Reihe "Arbeitsmaterialien des IMSF" dokumentarisches Material über die Entwicklung der Klassenkämpfe in Frankreich.) Im Zusammenhang mit der Materialsammlung hatte der Verfasser Gelegenheit zu ausführlichen Diskussionen im Renault-Hauptwerk Boulogne-Billancourt. Die Einladung erfolgte durch den Betriebsratsvorsitzenden Jean Tomasi. Der Abdruck des Beitrags erfolgt mit freundlicher Genehmigung des IMSF.

I. Die "Regie Nationales des Usines Renault"

1. Ökonomische Daten

Gemessen am Umsatz ihrer Produktion sind die Renault-Werke das mit Abstand größte Industrieunternehmen Frankreichs. Hinter Volkswagen und Fiat nehmen sie in Westeuropa den dritten Platz und in der Automobilproduktion der Welt den achten Platz ein.

Fast 90.000 Menschen arbeiten in der Automobilproduktion von Renault und weitere 30.000 in Zweigwerken, die unter anderem landwirtschaftliche Traktoren, Motoren für den Schiffsbau und Werkzeugmaschinen herstellen. Allerdings sind den Belegschaften der angeschlossenen Werke, die dem am 16. Januar 1945 unter dem Druck der französischen Arbeiterklassen verstaatlichten Unternehmen angeschlossen wurden, die nach dem Krieg erkämpften sozialen Garantien im verstaatlichten Bereich bisher versagt worden.

Das Unternehmen, das die Bezeichnung RNUR (Régie Nationale des Usines Renault) trägt, ist auf mehrere Städte und Regionen Nordfrankreichs verteilt. Die Betriebe befinden sich in Sandouville, Cléon, Flins, Choisy, Rueil, Le Mans, Orléans und Boulogne-Billancourt, einem Vorort von Paris, wo das Hauptwerk der RNUR allein 40.000 Menschen beschäftigt.

ABKÜRZUNGEN:

SFIO	= Section Française de l'Internationale Ouvrière (Französische Sektion der Arbeiterinternationalen, ehemalige sozialdemokratische Partei Frankreichs).
PCF	= Parti communiste français (Französische Kommunistische Partei)
CGT	= Confédération Generale du Travail (Allgemeiner Bund der Arbeit)
CFTC	= Confédération Française des Travailleurs Chrétiens (Französischer Bund der christlichen Arbeiter.
CFDT	= Confédération Française Démocratique du Travail (Französischer demokratischer Bund der Arbeit).
SIR	= Syndicat Indépendent de Renault (Unabhängige Gewerkschaft der Renault-Werke.
PSU	= Parti Socialiste Unifié (Vereinigte Sozialistische Partei).
CRS	= Compagnies Républicaines de Sûreté (Republikanische Sicherheitskompagnien).
CFT	= Confédération Française du Travail (Französischer Bund der Arbeit)
FO	= Force Ouvrière ("Arbeiterkraft", 1947 als Abspaltung von der CGT entstanden).

1945 produzierten 24.500 Beschäftigte 1.200 Fahrzeuge, 1948 war die Produktion bereits auf das Dreifache gestiegen, um 1968 bei einer Beschäftigtenzahl von 76.000 eine Produktionsleistung von 807.000 Fahrzeugen und einen Gesamtumsatz von 6.462.000.000 NF zu erreichen. (1) 1969 wurden in den Renault-Werken 1.009.372 Autos, 1970 mehr als 1.150.000 Autos produziert. Allein im ersten Vierteljahr des Jahres 1971 stieg die Produktion des vergleichbaren Zeitraums im Vorjahr um 6 %. (2) Gegenüber dem Jahr 1958 wuchs die Arbeitsproduktivität pro Beschäftigten um 100 % im Jahre 1970 (3) und erreichte so ein Spitzenniveau der ohnehin enorm gestiegenen Arbeitsproduktivität im Landesdurchschnitt, der zwischen 50 % und 60 % für die vergangenen 12 Jahre liegt. (4) Produzierte jeder Renault-Arbeiter 1958 durchschnittlich 5,7 Fahrzeuge, so waren es 1970 12. Der Steigerung der Produktivität und der Ausdehnung des Produktionsvolumens entsprechen rasch wachsende Umsätze der verstaatlichten Unternehmensgruppe RNUR. 1970 verzeichnete die "Régie", wie die Renault-Werke in Frankreich allgemein genannt werden, einen Umsatz von 12 Milliarden NF (5).

58 % der produzierten Autos werden in 26 Länder der Erde exportiert unter denen die Bundesrepublik zu einem der wichtigsten Absatzmärkte für die Renault-Produktion gehört (90.000 im Jahre 1968). Von seinen Gewinnen mußte die "Régie" 1969 800.000.000 NF als Steuern abführen, wobei die aus dem Export erhaltenen Devisen nicht mitgerechnet sind. Trotz der hohen Gewinne sank jedoch der Anteil der Löhne am Gesamtumsatz von 1956 bis 1970 von 33 auf 25 %, während 1945 der Anteil der Löhne am Umsatz 40 % ausgemacht hatte. (6)

2. Die Bedeutung des Nationalisierungsstatuts

Obwohl die "Régie" eine unbestreitbar positive Geschäftsbilanz aufweist und die jede Verstaatlichung verdammende und ihren baldigen Ruin prophezeiende Propaganda der den Monopolen willfahrenden Presse widerlegte, hat das Unternehmen mit wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Einerseits schreitet die vom monopolistischen Staat aktiv geförderte Konzentration des Kapitals in der privaten Autoindustrie ständig fort und bedroht die Konkurrenzfähigkeit der "Régie", andererseits unternimmt der Staat kaum etwas, um seine Verpflichtungen gegenüber dem nationalisierten Unternehmen zu erfüllen. Außer einer Kapitalhilfe von 700 Mill. NF zwischen 1963 und 1970 hat der Staat der Regie keinerlei Unterstützung gewährt. Die Kapitalhilfe für 1971 soll nur 150 Mill. NF betragen, obwohl sich die Summe der Gesamtinvestitionen bereits für 1970 auf 1,2 Milliarden NF belief. (7) Der offenkundigen Benachteiligung des nationalisierten Sektors auf der einen Seite entspricht die Erweiterung der staatlichen Eingriffe zugunsten der Monopole und ihrer Kapitalverwertungsbedingungen auf der anderen Seite. Das vor wenigen Jahren zwischen der "Régie" und dem Peugeot-Konzern abgeschlossene Abkommen, welches technische Zusammenarbeit und gemeinsame Grundlagenforschung vorsieht, bevorzugt eindeutig das private Unternehmen.

1 ITC (Ingenieurs, Techniciens et Cadres), REVUE MENSUELLE DU PARTI COMMUNISTE FRANÇAISE, Nr. 3/März 1971, S. 28.
2 CONTACT (Zeitschrift, hrsg. vom Betriebsrat des Hauptwerks Billancourt), Nr. 93, Juni 1971, Sonderheft, S. 8.
3 LA VIE OUVRIERE, Wochenzeitschrift der CGT, Nr. 1394 vom 19.5.1971 (62. Jg), S. 21.
4 Jacques Servant: "Salaires, productivité compétivité, contrôle démocratique", in: ECONOMIE ET POLITIQUE (révue marxiste d'économie), Nr. 168/169, Juli/August 1968, S. 37.
5 CONTACT, a.a.O., S. 8.
6 ITC, a.a.O., S. 29.

Obwohl die Produktionsausrüstung der Renault-Werke der des Peugeot-Konzerns überlegen ist und die "Régie" sowohl an Produktionsleistung und Beschäftigtenzahl den "Partner" weit übertrifft, bestimmt das Abkommen eine paritätische Aufteilung der finanziellen Mittel und eine paritätische Besetzung der Entscheidungsgremien. Daß dieses Abkommen, das der technischen Kooperation dienen soll, dem Peugeot-Konzern wesentlich günstigere Voraussetzungen der Kapitalverwertung und Profitsteigerung schafft, geht aus einer lapidaren Feststellung der französischen Unternehmerzeitschrift "L'Expansion" vom Oktober 1970 hervor:
"Peugeot hätte sein Zweigwerk in Mühlhausen ohne die Unterstützung durch Renault niemals mit einer ultramodernen Karosserieschmiede ausstatten können." (8)

Die ökonomischen Maßnahmen der vom Staat besorgten Kapitalmobilisierung und Investitionserleichterungen für die Monopole richten sich gegen den nationalisierten Wirtschaftssektor, der nicht unmittelbar dem Gesetz der Profitmaximierung unterliegt.

Insofern als zwar auch im nationalisierten Bereich Lohnarbeit unmittelbar gegen Kapital getauscht wird, die Verteilung des Mehrwerts aber bei entsprechender politischer Stärke der Arbeiterklasse zu Gunsten der Beschäftigten verändern werden kann, finden die Beschäftigten in den verstaatlichten Industrien für ihren Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen objektiv günstigere Voraussetzungen als in den privatkapitalistischen Industrien vor. Die nationalisierten Unternehmen bilden zwar innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft keine sozialistischen Wirtschaftsenklaven, (was von Marxisten – im Widerspruch zu der ihnen von linksradikalen Ideologen gerne angehängten These – niemals behauptet haben), sie stehen jedoch im Gegensatz zu den ausschließlich dem Profitdiktat unterworfenen Unternehmen, was eine konsequente Auslegung der inhaltlichen Bestimmung der Nationalisierung anbetrifft. Zwar muß sich ein verstaatlichtes Unternehmen wie die Renault-Werke den Gesetzen des kapitalistischen Marktes anpassen und vermittelt durch den Staat einen beträchtlichen Teil der Gewinne auf die Monopole übertragen, nichts destoweniger schließt aber das Statut der Nationalisierung aus, daß die Produktion allein der Profitmaximierung dient. So konnten die Renault-Beschäftigten im Nationalisierungsvertrag nach 1945 vom Staat das Zugeständnis erzwingen, mindestens ein Drittel der Gewinne unter der Verfügung des Betriebsrats für soziale und kulturelle Bedürfnisse der Belegschaft aufzuwenden, ein Drittel als Löhne und Gehälter auszuzahlen und nur ein Drittel einzubehalten. (9) Obwohl der monopolistische Staat unter Führung von Pompidou, Giscard d'Estaigne und Chaban-Delmas Ende 1969 erneut versuchte, durch das sogenannte "actionnariat", eine kapitalistische Form der "Gewinnbeteiligung", das im Ansatz progressive Nationalisierungsstatut weiter auszuhöhlen, haben sich die Arbeiter und Angestellten, durch ihre Gewerkschaften aufgeklärt, nicht über den eigentlichen Inhalt dieser kapitalistischen Bauernfängerei täuschen lassen. (10) Nach wie vor und zumal in den Renault-Werken bleibt die Verteidigung und Ausdehnung des nationalisierten Bereichs eine der vorrangigen Aufgaben der Organisationen der französischen Arbeiterklasse, denn " die Nationalisierung wäre", wie die Autoren der kürzlich erschienenen Analyse "Le Capitalisme Monopoliste d'Etat" schreiben, "das Hauptmittel, über das eine demokratische Regierung und die Arbeiter verfügen, um die Gesamtheit der

7 ITC, a.a.O., Nr. 13, März 1971: "Renault ou les embûches faites à une régie nationale", S. 47.
8 L'EXPANSION, Nr. 10, Oktober 1970.
9 ITC, a.a.O., Nr. 3, S. 29. Zur Verstaatlichung in Frankreich vgl. außerdem Bernard Chenot: LES ENTERPRISES NATIONALISEES, Paris 1967.
10 Vgl. den Artikel: "Une apparence de participation", in: CONTACT, a.a.O., Nr. 83, Juni-Juli 1970, S. 27 ff.

Produktion entsprechend dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte zu organisieren und auszurichten und so fortschreitend die sozialen Bedürfnisse zu befriedigen..." (11)

3. Klassenkampf bei Renault 1945 - 1971

Die Renault-Werke waren und sind eine der stärksten Bastionen des französischen Proletariats im Klassenkampf. Standen die Renault-Arbeiter an der Spitze der Massenstreikbewegung im Sommer 1936 und beteiligten sich viele von ihnen aktiv am Widerstand gegen den deutschen Faschismus und die Kollaborateure des Pétain-Regimes in Vichy, so zählten sie auch nach dem Krieg zur Avantgarde im Kampf gegen die kapitalistische Restauration. Im Januar 1945 wurde die provisorische Regierung de Gaulle gezwungen, die Aktiengesellschaft Renault, deren Kapitalbesitzer sich der Kollaboration mit dem Faschismus schuldig gemacht hatten, "zum Wohle der Nation" zu verstaatlichen. (12) Die Renault-Werke wurden so zum ersten nationalisierten französischen Großunternehmen. Außer der Durchsetzung des bereits oben skizzierten Statuts gelang es dank der Kampfentschlossenheit der Belegschaft, sechs Delegierte in den fünfzehnköpfigen Verwaltungsrat der "Régie" zu entsenden. Die Jahre 1945 bis 1947, die ersten beiden Jahre nach der Befreiung, standen im Zeichen des Kampfes für die Verteidigung und den Ausbau der errungenen Rechte (Institutionalisierung der Betriebsräte, Wirtschaftsausschüsse, gewerkschaftliche Freiheit im Betrieb etc. (13)) der Arbeiterklasse und des Nationalisierungsstatuts. Die in gewaltsamen Auseinandersetzungen gipfelnden Streiks im Frühjahr 1947, die linksradikale Splittergruppen in den Renault-Werken für ihre Zwecke auszunutzen gedachten, lieferten der "Regie" einen willkommenen Vorwand für ihre Gegenoffensive zur Einschränkung und Durchbrechung der Nationalisierungsbestimmungen. In der Ausschaltung der Arbeiterdelegierten im Verwaltungsausschuß, in der Kürzung der dem Betriebsrat gesetzlich zustehenden Mittel und in der Beschneidung seiner Kontrollrechte bei Renault spiegelten sich die Rückschläge nieder, welche die französische Arbeiterbewegung insgesamt nach dem Ausschluß der kommunistischen Minister aus der Regierung Ramadier (SFIO) seit dem Sommer 1947 hinnehmen mußte. (14) Am 15. September 1955 gelang es der "Régie", die sich unterdessen eng mit dem Staat und den privaten Monopolen verflochten hatte, gegen den Widerstand der CGT, aber in Übereinstimmung mit der CFTC und der FO einen betrieblichen Tarifvertrag auszuhandeln, dessen Artikel 21 die Lohnentwicklung an den "technischen Fortschritt" band und (ganz im Sinne von "Lohnleitlinien") die jährliche Zuwachsrate der Löhne auf 4 % "einfror". Außerdem verpflichteten sich die Tarifparteien, "alle herkömmlichen Mittel des Schlichtungsverfahren auszuschöpfen, ehe sie eine Aussperrung verhängen oder sich für den Streik entscheiden." Die CGT weigerte sich, diesen Vertrag zu unterzeichnen, der die Gewerkschaften zur Passivität verurteilte, das Streikrecht einschränkte, ohne die Aussperrung als illegal zu erklären und die Lohnentwicklung dem überließ, was das Kapital nach seinem Belieben unter "technischem Fortschritt" verstehen kann. Was die Beschäftigten der "Régie" von dem "Tarifvertrag" zu halten hatten, teilte ihnen bald die antikommunistische Illustrierte "Paris-Match" mit. Sie feierte den Vertrag als "großen Sieg der westlichen Welt über die Sowjets, ausgefochten an der Front der Arbeit." Und Chaban-Delmas, der heutige Premierminister, glaubte in ihm sogar das Fanal für die "Beendigung der proletarischen Existenz" herauszuhören.

11 TRAITE MARXISTE D'ECONOMIC POLITIQUE: LE CAPITALISME MONOPOLISTE D'ETAT, Bd. 2, hrsg. von einem Autorenkollektiv der Zeitschrift ECONOMIE ET POLITIQUE, Paris 1971, S. 368.

12 Jacques Fremontier: LA FORTERESSE OUVRIERE: RENAULT, Paris 1971, S. 24.

13 Vgl. hierzu: DIE ENTWICKLUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN IN FRANKREICH, hrsg. von der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Luxemburg 1959, insbesondere die S. 12 ff.

14 Vgl. hierzu: HISTOIRE DU PARTI COMMUNISTE FRANCAIS (manuel), hrsg. von einem Autorenkollektiv, Paris 1964, S. 488 ff

Mit der Machtergreifung de Gaulles 1958 trat der französische Kapitalismus in ein neues Stadium seiner staatsmonopolistischen Entwicklung. Nach den Plänen der Monopolbourgeoisie und ihren Vertretern im Staatsapparat sollten die Renault-Werke in eine Musteranstalt der "nouvelle société" (neuen Gesellschaft) umfunktioniert werden. Aber 1961 gelang es den Gewerkschaften, vor allem auf Initiative der CGT, einen wichtigen Teilerfolg zu erzielen, der in der Ideologie der "Neuen Gesellschaft", also in der friedlichen Partnerschaft von Lohnarbeit und Kapital, nicht einkalkuliert war. Gegen den jahrelangen Widerstand der Unternehmensleitung setzten die Gewerkschaften durch, daß die Facharbeiter der Qualifikationsgruppen OP 3 und OP 2 (15) nach einjähriger, bzw. fünfzehnjähriger Betriebszugehörigkeit und dreijähriger Berufsausübung einen monatlichen Lohn erhalten. Wenn man bedenkt, daß die monatliche Entlohnung nach dem APR-Statut die bisher den APR-Angestellten vorbehaltenen Privilegien der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Betriebszugehörigkeitsprämien und der Entschädigung bei Entlassung wenigstens teilweise aufhebt, weil die Renault-Belegschaft sich in hohem Maße aus Stammarbeitern zusammensetzt, tritt die Bedeutung dieses Vertrages noch klarer hervor. Der 1961 errungene Teilerfolg war seit 1945 der erste wirksame Schlag gegen die Strategie der Unternehmensleitung, die Angestellten des APR-Statuts von den Stundenlöhnen in der Produktion zu spalten, um damit die "Gefahr" der Aktionseinheit zu bannen. Nach der Massenstreikbewegung 1968 konnte die Belegschaft mit ihren gewerkschaftlichen Organisationen einen neuen Teilerfolg erringen: seit 1968 erhalten alle Stundenlöhner, die älter als 55 Jahre sind, den Monatslohn. 1970 schließlich, nachdem die Gewerkschaften ihren Forderungen durch gezielte Streiks im Oktober 1969 Nachdruck verliehen hatten, gelang den Renault-Beschäftigten ein entscheidender Durchbruch. Der am 27. März 1970 von der "Régie" und den Gewerkschaften unterzeichnete Betriebsvertrag sieht vor, daß ab 1973 sämtliche Beschäftigten des Unternehmens das APR-Statut und den Monatslohn erhalten. (16)

Während bisher der vierzehntäglich ausgezahlte Lohn, entsprechend der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden schwankte, der Produktionsarbeiter, wurde er krank, seinen Lohn einbüßte und zusehen mußte, wie er mit 10.50 NF Krankengeld pro Tag auskam, wird er ab 1973 im Krankheitsfall für die ersten 45 Tage die volle Höhe seines Lohns und für die folgenden 30 Tage immerhin noch 75 % seines Lohns erhalten. Der Vertrag vom März 1970 verbesserte die Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft bei Renault wesentlich und wurde dementsprechend von der Belegschaft und Gewerkschaften beurteilt.

"Früher mußten sie warten, bis sie fünfzig waren", sagte Pierre D., 34 Jahre, Fräser in der Abteilung 37, "ehe sie es wagten, sich krank ins Bett zu legen, auch wenn sie schon dreißig Jahre im Betrieb arbeiteten. Für einen, der auch noch Kinder hatte, war es einfach unmöglich, krank zu werden." Henri S., 39 Jahre, Bandarbeiter und aktiver Gewerkschafter der CGT, hatte schon vor den Streiks im Oktober 1969 betont, daß nur massive Aktionen der Beschäftigten, das Recht auf monatliche Entlohnung und die mit ihr verbundenen sozialen Verbesserungen durchsetzen könnten: "Wenn man sich vorstellt, daß wir auf den Monatslohn warten sollen, bis wir 55 sind ... nein, wir müssen es wie 1968 machen ... für uns gibt es nichts Wirksameres als einen guten Streik.

15 Man unterscheidet in Frankreich zwischen OS (ouvrier specialisé= unqualifizierter Arbeiter) und OP (ouvrier professionel= gelernter oder qualifizierter Arbeiter).

16 Frémontier, a.a.O., S. 24.

Zunächst weigerte sich die Unternehmensleitung natürlich, die gewerkschaftliche Forderung nach monatlicher Entlohnung zu erfüllen. Monatliche Entlohnung, so kalkulierte sie wie das privatkapitalistische Management, bedeutet insgesamt höhere Lohnkosten, bedeutet größere Arbeitsplatzsicherheit und die Chance für höhere Qualifikation, gleichzeitig die Gefahr des Produktionsverlustes durch rapides Ansteigen der Krankmeldungen. Diese jeder privatkapitalistischen Konzernleitung wohl anstehende Rechnung konnte die Belegschaft indessen nicht beeindrucken. Die von den Gewerkschaften ausgegebene Streiklosung "Monatslohn für alle" hatte im Oktober 1969 eine so durchschlagende Wirkung, daß es die "Régie", die noch im Sommer 1969 Verhandlungen auf das kommende Jahr hinausschieben wollte, bald für klüger hielt, dem Druck der Belegschaft nachzugeben.

Der Vertrag vom März 1970, den der "Leitfaden des CGT-Metallgewerkschafters" als den "größten Erfolg gegenüber der "Régie" seit zwanzig Jahren" (17) bezeichnete, ließ die Regierungspropaganda für den sogenannten "Arbeiteraktionär" völlig in Vergessenheit geraten. (18)

Das von der Nationalversammlung am 17. Dezember 1969 verabschiedete Gesetz des "actionnariat", das mit großem ideologischen Pomp von der UDR vorbereitet worden war, enthüllte sich rasch als läppisches Allmosen, den vornehmlich diejenigen Belegschaftsmitglieder erhielten, die ohnehin relativ hohe Löhne bekommen. Im Dezember 1970 wurden 542.000 Aktien zu 100 NF (das sind 4 % des "Betriebskapitals") auf 45.600 Beschäftigte der "Régie" verteilt, die länger als 5 Jahre im Unternehmen gearbeitet haben. Wenn man berücksichtigt, daß fast 50 % der Belegschaft und 60 % der Stundenlöhner (die allein in Billancourt nahezu 80 % der Betriebsbelegschaft ausmachen) diese 5-Jahres-Klausel nicht erfüllen, bleibt vom "actionnariat" nicht viel mehr übrig als die ernüchternde Feststellung, daß in erster Linie die Techniker, Ingenieure und leitenden Angestellten zu "Aktionären" wurden. Auf die Ankündigung der "Gewinnbeteiligung", die vom Regime Pompidou und dem reaktionären Block der UDR als non plus ultra sozialer Gerechtigkeit und Ende des Klassenkampfes angepriesen wurde, hatten die Arbeiter und Angestellten in der Regel nur mit sarkastischen Witzen reagiert. Nachdem das Gesetz im "Journal officiel" am 2. Januar 1970 (19) veröffentlicht worden war, begrüßten sie sich am Werkstor mit den Worten: "Guten Morgen, Genossen Aktionär!"

Außerdem ließen sie keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie in Zukunft genau so entschlossen für ihre Interessen eintreten würden wie in den vergangenen Jahren und vor allem wie 1968 als sie der "Régie" nach mehrwöchigem Besetzungsstreik Zugeständnisse abtrotzen konnten, die ihrer Avantgarde-Position in der Massenstreikbewegung entsprachen. "Wenn ihr uns die Gewinnbeteiligung gebt, nehmen wir sie", war die einhellige Meinung der Belegschaft, "aber glaubt nicht, daß sich in Zukunft auch nur irgend etwas an unseren Forderungen ändern wird."

Die Erkämpfung des Monatslohns im März 1970 für alle Beschäftigten des Unternehmens erbrachte den Beweis dafür, daß sich in der Tat an der Kampfbereitschaft der Renault-Arbeiter und ihrer Immunität gegen integrationistische Ideologien nichts geändert hatte.

4. Struktur der Belegschaft, Gewerkschaften und politischen Positionen

Der Vertrag vom März 1970 fiel nicht vom Himmel gaullistischer "Participation", sondern war das Ergebnis eines geduldigen und entschlossen geführten Kampfes vor allem der Gewerkschaft CGT für die Aktionseinheit der Belegschaft: "Die CGT kämpft gegen alles, was die lohnabhängigen Schichten spalten kann. Die unabdingbare Erhöhung der niedrigen Lohneinkommen und die Beseitigung der mit ihnen verbundenen Nachteile dürfen sich nicht zuungunsten der höher bezahlten Schichten auswirken, sondern müssen auf Kosten der Unternehmergewinne durchgesetzt werden. Alle Organisationen der CGT werden deshalb zur gewerkschaftlichen Aktionseinheit in den Betrieben und auf allen anderen gesellschaftlichen Ebenen aktiv beitragen. Weil die Gesamtheit der Arbeiter unseres Landes die Einheit wünscht, rufen wir alle Arbeiter auf, diese Aktionseinheit zu ermöglichen." (20)

17 LE GUIDE DU MILITANT DE LA METALLURGIE CGT, Nr. 51 vom Mai 1970.

18 Zum Problem der "participation" vgl. Jaques Kahn: LA PARTICIPATION (Ce que de Gaulle cache), Paris 1969.

19 JOURNAL OFFICIEL (Staatsgesetzblatt) vom 2. Januar 1970.

Das Problem der Aktionseinheit der Arbeiterklasse stellt sich zunächst im Hinblick auf die innere Differenzierung der Belegschaften vor allem nach Höhe des Lohneinkommens und Qualifikationsgrad; denn die Vereinheitlichung der Forderungen, die Vermeidung konkurrierender Forderungen einzelner Gruppen und die (von den Gewerkschaften durch Aufklärung und Agitation vorzubereitende) Erkenntnis der fundamental identischen Interessen aller Lohnabhängigen sind die unabdingbare Voraussetzung gemeinsamer Aktionen, gewerkschaftlicher Organisierung und der gewerkschaftlichen Einheit.

Um die Schwierigkeit dieser Aufgabe zu illustrieren, erscheint es zweckmäßig, die Qualifikationsstruktur der für die gesamte RNUR repräsentativen Belegschaft des Hauptwerks in Billancourt wiederzugeben:

Qualifikationsstruktur der Belegschaft in Billancourt am 1. September 1969: (21)

OP und junge Facharbeiter	4.260
APR	4.370
junge OS	205
OS	15.900
monatlich entlohnte OS	2.292
Hilfsarbeiter und Wachpersonal	170
Lehrlinge	208
Kaufmännische Angestellte	3.512
technische Zeichner	723
Techniker	2.921
Leitungspersonal	711
sonstige technische Angestellte, Vorarbeiter, Meister, Werkmeister	2.011
	36.383

20 Henri Krasucki: "De l'unité d'action des syndicats, du rassemblement des forces de gauche", Bericht des Comité Confédéral National der CGT, in: LE PEUPLE (Organ der CGT), Nr. 847, 30. Juni 1970, S. 6.

21 Frémontier, a.a.O., S. 47.

SOPO 14/15
erscheint Dezember 71

Die aufgeführten Berufs- und Qualifikationsgruppen untergliedern sich noch einmal gemäß ihrem Lohn, ihrem Alter, ihren Arbeitsbedingungen etc. in zahlreiche Untergruppen, was die Vereinheitlichung konkreter Teilforderungen zu gemeinsamen Kampflosungen durch die Gewerkschaften beträchtlich erschwert. Hinzu kommt das Problem der Organisierung der Gastarbeiter. Insgesamt sind in den Renault-Werken 20.000 "Gastarbeiter" beschäftigt. Nur eine verschwindende Minderheit von ihnen übt einen qualifizierten Beruf aus. Meistens arbeiten sie als OS am Fließband. Ebenso schwer wie ihre Arbeitsbedingungen sind ihre Lebensbedingungen außerhalb der Produktion. Ihre Wohnverhältnisse erinnern allgemein an die Zustände bei der Philipp Holzmann AG in der Bundesrepublik, ihre Kinder können oft wegen "Lehrermangel" nicht die Schule besuchen, und häufige Schichtarbeit und unumgängliche Überstunden zerstören das Familienleben. Außerhalb der Ghettos, in die sie zusammengepfercht werden, sind sie häufig Opfer rassistischer Diskriminierung und Vorurteile, die in Frankreich – entgegen optimistischer Vermutungen – im Bürgertum, im Kleinbürgertum und sogar in rückständigeren Schichten der Arbeiterklasse weit verbreitet sind. Da die Gastarbeiter zu einem großen Teil aus Nordafrika, Spanien, Portugal und Zentralafrika kommen und deshalb oft keine Erfahrung in der Praxis des organisierten Klassenkampfes haben, stößt ihre gewerkschaftliche Organisierung auf mannigfache Widerstände. Nicht selten tendieren die "Gastarbeiter" bei Renault entweder zur Unterwerfung unter den Paternalismus der Unternehmensleitung oder zeigen sich empfänglich für die Propaganda ultralinker Gruppen und lassen sich von ihnen zu unüberlegten Aktionen hinreißen. (22)

Aber das Problem der gewerkschaftlichen Organisierung und Kampfeinheit betrifft nicht allein die "Gastarbeiter". Nur 9.000 der Arbeiter und unteren Angestellten von 30.000 im Hauptwerk Boulogne-Billancourt sind gewerkschaftlich organisiert. Da aber im Durchschnitt der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Frankreich mit ungefähr 20 % weit hinter anderen westeuropäischen kapitalistischen Ländern und den USA zurückbleibt, die französische Arbeiterklasse jedoch mit an der Spitze der westeuropäischen Klassenkämpfe steht, zeigt die Mitgliedschaft in einer französischen Gewerkschaft allgemein ein hohes Maß an Klassenbewußtsein und Kampfbereitschaft an. Von den 9.000 mittleren und höheren Angestellten, Technikern und Ingenieuren in Billancourt sind höchstens 1.000 gewerkschaftlich organisiert, also nicht mehr als etwa 11 %. Viele von ihnen haben sich der CGC angeschlossen, die der ULA vergleichbar ist. Bei den Gastarbeitern liegt die Zahl noch weit niedriger. Nicht mehr als höchstens 1.500 von 12.000 Gastarbeitern in Billancourt waren 1969 Mitglied einer Gewerkschaft. Daß die Renault-Belegschaft dennoch an der vordersten Front der Klassenkampfbewegung in Frankreich steht, beweist den Einfluß der Gewerkschaften auf die Klasseninitiative und das Bewußtsein der Mehrheit der Beschäftigten. Die mit Abstand stärkste Gewerkschaft ist die CGT mit ungefähr 8.500 Mitgliedern, gefolgt von der CFDT mit mehr als 1.000 Mitgliedern. Die der sozialdemokratischen Partei (Parti Socialiste de France) nahestehende FO, die sich 1947 als Minderheit von der CGT abspaltete, (23) hat vermutlich ungefähr 500 Mitglieder. Während vor allem die CGT, aber auch die CFDT in den vergangenen Jahren ständig stärker geworden sind, hat die FO an Einfluß verloren. Die von der Unternehmensleitung protegierten Betriebsgewerkschaften SIR, die der reaktionären "Confédération Française du Travail" (CFT) angeschlossen ist und deren Sekretär in Billancourt, Rizotto, unverhohlen rassistische Auffassungen vertritt, ist zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken. Konnte die CGT seit Mai 1968 in Billancourt 2.000 neue Mitglieder gewinnen und wies auch die CFDT in dieser Zeitspanne beträchtliche Erfolge auf, so stagnierte die FO, die in Billancourt nur über eine schwache Organisation verfügt, seit Frühjahr 1968 und die für die Wahrung des "Betriebsfriedens" zuständige SIR hat sich inzwischen durch ihre progaullistische Haltung und arbeiterfeindlichen Manöver immer mehr von der Basis isoliert. Die einzige spektakuläre Tat, die sie in der letzten Zeit zuwege brachte, bestand in der Anfechtung der Betriebsratswahlen von 1970 – mit dem Erfolg, daß sie bei den Wiederholungswahlen vom Januar 1971 statt 3,76 % nun 4,25 % der Stimmen erhielt. Die Betriebsratswahlen, bei denen in Frankreich Arbeiter und untere Angestellte zum einen und Techniker, Ingenieure und leitende Angestellte zum anderen getrennt wählen *), brachten 1970 in allen Betrieben der "Régie" folgende Ergebnisse (in %): (24)

	CGT		CFDT		FO		CGC	
	1er collège	2e collège	1er	2e	1er	2e	1er	2e
Billancourt	75,35	43,26	13,77	24,62	7,12	7,16		24,96
Rueil	71,37	42,01	28,63	31,24				26,75
Choisy	67,68	40,62	32,32					59,37
Le Mans	70,54	46,76	29,46	53,24				
Flins	62,03	36,67	37,97	25,42				37,91
Cléon	57,52	18,83	28,39	32,10	3,37			13,26
Sandouville	59,82		21,72		18,46			
Orléans	58,71	61,54	41,29					38.46

*) 1er collège: Arbeiter und untere Angestellte
2e collège: Techniker, Ingenieure, leitendes Personal

Bei den Wiederholungswahlen zum Betriebsrat Januar 1971 in Billancourt erhielt die CGT 74,92 %, die CFDT 13,91 %, die FO 6,92 % und die SIR 4,25 %. (25)

Auf der politischen Ebene ist der PCF die stärkste Kraft in Boulogne-Billancourt. Seine Parteisektion umfaßt 1.500 Mitglieder, ohne deren Aktivität keine Kampf- und Streikaktion der Belegschaft in Billancourt denkbar wäre. Allerdings muß sich die Parteisektion ständig der Polemik ultralinker Gruppen erwehren, deren Spektrum von der sogenannten "Gauche Proletarienne" ("Proletarische Linke") im Kielwasser des Maoismus bis zu den verschiedenen trotzkistischen Grüppchen von "Rouge", "Tribune Ouvrière" und "Lutte ouvrière" und schließlich den "Anars", den Anarchisten reicht. Obwohl all diese Gruppen,

22 Zur Situation der "Gastarbeiter" in Frankreich vgl. Charles Barontini: "Immigration, quelques aspects de la lutte idéologique", in: CAHIERS DU COMMUNISME, hrsg. vom ZK des PCF, Nr. 2, Februar 1971, S. 93 ff.
In Frankreich gibt es gegenwärtig 3.500.000 "Gastarbeiter", davon 2 Mill. Arbeiter. Obwohl 500.000 Franzosen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sieht der IV. Plan zur Vergrößerung der "industriellen Reservearmee" die Anwerbung von 600.000 neuen ausländischen Arbeitern vor (a.a.O.).

23 Zur Abspaltung der "Force ouvrière", vgl. Georges Lefrance: LE MOUVEMENT SYNDICAL (de la libération oux événements de mai-juin 1968), Paris 1969, S. 77 ff.

24 CONTACT, No. 93/1971, S. 8.

25 Frémontier, a.a.O., S. 307.

ost spöttisch "groupuscules" genannt, keine erwähnenswerte Basis im Betrieb haben, können sie doch in Kampfsituationen auf schwankende, unerfahrene und resignierte Arbeiter ideologisch Einfluß nehmen und den geduldig und entschlossen zu führenden Kampf um Aktionseinheit hemmen und verzögern. (26) Wo auch das nicht mehr gelingt, scheuen sie vor dem Mittel des "individuellen Terrors" gegen klassenbewußte Arbeiter nicht zurück. Im Juni 1971 beispielsweise wurde ein spanischer Genosse des PCF beim Plakatkleben für seine Partei von einem ultralinken Rollkommando so zusammengeschlagen, daß er mit erheblichen Verletzungen ins Hospital eingeliefert werden mußte. (27)

Da die linksradikalen Gruppen es oft nicht wagen können, als selbständige Organisation in der Belegschaft aufzutreten, versuchen sie, in die CFDT einzusickern, in der zwar einerseits durchaus zur Aktionseinheit mit der CGT bereite Arbeiter und Angestellte organisiert sind, die aber andererseits aufgrund linksradikaler Infiltration nicht selten unklare Positionen bezieht, indem sie sowohl pseudo-revolutionäre Parolen übernimmt als reformistischen Taktiken huldigt. Neben der Parteisektion des PCF existiert in Billancourt auch eine Betriebsgruppe des PSU mit ungefähr 40 Mitgliedern, die überwiegend in der CFDT gewerkschaftlich aktiv sind. Der Vorsitzende der PSU-Betriebsgruppe, André Chastel, ist zugleich der leitende Funktionär der Betriebssektion der CFDT. Innerhalb ihrer Partei rechnen sich die Mitglieder der PSU-Betriebsgruppe zu dem Flügel, der erkannt hat, daß sich eine sozialistische Partei, in der nicht die Arbeiterschaft die Linie bestimmt, notwendig ad absurdum führen wird. (28)

II. Die Kampfbewegung in den Renault-Werken im Frühjahr 1971

1. Die Situation der "OS"

Im Frühjahr 1971 kam es in den Renault-Werken zu einer Kampfsituation, die mit der Arbeitsniederlegung von 82 Fließbandarbeitern im Zweigwerk Le Mans (Sarthe) begann und sich zu einer Klassenauseinandersetzung von nationaler Tragweite verschärfte.

Bereits in den ersten Monaten von 1971 hatten Arbeitergruppen der Qualifikationsstufe OS versucht, die Unternehmensleitung zu zwingen, ihre Lohneinstufung zu verbessern. Jeder Zweifel an der Berechtigung dieser Forderung wird ausgeräumt, wenn man das System der Entlohnung und Arbeitsplatzbewertung nach einer Art "REFA"-Verfahren betrachtet, dem die OS bei Renault unterworfen sind. Für die unqualifizierten oder angelernten Renault-Arbeiter, die OS, gibt es 21 (!) unterschiedliche Lohngruppen. Dieses ausgeklügelte System, das nur ein Ziel verfolgt, nämlich Konkurrenzverhalten unter den Betroffenen hervorzurufen und Solidarität zu verhindern, basiert auf einer Arbeitsplatzbewertung, die mit Hilfe von Arbeitsplatzkoeffizienten der Zeitgrößen errechnet wird. Die Gesamtheit der angelernten Arbeiter (OS 2) untergliedert sich zunächst in sieben verschiedene Lohngruppen. Jede dieser sieben Lohngruppen unterteilt sich dann noch einmal in drei Untergruppen, bezogen auf einen Minimal-, einen Durchschnittslohn und einen etwas höheren Lohn. Das Entlohnungssystem der OS 2 läßt sich durch die folgende Tabelle veranschaulichen: (29)

26 Eine Übersicht über die ultralinken Gruppen in Frankreich gibt Claude Prévost: LES ETUDIANTS ET LE GAUCHISME, Paris 1969.

27 Der Verfasser nahm an der anläßlich dieses Vorfalls von der CGT in Billancourt durchgeführten Kundgebung teil.

28 Zur Entwicklung, Struktur und Programmatik des PSU vgl. Michel Rocard: LE PSU ET L'AVENIR SOCIALISTE DE LA FRANCE, Paris 1969.

29 "Les OS pourquoi? ", in: LA VIE OUVRIERE, a.a.O., Nr. 1393 vom 12. Mai 1971, S. 4.

Lohnstufe	Qualifikation	Koeff.	Minimallohn	Durchschnitt	höhere Löhne
5	OSZ	130	6,046 1045,92	6,101 1069,355	6,268 1084,113
6	OSZ	135	6,208 1073,778	6,340 1096,953	6,426 1111,680
7	OSZ	140	6,366 11101,092	6,500 1124,437	6,586 1139,351
8	OSZ	145	6,521 1128,505	6,666 1153,100	6,755 1168,632
9	OSZ	150	6,681 1156,019	6,853 1182,289	6,927 1198,221
10	OSZ	155	6,850 1185,136	7,005 1211,781	7,105 1229,402
11	OSZ	160	7,032 1216,704	7,196 1244,799	7,300 1262,813

Lohnarbeiter zu sein, ist, wie Karl Marx schrieb, kein Glück, sondern ein Pech. Und besonders großes, wenn man OS bei Renault ist. Die Arbeit der OS ist nicht nur äußerst schwer und gesundheitsschädlich (Fließband, Lackierung, Großpressen etc.), die OS sind darüber hinaus der Willkür der nach kapitalistischen Rentabilitätsvorstellungen handelnden Unternehmensleitung in noch höherem Maße ausgeliefert als die anderen Beschäftigten.

Claude B., einundzwanzig Jahre alt, Sohn eines fünfundfünfzigjährigen OS, der ebenfalls bei Renault arbeitet, kam nach seiner Fachausbildung (CAP) als Kupferschmied zu Renault. Er wurde aber nicht als hochqualifizierter Facharbeiter eingesetzt, sondern als Hilfsschweißer in der Karosserieschweiß-Abteilung. Dort mußte er mit einem veralteten Schweißgerät arbeiten. Den Hinweis auf seinen Facharbeiterbrief erwiderten die Vertreter der Direktion mit einem Achselzucken. Als Kupferschmied könne man ihn im Augenblick nicht gebrauchen, vielleicht würde sich später etwas finden. Als Claude B. nach einem Krankheitsurlaub in den Betrieb zurückkehrte, wurde er versetzt. Obwohl er jetzt Schicht arbeitete, stieg er von der Lohnstufe OS 7 in die Lohnstufe OS 5 ab.

Joel-le-Bagarreur, Mitglied der CGT kann ähnliches wie Claude B. berichten:
"Ich kenne mindestens fünfzehn Kollegen, die eine abgeschlossene Lehre haben, aber trotzdem als OS arbeiten müssen. Selbst wenn ein OS sich qualifiziert, bleibt er meist OS. Er kostet die Unternehmensleitung weniger als ein Facharbeiter. Braucht man Facharbeiter, dann holt man sie von draußen ... Ich arbeite augenblicklich an drei Schleifmaschinen gleichzeitig. Selbständig stelle ich die Maschinen ein und wechsele die Bänder aus. Trotzdem bin ich nur in der Lohngruppe OS 6 mit 135 Punkten. Und das auch nur, weil ich wie ein Verrückter arbeite. Neben mir arbeitet ein Kumpel als Dreher. Eigentlich ist er gelernter Mechaniker. Aber er bleibt OS, weil man ihn nicht als Facharbeiter einstufen will. Das geht nicht mehr lange so bei diesen Zuständen. Bis jetzt haben wir das mitgemacht ..."

Claude B. und Joel-le-Bagarreur sind zwei von den 60.000 unqualifizierten oder angelernten Arbeitern bei Renault. Ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sind noch schlechter

als die anderer Belegschaftsgruppen. Der Produktionsrhythmus, der sich im letzten Jahrzehnt enorm beschleunigt hat, kostet immer mehr Kraft und Nerven. Gleichzeitig wächst der Schwierigkeitsgrad der Tätigkeit, ohne jedoch ihren repetetiven Charakter zu verlieren. In wesentlich kürzerer Zeit als früher müssen die OS immer mehr Handgriffe verrichten. Das Ausmaß organischer und physiologischer Schäden ebenso wie der psychischen Strapazen ist unübersehbar. Dagegen stagnieren die Löhne und Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen. Das raffinierte Lohnsystem verhindert spürbare Erhöhungen der Löhne, sofern es nicht durch massive Kampfaktionen erschüttert wird. Da aber gleichzeitig die Preise für Lebensmittel und Dauerkonsumgüter rapid nach oben schnellen, die Mieten steigen und die Wohnungsnot immer drückender wird, sind die OS auch in der Reproduktionssphäre besonders hart von der verschärften Ausbeutung aller Lohnabhängigen betroffen. Die konkrete materielle Ausbeutung setzt sich als Entfremdung in ihren Beziehungen zur Familie fort. Schichtarbeit zerstört die Kommunikation mit Frau und Kindern, Verwandten und Freunden, schneidet die OS von konkreten Möglichkeiten gesellschaftlicher Interessenentfaltung ab. Um die primären materiellen Voraussetzungen für eine ihren Klasseninteressen entsprechende Lebensaktivität und Bildung zu schaffen, müssen sie ihre Arbeitsbedingungen, ihre Arbeitszeit und ihren Lohn verändern. Ihre gesellschaftliche Emanzipation bleibt so gebunden an die nur durch Klassenaktion erzwingbare Veränderung ihrer unmittelbaren Ausbeutungssituation.

2. Die Positionen der Gewerkschaften

Die 1968 von der CGT vertretene Forderung "Kein Lohn unter 1.000 Francs" ist durch eine wahre Flut von Preiserhöhungen längst überholt worden. (30) Um eine wirkliche Verbesserung der Löhne für die OS zu erreichen, muß vor allem das hierarchische Lohnsystem durchbrochen werden. (Seine völlige Aufhebung von ultralinken Gruppen und Teilen der CFDT gefordert, ist jedoch utopistisch, weil der Wert der Arbeitskraft wie der jeder anderen Ware bestimmt ist durch das zu ihrer Produktion und Reproduktion notwendige Arbeitsquantum.) (31) Die CGT, bzw. ihre Metallarbeitergewerkschaft F.S.M. vertritt dagegen die Forderung alle Löhne der OS auf der Basis der Koeffizienten 150 neu festzusetzen.

3. Entwicklung und Festigung der Kampffront

Im April 1971 waren die OS in Le Mans nicht mehr bereit, die oben beschriebene Ausbeutung widerstandslos hinzunehmen. 82 Fließbandarbeiter der Abteilung FF in Le Mans machten den Anfang. Nach mehreren Arbeitsniederlegungen in den vorangegangenen Monaten forderten sie, unterstützt von ihren Gewerkschaften (CGT 70,5 %, CFDT 29,5 % der Stimmen zur Betriebsratswahl 1970), die Einstufung der Lohngruppe OS 6 in die

30 Vgl. zur Lohn- und Preisentwicklung in Frankreich seit 1968 Henri Nolleau: "Données sur l'évolution du pouvoir d'achat des ouvrier dépuis 1968", in: ECONOMIE ET POLITIQUE, Nr. 196/197, November-Dezember 1970, S. 141 ff.

31 Vgl. Karl Marx: "Lohn, Preis und Profit", in: Marx/Engel: AUSGEWÄHLTE SCHRIFTEN, Bd. I, Berlin 1968, S. 398: "Der Ruf nach Gleichheit der Löhne beruht auf einem Irrtum, ist ein unerfüllbarer törichter Wunsch. Er ist die Frucht jenes falschen und platten Radikalismus, der die Voraussetzungen annimmt, die Schlußfolgerungen aber umgehen möchte. Auf der Basis des Lohnsystems wird der Wert der Arbeitskraft in derselben Weise festgesetzt wie der jeder andern Ware; und da verschiedene Arten Arbeitskraft verschiedene Werte haben oder verschiedene Arbeitsquanta zu ihrer Produktion erheischen, so müssen sie auf dem Arbeitsmarkt verschiedene Preise erzielen."

Lohngruppe OS 7. Sie forderten damit nicht mehr als das, was ihren Kollegen in anderen Fertigungsabteilungen und in anderen Zweigwerken teilweise schon früher zugestanden worden war. Das Entlohnungssystem der OS bei Renault wird durch zahlreiche Schikanen ergänzt. Durch völlig willkürliche Abweichungen von der ohnehin willkürlichen und raffiniert gegliederten Lohnstaffelung der OS zahlt die "Régie" bestimmten Arbeitern mehr und anderen weniger als es durch die Kriterien der Arbeitsplatzbewertung vorgesehen ist. Durch dieses Spaltungsmanöver hoffte die Unternehmensleitung, die am 2. April in den unbefristeten Streik getretenen 82 Fließbandarbeiter sowohl von den anderen OS als auch von den sonstigen Belegschaftsgruppen isolieren zu können. Deshalb reagierte sie überhaupt nicht auf die Forderung der Streikenden. Die entschlossene Haltung der 82 OS konnte sie nicht zu einer Änderung ihrer starren Position bewegen. Aber die Hoffnung der "Régie" auf eine Isolierung und Erschöpfung der Streikenden erfüllte sich ebensowenig.

Am 29. April entschloß sich eine überwältigende Mehrheit der über 5.000 OS in Le Mans, dem Aufruf der CGT und CFDT zu folgen und durch eine einstündige Arbeitsniederlegung sowohl ihre Solidarität mit den streikenden Kollegen zu manifestieren als auch gleichzeitig deren Forderungen selbst zu übernehmen. Am 30. April beschloß die große Mehrheit der 5.000 OS in Le Mans den unbefristeten Besetzungsstreik, um die auf ihrem bisherigen Standpunkt beharrende Unternehmensleitung zum Nachgeben zu zwingen. Mit dieser Entscheidung der OS trat der Kampf in eine neue Phase: wie würden sich die Facharbeiter, die Angestellten und die Ingenieure verhalten? Würden sie sich mit den OS solidarisieren oder durch die Strategie der RNUR-Direktion täuschen lassen. Die CGT berief deshalb ihre Mitglieder und Anhänger bei den Facharbeitern (OP) zu einer Gruppenversammlung ein, in der das weitere Vorgehen diskutiert und entschieden werden sollte. (Die einzige Reaktion der Unternehmensleitung bestand zu diesem Zeitpunkt darin, die Legalität des Abstimmungsverfahren anzuzweifeln!) In der Gruppenversammlung der Facharbeiter zeigte sich, daß die OP zwar zur Unterstützung der von den unqualifizierten und angelernten Arbeitern erhobenen Forderungen bereit waren, nicht jedoch selbst in den Streik treten wollten, weil sie nicht unmittelbar von den Forderungen, bzw. deren Gründen konkret betroffen waren. Im Gegensatz zur CFDT, die sofort zum allgemeinen unbefristeten Besetzungsstreik für Le Mans aufrufen wollte, (32) ohne zu prüfen, ob die Mehrheit der gesamten Belegschaft zu einer so wichtigen gemeinsamen Aktion bereit sei und ob der Besetzungsstreik über die unbedingt notwendige Massenbasis zumindest im Betrieb verfügte, trug die CGT der schwierigen Situation Rechnung. Sie wandte sich dagegen, daß die Streikposten der OS die Facharbeiter am Betreten des Werksgeländes hindern sollten, – wie ultralinke Sprecher und CFDT-Funktionäre verlangt hatten –, da die Facharbeiter selbst noch nicht am Besetzungsstreik teilzunehmen gewillt waren. Durch Flugblätter und mündliche Agitation machte die CGT klar, daß einerseits sich die Facharbeiter mit den OS solidarisch erklärten, daß aber andererseits jede Auseinandersetzung zwischen OS und Facharbeitern objektiv im Interesse der Direktion läge. Die besonnene Haltung der CGT, die genau die konkreten Probleme der Aktionseinheit und die Erkenntnis widerspiegelte, daß Aktionseinheit nicht gegen große Teile der Belegschaft (oder auf höherer gesellschaftlicher Ebene der Arbeiterklasse insgesamt) übers Knie gebrochen werden kann, trug ihr – wie nicht anders zu erwarten – von den Linksradikalen den Vorwurf des Verrats an den OS ein. In einem Flugblatt vom 30. April behauptete beispielsweise die trotzkistische "Ligue communiste", die CGT bezwecke nichts anderes, als die OS zur Wiederaufnahme der Arbeit zu überreden. (33) Die Linksradikalen, die schon wieder von Revolution träumten, in ihrer konfusen Praxis aber die solidarische Einheit der Belegschaft bedenkenlos aufs Spiel setzten, erlitten eine Niederlage. Auch

32 Vgl. die Erklärung der CFDT vom 6.5.1971 im Hauptwerk Billancourt.

33 Flugblatt der "ligue communiste" vom 30. April 1971.

die CFDT, von ultralinken Gruppen gerne als "Sprungbrett" ihrer Ideologie benutzt, akzeptierte schließlich die Position der CGT. Der drohende Bruch an der Basis und die Gefährdung der gewerkschaftlichen Aktionseinheit – er wäre notwendig hervorgerufen worden durch einen Besetzungsstreik der OS gegen die OP und andere Belegschaftsgruppen –, konnte so abgewendet werden. Der "konzertierten Aktion" von Unternehmensleitung und Linksradikalen, deren subjektive Lauterkeit in zahlreichen Fällen von keinem klassenbewußten Renault-Arbeiter bestritten wird, geriet Sand ins Getriebe. Mit Nachdruck betonten die Gewerkschaften, jedes Provokationsmanöver von außerhalb des Betriebs agierenden Gruppen, gleichgültig welcher politischen Schattierung, im Keim zu ersticken. In Cléon warfen kurz darauf klassenbewußte Arbeiter werksfremde Elemente aus dem Betrieb.

Nach wie vor weigerte sich die Direktion hartnäckig, Delegationen der Gewerkschaften zu empfangen, geschweige denn über konkrete Vorschläge zu verhandeln. Die Forderungen der Gewerkschaften aber waren sehr präzise und basierten auf unmißverständlichen Fakten. Im Auftrag der CGT wies das Betriebsratsmitglied J.L. Pavlovitch (Billancourt) nach, daß der Gewinn der "Régie" pro Beschäftigtem 20.000 NF betrug. Er widerlegte auch die von der Unternehmensleitung aufgetischte Hiobsbotschaft, daß die Erfüllung der von den OS erhobenen Forderungen die "Régie" jährlich zusätzlich 30.000.000 NF kosten würde, da eine genaue Berechnung statt der von der Direktion erfundenen Summe einen Lohnzuwachs der OS von allenfalls insgesamt 3.000.000 NF ergebe. (34)

Nachdem alle Versuche der Unternehmensleitung, durch Verhandlungsboykott, Spaltungstaktik, gezielte Provokationen, Verdrehung der Tatsachen und Pressekampagnen die Renault-Belegschaft und besonders die Zehntausenden von OS zu demoralisieren, fehlgeschlagen waren, griff sie zu den harten Mitteln der Repression. Während auf dem "Place Nationale" in Boulogne-Billancourt eine Massenkundgebung der Belegschaft des Hauptwerks, organisiert von den Gewerkschaften, stattfand, gab die Direktion die Aussperrung, den "lock-out" der OS in Le Mans bekannt. Zur gleichen Zeit, als die von CGT und CFDT einberufene und von 20.000 Beschäftigten befolgte Massenversammlung in Billancourt stattfand, protestierten die Beschäftigten der Werke Sandouville und Flins durch Arbeitsniederlegungen gegen den sich verschärfenden Druck der Unternehmensleitung, deren erster Generaldirektor (PDG) Pierre Dreyfus zum Inbegriff staatsmonopolistischer Demagogie geworden ist. Die Direktion verbrämte ihre brutale Entscheidung des "lock-out" mit dem wohltönenden Begriff der "technischen Arbeitslosigkeit". Am 6. Mai verhängte die Direktion, ohne auch nur mit einem Wort das zentrale Komitee der Renault-Betriebsräte zu unterrichten, die Aussperrung über die OS aller Werke, von der in Flins 12.000, in Billancourt 18.000, in Sandouville 5.000, in Cléon 4.000, in Choisy 700 und in Orléans 5.000 Arbeiter betroffen waren.

4. Die Aktion im Hauptwerk Billancourt

Am 7. Mai riefen die Gewerkschaften CGT und CFDT, aber auch die "section syndicale d'entreprise" die betriebliche Gewerkschaftsorganisation der FO, deren Bundesleitung bis heute Gespräche mit der von ihr als "kommunistisch" verketzerten CGT zur Konsolidierung der gewerkschaftlichen Einheit ablehnt, die 18.000 ausgesperrten Arbeiter des Hauptwerks in Boulogne-Billancourt zur Besetzung ihrer Arbeitsplätze auf. Indem die CGT nicht den Streik ausrief, demonstrierte sie den Defensivcharakter der Besetzungsaktion, die den Arbeitern durch die Unterdrückungsmaßnahmen der Aussperrung aufgezwungen wurde. Im Streik standen nur die OS von Le Mans, aber indem die Generaldirektion sich weigerte, ihre Forderungen zu erfüllen und stattdessen, den "lock-out" verhängte, wurde

34 J.L. Pavlovitch: "Faisant fi de la loi"; in: CONTACT, Nr. 93, Juni 1971, S. 10.

offensichtlich, daß jeder Schlag der Monopole oder ihres Staates gegen eine bestimmte Schicht der Arbeiterklasse ein Schlag gegen die ganze Arbeiterklasse ist.

Die OS der anderen Renault-Betriebe hatten nicht beschlossen, in den Streik zu treten, obwohl sie sich mit den OS in Le Mans solidarisierten. Durch die Aussperrung wurde indessen eine unmittelbare materielle Interessenidentität zwischen den Streikenden in Le Mans und der großen Mehrheit der OS und OP in den anderen Betrieben hergestellt, deren Arbeitsplätze jetzt bedroht waren. Insofern entsprach die Entscheidung der CGT nicht nur der Situation und Interessenstruktur der Belegschaft, sondern ermöglichte darüber hinaus die konkrete Einsicht derjenigen Belegschaftsgruppen, die sich zunächst nicht vom Streik in Le Mans berührt glaubten, in den Zusammenhang von spezifischer Aktion und Klassenkampf als kollektiver gesellschaftlicher Bewegung.

Hatten sich die Facharbeiter bisher nicht aktiv den Aktionen der OS angeschlossen, weil deren Forderungen nicht unmittelbar die Lage der OP ausdrückten, so erreichte die Generaldirektion mit ihrem Versuch, die OS zum Sündenbock zu stempeln und gegen die Facharbeiter, Angestellten und technischen Kader auszuspielen, genau das Gegenteil der ursprünglichen Absicht: das Spaltungsmanöver wurde zum Stabilisator der Aktionseinheit.

Bedingt durch die Arbeitsorganisation und technische Abhängigkeit der einzelnen Abteilungen und Arbeitsabläufe, also durch die aggregathafte Funktionsweise des hochentwickelten Produktionsprozesses, erfuhren die Facharbeiter, die die Arbeit nicht mehr fortsetzen konnten, daß sich die Aussperrung der OS auch real gegen sie richtete. Deshalb traf der von den drei Gewerkschaften CGT, CFDT und FO unterzeichnete Aufruf (35) zur aktiven Verteidigung der Arbeitsplätze zu diesem Zeitpunkt nicht nur auf die Aktionsbereitschaft der OS, sondern auch der Facharbeiter, technischen und kaufmännischen Angestellten. Anstatt in schlechter Spontaneität den "unbefristeten Besetzungsstreik" für alle Beschäftigtengruppen zu propagieren und damit Gefahr zu laufen, die spezifischen Teilinteressen und Bewußtseinsformen der einzelnen Qualifikations- und Berufsgruppen leichtfertig zu übergehen, schuf die CGT durch ihre zutreffende Analyse und differenzierte Taktik erst die unabdingbaren konkreten Voraussetzungen für die Aktionseinheit von OS, OP, Angestellten und Teilen der Gruppe der Ingenieure. Während die CFDT zunächst auf den totalen unbefristeten Besetzungsstreik drängte und eine von der Direktion sehnlichst erwartete Zersplitterung der Belegschaft riskierte, arbeitete die CGT konsequent auf den Punkt der Kampfentwicklung hin, an dem auch die Facharbeiter und sogar große Teile der Angestellten und technischen Kader sich aktiv mit den unqualifizierten und angelernten Produktionsarbeitern solidarisieren konnten. Jacques Gueno, Generalsekretär der CGT-ETDA, des Verbandes der Angestellten in der CGT, beschrieb das konkrete Ziel seiner Gewerkschaft, die Isolierung der OS von den Angestellten und dem Leitungspersonal (agents de maîtrise) zu verhindern: "Unsere Bemühungen richteten sich vor allem darauf, jede Spaltung und jede Zersplitterung zu vermeiden und die Masse der Arbeiter in Aktionsformen zu vereinigen, die dem Willen der Mehrheit entsprachen. Diese Orientierung hat alle Versuche, die verschiedenen Kategorien voneinander zu trennen, und in sich zu spalten, zum Scheitern verurteilt. Deshalb können wir sagen, daß die Aktion der EDTA eine ausschlaggebende Rolle für das Ergebnis der Auseinandersetzungen gespielt hat."

Am Beginn der folgenden Woche waren die Werke Billancourt und Orléans von den ausgesperrten Arbeitern besetzt. In Flins, wo schon im Juni 1968 die CRS, die Bürgerkriegs-

35 Die Bundesleitung der FO lehnt alle Gespräche mit der CGT auf nationaler Ebene ab. Unter diesen Bedingungen sind gemeinsame Aktionen von CGT und FO auf betrieblicher und lokaler Ebene bis zur Bezirksebene als besonders wichtige Fortschritte der gewerkschaftlichen Aktionseinheit zu betrachten.

truppe der monopolistischen Staatsmacht blutige Auseinandersetzungen provozierte, (36) schloß erneut ein großes Polizeiaufgebot das Werksgelände ein, um die Arbeiter in Nervosität zu versetzen und Konflikte vom Zaune zu brechen, die dann den willkommenen Vorwand zur brutalen Zerschlagung der Kampfbewegung geliefert hätten. Auch in Sandouville versuchte es die Unternehmensleitung mit Provokationen. Den verantwortlichen Gewerkschaftsdelegierten gelang es aber rasch, die Ausdehnung einiger Schlägereien wirksam zu unterbinden.

Die Entscheidung von mehr als 60 % der an der Abstimmung in Billancourt beteiligten Arbeiter, ihre Arbeitsplätze zu besetzen, verlieh den Aktionen in den Zweigwerken neue Impulse. In Sandouville antworteten 1.500 Beschäftigte, die noch gearbeitet hatten, mit wiederholten Arbeitsniederlegungen auf die Aussperrung ihrer Kollegen. Erneut zeigte sich, daß die gezielte, gut organisierte Arbeitsniederlegung und der Schwerpunktstreik zu immer wirksameren Mitteln des Kampfes der Arbeiterklasse in den spätkapitalistischen Ländern werden. Die Arbeitsniederlegung und der punktuelle Streik können den Kapitalbesitzern in kurzer Zeit empfindliche Profiteinbußen zufügen, ohne daß die Streikenden (etwa hinsichtlich von "Anwesenheitsprämien" wie bei der RNUR) entsprechende Lohnnachteile hinnehmen müßten. Darüber hinaus können diese Kampfformen aufgrund der engen produktionstechnischen Abhängigkeit den gesamten Produktionsprozeß binnen kürzester Zeit vollständig zum Erliegen bringen. Die objektive Vergesellschaftung der Produktion und die Entwicklung der Produktivkräfte erschließt damit der Arbeiterklasse Aktionsmöglichkeiten, die sie, wie Streiks in Italien (z.B. bei FIAT und Pirelli) oder in der westdeutschen Chemieindustrie zeigen, immer konsequenter auszunutzen beginnt. Aber auch hier bleiben starke Massenbasis, Aktionseinheit, kampferfahrene Organisationen und klare Ziele die unersetzbare Grundlage des Erfolges.

Die Besetzung der Arbeitsplätze durch die vom "lock-out" betroffenen Arbeiter in Billancourt wurde zum Höhe- und Wendepunkt der Kampfbewegung der Renault-Beschäftigten im Frühjahr 1971.

Zunächst sah sich die Direktion durch die Entscheidung der ausgesperrten Arbeiter gezwungen, ihr Wachpersonal von den Werkstoren zurückzuziehen und die Kontrolle über den Zutritt zum Betrieb den vom betrieblichen Gewerkschaftskomitee (comité intersyndicale), bestehend aus Delegierten der CGT, CFDT und FO organisierten Sicherheitsposten zu überlassen. Ehe er das Werksgelände betreten durfte, mußte sich jeder Beschäftigte bei den Sicherheitsposten ausweisen.

Dieser wichtige Vorgang veranschaulichte zweierlei: zum einen schützten die das Vertrauen der Arbeiter und Angestellten besitzenden Sicherheitsposten das Werk nach außen gegen Provokateure, Spitzel und politische Abenteurer, zum anderen befanden sich diejenigen Belegschaftsmitglieder, die noch arbeiteten in diesem besonderen Fall aber nicht von vornherein als "Streikbrecher" abzustempeln waren, in einem unter der Kontrolle der Arbeiterklasse und ihrer demokratischen gewählten Organe stehenden Betrieb. Außerdem konnten diejenigen, die noch arbeiteten, ständig an den Versammlungen der ausgesperrten Arbeiter teilnehmen, sich Informationen verschaffen und die Ergebnisse der Diskussionen in die Reihen ihrer Kollegen hineintragen. Nicht zuletzt dadurch erklärt es sich, daß binnen 48 Stunden 3.000 Angestellte und Ingenieure einen Solidaritätsaufruf unterschrieben und 20.000 NF für ihre zur Arbeitslosigkeit verurteilten Kollegen sammelten, die – wie die französische Arbeiterklasse allgemein – nicht über Streikkassen verfügten. (37) Neben der Kontrolle über das Werk organisierte das betriebliche Gewerk-

36 Vgl. J. Ph. Talbo: LE GREVE A FLINS, Paris 1968.

37 Vgl. CONTACT, a.a.O., S. 7 und Lioul Planchou: "Face au barrage du pouvoir", in: LA VIE OUVRIERE, Nr. 1394, 19.5.1971, S. 11.

schaftskomitee die Aufrechterhaltung technischer Funktionen, die für die Fortsetzung der Produktion, den Unfallschutz, die hygienischen Bedingungen und die ärztliche Versorgung unerläßlich sind. Dabei wurde das Comité Intersyndicale vom Betriebsrat solidarisch unterstützt. Wieder einmal wurde an der beispielhaften Aktivität des Werksbetriebsrats (comité d'établissement) von Billancourt klar, daß Betriebsräte demokratische Organe der Arbeiterklasse und keine Einrichtungen zur Integration der Belegschaften in das kapitalistische Ausbeutungs- und Profitsystem sind,

Nachdem das Personal des Werksbetriebsrats in den Streik getreten war, aber im Interesse der ausgesperrten, ihre Arbeitsplätze besetzenden Arbeiter unbezahlt weiterarbeitete, entwickelte sich der Werksbetriebsrat zum Zentrum sozialer und kultureller Initiativen, die zwar mit den "kulturrevolutionären" Phantastereien ökonomisch und ideologisch ins Hintertreffen geratener bürgerlicher Schriftsteller kaum etwas gemein hatten, dafür aber umso mehr den konkreten Interessen der Arbeiter entsprachen. Weil die ausgesperrten, durch die Besetzung des Werks sich verteidigenden Arbeiter mit Essen versorgt werden mußten, organisierte der Betriebsrat die regelmäßige Ausgabe von Mahlzeiten, das Abendessen kostenlos und das Mittagessen zu 2 NF, also für einen Preis, für den man sonst in ganz Paris keine warme Mahlzeit bekommt. Der Betriebsrat schaffte auch Betten ins Werk, aber das waren keine Betten für Streikbrecher, sondern für diejenigen, die Tag und Nacht das Werk besetzt hielten. Weil die Betriebsbesetzung zwar eine Kampfform der Arbeiterklasse ist, die ein besonders hohes Maß an Verantwortungsbewußtsein, Ausdauer und Disziplin verlangt, aber wiederum auch nicht mit einer Beerdigungszeremonie verwechselt werden darf, traf der Betriebsrat Vorbereitungen für zahlreiche kulturelle und sportliche Aktivitäten. Hunderte von denen, die sich durch den "lock-out" ihrer Arbeit beraubt sahen, nahmen an Meisterschaftsrunden im Tischtennis und Boule (einem Kugelspiel) teil, andere entspannten sich beim Fuß- und Volleyball-Spiel (Meisterschaften waren wegen der fehlenden Fläche nicht möglich) und besonderer Beliebtheit erfreuten sich die Judo- und Karateturniere. Die sportlichen Aktivitäten wurden durch kulturelle ergänzt: an mehreren Werkstoren wurden Filme vorgeführt, in den Werkshallen installierte man Plattenspieler und Tonbandgeräte oder las Bücher aus der vom Betriebsrat vorbildlich ausgerüsteten und verwalteten Werksbibliothek. Sänger und Rezitationskünstler, die sich mit den ausgesperrten Arbeitern solidarisierten, kamen ins Werk und aktivierten mit Chansons und Kampfgedichten das Widerstandsbewußtsein der Arbeiter sowohl gegen den Druck der Direktion als auch gegen die Trostlosigkeit der riesigen Produktionsstätte. Während der Betriebsrat innerhalb des besetzten Werks für die Bedürfnisse der Arbeiter Sorge trug, führte das betriebliche Gewerkschaftskomitee außerhalb der Fabrik Solidaritäts- und Sammelaktionen durch. Außerdem beschloß das betriebliche Gewerkschaftskomitee Vertreter der Presse und des Fernsehens (ORTF) zu allen Versammlungen der ausgesperrten Arbeiter zuzulassen, wenn sie gültige Presseausweise vorlegen konnten; denn im Gegensatz und Unterschied zu den hinter verschlossenen Türen tagenden Repräsentanten der Monopole und ihres Staates hat die Arbeiterklasse nichts zu verbergen.

5. Die Verhandlungsergebnisse der Gewerkschaften

Mit dem Beginn der folgenden Woche (Montag, den 10.5.) zerschlugen sich die Illusionen der Unternehmensleitung endgültig. Hatte sie bislang gehofft, durch sture Weigerung vor Verhandlungen, offenen und versteckten Zwang und das illegale Mittel der Aussperrung die Aktionseinheit der Renault-Beschäftigten zu unterminieren, so traf sie am Montag, den 10. Mai auf eine gefestigte Kampffront. Die Werke Billancourt und Orleans waren noch immer besetzt, in Sandouville schwächten nach wie vor Arbeitsniederlegungen die Machtposition der lokalen Direktion, Flins war noch immer von CRS-Truppen umstellt und in Cléon riefen die Gewerkschaften die ausgesperrten und sich außerhalb des

Betriebes befindlichen Arbeiter dazu auf, den Willkürmaßnahmen der "Régie" Widerstand zu leisten und ihre Arbeitsplätze zu besetzen (natürlich ohne die Arbeit aufzunehmen). (38)

Angesichts dieser Situation blieb der Generaldirektion nichts anderes mehr übrig, als ihre Boykott-Haltung aufzugeben. Hatte sich die lokale Direktion von Le Mans am Wochenende (8./9. Mai) entschlossen, gewerkschaftliche Belegschaftsdelegierte zu empfangen (ohne Erfolg allerdings für die Streikenden), so förderten zwei Massenversammlungen in Billancourt, auf denen die Fortsetzung der Besetzungsaktion bis Mittwoch beschlossen wurde, den unfreiwilligen Gesinnungswandel der Unternehmensleitung. Während sich die Angestellten nach einem Aufruf der CGT, CFDT und FO vor den Gebäuden der Generaldirektion auf der Ile Seguin versammelten, begaben sich die nichtausgesperrten Facharbeiter an ihre Arbeitsplätze, ohne jedoch die Arbeit aufzunehmen, sondern um vielmehr die Irrationalität des von der Direktion unternommenen Spaltungsmanövers zu entlarven. Die ersten Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsvertretern und der Generaldirektion am 11. Mai verliefen ergebnislos. In neuen Verhandlungen, die am 14., 15. und 16. Mai stattfanden, versuchte die "Régie" durch eine "Austrocknungstaktik" Erfolge zu erzielen und die Gewerkschaftsvertreter von ihrer Basis zu trennen. Der einzige konkrete Vorschlag, den die Direktion zustande brachte, ging dahin, den streikenden OS die monatliche "Anwesenheitsprämie" (=Antistreikprämie) für Juli – vorzuenthalten. Was die im Streik stehenden Arbeiter in Le Mans von diesem "Vorschlag" hielten, war nicht schwer vorauszusehen. Durch offene Abstimmung mit erhobener Hand wiesen sie das zynische Ansinnen der Unternehmensleitung einmütig zurück, worauf deren Vertreter den "Vorschlag" notgedrungen für null und nichtig erklären mußten. In einer neunstündigen Verhandlung gelang es der gewerkschaftlichen Delegation am 21. Mai, die Generaldirektion zur Annahme eines Forderungspakets zu zwingen, über dessen Inhalt allerdings in Frankreich die Streikenden selbst autonom zu entscheiden haben.

Am Samstag, den 22. Mai veröffentlichten die drei Gewerkschaften CGT, CFDT und FO sowie deren Metallarbeiterverbände (Fédérations de la métallurgie) eine gemeinsame Erklärung, in der sie die Belegschaft aufforderten, ihre Verhandlungspositionen massiv zu unterstützen und durch demokratische Entscheidung zu legitimieren. Die im Hauptwerk Billancourt unterzeichnete Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

> "Die Gewerkschaften CGT, CFDT und FO sind gemeinsam der Auffassung, daß der Entschluß der Beschäftigten von Le Mans, den Streik fortzusetzen, die Direktion zu wichtigen Zugeständnissen gezwungen hat. Die letzten Verhandlungsergebnisse, die sich an die der beiden vergangenen Wochen anschließen, stellen ein für die Beschäftigten positives Übereinkommen dar. Die Gewerkschaften CGT, CFDT und FO fordern die Beschäftigten von Le Mans auf, die Auffassung der gewerkschaftlichen Organisationen zu bestätigen."
>
> "Die Metallarbeiter-Verbände der CGT, CFDT und FO stellen mit Genugtuung fest, daß in den mit dem 21. Mai erneut begonnenen Verhandlungen infolge der Initiative der Gewerkschaften wesentliche Fortschritte erzielt werden konnten. Sie befürworten die von den Arbeiterorganisationen bei Renault gemeinsam eingenommene Haltung. In Anbetracht der die Beschäftigten von Renault, besonders die OS betreffenden wichtigen positiven Resultate, rufen sie dazu auf, weitaus gründlicher als zuvor das Lohnsystem zu diskutieren, um die Qualifikationsprobleme der gesamten Metallindustrie lösen zu können. (Billancourt, den 22.5.1971)" (39)

Am 25. Mai 1971 sprachen sich die Streikenden von Le Mans zu fast 80 % in einer geheimen Abstimmung für die Wiederaufnahme der Arbeit aus und bestätigten so unmißverständlich die Verhandlungsergebnisse ihrer Gewerkschaften. (40)

38 Vgl. LA VIE OUVRIERE, Nr. 1329, 2.6.1971, S. 2.
39 Gemeinsame Erklärung der CGT und CFDT vom 22.5.1971.

Die in Verhandlungen vorbereiteten, durch ebenso massive wie differenzierte Aktionen durchgesetzten und durch demokratische Entscheidung angenommenen Ergebnisse enthielten die folgenden Vereinbarungen: (41)

1. Die Koeffizienten der Arbeitsplatzbewertung werden für 60.000 ouvriers specialisés (OS) stufenweise um 12 Punkte für die unterste OS-Lohngruppe (5) und um 5 Punkte für die höchste Lohngruppe (11) heraufgesetzt. Diese Heraufsetzung hat keine unmittelbare Wirkung auf den Grundlohn, aber verbessert die Betriebsprämien und Zuschläge für Überstunden, (wobei festzuhalten ist, daß die Prämien einen wichtigen Bestandteil des gesamten Monatslohns bilden). Sie bezieht sich auf alle unqualifizierten und angelernten Stundenlöhner sowie auf Angestellte mit einer den OS vergleichbaren Lohnhöhe.
2. Nach drei Jahren Betriebszugehörigkeit steigen vom 1. Juni 1971 an alle Beschäftigten der untersten Lohngruppe 4 und 5 in die nächsthöhere Lohngruppe auf.
3. Nach achtjähriger Betriebszugehörigkeit erhalten alle 90.000 Beschäftigten der Renault-Werke eine volle Lohngarantie, d.h. eine Garantie gegen Lohnverlust im Falle der Arbeitsplatzveränderung oder Dequalifizierung innerhalb des Betriebs.
4. Die Zeitdauer der Aussperrung (von der Unternehmensleitung als "technische Arbeitslosigkeit" bezeichnet) wird zu 47 % des Normallohns entschädigt. Zusätzlich wird für jeden Aussperrungstag den Betroffenen ein Satz von 10 NF gezahlt. Der Gesamtbetrag ist in zwei Teilen im Oktober und November 1971 zu erstatten. Die Streikenden des Werks Le Mans erhalten eine Urlaubsprämie von 200 NF für den Monat Juli. Des weiteren erhalten sie eine Entschädigung von 500 NF, die vom September 1971 an in zwei Teilen auszuzahlen ist. (Diese Vereinbarungen stellen die erfolgreiche Überwindung des Systems der Antistreik-Prämien dar.)
5. Alle an den Aktionen der Belegschaft und ihrer Organisationen Beteiligten sind keinerlei Sanktionen seitens der Unternehmensleitung ausgesetzt. (Mit dieser Feststellung werden sowohl die Versuche der Generaldirektion vereitelt, die OS von Le Mans als die "Hauptschuldigen" zu diskriminieren als auch allgemein die Angriffe der Monopole und ihres Staates auf das Streikrecht und die ungehinderte Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte abgewehrt.)

6. Aktionseinheit

Zwar haben die Aktionen der Renault-Beschäftigten und vor allem der OS im Frühjahr 1971 nicht die volle Verwirklichung der konkreten Forderungen gebracht, aber die von den Beschäftigten selbst demokratisch legitimierten Verhandlungsergebnisse vom 21./22. Mai waren nichtsdestoweniger ein großer Erfolg der Kampfbereitschaft, Organisierung und Realisierung der Aktionseinheit. An keinem Punkt der Klassenauseinandersetzung gelang es der RNUR-Unternehmensleitung, obwohl sie sich aller Mittel der Repression – von der Pressekampagne bis zum Polizeiaufgebot und zur Aussperrung – bediente, die Streikbewegung zum Zurückweichen zu zwingen. Stattdessen mußte sie selbst mittelbar das Scheitern ihrer Strategie gestehen, indem sie nach Beendigung der Streikaktionen mitteilte, daß der (– nur durch sie verschuldete –) Produktionsausfall die RNUR 67.000

40 Das genaue Abstimmungsergebnis der geheimen Abstimmung am 25.5.1971 in Le Mans:
3769 Stimmen für Wiederaufnahme der Arbeit (79 %)
952 Stimmen gegen Wiederaufnahme der Arbeit (20,5 %)
24 Stimmen ungültig (0,5 %).
41 Vgl. LA VIE OUVRIERE, Nr. 1396, 2.6.1971, S. 3.

Fahrzeuge gekostet habe, also einen Verlust verursachte, der weit über den geforderten Lohnerhöhungen lag.

Für die Belegschaft brachte dagegen die Streikbewegung nicht nur entscheidende materielle Verbesserungen, sondern trug auch zur Entwicklung der Aktionseinheit bei, die alle lohnabhängigen und nicht an der Macht beteiligten Schichten der Belegschaft auf der Ebene des Betriebs und der gesamten Arbeiterklasse auf nationaler Ebene umfassen muß, nicht aber zur Isolierung einzelner Arbeiterschichten führen darf:

"Es kommt für die Arbeiter aber auch darauf an, ... wenn sie die Einheit verwirklichen wollen, die demokratische Entscheidung der Arbeiter anzuerkennen; es kommt darauf an, den Grad der Kampfbereitschaft j e d e r K a t e g o r i e zu berücksichtigen, die zu einer breiten Einheit beitragen kann. Die Analyse der Kampfformen, die dem Bewußtsein der einzelnen Schichten entsprechen, die Erfahrungen und Erfolge von gestern weisen den Weg für die Kämpfe von morgen." (42)

42 Bernard Le Merlin: "L'expériences et le succès d'hier éclairent le combats de demain", in: L'ECHO DES METALLOS, Betriebszeitung der Sektion des PCF in Billancourt, Nr. 179, 1971.

Rainer Rilling

Kriegsforschung und Vernichtungswissenschaft in der BRD
312 Seiten, engl.br. DM 9,80

"Die bislang gründlichste Materialaufarbeitung und Analyse dieses Bereiches der westdeutschen Forschungspolitik. Besonders wichtig sind: 1. Die Analyse der außeruniversitären militärischen Forschung und Entwicklung (FE). 2. Die Darstellung der Konzentration und der Zentralisation des Rüstungskapitals in der BRD. 3. Die Untersuchung des staatsmonopolistischen Regulierungs- und Leitungssystems. 4. Die Entlarvung der sogenannten "spin-off"-Ideologie, nach der Kriegs- und Raumforschung großen 'zivilen' ökonomischen Nutzen hätten. 5. Die Darstellung und Untersuchung der gesamten FE-Politik seit 1966/67, die erste grundsätzliche Anhaltspunkte für die Beurteilung der Forschungspolitik der sozialliberalen Koalition gibt, ("Zivil-technologie"). 6. Eine Reihe wichtiger Dokumente, u.a. über die industrielle Kriegsforschung, über westdeutsche Militärs in der Rüstungsindustrie und über die Kooperation BRD – USA."
marburger blätter

Pahl-
Rugenstein

Hermann Ley, Thomas Müller

Technik und Gesellschaftsstruktur

Der folgende Aufsatz ist dem in nächster Zeit erscheinenden Buch von Hermann Ley und Thomas Müller: "Antigeschichte und Revolution – Der Positivismusstreit als Ideologieersatz" entnommen, den wir mit freundlicher Genehmigung des Pahl-Rugenstein Verlages, Köln, abdrucken.

I Einleitung

Die kritische Theorie der Frankfurter Schule, die anfänglich den studentischen Protest zu artikulieren vermochte, erwies sich inzwischen als bundesdeutsche Ideologievariante einer spätbürgerlichen imperialistischen Gesellschaft, die beliebigen Protest abzufangen sucht.

Die fällige Auseinandersetzung mit den zeitgenössischen Neopositivismen versackt im Positivismusstreit zwischen Albert und Habermas, die je für ganze Gruppierungen genannt seien, in unverbindliches Geplänkel, bei dem beide Kontrahenten sich aufeinanderzubewegen. Mit der Wiederaufnahme des Streits um die Wertfreiheit erfolgt der Versuch einer erneuten Destruktion von Karl Marx. Um keinen Zweifel bestehen zu lassen, bemüht sich Habermas um einen vollständigen Übergang zur amerikanischen Soziologie Talcott Parsons'scher Färbung, mit der nicht mehr und nicht weniger bezweckt zu sein scheint, als die Reduktion soziologischer und gesamtgesellschaftlicher Problematik auf subjektivistische Psychologie. Die bundesdeutsche Ideologie, um eine Invektive Hans Alberts abzuwandeln, bescheidet sich nach hoffnungsvollen Ansätzen mit einem Bruchteil der bei Talcott Parsons und Robert Merton vorhandenen Ideen.

Die Reduktion der Geschichte des Menschen und der Klassen auf die Ontogenese des Subjekts und eine aus der Totalität der Gesellschaft ausgesparte Technik und Ingenieurwelt und der Soziostrukturen vermeidet in den Versionen von Albert u n d Habermas die Analyse des gesamtgesellschaftlichen Prozesses. In den Resultaten spiegelt sich die Abneigung, die Sache selbst zum Gegenstand des Erkenntnisprozesses werden zu lassen. Vorgewiesen werden Partialdiagnosen, die die wechselseitige Fremdheit des naturwissenschaftlichen und des soziologischen Aspekts überdeutlich spiegeln. Vereinfacht und unzutreffend wäre es, darin etwa ein Produkt gewollter Arbeitsteilung zu sehen oder eine notwendige Folge segensreicher Beschränkung auf das Fach. Vielmehr scheint es das Ergebnis einer mindestens halb bewußt vollzogenen Deformation zu sein, die sich bei hinreichender Beschäftigung mit dem Prozeß der Vergegenständlichung des Menschen, der Entfremdung und sonstiger Alienation zur intendierten falschen Verfremdung der Wirklichkeit herabläßt.

Albert zeigt sich von der schon vollzogenen Möglichkeit einer Mathematisierung der Ökonomie fasziniert und sucht nach erkenntnistheoretischen Fundamenten. In der tradierten Scheu des Empirismus vor dem Zutrauen in den eigenen und gesellschaftlichen Verstand vereinigt sich in seinen Arbeiten unpraktische philosophische Grundlegung mit beträchtlicher Animosität gegen das Beachten gesellschaftlicher Strukturen, die ü b e r den technischen Bereich hinausgehen. Die Ökonomie bleibt damit zwar politisch, aber verfehlt den bloße Technologie überschießenden Bereich, in dem erst das wissenschaftlich-

ökonomische Denken seine innere Rechtfertigung als selbständige Disziplin gewinnt. Das echte Problem bleibt außerhalb des Gesichtskreises. Die Selbstverwirklichung des Menschen durch die Technik und die Arbeit ist nicht minder Bestandteil der Kultur wie die zwischenmenschlichen Beziehungen, zu denen neben dem Sexus mindestens so etwas wie Produktionsverhältnisse gehören. In die konkrete Wirklichkeit der Gesellschaftsformation gehen Technik und Literatur, ingenieurmäßiges Denken und auf die Soziostrukturen bezogene Politik ein. Es gibt nicht bloß logische Klassen, ein Tatbestand, den die Geschichte denen einpaukt, die sich auf Kant'sche Moral beziehen, ohne die revolutionäre Evolution jener Antagonismen zu beachten, in denen der kopernikanische Wende ankündigende Philosoph Momente der Selbstbewegung der Geschichte in den Begriff zu bekommen begann.

Im Werk von Kant existiert Dialektik, an die sich Hegel anlehnte. Die erkenntnistheoretischen Positivisten benutzten von Kant ausschließlich Bestandteile, mit denen sich Hegel kritisch auseinandersetzte, unter anderem deshalb, weil sie sich daran stießen, daß inhaltlich verstandene allgemeine Strukturen mit dem Begriff der Logik belegt wurden, den sie eingeengt für sich selbst zu beschlagnahmen suchten. Die Entwicklung endet jedoch weder mit Hegel noch mit den logischen Positivisten. Albert und Habermas sind bemüht, mit dem Ausklammern des von Marx eingeleiteten Prozesses, mit der absoluten Vernachlässigung Lenins, sich das Eingehen auf den konkreten revolutionären Ereignisstrom des 20. Jahrhunderts zu ersparen.

Philosophisch anthropologisierend geraten die bundesdeutschen Positivismusstreiter auf die von Walter Benjamin nicht unzutreffend skizzierte Einbahnstraße. Ihre Alternative bleibt mehr oder weniger im Dunkeln. Bestenfalls sucht sie sich jeweils in ihrem an das Vexierbild der materiellen und der ideellen Wirklichkeit fixierten Blick eine Merkmalskonfiguration heraus, an dem sie haften bleibt. Dem einen Kontrahenten vergeht vor dem Insistieren auf Technik und Naturwissenschaft das Verständnis für den weiten Bereich, in dem sie entstehen und auf den sie wirken. Der andere sieht vor Menschen nicht das in sich heterogene Kollektivum der Gesellschaft und die in der materiellen und ideellen Tätigkeit gesetzten Strukturen, die ihre eigenen Gesetzmäßigkeiten haben, aber ohne die reale Entsprechung der Kategorie Produktionsinstrumente keine Existenz besitzen würden. Gleiches gilt für die Institutionen. Dem Positivisten sind Strukturen häufig nur ideelle Produkte. In einer merkwürdigen Verschränkung entsteht daher bei seinem Kontrahenten gelegentlich die Vorstellung, der mit dem Entstehen des Industriekapitalismus erzeugte Schein einer total atomisierten Gesellschaft bedeute faktisch die Möglichkeit von Strukturlosigkeit, den Wegfall des Einflusses der materiellen Wechselwirkungen, in denen aus dem Tier so etwas wie der homo sapiens entsteht, die Bedeutungslosigkeit jener gesellschaftlichen Relationen, die Karl Marx als materiell zu verstehen vermochte.

Der von Karl Marx begründete Materialismus erweitert das bis dahin zugängliche Blickfeld durch das Einbeziehen objektiver Beziehungen vorhandener und möglicher Sachverhalte in die Kategorie der Materialität. Mit einer emotionellen Absage an ganze Bezirke, die sich in der Geschichte als ständig oder meist wirksam erwiesen haben, lassen sich die Teilbereiche der Gesellschaft nicht dem Verständnis zuführen. Auf sie aber schlicht zu verzichten, bedeutet, in die Strömung eines vorwiegend idealistischen Dualismus zu verfallen, der das Entgegenstehende einfach wegzudenken sucht.

In vorliegender Arbeit soll vom Standpunkt des dialektischen und historischen Materialismus eine fundierte Kritik einiger Aspekte der Position gegeben werden, die an den Hintergrund des Positivismusstreites heranführt. Es wird sich herausstellen, daß wesentliche Momente der gegenwärtig bestimmenden, spätbürgerlichen Ideologie vorzufinden sind. Habermas nähert sich von anderer Grundhaltung aus den gleichen Folgerungen, die Hans Albert aus einem vorwiegend mechanistisch verfahrenden Methodologiebewußtsein zieht.

Auf den ersten Blick erscheint es paradox, eine solche Konvergenz der Kontrahenten zu behaupten. Bei näherer Betrachtung aber läßt sich sinnfällig vorweisen, woran es mangelt. Anders als Habermas und Albert meinen, läßt sich Gesellschaft nicht erschöpfend charakterisieren, wenn man als wesentlich nur erachtet, was akzeptiert wird, nicht aber auch das andere, an dem sich die Emotion stößt. Zu erörtern ist, welche Grenzen erkenntnistheoretische Reflexion besitzt, wenn sie das Vorhandensein und die mögliche Entwicklung gesellschaftlicher Strukturen unterschätzt. Aufgezeigt werden soll, daß sich Rationalität nicht in Technik erschöpft. Unbedingt aber ist sichtbar zu machen, daß die entschiedene Zurückweisung des spätbürgerlichen Antihumanismus kein Rechtfertigen eines absoluten Verdiktes gegen Naturwissenschaft und Technik implizieren darf, wenn gesellschaftliches Interesse im Blickfeld bleiben soll. Damit entfällt praktisch auf dem Wege der Selbstaufhebung der Gegenstand, den sich sogenannte philosophische Anthropologie setzt. Um den Menschen zur Darstellung zu bringen, bedarf es der Klassen und der Eigentumsverhältnisse ebenso wie der Sphäre der Produktion und der von ihr veranlaßten genialen, aber ambivalenten Produkte von Wissenschaft und Technik.

2 Technik und Gesellschaftsstruktur

Findet Habermas bei Comte die "pseudowissenschaftliche Propagierung des Erkenntnismonopols von Wissenschaft" (1), so kritisiert er bei Marx eine ungenügende philosophische Grundlegung des Materialismus und verlangt, eine "vorbehaltlose phänomenologische Selbstreflexion der Erkenntnis zu etablieren". (2) An die Stelle der "Reduktion des Selbsterzeugungsaktes der Menschengattung auf Arbeit" (3) will Habermas die Idee einer Erkenntnistheorie als Gesellschaftstheorie setzen. (4) Darunter scheint eine als neuartig ausgegebene Anthropologie verstanden zu sein, in der eine fundamentale Unterscheidung zwischen Naturwissenschaft und Wissenschaften vom Menschen (5) postuliert ist. Bei Marx sei der Vorgang der Reflexion auf die Ebene instrumentalen Handelns eingeengt, (6) damit aber der in seiner Theorie gegebene Ansatz nicht ausgemessen. Reflexion sei nach dem Muster der Produktion begriffen, zwischen dem logischen Status der Naturwissenschaften und dem der Kritik nicht unterschieden. (7)

Es stellt sich heraus, daß Habermas in seiner Kontroverse mit Albert, ohne dessen tatsächlichem Anliegen folgen zu können, vornehmlich Marx versteht. Anlaß ist eine entscheidende Passage in den Pariser Manuskripten. An die Stelle der von Habermas geforderten erkenntnistheoretischen Rechtfertigung der Gesellschaftstheorie habe Marx, um die Wissenschaftlichkeit seiner Analyse darzutun, eine Analogie zu den Naturwissenschaften angenommen. Als unkorrekte Aufhebung Hegels empfindet er jenen bekannten Passus: "Die Industrie ist das wirkliche geschichtliche Verhältnis der Natur und daher der Naturwissenschaft zum Menschen". (8) Die Ökonomisch-Philosophischen Manuskripte sind nicht hinsichtlich ihrer Früh-Formulierungen der Kritik unterzogen, sondern im Hinblick auf die zum "Kapital" hinweisenden Elemente *und* das Verweisen auf eine Lehre vom Menschen, die eine breite Komplexität aufweist, die weit über das hinausgeht, was der Regreß auf Psychoanalyse dagegen anzubieten hat.

---

1 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, Frankfurt/Main 1968, S. 92.
2 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 58.
3 ebenda.
4 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 59.
5 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 60.
6 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 60.
7 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 61.
8 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 60; vgl. hierzu Marx/Engels: WERKE (MEW), Ergänzungsband Erster Teil, Berlin 1968, S. 543.

2.0 Erkenntnistheoretische Gesellschaftstheorie oder: die Trennung der Human- von der Naturwissenschaft

Mit seinem Angriff auf das kapitalistische Privateigentum, der bereits in der Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie beginnt, insistiert Marx positiv auf einige der durch dessen Aufhebung zu erwartenden, auf den Menschen einwirkenden Konsequenzen. Das Proletariat ist als Repräsentant des Menschseins aufgefaßt, weil es fähig scheint, die vollständige Emanzipation aller menschlichen Sinne und Eigenschaften zu vollziehen, in dem es die durch das kapitalistische Privateigentum gesetzte Entmenschung beseitigt. Die Industrie erscheint Marx als "die exoterische Enthüllung der menschlichen Wesenskräfte" (9), deren Entfaltung den Kommunismus bedeutet. Habermas will eine erkenntnistheoretische Gesellschaftstheorie. Das Instrumentalistische der Marx'schen Theorie sieht er in dem Heranziehen der Industrie gegeben. Die Seite ihres vorgängigen geistigen Produktionsprozesses und die Arbeit erregt das Opponieren gegen den Materialismus *und* die Wissenschaften als Anspruch eines Erkenntnismonopols, dem die kritische Kritik entsagen will. Im Verständnis von Marx besteht der Mensch nicht bloß aus Arbeit und Wissenschaft. Der Arbeiterklasse aber ist aufgegeben, mit dem Aufheben des Privateigentums zwei Kategorien von Tätigkeiten zu vereinigen und sich zueigen zu machen, die in der Klassengesellschaft ihre Abhängigkeit verfestigen, indem sie als Funktionen des Privateigentums den kapitalistischen Lohnarbeiter zur Deformation seiner Person verurteilen und die Entwicklung der menschlichen Wesenskräfte zu einem Sondermonopol werden lassen, in dem sich die Klassenspaltung wiederholt.

Sieht Habermas in dem Rekurs auf die Naturwissenschaften den Nicht-Vollzug der erkenntnistheoretischen Rechtfertigung, dann bestätigt er den von Albert mit berechtigter Intransingenz vorgebrachten Einwand, sie würden innerhalb der kritischen Kritik funktionslos. Diskutiert Albert die Frage nach der Gesetzmäßigkeit des sozialökonomischen und generell alles gesellschaftlichen Geschehens, dann geht Habermas dem aus dem Weg. Er begnügt sich mit dem naheliegenden, aber oberflächlichen Vermerk, es sei erstaunlich, daß Marx von Naturwissenschaft spreche, nicht aber von den "transzendentalen **Bedingungen** des Systems gesellschaftlicher Arbeit dessen strukturellen Wandel die Ökonomie, als die Wissenschaft vom Menschen, doch ihrerseits reflektieren soll". (10) Es entgeht ihm das tertium comparationis, in dem Gesellschaft und Naturwissenschaft auf einen Nenner gelangen. In der Tatsache der Gesetzmäßigkeit, die nachzuweisen sich Marx zur *einen* Lebensaufgabe **setzt**, ist dieses Moment gegeben, nicht aber der Mensch auf eine von Habermas als peripher aufgefaßte Disziplin heruntergebracht. Unterläuft ihm die Bezeichnung "transcendental" für das Charakterisieren der Bedingungen des Systems der gesellschaftlichen Arbeit, dann reflektiert Habermas schon auf einen erkenntnistheoretischen Transcensus, der zudem noch eine Mystifikation enthält. Abgesehen von dem Vermuten eines in der Ökonomie vollzogenen Überstiegs, macht er sie außerdem zu einer Wissenschaft vom Menschen schlechthin, einer nicht in der Absicht des Marxschen Dialektik enthaltenen Ausweitung.

9 "Die Industrie ist das wirkliche geschichtliche Verhältnis der Natur und daher der Naturwissenschaft zum Menschen; wird sie daher als exoterische Enthüllung der menschlichen Wesenskräfte gefaßt, so wird auch das menschliche Wesen der Natur oder das natürliche Wesen des Menschen verstanden, daher die Naturwissenschaft ihre abstrakt materielle oder vielmehr idealistische Richtung verlieren und die Basis der menschlichen Wissenschaft werden, wie sie jetzt schon – obgleich in entfremdeter Gestalt – zur Basis des wirklich menschlichen Lebens geworden ist..." in: MEW, Ergänzungsband, a.a.O., S. 543.

10 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 63.

11 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 64.

Anschließend verlangt Habermas eine "Konstitutionsanalyse" des Menschen, die die erkenntnistheoretische Selbstreflexion der Wissenschaft einbeziehe. (11) Wohin es dabei Habermas zieht, läßt das Programm der "Thesen zur Theorie der Sozialisation" (12) erkennen. Die Sozialisationshypothese sucht den Vergesellschaftungsprozeß in der Psychologie. Marx entdeckt in der Arbeit nicht allein die besondere Eigenschaft, die den Menschen *werden* läßt, sondern auch die Fähigkeit, die zum Gewinnen des Lebens benötigten Produktionsinstrumente zu schaffen. In der Theorie des Historischen Materialismus, deren philosophischer Einfluß auf das Entstehen des Kapitals in den "Grundrissen" kenntlich geblieben ist, hat Marx das innerweltliche Übergreifende der verschiedenen Lebens- und Bewußtseinsformen, die erst mit einer Steigerung der Arbeitsproduktivität möglich werden, *wenn* die gesellschaftlichen Bedingungen entsprechend gestaltet und verändert sind, herausgestellt.

In der Theorie des historischen Materialismus entdeckt Marx die Gründe der Selbstbewegung der Gesellschaft, durch die der idealistische Dualismus nach zwei Seiten widerlegt ist. In der Produktion seines Lebens erzeugt der als Kollektivum gefaßte Mensch Strukturen, die seine Möglichkeiten bestimmen, für eine Epoche begrenzen und über diese hinaustreiben. Zum anderen entsteht daraus eine neue Potenz des Menschen, die sich an den Arbeitsmitteln entfaltet, je über sie hinaus geht und zu selbständiger Reflexion befähigt, ein Spektrum von Eigenschaften entwickelt, in denen Selbstverständnis, phantastische und realistische Abbildung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft in zugänglich werdenden Medien ihren Niederschlag finden. Wie das Produktionsinstrument stets zuvor im Kopf entworfen wird, bevor es in materieller Gestalt, zu der auch die Organisation des Arbeitsprozesses gehört, Gestalt annimmt, so bewirken die anderen Bewußtseinsformen einen immanenten Stimulus der gesamten Lebenstätigkeit, dessen Einwirkung auf den Menschen divergent und sehr vielfältig vermittelt zum Zug kommt.

Selbstverständnis erscheint ebenso als nur eine Seite der gedanklichen Tätigkeit wie die Industrie. Das gegenständliche Handeln findet seine Entsprechung in einzelnen Aktionen, die sich zu Klassenaktivitäten verdichten, Konfrontationen hervorrufen, in denen sich Parteiungen ausbilden, die auf dem Niveau des jeweils erreichten gesellschaftlichen Verständnisses zu artikulieren suchen, was der Fall ist oder sein sollte. Marx faßt diesen Vorgang als zwiespältigen divergierenden, aber möglicherweise, unter konstatierbaren Bedingungen, zusammenstimmenden Vorgang: "In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konfliktes *bewußt* werden und ihn ausfechten." (13) In der Spannung zwischen den naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzungen der ökonomischen Produktionsbedingungen und den ideologischen Formen, um die Marxschen Termini wörtlich aufzunehmen, vermögen sich die Menschen dieses Konfliktes bewußt zu werden. Materialistische Dialektik benutzt fließende Kategorien, um den gesellschaftlichen Prozeß in seinen Umwälzungen zu erreichen, den präsenten und den sich vorbereitenden Umwälzungen folgen zu können. Die Konflikte, die die Gesamtheit der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der von Marx verwendeten Sprache repräsentieren, enthalten den Klassen**kampf** ebenso wie die Gruppendifferenzen, die individuellen Querelen wie die sich extrovertierenden Pathologismen, die im Durchschnitt und im Extremfall oder kaum sichtbar in das Geschehen der Basis und der Superstruktur eingreifen.

12 Jürgen Habermas: THESEN ZUR THEORIE DER SOZIALISATION (Stichworte und Literatur zur Vorlesung im SS 1969, ohne weitere Angaben).

13 Karl Marx: ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, in: MEW, Band 13, Berlin 1961, S. 9.

Als Einheit von materiellen und ideellen Prozessen aufgefaßt, richtet sich das Verständnis von Marx auf den wechselseitigen Einfluß der verschiedenen Gegenstandsbereiche, die nach ihrer Funktion bestimmt sind. Ideologie ist in der bekannten Definition der Überbautheorie des "Vorworts" als Moment des Bewußtwerdens aufgefaßt, als ein komplexes Geschehen, in dem die Entwicklungsformen der Produktivkräfte reflektiert werden. Zu dieser Art der Reflexion gehört das wissenschaftliche Abbilden der Entwicklungsformen der Produktivkräfte, deren Verständnis selbst der Entwicklung unterliegt, mit dem Entstehen der daran interessierten Klassen sich entfaltet und das Klasseninteresse auch in der Abbildung einbezieht.

In den theoretischen Vorstellungen von Jürgen Habermas spiegelt sich die bürgerliche Aversion, den Ursprung der jeweiligen Klassenverhältnisse und der in den Bewußtseinsformen bezogenen Parteinahme, aus den spezifischen Erscheinungen der Produktion des Lebens zu analysieren, da das Verstellen und Verdecken der die bürgerliche Gesellschaft konstituierenden Sachverhalte zum Geschäft des Ausfechtens der Umwälzungen gehört. *Theorie der Erkenntnis als Gesellschaftstheorie auszugeben, verzichtet auf die konkrete Analyse dessen, womit Erkenntnis sich zu beschäftigen hat.* Aus dem Beschäftigen mit dem Schreiben von Geschichte läßt sich erkennen, daß Klassen und Gruppen ihre in der Entwicklung vordergründig werdenden Konflikte ausfechten, ohne zu begreifen, welche Effekte ihre Aktivität auslöst. Soweit eine historisch vorgefundene Ideologie ihren Zweck erfüllt, bezieht sie sich mindestens auf das unmittelbare Klasseninteresse oder eine davon abgeleitete Gruppenkonformität, bedeutet daher nur partiell falsches Bewußtsein. Vom Standpunkt der fortgeschritteneren Klasse oder Gruppe lassen sich in der Regel Gesetze zum Vorschein bringen, die zuvor nicht zugänglich waren. Damit aber erfolgt eine objektive Abwertung der Ideologie alt gewordener herrschender Klassen, die zuvor eine progressive Funktion zu erfüllen vermochten. Wie im einzelnen sich die materiellen und ideellen Bezugsobjekte in ihrem Bedingungsgefüge verschränken und beeinflussen, erweist sich als weiteres Moment praktischer und wissenschaftlicher Progression, bei der Albert, Popper und Habermas auf detaillierter Erklärung glauben bestehen zu müssen.

Die materialistische Dialektik hingegen nimmt das Beschreiben von Sachverhalten und Wechselbeziehungen ernster als die auf Erklärung erpichte positivistische Ideologie, die durch den Entwicklungsprozeß zum falschen Bewußtsein geworden ist. Notwendigerweise sucht sie sich den Anschein von Objektivität durch das Insistieren auf unverwechselbar scheinenden eindeutigen Beobachtungsdaten zu geben. Als Basissätze deklariert sind sie formell aus der Entwicklung des Wissens ebenso herausgenommen wie die gesamte Gesellschaft. Mit der Atomisierung des einzelnen Datums sanktionieren sie erkenntnistheoretisch das Ausschalten jedes beliebigen Effekts, der vom Standpunkt einer Umwälzung der sogenannten soziotechnischen Strukturen von der anderen Position neuer Eigentumsverhältnisse oder werktätiger Mitbestimmung interessant zu werden verspricht, die Nutzer anderer Eigentumsstrukturen aber degoutiert. Die Funktion der kritischen Kritik erfüllt sich unter Einbeziehung Herbert Marcuses in dem Verfestigen der zwei Kulturen C.P. Snows, weil damit die steigende Masse von Ingenieuren und Naturwissenschaftlern seitens einer geisteswissenschaftlich agierenden literarischen Protestfront von vornherein ausgegliedert ist, sie die Abqualifizierung aber als bösartig empfinden und partiell gegen ihren Willen in engeren Kontakt zu den bestimmenden imperialistischen Gruppen geraten. Anstatt ein progressives moralisches Bewußtsein zu festigen, entsteht in ihnen die Vorstellung, tatsächlich zugehörig zu einer klassenindifferenten, technokratischen Gruppe zu sein, die sie den rüstungsbeflissenen Kapitalagglomerationen zutreibt.

Mit der Einführung des Begriffs der Interaktion meint Habermas eine Entdeckung gemacht zu haben. Marx ist vorgeworfen, durch die sogenannte Reduktion auf Arbeit die in diesem Fall mit Interaktion gemeinte symbolische Vermittlung institutionalisierter

Gewaltverhältnisse zu überspielen und dazu noch vorökonomische Tatsachen für den Mechanismus der gattungsgeschichtlichen Entwicklung nicht in Betracht zu ziehen. (14) Marx wird der "Verschleierung" (15) geziehen, Habermas aber erweckt den Anschein, als wenn er keine Kenntnis der Analyse der Pariser Commune von 1871 besäße, die Analyse der Funktion des Staates durch Engels nicht existiere. Zog das ökonomische Denken als politisches in die Gruppe der wissenschaftlich notwendigen Disziplinen ein, so vermochte Marx das Kapital als gesellschaftliches Verhältnis abzubilden und die Potenzen der Macht in ihrer materiellen und ideologischen Fundierung darzustellen.

Entdeckte Marx bereits in der "Einleitung zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie" die Funktion der revolutionären Gewalt, die er aus dem von Hegel dem Staat der bürgerlichen Gesellschaft zugeschriebenen Machtverhältnisse extrapolierte, so verwies er gerade im Verlauf dieser Überlegung auf die Verbindung von Theorie und Masse. Vom Kapitalismus ferngehalten von den Grundlagen eines Acquirierens von Wissen, das die durch Arbeitsteilung gegebene Effizienz möglichst nicht überschreiten darf, setzt Marx zunächst auf das Aneignen der wichtigsten, im Klassemkampf benötigten Kenntnisse. Für die sozialistische Gesellschaft entwirft das Konvolut der Pariser Manuskripte einen Typus von Persönlichkeit, der in weitere Wissensgebiete eindringt, die die materielle Produktion zu entwickeln gestatten; Im revolutionären Verständnis von Marx bedeutet Macht eine Veränderung des Massenbewußtseins im Hinblick auf einen Humanismus, der sich auf die doppelte Verhaltensweise der sittlichen Verantwortung und der Ausweitung des Kenntnisbestandes erstreckt, die die im modernen Sinne verstandenen Naturwissenschaften und die technischen Disziplinen *einbezieht.* Wie die Moral nicht am Bedarf der schönen Seele haften bleibt, sondern auf effektive Veränderung der Herrschaftsstrukturen gerichtet ist, so sind die sich im instrumentalen Handeln, wie es Habermas nennt, äußernden Aktivitäten als ökonomisch-technische *und* geistige Machtausübung verstanden. Zu der Weltanschauung, die von Marx und Lenin ausgeht, gehört der ethische und in materielle Vergegenständlichung sich entäußernde Fundus an Persönlichkeitsprofil ebenso wie die willensmäßige Komponente, die auf Veränderung der alten und Festigung der neuen Ordnung abzielt. Im Unterschied zu voluntaristischen Aktionen, die im Rahmen der bourgeoisen Soziostruktur zu bleiben gewillt sind und mindestens faschistoid zu sein pflegen, gehört in das Verständnis der an Marx orientierten Weltanschauung das willentliche Einfügen in die vorhandenen Möglichkeitsstrukturen der *Entwicklung.* Habermas sucht den Gattungsaspekt gegen das instrumentale Handeln ins Spiel zu bringen. Marx hingegen sieht eine Veränderung des Menschen als gegeben bei praktisch gleichbleibender Artspezifität, die in die Biologie gehört.
Als Marx über die Entwicklung der Gattung seine philosophischen Theoreme aufstellte, hatte sich die Biologie noch nicht das rationale Verständnis der Evolution der Arten und der Deszendenz des Menschen aneignen können. Es wäre möglich, in der mit der praktizierten Genetik gegebenen Faktizität des Veränderns der genetischen Informationseinheiten eine qualitativ andere Situation als gegeben zu sehen. Freilich erschloß sich damit ein Gebiet der Anwendung, das sicherlich in wenigen Jahrzehnten zu den vorhandenen weitere, sittlich höchst folgenreiche, Techniken der Gesellschaft zur Verfügung stellt. Die utopische Phantasie Aldous Huxleys entwarf indes längst den Extremfall bestialisierter Anwendung, in dem die kenntnismäßigen Klassenunterschiede in der Schlafschule ihre unabänderliche Präformation erfahren und das in den Ausbeutungsgesellschaften vorwiegend unbiologisch erzielte gleiche Ergebnis unaufhebbar fixieren. Herrschaftsstrukturen und internationales Bildungsgefälle aus biologischer Präformation abzuleiten, repräsentiert typischen Rassismus. Marx hingegen übernahm die humanistische, häretische und aufklärerische Position von 2000 Jahren Geschichte und untersuchte zum erstenmal

14 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 75; Anmerkung.
15 ebenda.

die objektiven Gründe, die in der Gesellschaft wirksam sind, um das Gefälle an Persönlichkeitsstrukturen zu verfestigen, aufzulockern und abzuwandeln. Erscheint Habermas das Betonen der Arbeit vorwiegend als Verzicht, so schließt Marx aus der Vergangenheit und Gegenwart auf immanente Gesetze notwendiger Entwicklung, die in diesem Falle über verschiedene Gesellschaftsformationen hinweg sich durchsetzen. Es sind in Poppers Sprache Regelmäßigkeiten. Lenin spricht vom ruhigen Abbild der Erscheinungen. Sie bedeuten in vorliegendem Bezug die qualitative Strukturänderung im Habitus des menschlichen Bewußtseins, wobei nicht allein die einzelne Person, sondern die gesamte Bevölkerung gemeint ist. In dialektischen Kategorien läßt sich dieser Vorgang unter *einem* der möglichen Gesichtspunkte als Umschlag von der Qualität in die Quantität bezeichnen, die selbst wiederum eine andere Qualität vom gesamtgesellschaftlichen Aspekt bedeutet.

Die von Marx gesehene Entwicklung des Menschen reflektiert nicht auf wesentliche Veränderung biologischer Merkmale der Gattung, obwohl sie nach neuerer Erkenntnis langfristig eintreten und an der Menschwerdung im Übergang vom homo erectus zum homo sapiens gravierend sind. Erstreckt sich dieser Vorgang auf einen vielleicht zwei Millionen Jahre und mehr umfassenden Zeitraum, so mißt die von Marx gemeinte Zeitspanne kürzere Intervalle, die einige Jahrhunderte und Jahrzehnte umfassen und in diesen Abschnitten signifikante Unterschiede zu setzen geeignet sind.

In dem in der Bundesrepublik als Bildungskatastrophe bezeichneten Prozeß äußert sich eines dieser Momente, die Marx voraussagte, deren Negierung und positive Lösung in das Aufgabenprofil des von ihm gemeinten Sozialismus integriert ist. Die Entwicklung des Menschen deckt sich mit der qualitativen Evolution der Gesellschaft in hinreichender Annäherung; mit den Anforderungen durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die Informationsrevolution und Automation an den gesamten gesellschaftlichen Kenntnisstand stellen, bestätigt sich ein ganzer Komplex der von Marx im "Kapital" gegebenen Analyse nach der sachlich-faktischen und der erkenntnistheoretischen Seite.

Es bestätigt sich, daß die von Marx aus den allerersten Modellanalysen gemeinsam mit Friedrich Engels gezogenen Folgerungen hinsichtlich der Wissenschaften und ihrer Aneignung durch viele Menschen sich exakt als innere Bedingtheit des allgemeinen Modells erweiterter Reproduktion erschließen läßt. Engels verlangt 1844, die Ökonomie solle die Aufwendungen und finanziellen Ergebnisse des Einsatzes von Wissenschaft bilanzmäßig erfassen, da sie diesen Effekt bisher nicht beachtet habe. (16) Als solche zu Buche schlagenden Entdeckungen sind die von James Watt, Berthollet, Davy und Justus Liebig genannt. Marx sieht darin die Möglichkeit einer schrankenlosen Expansion der Produktion zugunsten nicht einer schmalen Schicht, sondern der gesamten Bevölkerung und sieht in dem erweiterten Zugang zu Wissenschaft den lebenspraktischen Effekt. Da aber nicht die Bildung, sondern das Aufheben der negativen Erscheinungen des Kapitalismus Anlaß zu der Antizipation einer auf Gemeineigentum gegründeten Gesellschaft sind, bleibt die Negierung jener Ordnung und ihrer Folgen im zentralen Blickpunkt.

2.1 Irreduzibilität der Interaktion contra dialektischer Vermittlung zwischen Basis und Überbau

Habermas intendiert nicht auf den von Albert überraschenderweise gemeinten Erkenntniswert der Naturwissenschaften, die durchaus humanistische Sinngebung besitzen können, vor allem aber die humanistische Haltung von dem Naturwissenschaftler und dem technischen Wissenschaftler verlangen. Es handelt sich aber nicht nur um die Gestaltung

16 Friedrich Engels: UMRISSE ZU EINER KRITIK DER NATIONALÖKONOMIE, in MEW, Band 1, S. 499 ff.

des Weltbildes, von der Albert spricht und die sicherlich ebenso positivistisch wie seine Methodologie gemeint ist. Besitzen die naturwissenschaftlich orientierten Disziplinen die Eigenschaft, das Weltbild zu prägen, soweit die Natur weltanschauliche Relevanz besitzt, so bleibt als Lücke der Raum der gesamten gesellschaftlichen Strukturen auszufüllen, ohne die das Naturbild Fluchtzone vor der sozialrelevanten Problematik wird. Fachidiotismen vermag es von beiden Blickpunkten aus zu geben. Um als effektive weltanschauliche Haltung gelten zu können, die sich der Kontemplation gründlich zu entschlagen vermag, bedarf es der *gemeinsamen* Bestrebungen und Verantwortung der Sachwissenschaftler und der Arbeiterklasse, anderer Schichten und des gemeinsamen Zugangs zur gesellschaftlichen Problematik des historischen Prozesses.

Die entwickelten Produktivkräfte der spätbürgerlichen Gesellschaft steigern sich auf durch das Verwertungsbedürfnis des Kapitals. Bewältigter technischer Fortschritt bedeutet gegenüber dem Konkurrenten einen Vorsprung auf dem Markt und erweiterte innere Reserven für Eigeninvestitionen. Benutzen die sozialistischen Staaten die Effizienz als Maß des Einsatzes von gesellschaftlicher und individueller Arbeit, so liegt die Zielsetzung in dem übergreifenden Moment der Menschenbildung die als soziales Anliegen aufgefaßt ist. Die Schöpfung von disposable time außer der notwendigen Arbeitszeit schwebt Marx als Element des Menschenwürdigen vor. (17) Kann die Arbeitermasse sich ihre surplusarbeit selbst aneignen, "hört damit die disposable time auf, gegensätzliche Existenz zu haben." (18) Da Marx davon spricht, daß sich die sozialökonomische Entwicklung in einer Richtung vollzieht, die den Übergang zu einer neuen Ordnung erzwingt – nicht als Automatismus, sondern als gesellschaftlicher Vollzug, – so ist es als Bestätigung zu werten, wenn die Notwendigkeit der Erzeugung von verfügbarer Zeit in der spätbürgerlichen Sozialstruktur zwingend in Erscheinung tritt. Das Entfalten von Wissenschaft und Technik wird damit zu einem zentralen Gegenstand des auf allen Gebieten sich ausprägenden Wettbewerbs der unterschiedlichen sozialökonomischen Systeme, der für den Sozialismus selbstverständlich ist, der aber auch den Kapitalismus zu einer auf Wachstum gerichteten Anstrengung zwingt. Die Sphäre der Produktion erweist sich auch von der qualitativen Seite her als ein Objekt der Klassenauseinandersetzungen.

Welche Nutzung das Vorhandensein von disposable time erfährt, ist ein in die Konfrontation einbezogenes Moment. Ist unterstellt, daß der wirkliche Reichtum die entwickelte Produktivkraft aller Individuen ist, dann teilt sich der gegebene Zeitfonds in solche für Rekreation und das Wiederherstellen der Arbeitskraft – eine auch von den Künsten und Literatur zu erfüllende Funktion – und einen anderen, der begrifflich sich als Lerngesellschaft etabliert hat. Welcher Klasse und welcher Gruppierung beide Elemente nützen, ist zu einem ebensolchen Moment der Klassenauseinandersetzung geworden wie der ökono-

17 Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 595 f.
Der Text lautet: "Die Schöpfung von viel disposable time außer der notwendigen Arbeitszeit für die Gesellschaft überhaupt und jedes Glied derselben (d.h. Raum für die Entwicklung der vollen Produktivkräfte des Einzelnen, daher auch der Gesellschaft), diese Schöpfung von Nicht-Arbeitszeit erscheint auf dem Standpunkt des Kapitals, wie aller früheren Stufen, als Nicht-Arbeitszeit, freie Zeit für einige. Das Kapital fügt hinzu, daß es die Surplusarbeitszeit der Masse durch alle Mittel der Kunst und Wissenschaft vermehrt, weil sein Reichtum direkt in der Aneignung von Surplusarbeitszeit besteht; da sein Zweck direkt der Wert, nicht der Gebrauchswert. Es ist so, malgre lui, instrumental in creating the means of social disposable time, um die Arbeitszeit für die ganze Gesellschaft auf ein fallendes Minimum zu reduzieren, und so die Zeit aller frei für ihre eigne Entwicklung zu machen... Denn der wirkliche Reichtum ist die entwickelte Produktivkraft aller Individuen."

18 Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, a.a.O., S. 596.

mische Klassenkampf im Betrieb. Dazu kommt noch, daß die mit der Informationsrevolution ausgeübten Elemente der kapitalistischen Regulierung weit in das öffentliche Bewußtsein vordringen konnten. Ihre Folgen sind nicht minder in den Klassenkonflikt einbezogen, bestimmen gelegentlich actio und reactio der spätbürgerlichen herrschenden Gruppierungen, sind in die Politik als partiell vorherrschend eingegangen. In dieser Situation es als Progreß verzeichnen zu wollen, wie Habermas nahelegt, daß man die angebliche Einseitigkeit von Marx überwinden solle, anempfiehlt den Verzicht auf genau den gleichen Sektor der Selbstverständigung und des klassenpraktischen Handelns der Linken, die Albert methodologisch erzwungen zu sein scheint.

Der general intellect der "Grundrisse", (19) auf den Habermas gelegentlich rekurriert, verweist auf die fundamentale Geltung der den gesellschaftlichen Menschen betreffenden Seite im Marxschen Konzept. Die vergegenständlichte Wissenskraft gehört zum gesellschaftlichen realen Lebensprozeß. In ihr existieren die unmittelbaren Organe der gesellschaftlichen Praxis. (20) Marx und Lenin verwahren sich gegen die kritische Kritik der Bauer und anderer Jung- und Linkshegelianer, sich auf Wissen und Kritik zu beschränken, nicht den Lebensprozeß und die "Masse" als Gegenstand der sich verwirklichenden Theorie aufzufassen. Insofern entschlägt sich schon die frühe sozialistische Theorie der Ansicht, general intellect sei etwa Herrschaft der Intellektuellen oder der Techniker. Als Produkt der Gesellschaft verstanden, ist menschliche Industrie begriffen als "natürliches Material, verwandelt in Organe des menschlichen Willens über die Natur oder seiner Betätigung in der Natur". (21) Dem Hirn ist noch von der Hand oder der Überwachung von Produktionsprozessen seine Funktion zugestanden. (22) Ihre Vereinigung erscheint in der Marxschen Theorie als revolutionärer Prozeß, der sein Feld nicht bloß in der Produktion, sondern in den gesellschaftlichen Beziehungen und den Herrschaftsstrukturen besitzt. Vergegenständlichung ist als notwendige Durchgangsstufe menschlicher Lebenstätigkeit verstanden, die unumgänglich von der mit dem unmittelbaren Arbeitsprozeß enger verbundenen Masse als herrschaftspotentes Gebiet zu begreifen ist, *wenn* ihm der mit der Erfindung der Erbsünde gegebene Strafcharakter genommen wird.

Vor den Konsequenzen einer Diskussion der mit der menschlichen, durch Arbeit vermittelten, Gesellschaft verbundenen Fragestellung flüchtet sich Habermas in Interaktion. Eine seiner Definitionen verfährt sprach-analytisch. Die Variante der durch Symbole vermittelten Interaktion nennt kommunikatives Handeln "ein Bezugssystem, das sich auf den Rahmen instrumentalen Handelns nicht zurückführen" (23) lasse. Unter Verlust der sonst von der erneuerten Kritik viel berufenen Dialektik entsteht aus dem Vorkommen einer selbständigen inhaltlichen Kategorie eine Aufspaltung der Bereiche. Habermas versichert eine von den neopositivistischen und von den französischen Strukturalisten übernommene Irreduzibilität. Außerdem, im Anschluß an Dilthey, (24) meint diese Gestalt der Interaktion einen geisteswissenschaftlichen gemeinsamen Boden unter den Forschen-

19 Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, a.a.O., S. 594.
20 ebenda.
21 ebenda.
22 ebenda. Der Text lautet: "Die Natur baut keine Maschinen. Sie sind von der menschlichen Hand geschaffene Organe des menschlichen Hirns; vergegenständlichte Wissenskraft. Die Entwicklung des capital fixe zeigt an, bis zu welchem Grade das allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren Produktivkraft geworden ist, und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen, und ihm gemäß umgeschaffen sind."
23 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 176.
24 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., II. 7, S. 178 ff.

den des instrumentalen Handelns herstellen zu können. Aus der betrieblichen und institutsgemäßen Gemeinschaftsarbeit abgeleitet, sieht Habermas einen Konsensus der Intersubjektivität gegeben in einem Sprachgebrauch, "der nicht in die Schranken technischer Verfügung über vergegenständlichte Naturprozesse gebannt" (25) sei. Als Problem gegeben, ließe sich das Gleiche für die Benutzung von Symbolen und die sonstigen Merkmale von Metasprachen wie für allgemeinsprachliches Verhalten nachweisen. Sie sind gesellschaftliches Produkt und gestatten gleichermaßen monologisches wie dialogisches Verhalten. Nach Marx erfolgt der Übergang von einem allgemeinen Lebensprozeß zu einem sich ausbildenden general intellect, zu vergegenständlichten Organen der menschlichen Arbeit, die ihrerseits rückwirken. Infolge der wechselseitigen, nicht mechanistischen und gegebenenfalls auch mechanischen Determination, durchdringen sich die ineinander verflochtenen "Räume". Dialektisch voneinander abgesetzt, selbständiger Wirkung fähig, determinieren sie sich gleichfalls dialektisch, ob sie sich nun sprachlich, metasprachlich oder durch Datengebung vermittelte Kommunikation aufeinander beziehen. Innerhalb der Interaktion der Individuen sieht Habermas einen nicht in Schranken technischer Verfügbarkeit gebannten Vorgang, der demnach Freiheit zu enthalten scheint. Besitzt nun Vergegenständlichung das Kennzeichen der materiellen Realisierung des Gemeinten und seiner Realisierbarkeit, so gilt das Gleiche für ein kommunikatives Handeln, das sich im Lebensprozeß von dem Erfordernis der Bewährung im Lebensprozeß nicht ausschließen kann.

Die dialektische Vermittlung zwischen den Gebieten von Basis und Überbau erfolgt nicht allein im Überbau, obwohl es so scheinen könnte, sondern besitzt in der materiellen und konkreteren Wechselbeziehung der Produktion den übergreifenden Bereich. Kann die Idee in Mögliches und Unmögliches vordringen, so etabliert die in der Produktion gegebene Grundbeziehung, selbst die irrationalen Bereiche, in die sich die Idee zu versteigen vermag. Sie behält selbst im transcensus den Stempel ihrer Abkunft. Lehnt Habermas die Dialektik ab, dann verfestigt sich das Unverständnis des instrumentalen Handelns zu einem als "Geisteswissenschaft" firmierenden negativen Reflex auf natürliche und gesellschaftliche Materialität, die in ihrer unverstandenen Klassenbedingtheit der umgebenden Gesellschaft außerhalb der Analyse, aber innerhalb der erzeugten Ideologie bleibt und ständig versichert, ihr nicht zuzugehören.

Innerhalb der Ökonomie diskutiert Marx die Kommunikation als Prozeß, der verschiedene Gestalt und Funktion besitzt. Sie schaltet nicht das Individuum aus, sondern ist sein gemeinschaftliches Produkt: "Es ist ebenso sicher, daß die Individuen sich ihrer eigenen gesellschaftlichen Zusammenhänge nicht unterordnen können, bevor sie dieselben geschaffen haben". (26) Allgemein gefaßt, exemplifiziert Marx in der Form des Geldes die Versachlichung des gesellschaftlichen Zusammenhangs als Voraussetzung. (27) Tauschwert ist nichts als eine Beziehung der produktiven Tätigkeit der Personen untereinander. (28) Die Kommunikationsmittel in technischem Sinne vermitteln zwischen der allseitigen Abhängigkeit in Produktion und Konsumtion mit der Unabhängigkeit und Gleichgültigkeit der Konsumierenden und Produzierenden untereinander einen Vorgang, den Marx auf einen weiteren dialektischen Vorgang bezieht. Aus der mit der Unabhängigkeit und Gleichgültigkeit der Konsumierenden und Produzierenden entstehenden Entfremdung

25 Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, a.a.O., S. 176.
26 Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, a.a.O., S. 79.
27 Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, a.a.O., S. 78.
28 ebenda. Der Text lautet: "Tauschwert ist nichts als eine Beziehung der produktiven Tätigkeit der Personen untereinander."

resultieren durch die Kommunikation Mittel, die ihr entgegenwirken. Die gesellschaftliche "Interaktion" bedarf bei Marx der Technik, nicht bloßen Willens oder der Negation nicht vollzogener Aufhebung der Entfremdung, um Fremdartigkeit, wie es Marx im speziellen Fall nennt, aufzuheben. Die Entwicklung der Technik gehört neben der Grundvoraussetzung der Beseitigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ebenso zu den technischen Voraussetzungen, weshalb wissenschaftlicher Sozialismus folgerichtig historisch das Maschinenstürmertum aufhebt, in dem sich die ersten Klassenaktionen des entstehenden Industrieproletariats entluden. Marx sieht in der im Kapitalismus entstehenden Kommunikationsdichte eine der Möglichkeiten gegeben, "den alten Standpunkt aufzuheben", gefolgt von der weiteren "Möglichkeit allgemeiner Statistik". (29) Praxis und Entfremdung ohne bewußt betriebene Entfaltung der Technik zu diskutieren, verfehlt den Bezug auf Marx auch dann vollständig, wenn irgendwelche Passagen gepreßt und aus dem Kontext der Entwicklung des Marxschen Lebenswerkes und des sich durchsetzenden Sozialismus herausgegriffen werden.

Das Durchsetzen von Gesellschaftlichkeit versteht Marx als ökonomische Erscheinung, die im Weltmarkt gipfelt. Es realisiert "die Unabhängigkeit des Zusammenhangs vom Einzelnen" (30) und dokumentiert "schon die Übergangsbedingungen aus ihm selbst". (31) Sozialismus entsteht demnach aus Bedingungen, die sich von den sie erzeugenden Verhältnissen loslösen und eine Phase einleiten, in der sich "die Individuen ... ihre eigenen gesellschaftlichen Zusammenhänge ... unterordnen". (32) Solche konkreten Erscheinungen wie Weltmarkt und allgemeine Statistik sind im Verständnis von Marx notwendige Ergebnisse der kapitalistischen Warenwirtschaft, die mit gleicher Notwendigkeit die Distanz der sie erzeugenden Individuen zu ihren Geschöpfen erzeugt, die den erforderlichen Übergang erfahren, um sich bewußt zu machen, daß ihr Vermögen virtuell nunmehr vorhanden ist, um zu beginnen, die vorhandenen Zusammenhänge sich unterzuordnen. Geschichtlich erweist sich die Übertragbarkeit solcher Erfahrung von fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieländern auf andere, die unter eigener Kontrolle und anderen Klassenvorzeichen oder den Bedingungen eines Ablegens des Kolonialstatus in den historischen Entwicklungsprozeß einsteigen.

2.2 Zwei Formen der Ideologie bei Habermas oder: das Problem des ideologiefreien technokratischen Bewußtseins

Da die an Habermas und anderen sich orientierende Kritik zu vergessen pflegt oder verdrängt, daß Marx stets von Gruppen und Klassen ausgeht, die sich aus Menschen, aus Individuen gemäß den "Grundrissen", konstituieren, wird das Resultat ihrer Arbeit und die Rückwirkung der in der Produktion eingegangenen Beziehungen verselbständigt. Ohne auf die von Hahn bereits weitgehend bereinigte Ideologiedebatte an dieser Stelle nochmals eingehen zu wollen, (33) bedeutet Habermas, Technokratie, Interaktion und Ideologie befänden sich in einem Verhältnis zueinander, das die Situation kompliziere. Der Einfluß der Psychoanalyse (34) veranlaßt Habermas zum Benutzen einer Ideologievariante, die deren Inhalt als aus Verdrängung entstanden postuliert. (35) Unterschieden sind

29 Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, a.a.O., S. 79.
30 ebenda.
31 ebenda.
32 ebenda.
33 Vgl. hierzu Erich Hahn: IDEOLOGIE, Berlin 1969.
34 Vgl. hierzu Jürgen Habermas: ERKENNTNIS UND INTERESSE, Vorwort S. 10 und die THESEN ZUR THEORIE DER SOZIALISATION, z.B. S. 33.
35 Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS 'IDEOLOGIE', Frankfurt/Main 1968, S. 89.

zwei Formen der Ideologie. Die eine verdrängt die Thematisierung gesellschaftlicher Fundamente. Die andere sei durch Reflexion weniger angreifbar, weil sie nicht mehr *nur* Ideologie sei. (36) Das technokratische Bewußtsein sei keine rationalisierte Wunschphantasie, keine Illusion im Sinne Freuds "in der ein Zusammenhang von Interaktionen, sei es vorgestellt oder konstruiert und begründet" werde.

Die eine von Habermas benutzte Variante unterschätzt die Ideologie vergangener Gesellschaftsformationen, die andere erscheint wieder überschätzt. Angenommen, Habermas beziehe sich auf das in einer vergangenen Epoche herrschende Bewußtsein, dann läßt sich mit dem von Hegel übernommenen Terminus des falschen Bewußtseins und der Freudschen Verdrängung nicht das Bewähren auch dieser alten Ideologie über einen relativ langen Zeitraum in den Kontext von Theorie bringen. Die Interessen der herrschenden Klasse sind soweit positiv in den ihr zugehörigen Ideologien enthalten, daß die anstehenden sozialökonomischen Aufgaben zu erledigen sind. Da die Aufeinanderfolge der Formationen von Urgemeinschaft und asiatischer Produktionsweise bis zur Gegenwart progressiv Entwicklung nicht nur enthält, sondern sie außerdem durchsetzt, muß sie jeweils ausgesprochen oder unbeabsichtigt Bestandteile enthalten, die entsprechende Wertorientierung zur Geltung bringt.

Die progressive Gegenideologie einer bestimmten Ordnung pflegt selbst in radikalster Negation nicht a limine die gesamte Tradition zu degradieren. Sie übernimmt unausgesprochen den gemeinsamen Begründungszusammenhang, der die verschiedenen Klassen, Gruppen und Subkulturen in der Lebenstätigkeit aufeinander bezieht. Das Verwerfen der materiellen Stadtkultur und seine künstlerische und theoretische Entsprechung im frühen Christentum – die bisher radikalste Verneinung einer durch ihre Repression oberen und unteren Schichten unerträglich gewordenen Ideologie – enthält die Voraussetzungen, nicht nur anch dem buchstäblichen Bestand an Theoremen der Häresie über anderthalb Jahrtausende Anhaltspunkte für weiteren, inzwischen ökonomisch dringlich werdenden, Progreß zu liefern, sondern zudem noch die sozialen Voraussetzungen für das Übertreffen der in der Antike erreichten Arbeitsproduktivität zu gewähren. Dazu kommt, daß die für den feudalen Status charakteristische Ideologie keineswegs ihre repressive Funktion verschweigt, sondern unvermittelt ausspricht, also die Thematisierung gesellschaftlicher Fundamente nicht verhindert. Innerhalb der englischen und französischen Aufklärung und des dazugehörigen Materialismus gibt Hobbes der Souveränität des Fürsten absolute Gewalt über die ihm genehme Modifikation des öffentlichen Bewußtseins. In dieser von einer sichtbaren Institution abhängigen Bestimmung über Glauben und Handlungsspielraum ist der Übergang zu dem weiteren progressiven Schritt gegeben, der in dem Statuieren formaler Gleichheit gipfelt.

Zweifellos falsches Bewußtsein im Verständnis einer sich selbst rechtfertigenden Bourgeoisie, verbindet die Aufklärung bis zurück zu Bacon und Descartes mit dem Glorifizieren der Sachdisziplinen erkenntnistheoretische und herrschaftsrelevante Fragen miteinander.

Habermas formuliert eine Sicht, die als Begründung für den Nutzen von Geschichte der Philosophie herangezogen werden könnte, wenn er erläutert: "Noch (die bürgerlichen Ideologien) – ließen sich auf eine Grundfigur gerechter und herrschaftsfreier, für beide Seiten befriedigender Interaktion zurückführen. Gerade sie erfüllen die Kriterien von Wunscherfüllung und Ersatzbefriedigung auf der Grundlage einer durch Repressionen derart eingeschränkten Kommunikation, daß das mit dem Kapitalverhältnis einst institutionalisierte Gewaltverhältnis nicht beim Namen genannt werden konnte." (37)

36 ebenda.
37 ebenda.

Wie mit der Beziehung auf Freud die positive Leistung der aufeinanderfolgenden Ordnungen entfällt, so übertreibt Habermas die Repression. Die bürgerliche Ökonomie nennt das Kapitalverhältnis beim Namen, wenn sie es auch beschönigt. Die Daten über die ursprüngliche Akkumulation entstammen zeitgenössischen Berichten und der Polemik der Aufklärung, die die bürgerliche Ordnung durchsetzt. Mit dem beginnenden 18. Jahrhundert spricht die Philosophie in Verbindung mit philosophisch vertiefter Literatur die Ambivalenz von Technik in den Werken der Bolingbroke, Swift, Gay und Pope aus, – ganz zu schweigen von den meist unterschwellig, aber um so intensiver tätigen Sozinianern und Arminianern, zu denen Pierre Bayle und Locke gehören, denen Spinoza nahesteht und die Voltaire mit äußerstem Respekt nennt, auf die sich Fontenelle bezieht und deren Dokumente Lessing in Wolfenbüttel ans Tageslicht befördert, ohne sie allerdings ihrer Funktion nach zu würdigen. Montesquieu wie Diderot rühren an die Klassenstrukturen. Ihre Dialektik beeinflußt die deutsche Klassik mit Goethe und Schiller (wie "Neveu de Rameau"). Hegel kommt damit auf das Verhältnis von Herr und Knecht. In der Progression dieser Aufklärung, wie man sie auch zeitlich abgrenzen wolle, verweist die in ihr ansetzende Kritik auf die dann von Hegel gleichsam abgebildete Dialektik.

Die Ideologiekritik Mannheims sieht Habermas wohl als die in der bürgerlichen Ideologie erzeugte Alternative an, in der er die "Kraft der Reflexion" aufscheinen sieht, trifft aber damit nicht ins Schwarze. Habermas scheint Mannheim mehr verpflichtet, als auf den ersten Blick kenntlich ist. Als Produkt des spätbürgerlichen Denkens tradiert sich in der Frankfurter Schule die Anregung der Wissenssoziologie, sich vorzustellen, Wirtschaft sei möglicherweise ideologiefrei. Gemäß Mannheims Stufenfolge, die sich in den Lehren von der Industriegesellschaft und der nachindustriellen Gesellschaft forterbt, begibt sich der Wandel wie folgt: Mit dem Eindringen der wirtschaftlichen Zwangsläufigkeit in das Alltagshandeln gibt die moderne Wirtschaftsgesellschaft die "Ideologie" (bei Mannheim in Anführungszeichen) immer mehr frei. Die Druckverhältnisse werden rein ökonomischer Natur. Das Handeln funktioniert besser, wenn gesinnungsentleert. Mit dem Verschwinden der ideologischen Bindungen entfällt nach Mannheim der Gesinnungszwang. Kumuliert auch das Ideologische im Politischen, so erfolgt gleichzeitig ein Abbau aller ideologischen Elemente im Gefüge des Wirtschaftshandelns: Völlig ideologiefrei könnte im Prinzip nur eine reine Wirtschaftsgesellschaft sein. (38)

Die Meinung, der Übergang zu technokratischem Bewußtsein sei Abbau abgespaltener Symbole und unbewußter Motive sowie die davon ausgehende Motivation, die Habermas hier Kausalität nennt, liege dem technokratischen Bewußtsein nicht mehr in gleicher Weise zugrunde, erweist sich von der Geschichte her als nicht stichhaltiger Unterschied. Sachhaltiges Wissen enthält Ideologie in dem Verständnis von Marx stets. Falsches Bewußtsein entbehrt seiner nie gänzlich, weil es letztlich Funktionen der Lebenstätigkeit, wenn auch konservierender Art, enthält. In seiner Skizze "Zur Frage der Dialektik" gibt Lenin ein abgewogenes, den Prozeß der Entwicklung darstellendes Votum. (39/40) Insofern ist der philosophische Idealismus eine der Schattierungen der unendlich komplizierten dialektischen Erkenntnis. (41)

38 Karl Mannheim: WISSENSSOZIOLOGIE, Westberlin/Neuwied 1964, S. 648.

39 W.I. Lenin: WERKE, Band 38, S. 344. Der Text lautet: "Der philosophische Idealismus ist nur Unsinn vom Standpunkt des groben einfachen, metaphysischen Materialismus. Dagegen ist der philosophische Idealismus vom Standpunkt des dialektischen Materialismus eine einseitige, übertriebene, überschwengliche (Dietzgen) Entwicklung (Aufbauschen, Aufblähen) eines der Züge, einer der Seiten, der Grenzen der Erkenntnis zu einem von der Materie, von der Natur losgelösten, vergotteten Absolutum."

40 W.I. Lenin: WERKE, Band 39, S. 156.

Glaubte Karl Mannheim an die befreiende Autonomie der Wirtschaft, so sind dem die Äußerungen Max Webers über protestantische Wirtschaftsgesinnung weit überlegen. Sie versichern wohl ein Primat der Ideologie, als die Religion eingesetzt ist, versichern aber nicht die Entblößung kapitalistischer Wirtschaftsgesinnung von der Bindung an spezifisch für ihre Verwirklichung geeignete Ideenkomplexe. Habermas ist auf die Identifikation von falschem Bewußtsein und Ideologie fixiert, vermag deshalb nicht die Bindung an die Klassenverhältnisse zu verstehen, schon gar nicht die abzubilden, die die Technik zum Abbild ihrer sie erzeugenden Verhältnisse macht. In dem Wortbestand von Technokratie ist ein bestimmter Herrschaftsanspruch gesetzt, der nicht hauptsächlich auf die Technik bezogen wird, vielmehr die Gesellschaft meint. Da Habermas diesen Anspruch schon von den technischen Strukturen her als repressiv auslegt, entfällt der Unterschied von den mit dem Begriff Gesellschaft erfaßten Differenzen und den weiteren Merkmalen, die erst eine genauere Standortbestimmung gestatten.

Das Abrücken des technokratischen Anspruchs von Ideologie entspricht einem Selbstverständnis bundesdeutscher Ingenieure, das Gert Hortleder dokumentiert. (42) Als Fazit vermerkt er einen Rückgang technokratischer Vorstellungen, die in den zwanziger Jahren nicht ohne Einfluß blieben und nun "in gefilterter Form als technizistisches Leitbild noch vorhanden sind", (43) der in jenen Jahren von 1933-45 mißbrauchte Idealismus sei nicht reflektiert, "so daß eine idealistisch geprägte Einstellung zur gesellschaftlichen Umwelt ungebrochen in die Gegenwart hinübergerettet werden konnte". (44) Habermas versichert die prinzipiell geringere Angreifbarkeit durch Reflexion, so daß die Anmerkung Hortleders, kritisch gemeint, vorweggenommen als unaufhebbares Moment der Berufsgruppe abqualifiziert ist.

Unverständlich erscheint, wie Habermas die moderne Stufe technischer Entwicklung aus der Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhangs herausnimmt und neutralisiert. Er bestätigt faktisch die in VDI-Dokumenten über ein Jahrhundert feststellbare Ansicht, Objektivität pur zu vertreten. (45) Habermas versteht das Vordringen der Technik als einen Neutralisierung fördernden Vorgang, in dem die Kriterien der Rechtfertigung einer Organisation des Zusammenlebens sich von den normativen Regelungen der Interaktion "überhaupt" (46) lösen. Damit entstehe Entpolitisierung, die "sich statt dessen an den Funktionen eines unterstellten Systems zweckrationalen Handelns festmacht". (47) Daß einige Schichten der Gesellschaft relativ ungestört und unbeeinflußt gesellschaftliche Umwälzungen durchstehen, erfordert eher Untersuchung, warum diese Einfügung in wechselnde Herrschaftsgruppen und das herrschende Bewußtsein stattfinden konnte. Sicherlich kann Berufstätigkeit bestimmter Art näher an Protestsituationen heranbringen als eine andere. Nachdem aber feststeht, daß der Ingenieur der deutschen bürgerlichen Gesellschaft über den langen Trend einen relativ geringen Sozialstatus eingenommen hat, im faschistischen Aggressionsapparat die gleiche Rückstufung zur Selbstverständlichkeit gehörte, neuere Untersuchungen den niedrigen Status als nach wie vor existent bestätigen, liegt in der

41 W.I. Lenin: WERKE, Band 39, S. 344. Der Text lautet: "Doch ist der philosophische Idealismus ('richtiger' und 'außerdem') ein Weg zum Pfaffentum über einer der Schattierungen der unendlich komplizierten (dialektischen) menschlichen Erkenntnis."

42 Gerd Hortleder: DAS GESELLSCHAFTSBILD DES INGENIEURS. ZUM POLITISCHEN VERHALTEN DER TECHNISCHEN INTELLIGENZ IN DEUTSCHLAND, Frankfurt/Main 1970, S. 150 ff.

43 Gerd Hortleder: DAS GESELLSCHAFTSBILD DES INGENIEURS ..., a.a.O., S. 168.

44 ebenda.

45 Das Buch von Hortleder dokumentiert dies durchgehend.

46 Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS 'IDEOLOGIE', a.a.O., S. 90.

47 ebenda.

sozialen Disqualifizierung eines für das Entfalten kapitalistischer Technik und ihre Rentabilität unentbehrlichen Kreises von Menschen ein wesentliches kapitalistisches Moment der Repression vor.

Nach Habermas sollten normative Regelungen des Zusammenlebens offensichtlich nicht ihre Rechtfertigung in der Organisation des Zusammenlebens finden und sich zu ihr in Gegensatz stellen, wenn sie mit dem Prinzip der "Zweckrationalität" konfrontiert würden. Darin aber entbehrt seine Position schon der Schlüssigkeit.

Mögen sittliche Normen, die in der Geschichte vorzufinden sind, sich als sinnvoll oder als sinnleer erweisen, vielleicht eine mittlere Haltung zu den in der Gesellschaft sich durchsetzenden Determinanten einnehmen, so besitzen sie ihre Funktion innerhalb eines Ordnungsbereiches, der meist auf das Stabilisieren von Verhaltensweisen ausgeht. Da Habermas sich von normativen Regulierungen der Interaktion mehr verspricht als von Technik, ihnen demnach die unter bürgerlichen Bedingungen und in vergangenen Formationen meiste eingeräumte untere Stufung aus normativen Gründen auch zukünftig zugestehen möchte, sehen sich die Ingenieure als subjektive Erfahrungstatsache allseitig verkannt und werden auf ihren perennierenden Bewußtseinsstatus verwiesen, der sich an einer anders lautenden Selbsteinschätzung genüge sein läßt.

Als Abwandern der Modelle der Wissenschaften in die soziokulturelle Lebenswelt aufgefaßt, meint Habermas darin "die Eliminierung des Unterschiedes von Praxis und Technik" zu erkennen. (48) Im Hintergrund wirkt eine Abneigung gegen technische Innovation, die, mit dem Zusammenbruch der Antike einsetzend, sich wiederholt erneuerte, das Entfalten von Produktivkräften indes nicht einzudämmen vermochte. Untersucht man retardierende Momente von alt werdenden oder überfällig gewordenen Ordnungen, in denen "innovative Potentiale inaktiviert werden", (49) dann läßt sich ebenso wie in dem entgegengesetzten Falle nicht umgehen, die Beziehungen zwischen unmittelbaren Produzenten, den verschiedenen Strata von Gruppen, den Herrschaftsstrukturen und den Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Gesellschaftsformation zu untersuchen. Eine Geschichte des Begriffs Technik könnte weitere Aspekte vermitteln, die bis auf Aristoteles führen. Das Erstaunen vor dem Bewältigen des noch nie vom Menschen Verwirklichten, das Erfinden von Werkzeugen, das Erfüllen von real verstandenen Träumen, begleitet die Menschheit mindestens seit dem Entstehen der Prometheus-Sage. Zunächst als Fähigkeit des Gestaltens verstanden, überträgt sich der gleiche Ausdruck erst spät auf das vergegenständlichte System von produzierenden Systemen, da die Arbeitsorganisation in der Manufakturperiode noch dominiert und mit damals konventionellem Werkzeug eine beträchtliche Maximierung des outputs zu erzielen war. Mit der Entwicklung von Maschinen und dem Beginn einer unaufhörlichen Revolutionierung der Produktionsweise wird im Kapitalismus der moralische Verschleiß von Maschinerie ebenso zum Alptraum des schlechten Rechners oder des kleinen Kapitalisten wie der kurzfristige Krisenzyklus. Der handwerkliche Erfahrungsschatz behält außerhalb der Textilindustrie lange eine repräsentative Geltung, bis mit der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts die Innovation die schon wieder konventionell gewordenen Berufserfahrungen umzustürzen beginnt. Die Fähigkeit, zu begreifen was in der Technik vor sich geht, nimmt objektiv ab und verlangt eine Ausdehnung des Kenntnisstandes auf gesellschaftliche Erscheinungen, um der inneren Dynamik folgen zu können, die sich keineswegs im Verborgenen abspielt, aber auch andernfalls Produkt gesellschaftlicher und menschlicher Aktivität bleibt.

48 Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS 'IDEOLOGIE', a.a.O., S. 91.

49 H. Klages: SOZIOLOGIE ZWISCHEN WIRKLICHKEIT UND MÖGLICHKEIT. Plädoyer für eine projektive Soziologie, Köln/Opladen 1968, S. 47.

Das von Habermas viel berufene Selbstverständnis scheitert an der Einsicht einer stets sich vollziehenden Vergegenständlichung menschlicher Ideen, die als solche mit Verdinglichung des Bewußtseins gleichzusetzen sind, innerhalb des Bewußtseins als gesellschaftliches Phänomen begriffen, meist auch dann Materialismus implizieren, wenn kein Begreifen des Sozialgefüges und seiner Dialektik vorliegt. In den Frühformen vergegenständlichter Produktionsstrukturen und den materiellen Produktionsaggregaten beeinflußt das gesellschaftliche Lebewesen Mensch die Natur und sich selbst. Erzeugte die Wissensoziologie periodisch die Annahme, Ideologiefreiheit sei nun eingetreten, so war Mannheim gelegentlich weitsichtiger (50) als seine Nachfolger. Mit dem einfachen Klassifizieren ist es nicht getan. Stets fragt sich, welche Ideologie welchen Klasseninhalt besitzt. Religion und Ethik sind davon nicht ausgenommen, ebenso wie der weite Bereich des Wissenschaftsbetriebes und die noch wesentlich ausgedehntere Sphäre der Produktion. Habermas hat nichts weiter auszusetzen an der neuen, mit Technikprimat versehenen Ideologie als den Umstand, sie verletze eine der beiden fundamentalen Bedingungen unserer kulturellen Existenz. Sie vergehe sich an der durch umgangssprachliche Kommunikation bestimmten Form der Vergesellschaftung und Individuierung. (51) Die von Mannheim vermerkte Abwertung und Depravierung gilt unter anderem als Ethos, der inzwischen wegen der faktisch fast undurchschaubaren Ambivalenz produktiver Nutzung von Erfindungen und Forschungsresultaten sich auf allen Stufen der gesellschaftlichen Tätigkeit als erforderlich anbietet, aber gerade das Begreifen der Einheit von Praxis und Technik benötigt. Habermas nimmt an, die Technik als sogenanntes zweckrationales Handeln entmachte den institutionellen Rahmen, (52) ein den Antiinstitutionalisten sicherlich genehmes Ereignis, falls es zutreffen sollte. Im Gegenteil erweist sich unbeschadet der Verständigungsschwierigkeiten zwischen den auf Kommunikation angewiesenen Disziplinen, daß sie bei der gesellschaftlichen Regelung nicht unmittelbar technischer Sachverhalte bedürfen, mindestens soweit die Umsetzung, Ausbildung, Erweiterung des Bildungspotentials in Rede steht. Das spätbürgerliche Bewußtsein hat sich damit abgefunden, obwohl es damit eine innere Umwertung zuvor als marxistisch und unrealisierbar abgelehnter Themata übernehmen mußte. Friedrich Engels konfrontierte aus persönlicher Betriebserfahrung die innerbetriebliche Organisation mit der Anarchie der Produktion, die mit den Produktivkräften unverträglich werde, (53) eine Voraussage gesamtgesellschaftlicher Planung, die hochkapitalistische Staaten staatsmonopolistischer Prägung unbeschadet ihrer inneren Widersprüchlichkeit zu übernehmen gezwungen sind, obwohl sie den Gegensatz zu ihrer Gesellschaft wahrnehmen und zu überspielen versuchen.

50 Karl Mannheim: WISSENSSOZIOLOGIE, a.a.O., S. 649. Der Text lautet: "Weil aber in diesem modernen Vergesellschaftungszentrum des wirtschaftlichen Handelns das Ideologische entbehrlich wird, neigt der moderne Mensch dazu, alles 'Religiöse', 'Ethische' als 'bloß ideologisch' zu bezeichnen. In dieser Entwertung und Depravierung spricht sich also unbewußt die neue Strukturtatsache aus, daß der moderne Prozeß in weiten Feldern Geistiges freizugeben in der Lage ist und de facto auch freigibt. Der Mensch, der dies ohne soziologische Orientierung an sich erfährt, meint dann einzig und allein dieses interdependente Realitätsreagieren als 'Realität' ansprechen zu müssen, und es erscheint ihm dann alles 'Geistige' als 'bloße Ideologie'. Dies ist das Geheimnis der modernen Ontologie der kapitalistischen Lebensorientierung."

51 Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS 'IDEOLOGIE', a.a.O., S. 91.

52 ebenda.

53 Friedrich Engels: HERRN EUGEN DÜHRINGS UMWÄLZUNG DER WISSENSCHAFT (Anti-Dühring), in: MEW, Band 20, S. 255.

2.3 Arbeit und Freiheit oder: zwei dialektische Momente im Begriff der Arbeit bei Marx

Pflegen die Animositäten gegen wachsende technische Verfügungsgewalt sich an beliebigem Anlaß zu entzünden, so verdichtet sich das Anliegen, "den Interessenzusammenhang einer sich selbst konstituierenden Gattung freizulegen". (54) Läßt sich die Notwendigkeit dieses Unternehmens kaum bestreiten, so befremdet die daraus gezogene Schlußfolgerung, man müsse nun das Beachten der Produktionsverhältnisse fallen lassen, den Zusammenhang mit den Produktivkräften durch den abstrakteren Terminus von Arbeit und Interaktion ersetzen. (55) Die bekannte Grundannahme des historischen Materialismus ist Habermas in jeder Hinsicht geneigt zu verwerfen. Nachdem er in der Debatte mit Albert die Produktivkräfte einer Erkenntnistheorie opfern wollte, die sich den Naturwissenschaften nicht stellt, folgt erst recht der die Gesellschaftsformation bezeichnende Sachverhalt. In den Produktionsverhältnissen sei der institutionelle Rahmen allein während der Entfaltung des liberalen Kapitalismus verankert gewesen. (56) Als Bedingung ist die Relativierung des Anwendungsbereiches für Ideologiebegriff und Klassentheorie ausgegeben. Erwägt Habermas, es bedürfe noch der Bestätigung, ob dem so sei, so neigt er indes doch dieser Annahme zu.

Der Eindruck moderner Technik erweist sich in einer Weise als übermächtig, daß bescheidenere Beziehungen zwischen Produzent und machtausübender Klasse aus dem Gesichtskreis ausscheren. Wie weit sich Institutionen in einem Produktionsverhältnis faktisch mit dem Produzieren zu beschäftigen haben, ist nicht der primäre Gegenstand einer philosophischen Reflexion. Daß in manchen naturalwirtschaftlichen Phasen, die zeitlich weit auseinanderliegen, keine solche Notwendigkeit bestand, ist nicht minder eine Folge des Verhältnisses zwischen dem Produzenten und dem Besitzer der maßgeblichen Produktionsmittel als der umgekehrte Fall. Will Habermas an Stelle von Produktivkraft nur von Arbeit sprechen, so entläßt er die Funktion des *Mittels* aus der Reichweite der Theorie und degradiert das gesellschaftlich bezogene Denken hinter den langfristigen philosophischen Ansatz, der sich der sichtbar werdenden Erscheinungen annahm. Wenn Habermas im historischen Materialismus eine Lehre zu vernehmen meint, in der in den Produktivkräften sich akkumulierende Lernvorgänge unter allen Umständen ein Potential der Befreiung seien, (57) dann offenbart sich eine fehlende Dialektik, die sich mit dem Thema Rousseaus auseinanderzusetzen hätte, um mindestens in den Gedankenkreis des Discours von 1750 einzudringen, jener als reines Paradoxon empfundenen Lösung der Preisfrage von Dijon, in der das Negativum des "planen Fortschritts" artikuliert wurde, ohne allerdings das in dem tatsächlich von der Gesellschaft veranstalteten Wachstum der Produktivkräfte vorhandene Äquivalent mit den Depravationen zu vergleichen. (58)

54 Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS 'IDEOLOGIE', a.a.O., S. 91.
55 Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS 'IDEOLOGIE', a.a.O., S. 92.
56 ebenda.
57 ebenda.
58 Hans Dieter Bahr: KRITIK DER 'POLITISCHEN TECHNOLOGIE'. Eine Auseinandersetzung mit Herbert Marcuse und Jürgen Habermas, Frankfurt/Main 1970, S. 67.

Wir bitten unsere Abonnenten, Adressenänderungen rechtzeitig mitzuteilen.

Dialektik beachtet das Paradoxe der Dinge und Erscheinungen, Metaphysik sucht es in der Idee eines nicht adäquaten Bewußtseins aufzuheben, um sich die Vorstellung zu bewahren, die Welt vermöchte durch irgendwelche Umstände sich zu harmonisieren oder das Gegensätzliche sei bloß ein Irrtum des Betrachters. Welcher Art das Gegensätzliche sei, benötigt die Konfrontation mit dem wissenschaftlichen Gedanken, der seinerseits nicht der Bewährung an der Realität entbehren kann.

In der Gesellschaft läßt sich nicht ausklammern, daß Beziehungen sich ausbilden, die sich über das Produktionsinstrument auf die durch Arbeit meist schon veränderte Natur auswirken, in ihrer Erzeugung den Menschen beeinflussen, den Menschen als Kollektivum, als gesellschaftliches Wesen betreffen und Strukturen bedingen, die zwischen den notwendigerweise einzelnen Individuen Relationen verfestigen, die von relativer Konstanz sind *und* sich unter dem weiteren Einfluß einer Gesamtheit menschlicher Tätigkeiten verändern, willentlich oder unwillentlich. Dem Anschein nach nicht mit der Würde der sozialen Traditionen behaftet, die Adel oder besondere Formen des Besitzes in der Geschichte ausmacht, erscheint die Arbeit als mögliches Lebenselexier, historisch als profunde Häresie. Sie als Fluch zu kennzeichnen, die Befreiung von Arbeit als gesellschaftliche Prämie zu setzen, als Schuld in das Bewußtsein zu inokulieren, erscheint nachträglich als geniales theoretisches Mittel, um Ausbeutungsverhältnisse zu stabilisieren.

In der scharfsinnigen Schrift von Hans Dieter Bahr, der politische Technologie am Exempel von Habermas und Marcuse kritisch aufzuheben versucht, gelingt es nicht vollständig, sich bis zur objektiven Dialektik gesamtgesellschaftlicher Entwicklung aufzuschwingen. Arbeit als Wesen des Menschen zu fassen, ist als vulgärmarxistisch etikettiert. (59) Als falsche Alternative erkennt Bahr zum anderen, Arbeit und Interaktion als sich wechselseitig ausschließend zu fassen. Konfrontiert sind das Hoffen auf ein Obsoletwerden der Arbeit (Habermas) *und* Arbeit als zugehörig zum Wesen des Menschen und ihre Unverlierbarkeit (Klaus/Buhr). Beide Positionen faßt Bahr als "Ideologie" (genommen im Mißverständnis von falschem Bewußtsein). Damit aber erhält sich der Paradiese setzende Utopismus, mit dem sich fluchbehaftete Arbeit als Korrektiv zu dem Aufbegehren gegen die Klassenrepression durch eine Boden- und später Arbeitsinstrumente monopolisierende Herrschaftsgruppe auszuweisen sucht. Es scheint eine dialektische Formulierung zu sein, Arbeit als Nicht-Arbeit zu setzen und ihren wechselseitigen Bezug als Vertiefung aufzufassen, als mögliche Zielvorstellung anzubieten.

2.3.0 Arbeit als Betätigung der Freiheit

Habermas und Bahr beziehen sich im Kontext auf eine wenig beachtete Bemerkung von Marx in den "Grundrissen". (60) Dort ist als dialektisches Moment der Arbeit erwähnt, die zum Erreichen von Zweck und die zu überwindenden Hindernisse benötigte Arbeit sei zugleich als Arbeit Betätigung der Freiheit. (60a) Bahr setzt als andere Alternative an Stelle der Beziehung von Arbeit und Interaktion das Aufheben der Arbeitsteilung. In der Anmerkung zu Adam Smith beschäftigt Marx indes ein anderer Gesichtspunkt. Smith behält

59 Hans Dieter Bahr: KRITIK DER 'POLITISCHEN TECHNOLOGIE', a.a.O., S. 104.
60 Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS 'IDEOLOGIE', a.a.O., S. 92 in dem erwähnten Passus über das im zweckrationalen Handeln unter allen Umständen vorhandene Potential der Befreiung. Bahr zitiert den Text aus den GRUNDRISSEN DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, S. 505.
60 a In das Buch von Hans Dieter Bahr hat sich in der Wiedergabe der Marxstelle ein Druckfehler eingeschlichen. Marx spricht von Freiheit, gedruckt steht 'Freizeit'. Vgl. Hans Dieter Bahr: KRITIK DER 'POLITISCHEN TECHNOLOGIE', a.a.O., S. 104. Ein interessanter Fall von Fehlleistung.

die Vorstellung bei, Arbeit sei Fluch. Marx reflektiert einen normalen Zustand des Individuums von Gesundheit, Kraft, Tätigkeit, Geschicklichkeit, Gewandtheit mit dem Bedürfnis nach einer "normalen Portion von Arbeit" als Gegensatz und Aufhebung der Ruhe. Insofern *kann* Arbeit zur Selbstverwirklichung des Subjekts und zu dessen Vergegenständlichung werden. Sie sind "reale Freiheit, deren Aktion die Arbeit ist". (61) Dieses Moment verwirklicht sich auch in der Repression antagonistischer Klassengesellschaften, worauf die Möglichkeit von Entwicklung beruht. Als Einheit von Freiheit und Zwang gehört es in den Prozeß der Menschwerdung, die sich als unaufhörlicher Vorgang realisiert, nicht einmalig geschieht oder biologischer Umwälzung bedarf, um anderen Anforderungen zu genügen. Da der Mensch als einziges Lebewesen auch gegenüber den gesellschaftlich lebenden und Staaten bildenden Tieren sich extrovertierte Organe schafft, in denen sich eine Seite seiner Entwicklung ablesen läßt, gehört das Setzen von Zwecken und das Vergegenständlichen zu den das gesellschaftliche, menschliche Individuum kennzeichnenden Merkmalen, ohne die er nicht die ihn in diesem Sinne auszeichnende Existenz durchzustehen vermag. Soweit es Zwecke gibt, besteht Arbeit. *Wie* sie auf die Gesellschaft und das Individuum wirkt, wie sie in die Zwecksetzung eingeht und welchen Nutzen, Schaden, Effekt sie bringt und welchen Aufwand sie an menschlicher und sonstiger Substanz mit sich bringt, steht weiter zur Erörterung an.

Marx sieht in den historischen Formen der Arbeit einen Charakter von Zwangsarbeit als gegeben an, der notwendig die Nichtarbeit als Freiheit und Glück erscheinen läßt. Gerade deshalb gewinnt das Produktionsverhältnis für das Verständnis des Prozesses den Rahmen, in dem sich die Ablösung des Zwangscharakters durchsetzt. (62) Als travail attractif subsumiert Marx jede, auch die künstlerische Tätigkeit, unter den Begriff der Arbeit. Die Fähigkeit zu künstlerischer Aussage ist Lebensäußerung des gesellschaftlichen Menschen, nicht kuriose Abseitigkeit, sondern sinnvoll und unter anderem gesellschaftlicher Zweck. Sie erhält ihre Funktion als Äußerung der Naturkraft, die nicht bloß auf Dressate abgestellt ist. Selbstverwirklichung des Individuums entfaltet alle in der Gesellschaft sich ausbildenden Eigenschaften. Angemerkt sei, daß das Übertragen der in einem langen historischen Prozeß entstandenen Fähigkeit, zu komponieren und die Resultate wiederzugeben, nicht unbeträchtliche Exerzitien verlangt, in denen sich der Stand der manuellen und ideellen Techniken auf den künftig selbständig Kunst Produzierenden überträgt. Klassifikatorisch ist von dieser Art Arbeit, von Marx als notwendig aufgefaßt, die materielle Produktion zu unterscheiden. Der von Marx als erster erwähnte Punkt verweist auf das gesellschaftliche Moment. Dialektisch setzt es sich wieder doppelt als gesellschaftlicher Zusammenhang der Tätigkeiten und als das bewußte *Setzen* des gesellschaftlichen Charakters, mit dem eben die Veränderung der Produktionsverhältnisse gemeint ist, in denen sich

61 Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, a.a.O., S. 505.

62 ebenda. Der Text lautet: "Es gilt doppelt: von dieser gegensätzlichen Arbeit; und, was damit zusammenhängt, der Arbeit, die sich noch nicht die Bedingungen, subjektive und objektive geschaffen hat (oder auch gegen den Hirten- etc. Zustand, die sie verloren hat), damit die Arbeit travail attractif, Selbstverwirklichung des Individuums sei, was keineswegs meint, daß sie bloßer Spaß sei, bloßes amusement, wie Fourier es sehr grisettenmäßig naiv auffaßt. Wirklich freie Arbeiten, z.B. Komponieren ist gerade zugleich verdammtester Ernst, intensivste Anstrengung. Die Arbeit der materiellen Produktion kann diesen Charakter nur erhalten, dadurch daß 1) ihr gesellschaftlicher Charakter gesetzt ist. 2) daß sie wissenschaftlichen Charakters, zugleich allgemeine Arbeit ist, nicht Anstrengung des Menschen als bestimmt dressierter Naturkraft, sondern als Subjekt, das in dem Produktionsprozeß nicht in bloß natürlicher naturwüchsiger Form, sondern als alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit erscheint."

die Produzenten als Herrschaftsstruktur ihrer eigenen Gesellschaft einrichten, damit auch die Zwecke ihnen gemäß werden. Da Marx mit der bis dahin vorhandenen Gewohnheit bricht, die ganze Menschheit befreien zu wollen, und die Arbeiterklasse in ihrer potentiellen Fähigkeit zu einer Revolutionierung der Gesellschaft versteht, ist sie der Träger der sich ermöglichenden Umwälzung. Selbstverwirklichung und Vergegenständlichung entsprechen sich in der dialektischen Analyse des gegensätzlichen Charakters der Arbeit und der Gesellschaft.

2.3.1 Arbeit als Einheit von spezieller und allgemeiner Arbeit

Das zweite von Marx hervorgehobene Moment ist die Einheit von spezieller und allgemeiner Arbeit. Soweit sie unwissenschaftlich ist, bleibt sie auf der Stufe bestimmter dressierter Naturkraft, in die die bürgerliche Gesellschaft möglichst auch Wissenschaftler zu bannen sucht. Nicht zu vergessen ist, daß Marx die Betätigung der Freiheit in jeder Arbeit, der speziellen und der allgemeinen vorweg konstatierte, Selbstverwirklichung und Vergegenständlichung mit Zwecksetzung ebenso als grundlegende Gemeinsamkeit von Eigenschaften auffaßt, deren spezifische Sinngebung aus der veränderten Position des Gesamtarbeiters sich ergibt. Gegen die Vermutung, es handle sich dabei etwa um ein Anspielen auf autonom wirtschaftende, kleine Produktionseinheiten, ist der gesamtgesellschaftliche Prozeß angesprochen, für den die alle Naturkräfte regelnde Tätigkeit als Modell künftiger Realisierung dient.

Regelung setzt Grenzen, die ungleich denen sind, die als Naturschranke den tierischen Lebewesen und der Gesellschaft entgegen stehen. Zwischen Natur und Tier bilden sich autonome Regelungen aus, die in Wachstumskurven faßbar sind und von der Dialektik zwischen mutierenden Informationseinheiten und Selektion übersprungen, sich ausweiten oder die Populationen zusammenbrechen lassen. Das Überleben des Passendsten und die genetische Erinnerung gestatteten das Ausnutzen der für das organische Leben günstigen Bedingungen, und als Nebenbefund gehen die Relikte des Lebens in die geologische Geschichte ein, ein innerhalb der menschlichen Historie anhaltender Vorgang. Insofern bedeutet Regelung bloße Determination. Jedes Moment der Natur äußert sich als determiniert und determinierend. In der vom Menschen gesetzten bewußten Regelung scheiden die natürlichen Determinantenkomplexe nicht aus. Sie werden abgefangen, soweit es sich als möglich erweist, und beeinflußt, soweit es gelingt. Da die Sozialstrukturen gleiche materielle Wirksamkeit ausüben wie die natürlichen Bedingungen, gilt für sie Ähnliches wie für die natürlichen Determinanten. Sie sind bedingt und bedingend zugleich, nicht ausschaltbar, aber zu beeinflussen, soweit es die Organisation der Beziehungen zwischen den Menschen gestatten.

2.4 Hans Dieter Bahrs verfehlte Kritik der Politischen Technologie

Da Hans Dieter Bahr in seinem Disput mit Habermas naiver die Konsequenzen unausgesprochener Prämissen erörtert, verfällt er in eine ähnliche Atomisierung der Kategorien wie Habermas selbst. Der absoluten Negativität Adornos verbunden, setzt er die theoretische Destruktion fort oder verdeutlicht sie in Positionen, die vielleicht verschiedenartige Deutung zulassen. In der These von der notwendigen Fesselung von Produktivkräften im Kapitalismus scheint ihm schon eine Rechtfertigung des Kapitalismus gegeben, da in ihr eine planende und nicht mehr anarchisch-konkurrierende Tendenz mitgedacht sei. Bahr etikettiert mit der Signatur "Schellin'scher Romantizismus". Revolutionäre Masse gilt als bloß ästhetisch-erhabene Erscheinung einer sich in gesellschaftlicher Kunstproduktion entfesselnden Natur. Ein sprengender Effekt, der von den Produktivkräften auf die Pro-

duktionsverhältnisse ausgeübt werde, sei mystisch. (63) Da Marx die revolutionäre Klasse als die größte Produktivkraft auffaßt, resultiert daraus bereits die intersubjektive Beschränktheit, mit der das theoretische Isolieren einer Kategorie als Aufhebung rationaler Determination genommen ist. Das Unterspielen empirischer Fakten und verwirklichter Möglichkeit, diffamiert in einem als Produkt der Kunst, depraviert als "künstlich", was menschliches ingenium aus sich herausstellt. Die erste These, die Bahr aufstellt, stößt sich an dem dialektisch-geschehenden Prozeß der Selbsterzeugung der Geschichte, in der nicht einfach das Gleiche reproduziert wird, sondern in dem Regelmäßigkeiten und in ihrer Kontinuität Elemente erscheinen, die nicht mehr der alten Form angemessen sind und trotzdem sich zu adaptieren suchen, – in alten Ordnungen nicht anders als im Kapitalismus.

Das kritische Kriterium bleibt die Isolierung der Technik vom Menschen und von der Gesellschaft.

Anscheinend gilt manchem die Unkenntnis der sich in zahlreiche Gebiete auseinanderlegenden Geschichte als Nachweis ihrer Nichtexistenz. Habermas gesteht der Vergangenheit zu, Produktionsverhältnisse gehabt zu haben und läßt sie sich erst künftig aufheben. Bahr nimmt die Geschichte als unverbundenen Vorgang, dem er durch das Präzisieren "politisch-emanzipativer Strategien" (64) ausweicht. Diese Vorstellung entzündet sich an der Annahme, die spezifischen Erscheinungen der Entfremdung der kapitalistischen Warenwirtschaft, der Mannheim gerade ebenso unreflektiert das Abschaffen ideologischer Fehlsicht zuschrieb, hafte an experimenteller Naturwissenschaft und technischer Rationalität, einem direkten Bezugspunkt zu Habermas. Freilich gehört der Terminus "Entfremdung" zu den besonders leicht gehandhabten Begriffen, die oft unpräzise Benutzung finden. Fremdartigkeit und Entfremdung besitzt bei Marx einen gelegentlich sich deckenden Sinn, in dem nicht auf die Verdeckung von Strukturen reflektiert ist, sondern umgekehrt auf ein Moment des Prozesses zunehmender Durchschaubarkeit reagiert ist, die sich aus technischen Erfindungen, dem Bereitstellen entwickelter mathematischer Instrumente und ihrem Benutzen in der Gesellschaft, auch im Kapitalismus, ergeben kann. Die effektive Kluft zwischen Naturwissenschaftlern und anderen Disziplinen Zugehörigen hat sich durch die anspruchsvolle Polemik der kritischen Kritiker noch mehr vertieft, als sie schon ohnehin im Ergebnis der gestiegenen Arbeitsteilung vorhanden war.

Insofern liquidiert Bahr die Produktionsverhältnisse faktisch durch die Zuweisung der Entfremdung an den Fortschritt der Naturwissenschaften und an den Komplex der Vergegenständlichung. (65) Für Marx ist das Fortschreiten des Erkennens in die Entfaltung der Produktivkräfte integriert, die in entfremdeter Gestalt auch schon Wesenskräfte des Menschen repräsentieren. (66) Bahr verdeckt mit einer gewissen Vorliebe für Schopenhauer und undeutlicher Diktion den erkenntnistheoretischen Idealismus, der sich gegen die Naturwissenschaften auswirkt. Sie werden zum Muster für die Folgen, die sich aus einer subjektivistischen Position ergeben, der jede objektive Struktur zuwider ist, ebenso aber alles und jedes Aversion erzeugend scheint, das die Spur menschlichen Einflusses nicht von sich weisen kann.

Operationelle und experimentelle Naturwissenschaft gilt als Entfremdung setzend, weil die in ihr vorhandene Dialektik das zu untersuchende Objekt isoliert und den Anschein

63 Hans Dieter Bahr: KRITIK DER 'POLITISCHEN TECHNOLOGIE', a.a.O., S. 88, Anm. 19.
64 ebenda.
65 Hans Dieter Bahr: KRITIK DER 'POLITISCHEN TECHNOLOGIE', a.a.O., S. 92 f.
66 Karl Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, S. 543.

erweckt, "als ob das Subjekt nie mittels seiner instrumentellen Operationsmittel einen Eingriff getan hätte; als sei das erkennende Subjekt von vornherein in der Natur, die es sich zum Erkenntnisobjekt machte, mit dieser identisch". (67) Als Besonderheit enthält dieses Argument eine seltene Modifikation von abgewandeltem Positivismus, – Kennzeichen der reichhaltigen Abwandlungen, die eine ideologische Variante zu nehmen vermag. Gedacht als Beleg für den Ausschließlichkeitsanspruch naturwissenschaftlichen Denkens, entsteht daraus umgekehrt der Versuch, dieses zu perhorreszieren. Unvermittelt ist antimaterialistisch die Selbständigkeit der Natur mit der Begründung verneint, daß technisch angewendete und experimentelle Wissenschaft stets vom Menschen in Gang gesetzt werde. Damit verstelle er gleichsam die Natur, erblicke sich in den Resultaten nur selbst, entwerfe aber das Bild einer selbständigen Natur und täusche damit zweifach. Bahr meint, wie es scheint, einer Dialektik auf die Sprünge zu kommen, in der sich der Mensch notwendigerweise verfange, der er nur durch das Aufheben der Vergegenständlichung zu entgehen vermöge. (68) Die behauptete Identität technischer Rationalität mit der erkannten Natur sei objektiv "ebensosehr Schein wie Wirklichkeit der technischen Entwicklung". (69) Ohne daß hier die Frage nach der philosophischen, nicht formalen, Wahrheit ins Spiel kommt, erweist sich die Objektivität des Fortschreitens in den Produktivkräften als nicht bewältigt.

Technik dokumentiert in ihren produzierenden Systemen und in den damit vergegenständlichten Produkten nach Quantität und Qualität, auf welchem Stand sie sich befindet. Im Rückblick belegen gefundene Naturgesetze ein Moment des Progresses, in dem die Kenntnis von der Natur sich verändert. Technik aber ist identisch mit Anwendung und bezieht erfahrungsmäßige Kenntnis des unmittelbaren Arbeitsprozesses wie entdeckte und vergegenständlichte Gesetzmäßigkeit ein. Beide sind stets Dokumentation der sie hervorbringenden Individuen, der unmittelbaren Produzenten und der ingenieurmäßigen Arbeit, repräsentierend zugleich die sie hervorbringende Formation. (70) Die Abkehr von Produkten des menschlichen Geistes und der verschiedenen Formen der Arbeit entsteht aus den Widersprüchen zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die Bahr mystisch vorkommen. Die in einer ganzen Generation explosiv sich manifestierende Abneigung ist gerade jene von Marx entdeckte dialektische Spannung, deren Vorhandensein Marcuse für einige Staaten bestritt, andere anderweitig negieren, aber nicht reflektieren. An der intensiven Abneigung gegen Erscheinungen einer Ordnung, in denen sich ihr historisch vorübergehender Charakter äußert, vermögen revolutionäre Prozesse anzusetzen. Voraussetzung für eine tatsächliche Überwindung ist indes nach wie vor der Zugang zu jenem von Marx entdeckten Gesetz einer höheren Entwicklung der Produktivkräfte. Während des Mittelalters zunächst unsichtbar und nur retrospektiv zu erschließen, war eine derartige Einsicht zunächst unmöglich. Inzwischen erkenntlich geworden an der beschleunigten Wachstumsdynamik und den eruptiven, international ablesbaren Spannungen der spätbürgerlichen Gesellschaft, versucht eine nicht oder kaum auf die Arbeiter-

67 Hans Dieter Bahr: KRITIK DER 'POLITISCHEN TECHNOLOGIE', a.a.O., S. 92.
68 ebenda.
69 ebenda.
70 Karl Marx: ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, in: MEW, Band 13, S. 14. Der Text lautet: "Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind."
Der gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte bringt auch in der Vergangenheit wie in der Gegenwart die anstehenden neuen Produktionsverhältnisse hervor, die die gegebenen Entwicklungsmöglichkeiten ausnützen und Bedingungen erzeugen, die die alte Formation für das Entfalten der Produktivkräfte nicht ausnutzen und anwenden, meist auch nicht entdecken konnte.

klasse eingestellte Kritik, gerade das Wachstum der Produktivkräfte als uninteressant beiseite zu stellen, wie die spätbürgerliche Ideologie, die den dialektischen Umschlag der Ordnung von sich weist und am sichersten zu fahren meint, wenn sie deren Existenz vollständig verleugnet.

Konsequent resultiert aus der undialektischen, mit Blindheit geschlagenen Negierung gesellschaftlicher Strukturen gelegentlich wieder die Verneinung der objektiven Natur. Die Fremdheit zu Naturobjekten und Technik reproduziert sich in geisteswissenschaftlichem Antimaterialismus als Folge theoretisch nicht verarbeiteter Arbeitsteilung. Ihre Überwindung geschieht nach dem gegenwärtigen Stand wissenschaftlich-technischer Entwicklung über das Aufheben der Fremdheit der beiden Snowschen Kulturen durch Gemeinschaftsarbeit. Zwischen den sich weiter differenzierenden, aufspaltenden und sich vereinigenden Disziplinen erfolgt eine Annäherung im Arbeitsprozeß und verlangt die Aufnahme der gesellschaftlichen Verantwortung antiimperialistischer Art in den Bewußtseinshorizont, mindestens, um den sogar von Karl Jaspers als bürgerlichem Theoretiker erkannten, sich vorbereitenden, Faschismus zu diagnostizieren. Im Interesse der spätbürgerlichen herrschenden Klasse ist es, die kastenmäßige Verfestigung unterschiedlicher Berufsfunktionen oder angelernter Tätigkeit in der Arbeiterklasse, in den Mittelschichten und in den wissenschaftsorientierten Gruppen zu vertiefen, da sich das Ausbilden gemeinsamen antiimperialistischen Interesses damit erheblich kompliziert. Erkenntnistheoretischer Antimaterialismus, soweit er sich links gibt, erst recht jener der sich von den Protestgruppen trennenden Ideologievarianten, versteinert die Arbeitsteilung innerhalb des Bewußtseins und kommt dem Interesse des repressiven Apparates entgegen. Erstaunlich genug, gelangte der späte Jaspers *ohne* spezifisch idealistische Marxrezeption zu der Einsicht, daß "wir" im Vergleich zu der im Christentum einsetzenden Technikverwerfung nicht von jener Welt seien, mit und durch die Technik leben, (71) sie also nicht nur praktisch sondern auch theoretisch zu integrieren haben, um die tradierte und neu angeheizte Aversion gründlich in spontan und überlegt progressives Bewußtsein, in revolutionierendes Gesellschaftsverständnis, aufzuheben.

Eine Kritik an politischer Technologie verfehlt ihren Ansatz, wenn sie der falschen Prämisse des herrschaftsfreien sogenannten zweckrationalen Handelns die Alternative entgegensetzt, mit Technik sei immer Herrschaft verbunden, Bürokratie und Sachzwang, dann aber pauschal fast die Gesamtheit der in Basis und Überbau klassifizierbaren Erscheinungen verwirft. Mit dem restierenden Bestand von Eigenschaften der Gesellschaft und der Individuen läßt sich weder Sozialstruktur noch Mensch beschreiben, beziehungsweise noch weniger erklären. Die ideelle Destruktion allein überträgt nicht die Gesamtheit der bisherigen Arbeitserfahrung, die sich in allgemeiner und spezieller Arbeit herausbildet, auf revolutionierte Klassenstrukturen, obwohl sie eine der Bedingungen des umwälzenden Prozesses darstellt.

Daraus folgt ein Gleichsetzen kapitalistischer und sozialistischer Produktionsverhältnisse, da aus der gemeinsamen Kategorie, daß es sich nämlich um Beziehungen der Menschen in der Produktion handle, auf die Identität der Sachbezüge *und* Zwecksetzungen geschlossen ist. (72) Ist die sich in dem Wettbewerb der verschiedenen sozialökonomischen Systeme

71 Karl Jaspers: WOHIN TREIBT DIE BUNDESREPUBLIK? , München 1966, S. 222. Der Text lautet: "Die Selbstzerstörung der Menschheit darf nicht geschehen: Vielleicht ist dies eine menschliche Beschränktheit. Jesus und manche Philosophen waren dem Weltsein gegenüber gleichgültig oder sahen es als Qual, als nichtig, als böse. Sie waren anderswo zu Hause, zu dem sie keine Welt und kein Leben in der Welt brauchten. Wir sind, es durch unsere faktische Lebenspraxis bezeugend, entschieden nicht von dieser Existenzweise. Wer heute so spricht, scheint sich selbst zu belügen."

72 Hans Dieter Bahr: KRITIK DER 'POLITISCHEN TECHNOLOGIE', a.a.O., S. 86.

ergebende Priorität der Produktionssteigerung als blind aufgefaßt, dann pointiert sich der Einwand als Fremdheit vor in der Geschichte vorhandener dialektischer Dynamik. Die Revolutionierung von Entwicklungsländern stößt auf das Moment der ökonomischen Entfaltung, wenn einige Gruppierungen es auch nicht wahrhaben wollen. Der unterschiedliche Zweck, der vom Ausgangspunkt der verschiedenen Klassen her bestimmt ist, kann die Anforderungen der Arbeit nicht umgehen und damit die Orientierung auf die Träger der unmittelbaren Arbeit, die nur der Vorstellung nach durch Wissenschaft vollständig aus dem Arbeitsprozeß herausgedrängt werden. Das blinde Extrapolieren von Daten, die sich aus dem Ansteigen der Anzahl des ingenieurtechnischen Personals und der Naturwissenschaftler ergeben, zu denen hier auch die Mathematiker gezählt werden sollen, auf lineare Progression wird im Kreis der Frankfurter Schule kaum diskutiert. Inzwischen hat sich hinreichend ergeben, daß es sich wahrscheinlich um eine S-Kurve handelt, in der die gegenwärtig und noch längere Zeit anhaltende Steilheit des Anstiegs von einer Abflachung abgelöst werden wird. In der sich in einer bestimmten Ordnung vollziehenden Entwicklung der Technik ist die Beziehung auf die bestimmenden Klassen stets existent, ebenso die damit verbundene Herrschaft. Es fragt sich nur, die Repräsentanten welcher Klasse sie ausüben und welche Klassen und Schichten von Werktätigen sich mit ihnen identifizieren und entsprechendes Klassenbewußtsein erworben haben. Die gegenwärtigen internationalen Machtfragen *müssen* sich letztlich oder vorgängig in der technisch-ökonomischen Sphäre realisieren, wobei sich als historisches Problem ergibt, in den imperialistischen Staaten, unbeschadet des Vorhandenseins von Arbeiteraristokratie, Arbeiterklasse *und* die Gesamtheit der Intelligenz, im besonderen aber die naturwissenschaftlich-technische Intelligenz *gegen* die imperialistischen Herrschaftsapparate zu stellen.

Welche Wege die merkwürdige Dämonisierung der Technik nimmt, das ist fast so wandelbar wie der Entwicklungsprozeß der Technik selbst. In der Regel bietet sie nicht einen solchen theoretischen Apparat auf, wie in der Frankfurter Schule und ihren Annexen üblich wurde. Da aber gemeinsam als Folgerung, mehr oder minder verklausuliert, den sozialistischen Ländern empfohlen wird, nicht auf Produktionssteigerung zu bestehen, resultiert die Verflochtenheit mit der zweckrationalen Position des Imperialismus in den internationalen Klassenauseinandersetzungen, ein ebenso paradoxer wie betrüblicher Sachverhalt, der revolutionierendes Potential lahmlegt.

2.5 Technik und Wissenschaft als Ersatzobjekte für Exploitation und Eigentumsverhältnisse

Anders als Hans Albert meint und Bahr vereinfachend aus Habermas ableitet, hat letzterer keine rein instrumentalistische Deutung der Technik als durchgehende Bestimmung, soweit er die Kategorien von Arbeit und Interaktion behandelt. Aus der "Arbeit" ist restringierend die instrumentale Produktivkraft ausgeklammert. Definiert Habermas, es handle sich um Sub-Systeme zweckrationalen Handelns, im weiteren Sinne von instrumentalem und strategischem Handeln, (73) dann überwiegt bei ihm die Kategorie der als solche falsch moralisierend verworfenen Zwecksetzung. Sie nimmt die Charaktermaske der Repression an. Wissenschaft und Technik werden zu Ersatzobjekten für die Eigentumsverhältnisse und die Exploitation. Der Zweck an sich erscheint als das Böse, wird verteufelt. Die Verwissenschaftlichung der Produktion erscheint als der Gipfel der Repression des Menschen durch das Produkt. Habermas artikuliert die Vorstellung, es gebe in irgendeiner Weise eine Emanzipation der Arbeit, unter der in diesem Falle die Produktion verstanden

73 Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS 'IDEOLOGIE', a.a.O., S. 92 f.

ist. Dominant sei inzwischen eine "gläserne Hintergrundideologie, welche die Wissenschaft zum Fetisch" (74) mache. Damit sei das emanzipatorische Gattungsinteresse als solches getroffen. (75) Die unterscheidungslose Absage wiederholt sich notwendig in dem Verhalten zu dem Studentenprotest, den Habermas verwarf, als er aus dem Reich der Idee herabstieg und konkret wurde.

In den Erörterungen über Technik und Wissenschaft sieht sich Habermas in dem Dilemma zwischen Objektivität und einer als falsches Bewußtsein verstandenen Ideologie. Meint er in beiden gesellschaftlichen Manifestationen eine schwerer angreifbare Hintergrundideologie zu sehen, so nimmt er sie aus dem Gattungs- und Gesellschaftszusammenhang. Sie gelten nicht selbst als Momente der Emanzipation, weil sie dazu geeignet seien, eine bestimmte Klasse zu rechtfertigen und eine andere Klasse zu unterdrücken. (76) Ist damit auf die unbedingte Einordnung in die Gesamtheit der gesellschaftlichen Erscheinungen richtig reflektiert, dann vermag dieses faktische Erreichen der Problemsituation nicht fruchtbar zu werden, weil gerade dieses Moment in den Bereich eines frustrierten Weltverständnisses fällt. Irrtümlich vermutet Habermas außerdem, es handle sich um eine total neue Erscheinung. Erst neuerdings sei eingetreten, daß Technik und Wissenschaft institutionelle Funktionen ausübten und die Organisation der Gesellschaft wenigstens partiell zu garantieren geeignet seien. Kaum nötig möchte es scheinen, daran zu erinnern, in welchem Umfang asiatische Produktionsweise und im Mittelalter bestimmtes Wissen sich in speziellen Institutionen monopolisierten. Das alte Priestertum oder die auf dem Boden der Antike sich ausbildende Kirche des Katholizismus verwirklichten innerhalb eines institutionellen Rahmens in verselbständigten Systemen ein zweckrationales Handeln. (77) Verselbständigt als Institution, bleibt indes der Zusammenhang mit anderen Institutionen bestehen. Wie in der Moderne, resultiert hieraus ein Muster von Arbeitsteilung der Herrschaft, indem die expressive Gestalt, die sich jene Ordnungen in Einklang mit ihren sozialökonomischen Bedingungen gaben, um den Grundbesitz als das entscheidende Produktionsmittel gruppiert ist. Innerhalb der Priesterschaften und der Kirchen wiederholt sich der in der Gesellschaft gegebene Klassengegensatz in der Konfrontation der verschiedenen Stufungen der Hierarchie, wobei die mögliche Progression sich nicht auf die unteren Schichten allein zu erstrecken braucht. Aus der repräsentativen Vertretung der Klassenherrschaft vermögen sich einige ihrer Mitglieder auf die sich künftig als herrschende etablierte Klasse zu orientieren, d.h. sich auf künftige Machtstrukturen einzustellen, in denen sich historischer Progreß verwirklicht.

Habermas hat die Vorstellung, Wissenschaft und Technik hätten sich innerhalb des institutionellen Rahmens so etwas wie Unangreifbarkeit gesichert und damit sei das Moderne gekennzeichnet. Ohne unhistorisch zu werden, ist darauf hinzuweisen, daß in einer Gesellschaftsformation *mit* Arbeitsteilung nicht ohne weiteres die eine gesellschaftliche Funktion durch die andere ersetzt werden kann. Soweit sich die spezielle Verfügung über Kenntnisse im allgemeinsten Sinne ausgebildet hat, funktioniert die Gesellschaft, indem die vereinzelten Fähigkeiten mit erhöhtem Wirkungsgrad zur Ausführung gelangen, was der gesamten Ordnung nützt. Progression in den Ordnungen versteht sich selbst und gerade unter den Bedingungen verschärfter Klassenauseinandersetzungen als Erweitern der Möglichkeiten gesellschaftlicher und individueller Arbeit, die sich nicht oft in der Vergangenheit so explizit ausgedrückt fand wie bei den Beguinen und Begharden oder im Protestantismus in seiner kalvinistischen Variante. Das Integrieren von Wissenschaft und Technik in die Gesamtheit der Gesellschaft besitzt zweifellos seine qualitativ eruptiven Momente. Sie liegen aber kaum in den von Habermas angenommenen Bezügen.

74 Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS 'IDEOLOGIE', a.a.O., S. 88 f und S. 98.
75 Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS 'IDEOLOGIE', a.a.O., S. 89.
76 ebenda.
77 Jürgen Habermas: TECHNIK UND WISSENSCHAFT ALS 'IDEOLOGIE', a.a.O., S. 91.

Zu unterscheiden wären demnach die aus der technischen und naturwissenschaftlichen Entwicklung entstehenden Momente von den in der sozialistischen Gesellschaft im Unterschied zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen sich abzeichnenden qualitativen Besonderheiten. Vorweg unterscheidet die bestimmende Klasse als übergreifendes Moment ohne Rücksicht auf die Entwicklungsstufe der materiellen Produktivkräfte, für wessen Zweck produziert wird. Gegen Habermas und andere könnte geschrieben sein, was Marx über das Unterschlagen der vergegenständlichten Wesenskräfte des Menschen als jenes großen *Teils* der menschlichen Arbeit äußert beziehungsweise über das schon damals vorhandene Unverständnis zwischen industriellen Disziplinen und Philosophie. (78) Im Historischen Materialismus ist das damals vorhandene Mißverhältnis kategorial aufgearbeitet. Der in sozialistischen Ländern praktizierende Marxismus setzt die geänderte Position in Handlung um und hat eine fast 2000-jährige Summe von Vorbehalten auszuräumen, die vergangene progressive Epochen aus immanenten Gründen, die in der Klassenstruktur zu suchen sind, nur thematisieren, nicht aber vollziehen konnten. Das Moment des qualitativen Wandels liegt in der Umstellung des Bewußtseins, eines neuen Eigentümerstandpunktes der Masse und des Entfaltens der ideellen Wesenskräfte des Gesamtarbeiters, durch die der Mitvollzug von Herrschaft ins Detail zu gehen vermag *und* eine Zerfaserung in subjektivistische Fehlbestimmung zugunsten gesamtgesellschaftlich gesetzter Zwecke und Ziele ausscheidet.

Ist Wissenschaft als solche fetischisiert und als gläserne, nach Habermas, böse Hintergrundideologie abgeschrieben, dann erscheinen unwissenschaftliche Verhaltensweisen als Alternative, zeigen aber keineswegs eine der Humanisierung zugängliche Dimension an. Als Aufheben der negativen Folgen von Arbeitsteilung gehört die Kommunikation der Disziplinen in die Gruppe der zu verwirklichenden Praktiken, die sich kaum nur durch die allgemeinsprachliche Kommunikation formulieren lassen, da ihr Inhalt sich selbst umgestaltet, allgemein sprachliche Kommunikation sich durchaus metasprachlich anzureichern im Begriff ist. Integration und Differenzierung der Disziplinen betrifft auch den Sprachgebrauch, der indes nicht sich bereits darin erschöpft, das als verständlich zu deklarieren, was dem Anschein nach plausibel mehr ins Gemüt als in den Verstand geht. Materialistische Dialektik verweist auf Unterschied und Zusammenhang von Erscheinung und Struk-

78 Karl Marx: "Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844", in: MEW, Ergänzungsband, Erster Teil, S. 542 f. Der Text lautet: "In der gewöhnlichen materiellen Industrie (– die man ebensowohl als einen Teil jener allgemeinen Bewegung fassen, wie man sie selbst als einen besondern Teil der Industrie fassen kann, da alle menschliche Tätigkeit bisher Arbeit, also Industrie, sich selbst entfremdete Tätigkeit war –) haben wir unter der Form sinnlicher, fremder, nützlicher Gegenstände, unter der Form der Entfremdung, die vergegenständlichten Wesenskräfte des Menschen vor uns. Eine Psychologie, für welche dies Buch, also gerade der sinnlich gegenwärtigste, zugänglichste Teil der Geschichte zugeschlagen ist, kann nicht zur wirklichen inhaltvollen und reellen Wissenschaft werden. Was soll man überhaupt von einer Wissenschaft denken, die von diesem großen Teil der menschlichen Arbeit vornehm abstrahiert und nicht in sich selbst ihre Unvollständigkeit fühlt, solange ein so ausgebreiteter Reichtum des menschlichen Wirkens ihr nichts sagt, als etwa, was man in einem Wort sagen kann: "Bedürfnis", "gemeines Bedürfnis"? – Die Naturwissenschaften haben eine enorme Tätigkeit entwickelt und sich ein stets wachsendes Material angeeignet. Die Philosophie ist ihnen indessen ebenso fremd geblieben, wie sie der der Philosophie fremd blieben."

tur. Die Oberfläche ist nicht das Ganze. Unter den Kautelen einer gegenwärtig als einfacher betrachteten altmodischen Wissenschaften waren Welt und Gesellschaft, Individuum und Gruppe weniger zugänglich, als jetzt konventioneller Kenntnis sich erschließt. Die Herstellung einer die Gesellschaft einbeziehenden Kommunikation verlangt eine Entwicklung auch in dem allgemeinsprachlichen Konsensus, der von Evolution nicht ausgeschlossen ist.

Indem sich die kapitalistische Klasse mit der Möglichkeit ihres Unterganges konfrontiert sieht, entsteht als Prädilektionsstelle der ihr zugemessenen Ideologie die These, man könne sich keine andere Formation vorstellen, die mit Verwissenschaftlichung so gut auszukommen vermöge wie sie. Das Vordringen von Wissenschaft sei zwar nicht aufzuhalten, aber das Unmenschlichere sei, wenn sich die Strukturen beherrschen lassen – eine als Massenschreck gedachte Warnung, die sich neben Biologismen, die den Aggressionstrieb als Erklärungsschlüssel vorschlagen, dazu eignet, aus der Nichtbeherrschbarkeit von Strukturen als kleineres Übel noch den Krieg zu rechtfertigen.

Westberliner Buchladen Kollektive

KEINE PRIVATEN PROFITE
UNTERSTÜTZUNG DES ANTIIMPERIALISTISCHEN KAMPFES

Das Politische Buch
1 Berlin 15, Lietzenburgerstr. 99
Tel.: (0311) 883 25 53

Buchladenkollektiv an der TU
1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Tel.: (0311) 313 99 83

Jürgens Buchladen
1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40
Tel.: (0311) 769 16 25

AUF ANFORDERUNG SCHICKEN WIR UNSERE BUCHVERSANDLISTE

Kurzanalysen, Berichte

Allgemeines und Besonderes in der Klassenstruktur der sozialistischen Länder

Die folgende Kurzanalyse von N.A. Aitow wurde zuerst in der sowjetischen Zeitschrift PHILOSOPHISCHE WISSENSCHAFTEN, Heft 3, 1970 veröffentlicht und erschien in der vorliegenden, geringfügig gekürzten, Fassung in SOWJETWISSENSCHAFT Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge, Heft 12, 1970. Die Übersetzung wurde von S. Kumpf-Korfes vorgenommen.

I

Mit dem Sieg des Sozialismus in verschiedenen Ländern des sozialistischen Weltsystems und dem Beginn des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft hat sich eine weitgehende Ähnlichkeit der Sozialstruktur der sozialistischen Länder herausgebildet, so daß wir heute die Klassenstruktur dieser Staaten mit der der sowjetischen Gesellschaft vergleichen und untersuchen können, worin ihre Gemeinsamkeiten und ihre Besonderheiten bestehen.

Im Prinzip ist die Sozialstruktur aller sozialistischen Länder natürlich gleich: Arbeiterklasse, Genossenschaftsbauern und werktätige Intelligenz. In einigen Ländern, in denen die sozialistischen Umgestaltungen noch nicht endgültig abgeschlossen sind, gibt es noch einen nicht sehr großen Teil der Bourgeoisie (dieser ist in der Regel mit dem staatskapitalistischen, gemischten Sektor verbunden) sowie einen Teil genossenschaftlich nicht organisierter Bauern und Handwerker. Eine Besonderheit weist in dieser Beziehung Jugoslawien auf, wo bisher die Mehrheit der Bauernschaft noch nicht in Genossenschaften zusammengefaßt ist. In Polen, wo der Sozialismus entscheidende Siege errungen hat, arbeitet ein Teil der in den sozialistischen Aufbau einbezogenen Bauernschaft noch als Einzelbauer. Für Kuba ist charakteristisch, daß schon fast 70 % des gesamten bearbeiteten Bodens zum sozialistischen Sektor gehören, wobei allerdings dieser Boden nicht von Kollektivwirtschaften, sondern von Volksgütern genutzt wird. Die Werktätigen des sozialistischen Sektors der Landwirtschaft sind hier folglich nicht Bauern, sondern Arbeiter. Außerdem macht die genossenschaftlich nicht organisierte Bauernschaft hier vorläufig noch einen bedeutenden Teil der Bevölkerung aus. In den Städten einzelner sozialistischer Staaten (der DDR, der CSSR Polens und Jugoslawiens) gibt es kleine private Unternehmen und zahlreiche Handwerksbetriebe.

Das Allgemeine in der Klassenstruktur der Länder des Sozialismus dominiert also. Die Besonderheiten der einzelnen Länder erklären sich aus den historischen und nationalen Bedingungen. Außerdem gibt es Unterschiede zwischen den historischen Etappen. Die UdSSR errichtet bereits den Kommunismus, einige Länder befinden sich im Anfangsstadium des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft, andere wieder im Stadium des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Diese Besonderheiten berühren jedoch nicht das Wesen, sondern die Wege des Sozialismus.

Wie aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich, ist ein sehr wichtiges spezifisches Moment der Klassenstruktur der sozialistischen Länder das unterschiedliche quantitative Verhältnis zwischen den sozialen Hauptgruppen. Natürlich sind die Angaben dieser Tabelle nur bedingt aussagekräftig. Erstens beziehen sie sich bei einer Reihe von Ländern auf die Gesamtzahl der Beschäftigten, bei anderen hingegen auf die Bevölkerungszahl. Zweitens

bedient sich die Statistik dieser Länder teilweise unterschiedlicher Methoden der Gruppierung der Bevölkerung. Drittens gibt es in einer Reihe von Ländern Zwischenkategorien, die in die eine oder andere Gruppe aufgenommen wurden. Viertens gehören zur Rubrik "Bauernschaft" sowohl Genossenschaftsbauern als auch Einzelbauern. Und schließlich wurden zur Rubrik "Übrige" sowohl Kapitalisten als auch das städtische Kleinbürgertum gerechnet. Trotzdem lassen sich aus dieser Tabelle einige wichtige Schlußfolgerungen ableiten.

Klassenzusammensetzung der Bevölkerung (in %) (1)

	UdSSR		DDR	CSSR	UVR	VRP	MVR	KVDR(2)
	1959	1966	1964	1968	1962	1960	1966	1961
Arbeiter	48,2			58,2	45,0	46,8		
		75,2	82,0				48,7	52,0
Angestellte	20,1			29,7	20,0	13,6		
Bauern	31,4	24,6	13,5	10,5	30,0	37,8	51,3	45,7
Übrige	0,3	0,2	4,5	1,6	5,0	1,8	—	2,3

1 Quellen: SOZIALISTITSCHESKI LAGER, SPRAWOTSCHNIK, Moskau 1962, S. 182, 216-242, 302; ISWESTIJA vom 29. September 1963; SOZIALISTITSCHESKIJE PREOBRASOWANIJA W SELSKOM CHOSJAISTWE JEWROPEISKICH STRAN NARODNOI DEMOKRATII, Moskau 1963, S. 257, 276; STATISTISCHES TASCHENBUCH DER DDR, Berlin 1965, S. 25; S. Widerszpil: TEORIA KLAS SPOLECZYCH, Warschau 1965, S. 92-119; DEMOGRAFIE, 1969, Nr. 3, S. 274.

2 UVR = Ungarische Volksrepublik; VRP = Volksrepublik Polen; MVR = Mongolische Volksrepublik; KVDR = Koreanische Volksdemokratische Republik; SRR = Sozialistische Republik Rumänien; DRV = Demokratische Republik Vietnam; VRB = Volksrepublik Bulgarien. (Red.)

Die Staaten des sozialistischen Lagers kann man offensichtlich in drei Gruppen unterteilen. Zur ersten Gruppe gehören hochentwickelte Industriestaaten, in deren Bevölkerungsstruktur Arbeiter und Angestellte überwiegen (UdSSR, DDR, CSSR). In der zweiten Gruppe besteht ein Drittel oder die Hälfte der Bevölkerung aus Bauern (VRB, VRP, SRR, UVR, KVDR). Die dritte Gruppe bilden jene Staaten, in deren Bevölkerungsstruktur die Bauernschaft überwiegt (Kuba, MVR, DRV, Albanien).

Der unterschiedliche Anteil der Bauernschaft an der Gesamtbevölkerung der einzelnen Länder (von 10 - 80 %) hat natürlich bestimmte Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen den Klassen. Quantität schlägt auch hier in Qualität um. In den hochentwickelten Industriestaaten, besonders in der CSSR und der DDR, in denen es 4 - 5mal weniger Bauern als Arbeiter gibt und in denen die Landwirtschaft nur 17 % (DDR) bzw. 16 % (CSSR) des Nationaleinkommens erzeugt, kann der Staat der Bauernschaft wesentlich größere Hilfe erweisen. In diesen Ländern konnten über längere Zeit Mittel aus der Industrie in der Landwirtschaft angelegt werden, so daß sich die Landwirtschaft in schnellem Tempo entwickeln konnte und hinsichtlich der Arbeitsproduktivität, der Hektarerträge und der technischen Ausrüstung international mit an der Spitze steht. Infolge dieses Zuflusses von Mitteln sind die Grundfonds der Genossenschaften in jenen Ländern offensichtlich nicht rein genossenschaftliches, sondern eine Art staatlich-genossenschaftliches Eigentum. Der industrielle Charakter der Wirtschaft eines Landes und die staatliche Hilfe an die Genossenschaften beschleunigen die Umwandlung des genossenschaftlichen Eigentums in Volkseigentum. Je niedriger der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung eines Landes ist, desto schneller werden offensichtlich die Unterschiede zwischen Arbeitern und Bauern überwunden.

Die quantitativen Unterschiede in der Klassenstruktur der sozialistischen Länder wirken sich nicht nur auf das Tempo aus, in welchem die Klassenunterschiede verschwinden. Man darf nicht vergessen, daß in den meisten sozialistischen Ländern die Kollektivierung vor verhältnismäßig kurzer Zeit, vor 5 bis 9 Jahren, erfolgte und daß viele Bauern, obwohl die Bauernschaft dieser Länder ihrer objektiven ökonomischen Lage nach eine sozialistische Klasse geworden ist, in ihrer Mentalität und Ideologie noch kleinbürgerliche Züge aufweisen. Sogar dort, wo die Übergangsperiode schon abgeschlossen ist, bestehen recht beträchtliche Unterschiede im Bewußtsein der Arbeiter und der Bauern. So gab es, nach Angaben von J. Oschawkow, im Jahre 1964 in Bulgarien unter den Arbeitern 24,42 % Gläubige, unter den Bauern jedoch noch 46,67 %. (1) Nach Abschluß der Kollektivierung übt also die Bauernschaft, obwohl sie ihrer Lage nach jetzt eine sozialistische Klasse ist, anfänglich noch einen gewissen kleinbürgerlichen Einfluß auf die Arbeiterklasse aus. Das Ausmaß dieses Einflusses hängt natürlich weitgehend vom Anteil der Arbeiter und Bauern an der Gesamtbevölkerung ab. Dies gilt es in der Politik zu berücksichtigen.

In dem Maße, wie sich die sozialistischen Länder ökonomisch entwickeln, wie sie sich aus Agrar- in Industrie-Agrar- bzw. Industriestaaten verwandeln, verringert sich selbstverständlich der Anteil der Bauernschaft. So sank der Anteil der Bauern in der UdSSR von 1939 bis 1966 von 44,61 auf 24,6 %; in Rumänien verringerte sich der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten von 1950 bis 1959 von 73,8 auf 69 %. In Bulgarien ging der Anteil der Bauernschaft von 1952 bis 1958 von 53,3 auf 49,5 % zurück, in Polen betrug er 1960 47 % gegenüber dem Vorkriegsstand von 65 %, in Ungarn verringerte er sich von 1960 bis 1963 von 35,5 auf 30 %.

Es wäre jedoch verfehlt, daraus abzuleiten, daß der Anteil der Bauernschaft und überhaupt der in der Landwirtschaft beschäftigten Bevölkerung im Endergebnis in allen sozialistischen Ländern völlig gleich sein wird. Dieser Rückgang vollzieht sich in den einzelnen Ländern unterschiedlichem Tempo. Interessante Gedanken dazu äußerte der bulgarische Ökonom S. Staikow: "In dem Zeitraum von 1952 bis 1956 gingen die Zuwachsraten der Stadtbevölkerung zurück, und die Anzahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten verringerte sich langsamer. Diese Erscheinung ist sowohl auf die Festigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften als auch auf den Einfluß der internationalen Arbeitsteilung zurückzuführen. Die allgemeinen Interessen des sozialistischen Wirtschaftssystems und die internationale sozialistische Arbeitsteilung machen es erforderlich, daß sich unser Land auf die Produktion einiger intensiver Agrarerzeugnisse wie Obst, Gemüse, Weintrauben, Tabak usw. spezialisiert. Daran sind auch wir selbst interessiert. In welchem Tempo sich die verschiedenen Zweige entwickeln, hängt in starkem Maße von den Beziehungen zu anderen Ländern des sozialistischen Lagers ab. Schneller entwickeln sich jene Zweige der Landwirtschaft und Industrie, die in die internationale Arbeitsteilung einbezogen sind... In unserem Land sind also die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Stadt und Dorf, zwischen Industrie und Landwirtschaft, und die Arbeitsteilung zwischen ihnen eng mit der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung verbunden und befinden sich in Anhängigkeit von ihr." (2) Es ist also zu erwarten, daß in den Ländern, wo für bestimmte Zweige der Landwirtschaft günstige Bedingungen vorhanden sind (die oben erwähnten Zweige in Bulgarien, die Viehzucht in der Mongolei, der Zuckerrohranbau in Kuba usw.), der Anteil der Land-

1 NOWO WREMJE, 1964, Heft 5, S. 63 (bulgar.).

2 S. Staikow: GESELLSCHAFTLICHE ARBEITSTEILUNG UND ARBEITSKRÄFTEWANDERUNG IN DER VRB, Sofia 1962, S. 70/71 (bulgar.).

bevölkerung, vor allem der Bauernschaft, etwas höher sein wird als in der entsprechenden historischen Periode in den anderen sozialistischen Ländern und daß hier die Arbeitskräfte langsamer in die Stadt abwandern werden. Alle sozialistischen Länder entwickeln sich zu Industrie- oder Industrie-Agrar-Staaten, in denen die Zahl der Arbeiter und Angestellten höher sein wird als die Zahl der Bauern, doch bleiben bestimmte Unterschiede im Verhältnis zwischen Arbeitern und Bauern erhalten.

II

Ein entscheidender Aspekt des Problems des Allgemeinen und Besonderen in der Klassenstruktur der sozialistischen Länder ist die Frage, welche Ähnlichkeiten und welche Unterschiede es zwischen den sozialen Hauptgruppen dieser Länder gibt.

Die führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft ist die Arbeiterklasse. Die spezifischen Merkmale der Arbeiterklasse resultieren daraus, daß sie mit dem sozialistischen Volkseigentum an den Produktionsmitteln verbunden ist, daß sie bei der Organisation der gesellschaftlichen Arbeit im ganzen Land die führende Rolle spielt und daß sie ihr Arbeitseinkommen in der Form von Lohn und zu einem großen Teil aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält. Diese Merkmale kennzeichnen die Arbeiterklasse in allen sozialistischen Ländern. Charakteristisch für die Arbeiterklasse aller sozialistischen Länder ist auch ihr schnelles quantitatives Wachstum sowie die ständige Erhöhung ihres kulturell-technischen Niveaus und ihres Bewußtseinsstandes. Auch verbessert sich in allen Ländern des Sozialismus der Lebensstandard der Arbeiter in raschem Tempo. Im Vergleich zu 1950 stieg das Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten bis zum Jahre 1967 in der CSSR auf mehr als das Anderthalbfache, in der DDR auf das 3,5fache, in Ungarn fast auf das Doppelte, in Bulgarien auf das 2,6fache, in Rumänien etwa auf das 3,5fache und in der UdSSR auf das 2,5fache.

Die Unterschiede in der Arbeiterklasse der verschiedenen sozialistischen Länder berühren nicht die Lage der Arbeiterklasse, sondern ihre innere Struktur, ihre verschiedenen Schichten.

Eine besondere Schicht innerhalb der Arbeiterklasse bilden beispielsweise in allen sozialistischen Ländern die Landarbeiter, die in den Sowchosen, den Staatsgütern, den Volksgütern, den Maschinen-Traktoren-Stationen und in anderen staatlichen Landwirtschaftsbetrieben beschäftigt sind. Ihr Anteil an der gesamten Arbeiterschaft machte 1959 in der UdSSR 10,8 und in Rumänien 11,2 % aus. In den übrigen sozialistischen Ländern (mit Ausnahme von Kuba) sind 5 -12 % aller Arbeiter Landarbeiter. In Kuba ist diese Schicht bedeutend größer, hier ist fast die Hälfte aller Arbeiter in der Landwirtschaft beschäftigt. Diese Schicht der Arbeiter unterscheidet sich von den städtischen Arbeitern dadurch, daß sie eine individuelle Nebenwirtschaft besitzt. Dadurch steht sie der Bauernschaft nahe.

In einigen Ländern (DDR, CSSR und Polen) bilden die auf dem Dorf wohnenden Industriearbeiter eine besondere Gruppe. Ein Teil von ihnen ist Mitglied der Produktionsgenossenschaften. Häufig arbeitet die Frau in der Produktionsgenossenschaft und der Mann im Betrieb, oder die Eltern sind Mitglied der Produktionsgenossenschaft, während die erwachsenen Kinder im Betrieb arbeiten. Ein anderer Teil der Industriearbeiter, die auf dem Lande wohnen, besitzt kleine Grundstücke. Diese Landstücke sind derartig winzig und verstreut, daß es sinnlos wäre, sie zu vergesellschaften, 1962 besaßen in der CSSR 540 000 Einwohner Parzellen unter 0,5 ha (im Durchschnitt 0,28 ha pro Familie). 13 % der polnischen Arbeiterschaft sind sogenannte "Chlopy-Arbeiter". (3) Diese Arbeiter, die Einzelbauernfamilien angehören, verbinden ihre Arbeit in Betrieben, also im sozialistischen Sektor, mit der Tätigkeit in der Privatwirtschaft. Solche kleinen Privatwirtschaften wirken sich natürlich auf die ganze Lebensweise und Mentalität der Arbeiterklasse aus.

In der CSSR, wo es ebenfalls derartige Schichten und Gruppen gibt, stellt sich das Problem des Verhältnisses zwischen Stadt und Land etwas anders dar. 1964 machte der Anteil der Arbeiter an der Stadtbevölkerung 53,9 %, ihr Anteil an der Landbevölkerung 55,9 % aus, d.h., im Dorf war der "Arbeitercharakter" stärker ausgeprägt als in der Stadt. Nur 24,6 % der Landbevölkerung waren in der Landwirtschaft beschäftigt. (4) Daher stellt sich hier im Vergleich zu den übrigen sozialistischen Ländern das Problem von Stadt und Land in sozialer Beziehung etwas anders dar: Es ist weniger das Problem des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Bauern als das Problem der Beziehungen zwischen städtischen Arbeitern einerseits und den auf dem Dorf lebenden Industriearbeitern sowie den Landarbeitern und Bauern anderseits.

Das Zusammenleben von Arbeitern und Bauern auf dem Dorf hatte in der CSSR ziemlich unerwartete Resultate. Unter diesen Bedingungen fallen die Unterschiede im Leben der Arbeiter und Bauern stärker auf als in anderen Ländern. Außerdem führt die Errichtung von Industriebetrieben in den Dörfern dazu, daß die Abwanderung aus der Landwirtschaft in die Industrie nicht mit Wohnungsproblemen verbunden ist, die es bei der Übersiedlung in die Stadt gibt. Infolgedessen ging ein bedeutender Teil der Jugend in die Industrie. 1960 waren 57,8 % aller Mitglieder von Produktionsgenossenschaften älter als 46 Jahre. Die Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft in die Industrie, die in der ganzen Welt vor sich geht, nahm hier, wie tschechoslowakische Wissenschaftler schreiben, besonders krasse Formen an und gefährdete die Entwicklung der Landwirtschaft. Infolgedessen mußte die Beseitigung der Unterschiede zwischen Stadt und Land forciert werden. So macht sich in der Politik und in den Klassenbeziehungen die Besonderheit der Tschechoslowakei – der industrielle Charakter des Dorfes – bemerkbar.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der Arbeiterklasse, in dem sich die einzelnen sozialistischen Länder voneinander unterscheiden, sind die Quellen, aus denen sich die Arbeiterklasse formiert. Wie soziologische Untersuchungen in verschiedenen Gebieten der UdSSR ergeben haben, stammen in der UdSSR etwa die Hälfte (45 - 60 %) aller Arbeiter aus der Bauernschaft, 5 - 10 % aus Angestelltenfamilien, der übrige Teil kommt aus der Arbeiterklasse. Unter den Arbeitern im Alter bis zu 20 Jahren beträgt der Anteil der Bauernkinder jedoch nur etwa 20 %. Folglich hört in der UdSSR die Bauernschaft jetzt auf, Hauptquelle für die Bildung der Arbeiterklasse zu sein. In den Ländern der Volksdemokratie waren in der Übergangsperiode ehemalige Angehörige der Ausbeuterklassen eine der Quellen für die Auffüllung der Arbeiterklasse. Von 1948 bis 1959 "entfiel etwa ein Viertel des Zuwachses der Arbeiterklasse auf ehemalige Kapitalisten". (5)

In Polen waren 1962 44,5 % aller Industriearbeiter Kinder von Arbeitern und 32,8 % ehemalige Angehörige bürgerlicher und kleinbürgerlicher Schichten. (6) Daher gibt es auch jetzt noch unter den Arbeitern volksdemokratischer Länder viele ehemalige Angehörige der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums, und längst nicht alle diese Arbeiter haben sich sozialistisches Bewußtsein angeeignet.

---

3 Vgl. S. Widerszpil: TEORIA KLAS SPOLECZNYCH, Warschau 1965, S. 95.

4 STATISTICKA KOCENKA CSSR, Prag 1964, S. 74.

5 "Zakladni teoreticke otazky vystavby socialismu a komunismu ve svete vysledku spolecenskych ved", Prag 1962, NCAN, S. 355.

6 Vgl. A. Sarapata: STUDIA NAD UWARSTWIENIEM I RUCHLIWOSCIA SPOLECZNA W POLSCE, Warschau 1965, S. 68.

Der Anteil dieser Personen unter den Arbeitern ist in den einzelnen sozialistischen Ländern unterschiedlich. Er hängt vor allem von dem Tempo ab, in welchem sich die Arbeiterklasse in der Übergangsperiode erweitert hat: Dort, wo auch früher die Industrie entwickelt war (in der DDR und der CSSR), ist der Anteil der Arbeiterkader größer; dort, wo sich die Industrie faktisch erst in der Periode der Volksherrschaft zu entwickeln begann, stammen natürlich wesentlich mehr Arbeiter aus nichtproletarischen Schichten.

III

Die zweite soziale Hauptgruppe der sozialistischen Gesellschaft ist die Bauernschaft. Die Grundmerkmale der Genossenschaftsbauern sind in den einzelnen Ländern gleich: das Verhältnis der Bauern zum genossenschaftlichen Gruppeneigentum und zum persönlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Doch während es zwischen der Arbeiterklasse der verschiedenen sozialistischen Länder keinerlei Unterschiede in der Sphäre der Produktionsverhältnisse gibt, ist das bei der Bauernschaft nicht der Fall. In dieser Beziehung bestehen einige Unterschiede, die damit zusammenhängen, daß sich das genossenschaftliche Eigentum in diesen Ländern auf verschiedenen Entwicklungsstufen befindet. Dies betrifft insbesondere die Bodenbesitzverhältnisse. In der UdSSR und der MVR ist der Boden Volkseigentum, in der KVDR und der SRR ist er genossenschaftliches Eigentum, in einer Reihe anderer sozialistischer Länder gilt er als Privateigentum der Bauern. In dieser zuletzt genannten Ländergruppe kann man zwei Untergruppen unterscheiden. Zur ersten gehören die Länder, in denen das juristische Eigentum der Bauern an Grund und Boden faktisch noch durch die Rente wirksam wird, die für das in die Kollektivwirtschaft eingebrachte Land gezahlt wird. So werden in Ungarn 25 % und in der DDR mindestens 20 % der zu verteilenden Geldeinkünfte für die Bodenanteile ausgezahlt. In den ungarischen Genossenschaften zum Beispiel erhält ein ehemaliger Kleinbauer von 100 Forint Einkünften 37,5 Forint für Arbeitsleistungen und 8 Forint für den eingebrachten Boden, ein ehemaliger Mittelbauer 37,5 Forint für Arbeitsleistungen und 17 Forint für das Land, d.h., bei gleicher Leistung macht das Einkommen des ersten 45,5 Forint und des zweiten 54,5 Forint aus. (7) Es gibt hier also noch bestimmte soziale Unterschiede zwischen den ehemaligen Mittelbauern und Kleinbauern, und die juristischen Unterschiede im Bodenbesitz wirken sich ökonomisch aus.

In anderen Ländern (beispielsweise in Bulgarien nach dem Abschaffen der Rente im Jahre 1963) wird das Privateigentum an Land praktisch schon nicht mehr wirksam. Trotzdem sind die bulgarischen Genossenschaften und die sowjetischen Kolchosen noch nicht ein und dasselbe. Der bulgarische Soziologe N. Stefanow schreibt hierzu: "Mit der Abschaffung der Rente hat sich bei uns der Boden faktisch in gesellschaftliches, in Kollektiveigentum verwandelt, obwohl er juristisch noch Eigentum der Bauern ist. Dieser Umstand bewirkt in unserem Land eine gewisse Modifizierung in der Entwicklung der Kollektivwirtschaften, besonders unter den Bedingungen des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus. Vor allem der Umstand, daß sich der Boden bei uns in den Genossenschaften in kooperatives und nicht in Volkseigentum verwandelt hat, läßt erkennen, daß man in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe die bulgarischen Genossenschaften nicht mit den Kolchosen identifizieren darf." (8)

---

7 Vgl. SOZIALISTITSCHESKIJE PREOBRASOWANIJA W SELSKOM CHOSJAISTWE JEWROPEISKICH STRAN NARODNOI DEMOKRATII, Moskau 1963, S. 217.

8 DER AUFBAU UND DIE ENTWICKLUNG DER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT IN BULGARIEN, Sofia 1962, S. 101 (bulgar.).

Eine weitere wichtige soziale Gruppe der sozialistischen Gesellschaft ist die Intelligenz. Im Sozialismus ist die überwiegende Mehrheit der Intelligenz ebenso wie die Arbeiterklasse mit dem Volkseigentum verbunden. In keiner Gesellschaft bildet die Intelligenz eine eigene Klasse, denn das Verhältnis ihrer verschiedenen Gruppen zu den Produktionsmitteln entspricht dem Verhältnis der einzelnen Klassen zu den Produktionsmitteln. Hinsichtlich der kapitalistischen Gesellschaft wurde dies in jener Diskussion überzeugend nachgewiesen, die in den Jahren 1960 und 1961 in der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" geführt wurde. Wir sind der Auffassung, daß es sich in der sozialistischen Gesellschaft analog verhält.

Die Intelligenz der sozialistischen Länder besteht überwiegend aus Spezialisten, die in den Jahren der Volksmacht aufgewachsen sind. In Polen waren es 1963 90 % aller Hochschulkader, in Bulgarien 86,6 %. Unter sozialistischen Bedingungen wird besonderes Augenmerk darauf gerichtet, Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien zum Studium zu delegieren (in Bulgarien sind 64 % der Studenten Kinder von Arbeitern und Bauern, in der UdSSR 60 %).

Aber das heißt nicht, daß es hier schon keinerlei Probleme mehr gibt. Nur in der UdSSR existiert das Problem der neuen und der alten Intelligenz faktisch nicht mehr. In den anderen Ländern ist noch ein Teil der alten bürgerlichen Intelligenz vorhanden; viele ehemalige Bourgeois wurden zu Spezialisten, und nicht alle von ihnen haben sich mit dem Verlust ihrer Privilegien abgefunden.

Außerdem wird durch die Hochschulen in bestimmtem Maße die alte Intelligenz "reproduziert". In der CSSR gab es 1964 unter den Studenten nur 46,2 % Kinder von Arbeitern und Bauern und in Polen ungefähr 50 %. Die übrigen Studenten sind also in der Regel Kinder ehemaliger Bourgeois und der alten bürgerlichen Intelligenz. Die antisozialistische Einstellung dieser Gesellschaftsschichten wird durch die imperialistische Propaganda sowie durch die äußere und "innere" Emigration genährt und spiegelt sich bisweilen im Bewußtsein und in der Verhaltensweise eines bestimmten Teils der Intelligenz und der Studenten wider. Es war daher kein Zufall, daß im Jahre 1968 in einzelnen sozialistischen Ländern ein Teil der Intellektuellen und Studenten an antisozialistischen Aktionen teilnahm. Ein dringendes Erfordernis des sozialistischen Aufbaus besteht folglich darin, die soziale Zusammensetzung der Studentenschaft zu regulieren sowie die politische und ideologische Arbeit unter der Intelligenz zu verstärken.

Ihrem Wesen nach ist also die Sozialstruktur der sozialistischen Länder einheitlich. Auch die Tendenzen ihrer Veränderungen sind gleich. Die Unterschiede in der Klassenstruktur betreffen nur Zweitrangiges und Details; die Unterschiede in den Entwicklungstendenzen beziehen sich lediglich auf das Tempo, die Formen und die Methoden der Durchführung der sozialökonomischen Maßnahmen sowie auf die Besonderheiten der Entwicklungsstufe des betreffenden Landes.

Diese Unterschiede können sich allerdings mitunter ziemlich lange erhalten und den Aufbau des Sozialismus und Kommunismus beträchtlich beeinflussen.

Die Erfahrung lehrt, daß der Klassenkampf innerhalb eines Landes mit dem Beginn des Aufbaus der entwickelten sozialistischen Gesellschaft nicht vollständig verschwindet. Obwohl es in dieser Zeit schon fast keine oder überhaupt keine Ausbeuterklassen und in den meisten sozialistischen Ländern auch kein Kleinbürgertum mehr gibt, versucht die imperialistische Reaktion mit allen Mitteln, die bürgerliche Ideologie der ehemaligen Kapitalisten und eines Teils der alten Intelligenz sowie kleinbürgerliche Vorurteile der heutigen oder ehemaligen Kleinbürger auszunutzen und einen Klassenkampf zum Sturz der Volksmacht künstlich zu entfachen. Außerdem führen die recht komplizierte soziale Struktur der Be-

völkerung sowie die heterogene soziale Herkunft der Arbeiterklasse und der Intelligenz dazu, daß bürgerliche und kleinbürgerliche Theorien in die Arbeiterklasse und sogar in ihre Partei eindringen und opportunistische Abweichungen hervorbringen, die in den meisten Fällen die Form des Nationalismus annehmen. Der Abschluß der Übergangsperiode in diesem oder jenem Land darf daher keine Sorglosigkeit aufkommen lassen. Bei der Festlegung der Politik der kommunistischen Parteien müssen alle Besonderheiten der Sozialstruktur jedes Landes berücksichtigt werden.

N.A. Aitow

kürbiskern

LITERATUR · KRITIK · KLASSENKAMPF

kürbiskern 4/71

Martin Sperr	–	**Olympio – eine Legende**
Heinz Rabbow	–	**Globalstrategie unterm Olympiadach**
Franz Nitsch	–	**Zwischen Olympismus und Antiolympia**
Uwe Timm	–	**Sport in der Klassengesellschaft**
Klaus Waller	–	**Sportpolitik in der BRD**
Prof. Edelfried Buggel	–	**Freizeit und Erholungssport in der DDR**
Oskar Neumann	–	**Deutsche Selbstdarstellung**
V.H. Brandes	–	**BRD-Presse und Mexiko '68**

Säuberung: Astel, Kipphardt und andere
Dokumentation eines Verfassungsbruchs: Bremer Senat gegen Professor Holzer

kürbiskern 3/71

Fernseh-Heft

kürbiskern 2/71

Junge Generation – alte Ordnung

Herausgeber: Walter Fritzsche, Friedrich Hitzer, Oskar Neumann, Conrad Schuhler, Hannes Stütz
Redaktion: KÜRBISKERN, v. Damnitz Verlag · 8 München 13 · Hohenzollernstraße 144 · Telefon 0811/303783
Erscheint vierteljährlich: Dezember, März, Juni, September
Einzelheft DM 4.80. Jahresabonnement DM 16.– zuzüglich Porto
Bestellungen über Verlag oder Buchhandel

Diskussion, Besprechung

Georg Landwirth

Der bürgerliche Konvertit und sein eigener Revisionismus

> "Und jener 'Revisionismus von links' . . . paßt sich ebenfalls dem Marxismus an, indem er ihn korrigiert: (Sie) appellieren auf Schritt und Tritt vom falsch verstandenen Marx an den richtig verstandenen Marx." (1)

Auf den folgenden Seiten werden verschiedene Darlegungen der "Politischen Ökonomie des Sozialismus" (2) zusammengefaßt und der Revisionismus-Kritik des "Philip Neumann" (3) gegenübergestellt. Dieser Artikel, an gleicher Stelle schon kritisiert (4), bietet die bisher ausführlichste Darlegung jenes "antirevisionistischen" Konsensus, der die verschiedenen Zirkel und Splittergruppen eint. (5)

Die folgenden Zusammenfassungen erheben nicht den Anspruch, das Material zu bieten, anhand dessen die Diskussion über die Wirtschaftsreformen im Sozialismus stattfinden kann, – wohl aber versuchen sie, den Hinweis auf dieses Material zu geben. Es handelt sich um die Kenntnisnahme unaufgebbarer Inhalte, die in der gängigen linkssektiererischen Polemik durchweg vernachlässigt werden.

---

1 Lenin: MARXISMUS UND REVISIONISMUS, AUSGEWÄHLTE WERKE Bd. I, Berlin 1965, S. 90.

2 POLITISCHE ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS UND IHRE ANWENDUNG IN DER DDR, Berlin 1969, in der Folge zitiert als POL. ÖKON. D. SOZ.

3 Philip Neumann (Pseud.): "Der 'Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation'. Zur Kritik der politischen Ökonomie des Sozialismus und ihrer Anwendung in der DDR", in: KURSBUCH 23, Berlin 1971, S. 96 - 142. Die Seitenangaben im Text beziehen sich durchgehend auf diesen Artikel.

4 V. Gransow: "Konkrete Analyse, präzise Begriffe oder gewöhnlicher Antikommunismus," in: SOPO 11, S. 109 - 111.

5 Nachdem der "Kommunist" Neumann den Revisionismus der DDR "rücksichtslos entlarvt" (142) hat, findet dies in der "Programmatischen Erklärung" der sich selbst zur KPD ernennenden KPD/AO seine Fortsetzung. Vgl. RPK 126/127, dort – wie allermeist – ohne jeglichen Begründungszusammenhang: "Unter den Bedingungen der Wiedereinführung kapitalistischer Wirtschaftsmethoden in der DDR, in deren Folge sich der Klassengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat wieder voll herausbilden und die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse zunehmen wird, werden die besonderen politischen und ökonomischen Bedingungen in der DDR die selbständige Organisierung der Arbeiterklasse unter Führung einer selbständigen revolutionären Partei und die Eröffnung der Klassenkämpfe mit dem Ziel der Revolution zur Folge haben müssen". Daß "unter dem Joch des sowjetischen Sozialimperialismus . . . auch die anfänglichen Errungenschaften, vor allem auf dem Gebiet der sozialen Versorgung der Werktätigen, wieder abgebaut werden" (ebd), dürfte selbst für das theoretische Niveau dieser "KPD" ein schlechter Witz sein.

Neumanns Versuch, die Theorie der SED an der Wirklichkeit zu messen, scheitert daran, daß die Wirklichkeit in seine Theorie nicht Eingang findet. In der Auseinandersetzung über das Wesen der sozialistischen Übergangsperiode gelangt man so zur Kritik der Erscheinungsformen kleinbürgerlichen Konvertitentums: Moralismus, Voluntarismus und Eklektizismus.

Zur moralisierenden Anwendbarkeit politökonomischer Kategorien

a) Die mißglückte Aneignung der marxistischen Theorie

Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR ist jene Form des Eigentums, die auf Kosten ausgebeuteter fremder Arbeit entsteht, beseitigt und das sozialistische Prinzip des Erwerbs nur auf der Grundlage der Arbeitsleistung eingeführt. Das kommunistische Prinzip "Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen" kann nur auf der Grundlage dieser Übergangsperiode eingeführt werden, in der, von den Schranken der kapitalistischen Widersprüche befreit, der gesamtgesellschaftliche Fonds zur Befriedigung gemeinschaftlicher Bedürfnisse wächst. (6)

Gegenüber der kapitalistischen Aneignungsweise, die auf dem Antagonismus zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung beruht, der den Antagonismus Kapital-Arbeit hervorbringt (7), handelt es sich im Sozialismus um die "historisch höhere, überlegenere Art und Weise der Aneignung . . . Der kommunistischen Aneignungsweise gegenüber ist die sozialistische Aneignung eine niedere Art der Aneignung, aber eben die einzig mögliche, . . . solange die Arbeit unmittelbar entscheidende Grundlage des gesellschaftlichen Reichtums bleibt." (8)

Das sozialistische Aneignungsgesetz (9) muß sich in der Gliederung des Aneignungsprozesses widerspiegeln, "hinsichtlich der realen Gliederung der gesellschaftlichen Bedingungen und Voraussetzungen der Produktion und nach der realen Gliederung der gesellschaftlichen wie individuellen Bedürfnisse und ihrer Befriedigung." (10) An dieser Stelle, im Zuge der Darlegung der gesellschaftlichen Aneignung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes, bezieht sich die politökonomische Theorie der SED auf die zentralen Ausführungen in der "Kritik des Gothaer Programms" (11):

6 Vgl. den Duktus der wichtigen Stelle in Marx: KAPITAL III, MEW 25, S. 828, nach der die gemeinschaftliche Kontrolle und rationelle Regelung des Stoffwechsels mit der Natur noch ein "Reich der Notwendigkeit" genannt wird, solange "das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist", andauert. "Jenseits desselben beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Reich der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühn kann. Die Verkürzung des Arbeitstags ist die Grundbedingung". Vgl. W. S. Wygodski: DIE GESCHICHTE EINER GROSSEN ENTDECKUNG, Berlin 1970, bes. S. 143 - 154.

7 Vgl. Marx, Engels: MEW 4, S. 475: "Das moderne bürgerliche Privateigentum ist der letzte und vollendetste Ausdruck der Erzeugung und Aneignung der Produkte, die auf Klassengegensätzen, die auf der Ausbeutung der einen durch die anderen beruht."

8 POL. ÖKON. D. SOZ., S. 250 f.

9 Ausformuliert in: POL. ÖKON. D. SOZ., S. 250.

10 A. a. O., S. 251 f.

11 MEW 19, S. 18 f.

> vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt "ist abzuziehen: Erstens: Deckung zum Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel. Zweitens: zusätzlicher Teil für Ausdehnung der Produktion. Drittens: Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereignisse etc. . .
> Bleibt der andere Teil des Gesamtprodukts, bestimmt, als Konsumtionsfonds zu dienen. Bevor es zur individuellen Teilung kommt, geht hiervon wieder ab:
> Erstens: die allgemeinen, nicht direkt zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten. Dieser Teil wird von vornherein aufs bedeutendste beschränkt im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und vermindert sich im selben Maß, als die neue Gesellschaft sich entwickelt.
> Zweitens: was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen etc. Dieser Teil wächst von vornherein bedeutend im Vergleich zur jetzigen Gesellschaft und nimmt im selben Maß zu, wie die neue Gesellschaft sich entwickelt.
> Drittens: Fonds für Arbeitsunfähige etc. . . Erst jetzt kommen wir . . . an den Teil der Konsumtionsmittel, der unter die individuellen Produzenten der Genossenschaft verteilt wird."

Darauf bezogen, lassen sich die Glieder des gesellschaftlichen Aneignungsprozesses entwickeln (12): Von dem gesamten, in einem bestimmten Zeitraum durch die Gesellschaft erzeugten Produkt (Bruttoprodukt P) werden zunächst die Beträge für die eingesetzten, verbrauchten und wieder zu erneuernden Produktionsmittel E abgezogen; aus dem verbleibenden Nettoprodukt N werden a) die Mittel für die Erweiterung der materiellen Produktionsgrundlagen A entnommen, b) die Erzeugnisse zur Erhaltung und Erweiterung der gesellschaftlichen Fonds (Bildung, Altersversorgung etc.) Fg gesellschaftlich und c) die Produkte für die individuelle Bedürfnisbefriedigung der produktiv Tätigen individuell angeeignet, Fi. (Fi = N – (A + Fg). (13)

Die "Revisionismuskritik" vom Schlage Neumanns verläuft nun erstens über eine Revision der marxistischen Aussagen über Aneignung und Produktion und zweitens über eine Verfälschung der politökonomischen Aussagen der SED:

> "Die DDR-Theoretiker haben, um die neuen Produktionsverhältnisse seit der Wirtschaftsreform zu erklären, theoretisch zu untermauern und zu rechtfertigen, den B e g r i f f der Aneignung neu gefaßt, "weiterentwickelt". Das sozialistische Eigentum wird jetzt nicht einfach als juristisches Eigentum verstanden, das dem Staat Eingriffsmöglichkeiten in den Wirtschaftsprozeß gibt, sondern als ein Prozeß der Aneignung. Unter Aneignung wird nicht mehr nur die individuelle Aneignung von Produkten verstanden, sondern der gesamte gesellschaftliche Reproduktionsprozeß und seine Struktur." /123/

Zunächst ist es zu merkwürdig, daß der angeblich "weiterentwickelte, neugefaßte Rechtfertigungs"-Aneignungsbegriff tatsächlich der Marxsche ist, und daß Marx augenscheinlich sich gegen Auffassungen wandte, in denen Aneignung mit der "individuellen Aneignung von Produkten" allein identifiziert wurde:

> "Alle Produktion ist Aneignung der Natur von seiten des Individuums innerhalb und vermittels einer bestimmten Gesellschaftsform. In diesem Sinn ist es Tautologie, zu

12 Vgl. zum folgenden POL. ÖKON. D. SOZ. S. 252 ff.

13 Der Begriff des "individuell angeeigneten Produkts", dessen Geldform der Lohn ist, steht für den bisherigen Begriff des "Produkts für sich", da dieser Begriff "seiner qualitativen Bestimmung nach zu wenig die neue Qualität der gesellschaftlichen Determiniertheit zum Ausdruck bringt." Vgl. POL. ÖKON. D. SOZ., S. 254, Anm. 54.

sagen, daß Eigentum (Aneignen) eine Bedingung der Produktion ist. Lächerlich aber ist es, hiervon einen Sprung auf eine bestimmte Form des Eigentums, z.B. das Privateigentum, zu machen." (14)

Als Scheidewand zwischen Kapitalismus und Sozialismus gilt nicht die Vorstellung von Produktion und Reproduktion, (also nicht das "Lohnarbeiterbewußtsein auf der Seite der Arbeiter" bzw. die "Interessen der Geschäftsleitungen" als "Charaktermasken des gesellschaftlichen Kapitals", aus denen Neumann den Kapitalismus in der DDR herleitet /125/), sondern der tatsächliche, politökonomisch zu beschreibende Ablauf: Auf der einen Seite Akkumulation des Kapitals, Kapitalisierung des Mehrwertes im Interesse der Profitmaximierung, Machtgewinnung mittels des privat angeeigneten Produktes über die Produzenten; – auf der anderen Seite Akkumulation der gesellschaftlichen Fonds im Interesse der Entwicklung aller Gesellschaftsmitglieder.

Mittels der Negierung solch grundlegender Faktoren unterstellt Neumann, nachdem er Marx die Verfälschung des Neumannschen Aneignungs-Begriffes vorgeworfen hat, drei völlig verselbständigte Interessenebenen, über die sich das ganze kapitalistische Gesellschaftsensemble unter sozialistischem Anstrich wieder herstellen soll:

Der Werktätige habe Lohnarbeiter-Bewußtsein; "die Kollektive" seien durch "die Form des Lohns individualisiert und atomisiert" /114/; der Betrieb habe "Interesse an möglichst hohem Gewinn und niedrigen Lohnkosten" /123/; der Staat habe "Interesse an maximalem Produktionszuwachs" (ebd.) (Wessen Agent ist dieser Staat nun eigentlich ? Schwebt er in der Luft ? Ist er vielleicht doch Springers Sowjet-Satrapie ?) Der Staat "bekommt eine wachsende Rolle zugeschrieben" /106/, zugleich sinkt sein Einfluß auf die Betriebe, deren "Selbständigkeit wächst" /130/. Fürwahr ein dialektischer Staat !

b) Neumanns "atomisierte Kollektive"

Allerdings ermangelt Neumanns Argumentation jeglicher Stringenz, so daß der Versuch, seinen Ausführungen zum Lohn zu folgen, die Aufgabe bedeutet, in Widersprüchlichkeiten einen Sinn zu finden: Einerseits sei zwar Leistungslohn eine "vorübergehende Notwendigkeit", er könne "aus ersichtlichen Gründen nicht voluntaristisch beseitigt werden"; die "Entlohnung nach der Leistung" sei mit Marx "ein Fortschritt" /113/ (15). Zugleich wirft er der SED vor, die individuelle Aneignung gemäß der Arbeitsleistung eben als Fortschritt zu sehen, der gegenüber der höheren kommunistischen Produktion ein "Mißstand" sei, nicht aber als ein undialektisch zu fassendes "Übel". Schließlich ginge es der SED, der Partei der "wissenschaftlichen Intelligenz", "gar nicht mehr um die Entlohnung von Leistung", sondern um den "ökonomischen Anreiz zur Qualifizierung als Kriterium der Lohnhöhe" /115/.

Auf der einen Seite spricht er undifferenziert vom "Lohn", an dessen Senkung die Betriebsleitung interessiert sei /123, 125/, vom Lohn als Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft, ("man geht in die Fabrik, um seine Arbeitskraft zu verkaufen, um den Lebensunterhalt zu verdienen" /125/), – andererseits kommt er nicht umhin, die gesellschaftlich festgelegten "Normative für Gewinnbildung, Gewinnverwendung und Lohnfonds" /125/ zur Kenntnis zu nehmen. Über alle diese, seine eigene Argumentation sprengenden Widersprüche redet er hinweg, geleitet von dem festen Willen, in den sozialistischen Produktionsverhältnissen nur bürgerliche Verhältnisse zu sehen. (16) So beklagt er aber am Ende den Revisionismus – nicht der SED, sondern den seiner eigenen Projektionen.

Zunächst ist davon auszugehen, daß in qualitativer Differenz zum Kapitalismus das Arbeitseinkommen unter sozialistischen Produktionsverhältnissen nicht mehr Preis der Ware Arbeitskraft ist. Bestimmt durch das sozialistische Aneignungsgesetz, "nimmt jeder Werktätige am gesellschaftlichen Konsumtionsfonds je nach Menge und Qualität der von ihm für die Gesellschaft geleisteten Arbeit teil." (17) Nicht mehr die Reproduktionskosten der Arbeitskraft, an die der Lohn im Kapitalismus erst durch die Kämpfe der Arbeiterklasse angenähert werden muß, bilden die Grundlage für das Arbeitseinkommen; . . . "in welchem Maß und Tempo sich der Lohn entwickelt, hängt ab von der Produktivität der geleisteten Arbeit und von der nach objektiven Gesetzmäßigkeiten und Erfordernissen vorgenommenen Aufgliederung des Nationaleinkommens in den Akkumulations- und Konsumtionsfonds." (18)

Das Arbeitseinkommen, gegliedert in seine beiden Hauptbestandteile, den Arbeitslohn und die Prämie, soll hauptsächlich in einem dialektischen Prozeß die Übereinstimmung zwischen den persönlichen Interessen der einzelnen Werktätigen, der Betriebskollektive und den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen vermitteln. Rahmenbedingungen und konkrete Formen der Entlohnung und Prämiierung werden zwischen der Regierung, den gewerkschaftlichen Organen und Leitern der Produktionseinheiten vereinbart. Der Betrieb hat also eine planmäßig festgesetze Lohnsumme zu reproduzieren, "einschließlich des durch die kollektive Leistung erwirtschafteten Lohnzuwachses bei gleichzeitiger Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft." (19)

Insoweit der Arbeitslohn unmittelbarer Kostenfaktor im Betrieb ist (20), soll "die Senkung der Lohnkosten pro Erzeugnis durch die Senkung des Aufwands an Arbeitszeit zur

---

14 Marx: ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Einleitung, MEW 13, S. 619.

15 Der erschreckende Voluntarismus seiner Argumentation macht sich – über seine Identifikation von Stücklohn im Kapitalismus und Erwerb nach Arbeitsleistung im Sozialismus hinaus – darin offenkundig, daß einerseits "im Kapitalismus die Form des Lohnes den Klassencharakter der Gesellschaft verschleiert" (112), andererseits der Leistungslohn im Sozialismus den kapitalistischen Charakter der Klassenverhältnisse in der DDR sichtbar machen soll (114, 126 u.ö.).

16 In diesem DDR-Bild wird "die Produktion als eingefaßt in von der Geschichte unabhängigen ewigen Naturgesetzen dargestellt, bei welcher Gelegenheit dann ganz unter der Hand bürgerliche Verhältnisse als unumstößliche Naturgesetze der Gesellschaft in abstracto untergeschoben werden." Marx: MEW 13, S. 618.

17 POL. ÖKON. D. SOZ., S. 809. Die folgende Darstellung bezieht sich auf das Kapitel "5.2.8. Materielle und ideelle Interessiertheit und die Gestaltung des Arbeitseinkommens", POL.ÖKON.D.SOZ., S. 803-816.

18 A. a. O., S. 809 f.

19 A. a. O., S. 810.

20 Hierauf bezieht sich die Argumentation bei Neumann (125), der in seiner Polemik gegen "schärfere Arbeitsmethoden und genauere Arbeitsplatzbewertung" vergißt, daß Lenin "das letzte Wort des Kapitalismus in dieser Hinsicht, das Taylorsystem" dialektisch auffaßte und übernahm. Vgl. "Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht", AUSGEWÄHLTE WERKE, Berlin 1965, Bd. II, S. 753

Herstellung der Erzeugnisse erreicht werden und nicht durch die Senkung des Lohnes der Werktätigen." (21)

Über den Lohn sollen die Werktätigen ihren Anteil an den gesellschaftlichen Gesamtergebnissen realisieren; zugleich soll der Arbeitslohn auf die Erfüllung der den Werktätigen unmittelbar übertragenen Aufgaben orientieren. Mittels staatlicher Kennziffern wird – statt früher üblichen starren Vorgaben der Lohnfonds – auch der während eines Planzeitraumes zulässige Lohnzuwachs geplant. Wird der nach diesem Normativ zulässige Lohnfonds überschritten, so werden die Mittel des Prämienfonds in entsprechender Weise gekürzt.

Während also der Lohn planmäßig festgesetzt ist und sich kontinuierlich entwickelt, schwanken die Prämien entsprechend den Betriebsergebnissen. Der Prämienfonds ist – im Unterschied zum Lohnfonds – Bestandteil der Gewinnverwendung. Hier entscheiden Betriebe und Kombinate weitgehend eigenverantwortlich. Mittels der Prämiierung einzelner Werktätiger und der Arbeitskollektive soll die Mitverantwortung der Werktätigen als Eigentümer der Produktionsmittel für den betrieblichen Reproduktionsprozeß bewußt gemacht werden.

Da Neumann die Betriebsleitungen als "die eigentlichen 'Besitzer' der Produktionsmittel" /125/ ansieht, (erstaunlicherweise unterstellt er der "offiziellen Ideologie der DDR" die Meinung, "die große Mehrheit der Werktätigen besitze keine Produktionsmittel" /133/) kommt er zur kapitalismuskonformen Vorstellung, der Prämienfonds sei ein "trügerischer Versuch, die Arbeiter an den Betrieb zu binden, wie bei der 'Gewinnbeteiligung' in kapitalistischen Ländern" (ebd.) Trügerisch ist der Versuch, so den Kapitalismus im Sozialismus zu entdecken, da alles an der falsch verstandenen Erscheinung festgemacht ist und das Wesen der Verhältnisse darüber vernachlässigt wird. (22)

Neumann zitiert einen Satz über "Basislöhne" /114/, identifiziert sie (obwohl nur im Zusammenhang mit der komplexen Automatisierung in ausgewählten Betrieben gebildet) (23), mit "höheren Löhnen überhaupt und sieht "die Hoch- und Fachschulkader, die wissenschaftliche Intelligenz, die Basis der neuen Staatsbourgeoisie" als Geldraffer am Werk. Dabei vergißt er mitzuteilen, daß es sich um ein I n s t r u m e n t zur "Stimulierung der Arbeit mit neuer Technik, der damit verbundenen Erhöhung der Qualifikation und der Leistungssteigerung auf der Grundlage eines höheren Produktivitätsniveaus" handelt und übersieht den auf der gleichen von ihm zitierten Seite zu findenden Satz:

21 POL. ÖKON. D. SOZ., ebd. Entsprechend kann das Engagement der sozialistischen Brigaden in der Rationalisierung und Automatisierung zumindest für Westberliner fast täglich im DFF verfolgt werden.

22 Er "glaubt eine große Entdeckung zu machen, wenn er der Enthüllung des inneren Zusammenhanges gegenüber darauf pocht, daß die Sachen in der Erscheinung anders aussehen. In der Tat, er pocht darauf, daß er an dem Schein festhält und ihn als letztes nimmt. Wozu dann überhaupt eine Wissenschaft ? " (Marx: "Brief an Kugelmann vom 11. 7. 1868", MEW 32, S. 553)
Da Neumann seine Behauptung, "die Klassenverhältnisse werden sich . . . verschärfen, weil in der Praxis der DDR der Betriebsprämienfonds in zunehmendem Maße nicht für die Masse der Arbeiter ausgegeben wird, sondern an die technische Intelligenz" (126) ohne Beleg anbietet, bleibe sie auch ohne Widerlegung.

"Mit der fortschreitenden Mechanisierung und Automatisierung werden in zunehmendem Maße individuelle Formen der Entlohnung mit Formen kollektiver materieller Interessiertheit verbunden oder ausschließlich kollektive Entlohnungsformen angewandt."

Neumann sieht – sorgfältig wie immer referierend – nur die "Bestechung der Werktätigen durch die materiellen Anreize zu dem politischen Ziel hin" /114/ und vermißt die "politischen", die "ideellen Stimuli". Nicht so die tatsächliche Theorie der SED: Entsprechend den sozialistischen Moralnormen sollen materielle u n d ideelle Interessen "einheitlich herausgebildet" (24) und mittels eines umfangreichen Katalogs öffentlicher Wertschätzung und Kritik zum Ausdruck gebracht werden. "Die intensive Weiterbildung, die Teilnahme an der Neuererbewegung, die erfolgreiche Arbeit in sozialistischen Brigaden" entstehen auch durch "moralische Erwägungen, vom Wunsch nach gesellschaftlicher Anerkennung und Wertschätzung" geleitet.

Die Suche "nach einem korrekten System der Entlohnung nach Arbeitsleistung /116/ in der chinesischen Produktionsbrigade von Dadschai wird seitenlang referiert; gleichzeitig wirft Neumann der DDR das gegenwärtige Stadium in dieser Aneignungsform vor. Dabei sondert er (nicht der von ihm zitierte Text) wieder "das ideologische Bewußtsein" von den materiellen Bedingungen ab und vergißt, daß "sich die Idee schon immer blamiert hat, wenn sie sich nicht mit dem Interesse verband" (Marx). Der Rekurs auf chinesische Modalitäten zum Beweis des Revisionismus etwa der DDR stellt eine der üblichen Vernachlässigungen der Dialektik von Allgemeinem und Besonderem dar. Der Schäferhund (der Sozialismus in der DDR) sei kein Hund, da er nicht wie der Bernhardiner (der Sozialismus in der chinesischen Volkskommune) aussieht.

c) Die "bürgerliche Planung"

Unter den Bedingungen sozialistischer Planwirtschaft erhält die "wirtschaftliche Rechnungsführung", die "Buchführung als Kontrolle und ideelle Zusammenfassung des Prozesses" bei gleichzeitiger Entwicklung der sozialistischen Demokratie durch die "Arbeiterkontrolle" (25) primäre Bedeutung. Da im Sozialismus kein antagonistischer Widerspruch zwischen notwendigem Produkt und Mehrprodukt besteht, das Mehrprodukt vielmehr im Interesse der Produzenten verteilt wird, liegt die Produktion unter geringstmöglichem Aufwand im Interesse der Produzenten, der Aneigner des gesellschaftlichen Reichtums. (26)

"Die Höhe des Mehrproduktes, dessen wesentliche Erscheinungen z. B. der Nettogewinn, die Nettogewinnabführung usw. sind, . . . ist entscheidend sowohl für das künftige Niveau der gesellschaftlichen Reproduktion . . . als auch für die Entwicklung des individuellen Einkommens der Werktätigen." (27) Normative Nettogewinnabführung und eigenverantwort-

23 POL. ÖKON. D. SOZ., S. 814. Folgende Zitate ebd.

24 Wie das folgende Zitat a.a.O., S. 805.

25 Lenin: "Die nächsten Aufgaben", WERKE Bd. 27, S. 244; Marx: KAPITAL Bd. II, MEW 24, S. 137.

26 Vgl. zum Folgenden: POL. ÖKON. D. SOZ., Kapitel 5.2.2. "Das entwickelte System der wirtschaftlichen Rechnungsführung im Betrieb und Kombinat" und Kapitel 5.2.7. "Kosten, Umsatz, Gewinn und Preis in der planmäßigen Wirtschaftsführung sozialistischer Betriebe und Kombinate", S. 747 - 761 u. S. 793 - 802. .

27 A. a. O., S. 748.

liche Verwendung des Nettogewinns durch Betriebe und Kombinate sind Elemente des dialektischen Zusammenhangs von "sozialistischer Planwirtschaft als zentraler staatlicher Planung in untrennbarer Verbindung mit der Eigenverantwortung der sozialistischen Warenproduzenten auf der Grundlage des staatlichen Plans" (28). Die Erhöhung des Nettogewinns, für die Leiter der Produktionseinheit u n d Werktätige verantwortlich sind, geschieht hauptsächlich durch die Senkung der Selbstkosten (Steigerung der Arbeitsproduktivität, aber auch Qualitätsverbesserung, Produktion neuer Erzeugnisse etc.). "Planung und Entwicklung der Preise bleiben fest in der Hand des Staates . . . , die Preise werden dort ausgearbeitet, wo die größte Sachkenntnis besteht." (29) Soweit der Verfasser sieht, besteht ein Element der Wirtschaftsreform in diesem Zusammenhang darin, daß "bisher perspektivische Bewertungen in der Regel zu unveränderlichen Preisen erfolgten", während jetzt der sozialistische Staat "Grundsätze und Methoden der Preisbildung sowie die planmäßige Entwicklung der Industriepreise festlegt" und gleichzeitig "die Eigenverantwortung" der Produktionseinheiten "bei der Preisbildung, -bestätigung und -kontrolle gestärkt wird." Der daraus sich ergebende gesamte Systemzusammenhang kann hier nicht wiedergegeben werden. Zu bemerken ist jedoch, daß "bei der konsequenten Durchführung der Industriepreisplanung im ökonomischen System des Sozialismus" es darauf ankomme, zu verhindern, "daß Betriebe, die ihre planmäßige Kostensenkung nicht erreichen ihre Ertragsausfälle durch Manipulationen wettmachen. Es ist ein Grundsatz . . . , daß Verluste dort ausgewiesen werden müssen, wo sie entstehen und daß die Betriebe, die sie verursacht haben, sie auch selbst tragen müssen." (30)

Es ist kaum noch nötig, zu erwähnen, daß Neumann, der als "Kommunist" ja die Existenz der gesamtgesellschaftlichen Aneignung in der DDR leugnet, in den "Geschäftsleitungen . . . kapitalistische Manager" sieht, deren "Ziel es ist, den Anteil des gesellschaftlichen Produktionsfonds, über den s i e (gesperrt vom Verf.) verfügen, möglichst hoch zu verwerten" /125/. Er postuliert Manipulationen aller Art (Preiserhöhung, Verringerung der Nettogewinnabführung, Verschlechterung der Qualität, vor allem aber Lohnsenkung. /124 f./) Hauptsächlich sieht er a) "die Produktion von relativ luxuriösen Produkten, die sich die Masse der Bevölkerung nicht leisten kann", bedingt durch "die effektive Nachfrage aus hohen Einkommen" /130/ der "Staatsbourgeoisie" (31) und b) "alle Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise" im "Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert im 'Ökonomischen System des Sozialismus' " /124/.

Da Neumann im Gegensatz zu Marx (32) Kapitalismus mit Warenproduktion identifiziert

28 A. a. O., S. 684. Diese zentrale Formulierung läßt zwar Neumann (110) eine "Ähnlichkeit" mit "den Ideen Mao Tse-tungs" vermerken; dennoch verkürzt er (120 und passim) den Zusammenhang in seiner Argumentation konsequent auf "Eigenverantwortung als Warenproduzenten".

29 POL. ÖKON. D. SOZ., S. 798. Folgende Zitate ebd.

30 A. A. O., S. 800.

31 Die kostenlose Altbau-Wohnungsrenovierung für Hunderttausende in Berlin-DDR ist noch ein Luxus, allerdings nur für die sanierungs-vertriebenen Einwohner westdeutscher Städte. Nach "Aktuelle Kamera" vom 9. 7. 71.

32 KAPITAL I, MEW 23, S. 532: "Die kapitalistische Produktion ist nicht nur Produktion von Ware, sie ist wesentlich Produktion von Mehrwert." Vgl. zum folgenden auch M. W. Breuer, "Warenproduktion und Sozialismus", SOPO 13, s. oben.

und s e i n e n Kapitalismus in allen Erscheinungsformen der sozialistischen Planwirtschaft wiederfindet, gilt ihm auch die Aufhebung des antagonistischen Widerspruchs von Gebrauchswert und Wert ("Der Betrieb ist am Wert interessiert, an dem, was für ihn an Geld herausspringt" /ebd./ (33) nur als "formale, technische 'Überwindung' dieses Widerspruchs. Sie betrifft die reibungslose Durchführung der Reproduktionsprozesse, das Vermeiden von Stauungen und Krisen, läßt jedoch das Interessenproblem, das Klassenproblem" nach seiner Auffassung "unberührt. Es handelt sich um bürgerliche Planung" /ebd./.

Tatsächlich spricht man in der DDR durchgängig vom ökonomischen Zwang mittels der Ausnutzung des Wertes, um "den gesellschaftlichen Arbeitsaufwand zur Produktion materieller Güter einzuhalten und ständig zu senken" (34), aber nicht erst seit den Wirtschaftsreformen oder seit irgendwelchen "neuen Produktionsverhältnissen".

Schon vor der antirevisionistischen Phase seiner Biographie hätte "Philip Neumann" im 1954 erschienenen Lehrbuch der "Politischen Ökonomie" (Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Institut für Ökonomie), "das noch ganz auf der Linie der Stalinschen Ideen lag" (35), die von ihm jetzt inkriminierten Inhalte über "Warenproduktion, Wertgesetz und Geld" im Sozialismus nachlesen können. Das Wesen des Eigentums, das der Warenproduktion und der Warenzirkulation zugrunde liegt, verändert sich im Stadium des Sozialismus. Solange es noch nicht möglich ist, zum einheitlichen kommunistischen Eigentum an den Produktionsmitteln und zur kommunistischen Verteilung nach Bedürfnissen überzugehen, "nutzt die sozialistische Gesellschaft die Ware-Geld-Beziehungen im Bereich der Produktion und der Verteilung der Arbeitsprodukte aus . . . Um also die Besonderheiten der Warenproduktion . . . im Sozialismus zu verstehen ist es notwendig, die konkreten Formen der Ware-Geld-Beziehungen zu untersuchen, die den im Sozialismus bestehenden Formen des Eigentums an den Produktions- und Konsumtionsmitteln entspringen." (36)

Wie schon vorher, stützt Neumann auch hier seine Kritik der Produktionsverhältnisse einzig mit Argumenten aus dem Konsumtionsbereich: Es sei "in der Annäherung des Konsummodells der revisionistischen Länder an das des Westens ersichtlich", wie "das Wertgesetz durch die Ausdehnung der Warenproduktion auf alle Bereiche der Produktion zunehmend eine regulierende Funktion ausübt. Der Plan vollzieht dann nur noch das, was auch durch den Markt – mit größeren Reibungen und Umwegen – vollbracht worden wäre." /130/

Nun gilt für jeden Marxisten, daß politökonomische Kategorien, wie auch Markt, Warenproduktion und Wertgesetz,

33 Dabei verwechselt Neumann ständig den Wert als rein gesellschaftliche Eigenschaft der Arbeitsprodukte, solange sie Waren sind, mit der von ihm unterschiedenen, konkreten Form der Wertform oder dem Tauschwert.

34 POL. ÖKON. D. SOZ., S. 266.

35 Fr. Röll: "Zur Wirtschaftsentwicklung und ökonomischen Diskussion seit der Oktoberrevolution", in: DAS ARGUMENT 39, 1966, S. 317. Das LEHRBUCH ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE wird im folgenden zitiert nach der 3. russischen Ausgabe, Berlin 1959 (Moskau 1958).
Röll referiert im o. a. Aufsatz ausführlich den Gang politökonomischer Diskussion und Praxis in der UdSSR; – nach seiner Darstellung ein Weg von "Subjektivismus und Voluntarismus" in der Wirtschaftspolitik zur Anerkennung ökonomischer Gesetze im Sozialismus, zum "Durchbruch der Rationalität" (a. a. O., S. 315, 316, 320).

36 POLITISCHE ÖKONOMIE, LEHRBUCH, S. 581 f.

"wie selbst die abstraktesten Kategorien, trotz ihrer Gültigkeit – eben wegen ihrer Abstraktion – für alle Epochen, doch in der Bestimmtheit dieser Abstraktion selbst ebensosehr das Produkt historischer Verhältnisse sind und ihre Vollgültigkeit nur für und innerhalb dieser Verhältnisse besitzen." (37)

Neben den Faktoren, daß Arbeitskraft, Boden und Bodenschätze und Produktionsanlagefonds nicht mehr zur Ware werden können, gilt hauptsächlich:

"Die Bewegungsformen des Austauschprozesses können erstmalig geplant werden, der Markt wird ein geplanter Markt, da infolge des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln konkrete und abstrakte Arbeit zwei Seiten des unmittelbaren gesellschaftlichen Charakters der Arbeit sind. Die Verwandlung von Ware in Geld auf dem Markt ist deshalb nicht mehr die Bewegung des antagonistischen Widerspruchs der Verwandlung von Privatarbeit in gesellschaftliche Arbeit, sondern von unmittelbar gesellschaftlicher Arbeit einer Form, worin sie nicht vergleichbar ist, in miteinander vergleichbare unmittelbar gesellschaftliche Arbeit." (38)

Ist der antagonistische Widerspruch zwischen Gebrauchswert und Wert im Sozialismus aufgehoben, so existiert doch eine Vielzahl von nichtantagonistischen Widersprüchen (39), die wesentlich sich auf den treibenden Widerspruch der sozialistischen Gesellschaft – den zwischen dem erreichten Stand in der Organisation von Produktion und Reproduktion und den wachsenden gesellschaftlichen Bedürfnissen – zurückführen lassen und zu deren Lösung "rationelle Entscheidungen und bewußtes Handeln der Werktätigen erforderlich sind." (40)

---

37 Marx: KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Einleitung, a. a. O., S. 269 f. Allerdings ist – hinsichtlich der Gültigkeit der Kategorien "für alle Epochen" – anzumerken, daß in der Theorie des Übergangs vom Sozialismus zum Kommunismus ökonomische Gesetze, die den Sozialismus mit vorhergehenden Gesellschaftsformationen verbinden (wie Ware-Geld-Beziehung etc.), als "spezifische" Gesetze des Sozialismus sich mit "allgemeinen" Gesetzen des Sozialismus-Kommunismus (wie gesellschaftliches Eigentum, gesamtwirtschaftliche Planmäßigkeit, solidarische und gleichberechtigte Beziehungen der Werktätigen) überlagern. Vgl. dazu: W. Müller: GESELLSCHAFT UND FORTSCHRITT, Berlin-DDR 1966; J. Behrens: "Zur Philosophie der Geschichte in der DDR", in: DAS ARGUMENT 52, S. 224-250.

Nicht nur "Stalin war der Meinung, daß es im Sozialismus Waren gibt" (120), er brauchte auch keine besonderen "Gründe" dafür anzuführen, "warum denn auch in diesem Sektor noch die Wertform vorherrscht" (121). Marx, Engels, Lenin (und Stalin) betonten eben, daß es "keine Warenproduktion überhaupt" (Lenin: WERKE Bd. I, S. 127) gibt, daß die Ware zwar die einfachste und allgemeinste Form der kapitalistischen Produktion ist, das Wesen des Kapitalismus aber in der Warenbeziehung des grundlegendsten Produktionsverhältnisses, des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Kapitalisten, liegt. "Nach Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise, aber mit Beibehaltung gesellschaftlicher Produktion, bleibt die Wertbestimmung vorherrschend in dem Sinn, daß die Regelung der Arbeitszeit und die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit unter die verschiedenen Produktionsgruppen, endlich die Buchführung hierüber, wesentlicher wird denn je." Marx: KAPITAL III, MEW 25, S. 859.

38 POL. ÖKON. D. SOZ., S. 270.

39 Zu deren Aufzählung vgl. a. a. O., S. 274.

40 Ebd.

In der konkreten Ausarbeitung und praktischen Durchsetzung dieser allgemeinen politökonomischen Bestimmungen betrat die SED geschichtliches Neuland. Es stand zu erwarten, daß "linke" Kritiker demgegenüber an einigen ausgewählten Zitaten der marxistischen Klassiker stehenbleiben und von dieser Position aus den Revisionismus-Vorwurf erheben würden. Allerdings wiederholt Neumann klassische Fehlleistungen der kleinbürgerlichen Kritik in der Vernachlässigung der Dialektik von Politik und Ökonomie. Er trifft auf Politökonomie, auf die materialistische Beschreibung der Bewegung der gesellschaftlichen Basis und möchte doch so gerne "Politik" haben. Das "Kapital" gilt ihm als moralisierende Einführung in die Bosheit des Kapitalismus.

Es handelt sich bei den von ihm mißverstandenen Zusammenhängen allerdings auch um Politik, in der dialektischen Einheit von Produktion und Reproduktion als bestimmenden Faktor des gesellschaftlichen Lebens und Primat der Politik der organisierten Arbeiterklasse. (41)

---

41 Vgl. Lenin: "Noch einmal über die Gewerkschaften . . .", AUSGEW. WERKE Bd. III, S. 591 - 628. Häufig werden nur eklektisch herausgerissene Sätze, nicht aber die ganze Schrift der Diskussion zum "Primat der Politik", bzw. zur "Theorie der Produktivkräfte" zugrunde gelegt.

Diese Bücher werden Sie mehr als einmal lesen

Joan Robinson
Der neue Merkantilismus
Gegenwartsprobleme der Wettbewerbstheorie und der staatlichen Wirtschaftsplanung
ca. 240 S., geb. ca. DM 28,–

Wladimir I. Lenin
Die ersten Dekrete der Sowjetmacht
aus dem Russischen, 200 Seiten, geb. DM 18,–

Aleksander Anciskin und Nikolai Solovev
Wirtschaftsprojektion der Sowjetunion
Struktur und Methoden, 120 Seiten, geb. DM 15,–

Herwig Roggemann
Die Gesetzgebung der sozialistischen Staaten
Loseblattwerk in Sammelordnern
Subskr. DM 0,20, N.P. 0,25 pro Seite

Herwig Roggemann
Die Staatsordnung der Sowjetunion
Gesetztexte, 296 Seiten, DM 25,–

Herwig Roggemann
Die Sowjetverfassung
Text und Analyse, 68 Seiten, kart. DM 6,–

Menschen in der Sowjetunion
200 künstlerische Bilder 23 x 30
von Menschen in Alltagssituationen DM 38,–

Boris Grusin
Freizeit als Problem
Empirisch-soziologische Untersuchung in der Sowjetunion, Bulgarien, Polen und Ungarn
184 Seiten, geb. DM 28,–

Sergej von Podolinsky
Rußland vor der Revolution
Die agrarsoziale Lage und Reformen
240 Seiten, geb. DM 28,–

Documents on the Arab-Israel-Conflict
The resolutions of the UNO
Preface Prof. Dr. Wengler
208 p., cloth. DM 20,–

BERLIN VERLAG, 1 Berlin 33, Ehrenbergstr. 29, Tel.: 0311-769 1069

Lenin beschreibt das "Vergessen des Marxismus, das sich in einer theoretisch falschen, eklektischen Definition des Verhältnisses von Politik und Ökonomie äußert . . . Um einen Gegenstand wirklich zu kennen, muß man alle seine Seiten, alle Zusammenhänge und 'Vermittlungen' erfassen und erforschen". (42)

Neumann aber verlangt es ständig nach einer "Politik" der "Brandmarkung", der "rücksichtslosen Kritik der Massen" /127/, nach einer "Umstülpung der historischen Kontinuität" /122/, wie entsprechend die gesamte Aufhebung der ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus für ihn "ein technokratisches Instrument" bedeutet, "das einige Krisenerscheinungen, wie sie unter dem Kapitalismus üblich sind, beseitigen soll." /133/

Während Marxisten von den verschiedenen ökonomischen Gesellschaftsformationen als je "niedriger" oder "höher" sprechen, werden bei Neumann die politökonomischen Kategorien zu moralischen Begriffen (43): Der Sozialismus als die einzige Gesellschaftsformation mit schlechtem Gewissen.

Während in der "Politischen Ökonomie des Sozialismus" (44) betont wird, daß "stets und ständig die ideologische Arbeit mit dem Prozeß der progressiven Veränderung der gesellschaftlichen Praxis zu verbinden" sei und es für "grundfalsch" gehalten wird, "fehlerhafte Erscheinungen in der Praxis allein mit Appellen an das Bewußtsein überwinden zu wollen, ohne zugleich . . . die Ideen . . . auf die positive Gestaltung der Aneignungsbeziehungen gemäß der objektiven Gesetzmäßigkeit zu konzentrieren", setzt Neumann an alle im Sozialismus auftretenden (oder von ihm unterstellten) Widersprüche nur seinen isolierten, undialektischen "Politik"-Begriff an, kennt er nur den Appell, nur das "Bewußtsein" und vor allem die "revolutionäre" Politik. So spielt sich bei ihm alles in der Phrase ab, was im Sozialismus in der Dialektik von Entfaltung der materiellen Basis und Revolutionierung des Bewußtseins geschieht. (45)

---

42 Lenin, a. a. O., S. 600, 614. Vgl. dazu: R. Sieber/G. Söder: "Politik und Ökonomie", in: EINHEIT 4/71, S. 447 - 455.

43 Die Wertform wird "verharmlost" (121), die Aneignung nach Arbeitsleistung ist ein "Übel" (114), zur fortgeschrittenen Technologie verhält man sich nur unter "Skrupeln" (132) u. a.

44 POL. ÖKON. D. SOZ., S. 259.

45 Neumann leistet allerdings fast die vollständige Aufzählung des Argumentationskranzes linkssektiererischer "Revisionismuskritik": So wirft er der DDR auch die "Fetischisierung der westlichen Technologie" (132) vor. Seinem Purismus tut es keinen Abbruch, daß es, wie er selbst feststellt, "keine von den Produktionsverhältnissen losgelösten Produktivkräfte" gibt: "in den ehemals sozialistischen Ländern" scheint wohl kein Sozialismus mehr verfügbar zu sein, der die Technologie nicht-kapitalistisch anwenden könnte. Nach alledem wird auch Marx (KAPITAL I, MEW 23, S. 465) für ihn nicht gelten, nachdem "die von der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie untrennbaren Widersprüche . . . nicht existieren, weil sie aus der Maschinerie selbst erwachsen, sondern aus ihrer kapitalistischen Anwendung." Aber vielleicht hilft es Neumann noch, bei Stalin zu erfahren, daß "diese primitive, anarchistische Auffassung" die z. B. Eisenbahnen in "bürgerliche" und "proletarische" unterteilt, "nichts mit Marxismus zu tun hat." (Stalin: MARXISMUS UND FRAGEN DER SPRACHWISSENSCHAFT, München 1968, S. 35.)

Ein Brief

Anstelle einer Besprechung von "Ausgewählte Reden, Aufsätze und Beschlüsse der 'KPD'-Aufbauorganisation"

Liebes Redaktionskollektiv,

als ich versprach, Eurer Bitte, um eine Besprechung der "Ausgewählten Reden, Aufsätze und Beschlüsse der 'KPD'-Aufbauorganisation" zu erfüllen, unterschätzte ich die Schwierigkeiten, die diese Arbeit bot. Nicht, daß dies Buch nicht genügend Dumm- und Plattheiten, eine schon pathologische Überheblichkeit und pikante Maulhurereien enthielte, die das Unterhaltungsbedürfnis der SOPO-Leser sicher befriedigen würden – eine wirkliche Auseinandersetzung aber ist mit dieser 349 Seiten starken Sammlung nur schwer möglich.

Schon seit geraumer Zeit gibt es im ultralinken Zentralsumpf Westberlins jene ideologische "Stagflation", die durch geistige Stagnation bei gleichzeitiger Papier-Inflation gekennzeichnet ist. Hierzu gehören auch die "Ausgewählten Reden..." und die "Programmatische Erklärung" der "Kommunistischen Partei Deutschlands", wie sich die Anonymi von der "KPD/AO" seit Juli 1971 zu nennen belieben. Diese Sachen sind völlig abstrakt; eine Diskussion (und damit auch eine Rezension) ist meines Erachtens nur möglich innerhalb einer gründlichen Analyse der Studentenbewegung, um deren Nachgeburt es sich hier ja schließlich handelt (auch wenn "eine große Zahl bereits kommunistischer Arbeiter sich vom Revisionismus abgewandt hat und zur Mitarbeit ... bereit ist" – "Ausgewähltes", S. 3). Eine Karikatur in einer studentischen Zeitschrift zeigte die "KPD/AO" als Männchen, das einen Ballon namens "Kommunistischer Studenten-Verband" mit Hilfe einer Luftpumpe gewaltig aufbläht – genau das Gegenteil ist ja – im objektiven Sinne – richtig: Eine studentische Laienspielschar spielt Kommunistische Partei. Unter diesem Gesichtspunkt muß – wie ich meine – eine unter Westberliner Studenten ja nicht anhanglose Gruppe wie die "KPD" untersucht werden, eine nur "theoretische" Bloßstellung wie etwa die von Bischoff/Menard/Krätke in der SOPO 10 reicht da allein noch nicht aus.

Immerhin lassen sich aus der Lektüre der "KPD"-Veröffentlichungen einige allgemeine Kennzeichen dieser Schriften entnehmen, die ich Euch nicht vorenthalten will: Zunächst ist da eine grundsätzliche N e b e l h a f t i g k e i t , die Texte sind absolut unhistorisch . So wird eine Einschätzung der veränderten Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters nicht einmal versucht. Ein anderes Gebiet, das nicht untersucht wird, ist Westberlin. Obschon die Autoren in Westberlin leben und inzwischen Sprecher einer "nationalen Partei" – doch wohl der BRD – mit der "Gründung ihres zweiten Regionalkomitees im Gebiet Rhein/Ruhr" ("Programmatisches", S. 1) geworden zu sein vorgeben, stehen sie den Beziehungen BRD-Westberlin und den Besonderheiten Westberlins und der Westberliner Arbeiterklasse sprachlos vis-a-vis. Sie stellen – neben abstrakten Forderungen – lediglich fest, "daß der Kampf der Arbeiterklasse in der BRD und Westberlin die gleiche Hauptstoßrichtung erhält" ("Programmatisches", S. 14) – Donnerwetter! Die "laufenden Berlin-(!) Verhandlungen" bezeichnen sie als zwecklose "bürgerliche Geheimpolitik" ("Ausgewähltes", S. 234) – während der von der "KPD" vergötterte Mao sich mit Henry Kissinger vermutlich auf dem Tien-an-men-Platz vor Millionen Proletariern unterhielt. Bei den Auslassungen zum Thema Westberlin waren immerhin noch Ort und Zeit des von der "KPD" begutachteten Geschehens auszumachen, an anderen Stellen wird der von der "KPD" verur-

sachte Ide nnebel aber so dicht, daß man meint, eine Parodie auf eine KPD-Provinzzeitung von 929 zu lesen (die vielgeschmähte Studentenbewegung hatte trotz allem ein Gefühl dafü r, w a n n sie auftrat).

Das parodi tische Element, wohl aus dem Gegensatz zwischen realer Lumpenintelligenz und "prole arischer" Attitüde entstanden, hängt eng mit einem anderen Wesenszug zusammen: P olitik wird a l s S p i e l w i e s e betrieben. Die Parodie auf den Führungsanspruch de Kommunistischen Partei gerät so zum – nur großsprecherischen – Kommentar: "Die KPD (gemeint ist die "KPD") hat von Anfang an in den Tarifkämpfen der Chemie die fortschrittlichen Gewerkschafter unterstützt und angeleitet." ("Rote Fahne", Nr. 21, S. 10) Die Politik der Aktionseinheit erscheint als Sandkasten-Gerangel: "Überflüssig zu sagen, daß wir in einer Reihe von Fällen die anderen linken Organisationen in die Aktionseinheit schubsen mußten..." ("Ausgewähltes", S. 36).

GEWERKSCHAFTS–SPIEGEL

Die aktuelle Information und Dokumentation über das Gewerkschaftsgeschehen in der Bundesrepublik und im Ausland.

Ausführliche Berichte über Kongresse und Konferenzen, Interviews, Analysen und Kurzinformationen.

Der GEWERKSCHAFTS–SPIEGEL erscheint zweimal im Monat. Jedes Heft hat einen Umfang von 70-80 Seiten. Der Bezugspreis für zwei Ausgaben im Monat beträgt 10,– DM. Gewerkschaftsmitglieder, Lehrlinge und Schüler, die den Dienst privat bestellen, zahlen die Hälfte.

IM GLEICHEN VERLAG ERSCHIENEN:

Der umfassende Versuch einer theoretischen Standortbestimmung der Gewerkschaften heute.

SCHRIFTENREIHE KRITISCHE GEWERKSCHAFTSPOLITIK Band 1

Reinhard Crusius / Manfred Wilke
Elemente einer Theorie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus
Vorwort: Ernest Mandel
Kartoniert, 126 Seiten, DM 10,–.

Sonderheft GEWERKSCHAFTS–SPIEGEL
Fritz Vilmar
Mitbestimmung am Arbeitsplatz
Ein Beitrag zur basisdemokratischen Strategie
DM 5,–.

Bestellungen an: GEWERKSCHAFTS–SPIEGEL
Joachim Sieckmann, 1 Berlin 45, Unter den Eichen 84 e

Gelegentlich wird die "KPD" als "stalinistisch" oder "neostalinistisch" bezeichnet. Zuviel der Ehre; hier handelt es sich um einen D o g m a t i s m u s b e s o n d e r e r A r t. Zum Dogmatismus gehört begrifflich der Pragmatismus: Nicht die Theorie wird "in Anwendung auf die Praxis konkretisiert, sondern umgekehrt, die Prinzipien (werden) nach den – oft bloß vermeintlichen – Bedürfnissen der Praxis bis zur Vulgarisation vereinfacht" (Lukacs). Diese Beziehung ist im Fall "KPD" nicht gegeben. Eine soziale Notwendigkeit für den eklektizistischen Personenkult um Stalin, Mao Tse-tung und Kim Il-Sung gibt es nicht – in der FU-Mensa munkelt man ja, daß die mißverstandene Leutseligkeit eines nordkoreanischen Botschaftsangestellten die Ursache für die Verehrung Kims sein soll. (Und angesichts der Tatsache, daß die "KPD" auch sonst ihre Ansichten nicht begründet, kann das durchaus zutreffen). Buchstabengläubig und völlig unnötig werden Auffassungen aus der kommunistischen Weltbewegung vor 1956 bzw. vor dem VII. Weltkongreß unvermittelt übernommen – "Leninismus-Stalinismus" eignet sich nicht zur Opperette, diese Inszenierung bringt es nur bis zur Schmiere, würde der Theaterwissenschaftler vielleicht dazu sagen.

Während der Dogmatismus der "KPD" einen besonderen Charakter hat, ist ihr A n t i k o m m u n i s m u s nur eine durchschnittliche ultralinke Sumpfblüte, vornehmlich "antibürokratischer" Antisowjetismus, wie er seit etwa 50 Jahren auf dem Markt ist. Erwähnenswert ist nur, daß die "KPD" sich nicht scheute, am 13. August 1971 eine Gegendemonstration zu einer faschistischen Zusammenrottung zu veranstalten. (Spaßigerweise hielt die "National-Zeitung" die "KPD" für die illegale KPD der BRD – dieser Irrtum kann uns Westberliner Sektenforschern nicht passieren, denn laut "KPD" wurde die KPD "1956 vollends ... zerschlagen" – "Programmatisches", S. 14). Eine solche, als Demonstration f ü r die "revisionistische" Mauer erscheinende Veranstaltung – zeigt sich da nicht ein Widerspruch, wenn man bedenkt, daß die "KPD" bereits seit 1946 (!) den "überhandnehmenden Einflug kleinbürgerlich-revisionistischer Elemente in KPD und SED" ("Programmatisches", S. 13) eiskalt diagnostiziert hat? In der Tat – ein Widerspruch. Wenn die Sowjetunion "die Hauptgefahr für die internationale Arbeiterbewegung" ("Programmatisches", S. 13) ist – tja, dann ist es auch egal, ob durch Unruhen am 13.8. die Botschafter-Gespräche gestört werden. Der Widerspruch ist logisch, und die Logik ist reaktionär.

Gerade die kurz angeführten negativen Kennzeichen der "KPD"-Veröffentlichungen, sind – wie ich noch einmal betone – recht deutlich nur im Zusammenhang mit der Studentenbewegung zu interpretieren und würden, isoliert dargestellt, nur polemisch wirken und dadurch die rührend fleißigen Autoren wie auch ihre bedauernswerten Leser an einer wünschenswerten selbstkritischen Überprüfung ihrer Ansichten eher hindern. Also: Keine Rezension.

Für die "Ausgewählten Reden..." habe ich DM 8,– bezahlt (Quittung liegt bei). Gegen Erstattung des Betrages übersende ich Euch das Buch, vielleicht könnt Ihr es brauchen.

Mit freundlichen Grüßen!
Volker Gransow

P.S. Das traurige Niveau der "KPD"-Veröffentlichungen legt die interessante Frage nahe, ob die verfallende Kultur des staatsmonopolistischen Systems mit der ihr eigenen Tendenz zu Pornographie und Positivismus auch die Verfallserscheinungen des "Linken Radikalismus" mit umgreift – welch ein Abstieg von Gorter und Pannekoek zu den namenlosen Pseudo-Dogmatikern der "KPD".

aktuell rororo

Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten?
Herausgegeben von Norbert Gansel
rororo aktuell Band 1499/DM 3,80

Dr. Luc Jochimsen
Hinterhöfe der Nation — Die deutsche Grundschulmisere
rororo aktuell Band 1505/DM 2,80

Polen — ein Schauermärchen oder Gehirnwäsche für Generationen
Herausgegeben von Reinhard Strecker und Günter Berndt
rororo aktuell Band 1500/DM 3,80

Ulrich Ehebald
Patient oder Verbrecher? Strafvollzug provoziert Delinquenz. Gutachten zum Fall N.
Vorwort: Gerhard Mauz
rororo aktuell Band 1501/DM 3,80

Philip Berrigan
Christen gegen die Gesellschaft US-Priester im Gefängnis
rororo aktuell Band 1498/DM 3,80

Besprechung von Lavrov: "Die Pariser Kommune"

"Ausgrabungen vergessener Dokumente aus der Geschichte der sozialistischen Bewegung bedürfen umso mehr der Rechtfertigung, je willkürlicher neuerdings verschiedene Gruppen mit der revolutionären Tradition umspringen." /4/ Dieser Aussage Klaus Meschkats im Vorwort von P.L. Lavrov, "Die Pariser Kommune vom 18. März 1871", ist unbedingt zuzustimmen.

Meschkat sieht die Bedeutung des Buches von Lavrov nicht nur darin, daß es als Quellenliteratur bei nachträglicher Betrachtung und Analyse der Pariser Kommune herangezogen werden kann, sondern daß Lavrov, der "die Lehren der Kommune aus ihrer realen Situation ableiten" /7/ wollte, am Beispiel der Pariser Kommune die Probleme der proletarischen Revolution in einer Weise entwickelt, wie sie auch heute noch Gültigkeit besitzen. "Am Beispiel der Pariser Kommune entwickelt er die praktischen Probleme, an denen bis heute keine revolutionäre Gruppe vorbeikommt, die sich die Ablösung des Kapitalismus zum Ziel setzt." /13/

Ob dies zutrifft, muß sich bei einer genaueren Betrachtung des Konzepts revolutionärer Taktik erweisen, wie es bei Lavrov zu finden ist.

Lavrov selbst bestimmt sein Anliegen, das Ziel seines Buches folgendermaßen: "Ich bin weit davon entfernt, in meinem kurzen Abriß diese Kommune den revolutionären Sozialisten zur Anbetung zu übergeben. Ich habe bereits gesagt, daß mein Hauptziel ist, aus ihrer Entwicklung praktische Lehren zu ziehen. Deswegen werde ich mich bei der Darstellung der Ereignisse darauf beschränken, ihren Verlauf zu charakterisieren, und es wird unsere Aufgabe sein, daraus die Lehren für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen." /19/

Der Darstellung Lavrovs und seiner Kritik an der Pariser Kommune liegt ein bestimmtes Konzept revolutionärer Taktik zugrunde, an dem er die Fehler der Sozialisten in Frankreich mißt. Lavrov geht davon aus, daß der Erfolg der proletarischen Revolution, günstige Umstände vorausgesetzt, nur von zwei Bedingungen abhängt: "vom Grad der Vorbereitung der fortschrittlichsten sozialistischen Gruppen und von der heroischen Entschlossenheit der Teilnehmer an der revolutionären Arbeiterbewegung" /155 f/.

Da die zweite Bedingung, wie die sozialistische Bewegung in allen Ländern zeigt, immer schon erfüllt ist, bleibt die gute Vorbereitung schließlich einziges Kriterium für den Sieg des Proletariats. Diese Vorbereitung durch die sozialistischen Führer hat so auszusehen, daß zum Zeitpunkt der Revolution eine "f e r t i g e Organisation" und ein "f e r t i g e s politisches Aktionsprogramm" /174/ vorliegen. Allein mit Hilfe dieses Programms ist es möglich, die "praktischen Maßnahmen grundsätzlich mit den Aufgaben des proletarischen Sozialismus in Verbindung (zu bringen), um dann energisch im Namen dieser Prinzipien, als Anfang einer höheren sozialen Gerechtigkeit, den schwankenden Massen den praktischen Weg zu zeigen, welche in ihrem ausweglosen Kampf um die Existenz in keiner Weise verpflichtet waren, die Entscheidungen in diesen schwierigen Fragen, die eine Anwendung der theoretischen Prinzipien auf die gegenwärtige historische Situation voraussetzten, selbst zu fällen." /175 f/

Angewandt auf Frankreich bedeutet dies, daß die erste Maßnahme, die die Kommune sofort und entschlossen hätte ergreifen müssen, der ökonomische Umsturz gewesen wäre. "Nur ein entschlossener Umsturz, der die Proletarier ökonomisch sofort mit ihren früheren

1 Die Zahlen zwischen Querstrichen beziehen sich, soweit nicht anders angegeben, auf die Seitenzahlen von P.L. Lavrov: DIE PARISER KOMMUNE VOM 18. MÄRZ 1871, Berlin 1971.

Herren auf eine Stufe gestellt hätte, könnte eine gesunde Basis für den Aufbau eines politischen Ganzen abgeben, das die Revolution zum Nutzen des Proletariats verwirklichen würde." /95/ Überhaupt hätten die Maßnahmen der Kommune vom ersten Augenblick an konsequent sozialistischen Charakter besitzen müssen, um die Widersprüche, die in der Kommune auftraten, zu überwinden. "Wenn die Revolution offen als Revolution des Proletariats aufgetreten wäre und sich sofort zu einer Gemeinde der Arbeiterklasse organisiert hätte, in der sie nur solche Mitglieder aufnahm, die sich zur sozialen Revolution bekannten, diejenigen Elemente jedoch, die dem arbeitenden Proletariat feindlich waren, entschlossen aus ihren Reihen verbannte, so wäre damit auch die Frage nach dem Unterschied zwischen militärischer und bürgerlicher Macht beseitigt, ebenso wie die Ansprüche der Feinde der proletarischen Kommune auf Gleichheit, die ihnen als Bürger der aus verschiedenen Schichten sich zusammensetzenden Pariser Bevölkerung abgeblich zustand." /119/ Dann wäre auch gewährleistet gewesen, daß die Kommune nur aus Vertretern der Arbeiterklasse bestand, "welche entschlossen waren, die herrschende Klasse zu zerschlagen, und dies ihren Repräsentanten auch zur ersten Aufgabe gemacht und alle übrigen Aufgaben der Organisation diesem grundlegenden Kampf der Arbeit gegen das Kapital untergeordnet hätten, so hätte es keinen Streit über die Diktatur des Rates der Kommune oder das imperative Mandat, an das sie sich halten mußte, gegeben." /120/

Ausgehend von dieser Auffassung liegt der Hauptpunkt der Lavrovschen Kritik an den Sozialisten der Kommune und der Internationale in der Uneinigkeit der sozialistischen Gruppen und ihrer mangelhaften Vorbereitung. Daß die Sozialisten kein "Programm des ökonomischen Umsturzes" aufstellten und verwirklichten, "gerade darin besteht ja die Schuld der Sozialisten der Kommune, eine Schuld, welche die ihrer Gegner bei weitem übertrifft... Sie sahen, daß das Kaiserreich seinem Untergang entgegenging und die Stunde der Revolution näherkam. Sie wußten, daß diese Revolution, wollte sie gelingen, vor allem den ökonomischen Umsturz erforderte und daß sie sich mit ihren Gegnern auf keinerlei Geschäfte einlassen durfte. Doch sie waren nicht vorbereitet." /107/

Stellt Lavrov einerseits richtig fest, daß es nirgends eine Einheit gab, daß der Sozialismus für jeden etwas anderes bedeutete /vgl. 33/, daß die Mehrzahl der Mitglieder der Internationale in Frankreich sich noch nicht die "grundlegenden ökonomischen Prinzipien des Sozialismus" angeeignet hatte und schließlich "die Sorge um den Krieg und die patriotischen Unruhen zur Zeit der feindlichen Invasion und zur Zeit der Belagerung von Paris... die Probleme des proletarischen Sozialismus ganz in den Hintergrund treten" /31/ ließen, so kann er andrerseits diese Mängel selbst nicht erklären, sondern seine Kritik muß moralisch bleiben. Der falschen Taktik der Kommune stellt er eine bessere Idee gegenüber.

Die Probleme der proletarischen Revolution, die Frage nach dem Scheitern der Kommune reduzieren sich bei Lavrov auf die der guten Vorbereitung und der richtigen Führer, die es qua Idee, Prinzip und Programm schaffen, die Massen mitzureißen in das utopische Land der Freiheit und ökonomischen Gleichheit. Als materielle Bedingungen bleiben nur die jeweiligen, zufälligen politischen Umstände übrig.

Damit erweist sich Lavrov selbst als utopischer Sozialist, der der bestehenden eine bessere Wirklichkeit, der alten Ordnung einfach eine neue entgegensetzt. Sein Konzept revolutionärer Taktik zu befolgen, wäre gleichbedeutend damit gewesen, die Stellung des Proletariats entscheidend zu schwächen und die Kommune von vornherein dem Untergang preiszugeben; hätte die Kommune tatsächlich den ökonomischen Umsturz durchgeführt (die Frage wäre dabei noch: wie ?), was die Enteignung nicht nur der Kapitalisten, sondern auch der Kleinbürger und Bauern bedeutet hätte, so wäre sie in kürzester Zeit völlig isoliert gewesen; die Masse der Bevölkerung, die durch die politischen Umstände, Krieg, Kapitulation, kurz durch die konterrevolutionäre Aktion, erst die revolutionäre Errichtung der

Kommune ermöglicht hatte, hätte sich gegen die Diktatur des Proletariats aufgelehnt, das in Frankreich in der Mitte des 19. Jahrhunderts nur eine Minderheit bildete.

Da Lavrov vollkommen von der ökonomischen Struktur Frankreichs abstrahiert, Bestimmungen einer Klassenanalyse in keiner Weise in seine Darstellung bzw. in seine Konzeption der Taktik eingehen, kann für ihn auch die Frage der Bündnispolitik des Proletariats nicht zum Problem werden. Wenn aber der Kommunismus nichts ist als die wirkliche Bewegung und der wissenschaftliche Sozialismus der ideelle Ausdruck dieser Bewegung, des Zerfallsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft, so kann sich die Taktik der Kommunisten, die die Beschleunigung dieses Zerfallsprozesses zum Inhalt hat, nur aus dieser Bewegung selbst ableiten. In einem Land wie Frankreich in der Mitte des 19. Jahrhunderts, in dem die kapitalistische Produktionsweise zwar dominiert, das Kapitalverhältnis aber noch relativ schwach entwickelt ist, zwei Drittel der Bevölkerung aus Bauern bestehen, also die Mehrheit der Bevölkerung unter Bedingungen isolierter Arbeit produziert, das Proletariat selbst noch wenig entwickelt und kaum organisiert ist, stellen sich für die Kommunisten zwei Aufgaben; zum einen die Organisation des Proletariats voranzutreiben, den Desillusionierungsprozeß zu beschleunigen und zum anderen die Bauern als Bündnispartner zu gewinnen, die große Masse der Bevölkerung auf die Seite der Arbeiterklasse zu ziehen. Dies letztere kann aber nur geschehen, indem die demokratischen Forderungen der Bauern aufgenommen werden, um dann schrittweise unter der Führung des Proletariats die Emanzipation der Arbeit zu beginnen. Es gilt nicht qua Umsturz den Sozialismus einzuführen, sondern die politische Form des Gemeinwesens zu schaffen, in dem die Befreiung der Arbeit und damit auch des Proletariats sich vollziehen kann.

Gerade weil zur Zeit der Kommune die materiellen Bedingungen der Emanzipation des Proletariats noch fehlten, konnte es bei der Pariser Kommune von 1871 nicht darum gehen, einfach eine neue Ordnung an die Stelle der alten einzuführen durch einen quasi handstreichartigen ökonomischen Umsturz, sondern um die Entwicklung der materiellen Bedingungen der Befreiung der Arbeiterklasse. So schreibt Marx im "Bürgerkrieg in Frankreich": die Arbeiterklasse "weiß, daß, um ihre eigene Befreiung und mit ihr jene höhre Lebensform hervorzuarbeiten, der die gegenwärtige Gesellschaft durch ihre eigne ökonomische Entwicklung entgegenstrebt, daß sie, die Arbeiterklasse, lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen hat, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisiegesellschaft entwickelt haben." (MEW 17, 343) Insofern ist die Kommune "die politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte... Die Kommune sollte daher als Hebel dienen, um die

Greer
Marcuse
Nenning
Wir Männer sind Schweine
Aug./Sept. 1971
NEUES FORUM
Das NF ist eine internationale Zeitschrift engagierter Christen und Sozialisten
An NF-Vertrieb Duwe Bartning-Allee 16, Berlin 21 Museumstraße 5 A, 1070 Wien (Tel. 93 05 94)
Ich bestelle ☐ obiges Vierfachheft um DM 5.50, öS 35.—, sfr 6.—
☐ 1 Jahresabo um DM 38,—, öS 240.—, sfr 40,— ☐ kostenloses älteres Probeheft
NAME ADRESSE

ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft beruht." (MEW 17, 342) Lavrov kehrt dieses Verhältnis von Politik und Ökonomie um.

Ist auf Grundlage der Klassenanalyse Frankreichs noch die Erklärung für das Vorhandensein sozialistischer und halbsozialistischer Sekten in Frankreich zu finden, so muß von da aus auch die Frage nach dem Scheitern der Kommune gestellt werden.

Die Führer des Proletariats, jene "Persönlichkeiten", die sich auf dem "Niveau der wirklich führenden Ideen" /150/ befanden, waren selbst noch Vertreter des doktrinären Sozialismus. Erst die Entwicklung bis hin zur Kommune hatte den Proudhonismus als Sozialismus des Kleinbürgertums, die Idee der gleichen Verteilung als bürgerliche Illusion entlarvt.

Bildeten demgegenüber die blanquistischen Geheimgesellschaften die Avantgarde des Proletariats und konnte bis hin zur Kommune der Blanquismus als "theoretischer Ausdruck" des Proletariats bezeichnet werden, so mußten auch sie mit Errichtung der Kommune hinter die geschichtliche Bewegung zurückfallen. Der Blanquismus, der allein die Eroberung der politischen Macht zum Ziel hatte, konnte zur Lösung der wirklichen **Aufgaben der Kommune nichts mehr beitragen. Er wurde durch die Bewegung selbst überholt.** Die blanquistischen Verschwörerzirkel verloren ihren fortschrittlichen Charakter in dem Moment, als die proletarischen Massen selbst an die Spitze der Revolution traten und damit die Kluft zwischen Avantgarde und Masse des Proletariats aufgehoben war.

Die Kommune mußte scheitern, nicht weil sie keine konsequent sozialistische Politik betrieb und nicht durch einen sofortigen ökonomischen Umsturz die Befreiung des Proletariats erzwang – wie hätte das auch möglich sein sollen? –, auch nicht allein durch die bürgerlichen Elemente der Kommune selbst, die eine solche Politik sabotierten, sondern weil sie selbst noch von Sekten und keineswegs von S o z i a l i s t e n, die sich durch die Einsicht in die wirkliche Bewegung auszeichnen, bestimmt war aufgrund der noch unentwickelten kapitalistischen Produktion. Diese Sekten waren nicht mehr in der Lage, die dringendste Aufgabe zu erkennen und zu bewältigen, nämlich Zeit zu gewinnen durch die Befestigung der politischen Herrschaft, was Voraussetzung für die zu beginnende Befreiung der Arbeit gewesen wäre. Dies hätten n u r S o z i a l i s t e n leisten können.

Lavrovs Konzept revolutionärer Taktik unterscheidet sich nun von dem blanquistischer nur dadurch, daß er an Stelle des putschistischen politischen Umsturzes den ökonomi**schen Umsturz setzt. Wenn er die Aufgaben der Kommune nicht aufgrund einer Analyse** der historischen Situation Frankreichs bestimmt, sondern aufgrund von Dogmen, die zu befolgen gewesen wären, so ist es offensichtlich, daß es sich bei ihm um einen Vertreter des utopischen, doktrinären Sozialismus handelt, der selbst schon hinter die geschichtliche Bewegung zurückgefallen war.

Hat sich gezeigt, daß das Konzept revolutionärer Taktik bei Lavrov als idealistisches Konzept zu bezeichnen ist, er selbst als doktrinärer Sozialist damit schon nicht mehr in der Lage ist, die wirklichen Aufgaben der Kommune zu bestimmen, so ist es überflüssig, auf die von Lavrov aufgeworfenen Fragen, die, wie Meschkat im Vorwort formuliert, "immer noch im Mittelpunkt der Diskussion um eine sozialistische Strategie stehen: das Verhältnis von ökonomischer und politischer Umwälzung, die Rolle der revolutionären Partei, das Verständnis der Diktatur des Proletariats" /10/ explizit einzugehen, soweit sie nicht schon implizit behandelt sind.

Es erweist sich also, daß sehr wohl jede "revolutionäre Gruppe, die sich die Ablösung des Kapitalismus zum Ziel setzt" /13/, an diesem Buch von P.L. Lavrov vorbeikommt.

Projekt Klassenanalyse

Noch ein Brief

An die Schriftleitung der SoPo

Werte Genossen.

In der Vornotiz zu Joachim Bischoffs Aufsatz in SoPo 12 wird missbilligend erwähnt, daß ich einen Text - "Grundzüge einer geschichtsmaterialistischen Erkenntnistheorie" - in aller Form zurückgezogen habe, nachdem die Umgestaltung der SoPo-Redaktion stattgefunden hatte. Diese Zurückziehung erfolgte auf Ansuchen der ausgeschiedenen Redaktionsmitglieder, weil diese gewisse Texte, die von ihnen angeregt und mit ihnen verabredet worden waren, von ihnen nun anderweitig zur Veröffentlichung gebracht werden sollten. Dieses Ansuchen schien mir wohlbegründet - an dem vorangegangenen Konflikt innerhalb der Redaktionskonferenz hatte ich, hier in Birmingham weit vom Schuß, nicht teilgenommen - und ich habe ihm entsprochen. Darf ich Sie nun Ihrerseits ersuchen, diese Erklärung meiner Handlungsweise Ihren Lesern durch Veröffentlichung zur Kenntnis zu bringen?
Wenn ich den Sinn der Vornotiz recht verstehe, soll darin ausgedrückt sein, daß Sie auch Äußerungen, die von Ihren Meinungen abweichen und der Kritik derselben dienen, von Ihren Seiten nicht ausschliessen, wo nicht gar willkommen heißen. In dieser Annahme schließe ich hier einige Bemerkungen aus Anlaß von Joachim Bischoffs gegen mein Buch gerichteten Aufsatz bei und stelle sie Ihnen zur Veröffentlichung in der SoPo zur Verfügung. Würden Sie mich bitte darüber verständigen, ob Sie diesen Text zur baldigen Veröffentlichung akzeptieren oder ob Sie die Veröffentlichung sei es ablehnen sei es bis "Mot - zen" zurückstellen. Wenn letzteres, so stelle ich den Text meinen aus Ihrer Redaktion ausgeschiedenen Freunden zur Veröffentlichung an ihrem Ort zur Verfügung, und meine Zurückziehung des eingangs erwähnten Textes würde sich also auch aus Gesichtspunkten des Inhalts als berechtigt erweisen.

Yours comradely
Alfred Sohn-Rethel

Aus Anlaß von Joachim Bischoffs "Materielle und geistige Produktion, Sohn-Rethels 'Siegeszug' durch die nichtrevisionistische Linke".

Wer mein Buch gelesen hat, wird sich durch Joachim Bischoffs Kritik daran nicht wesentlich bestimmen lassen. Das ist es aber wohl auch nicht, worauf es dem Kritiker ankommt. Er hat es darauf abgesehen, so viele Anhänger im marxistischen Lager wie möglich davon abzuhalten, daß sie mein Buch lesen, indem er ihnen einredet, die Lektüre sei erstens überflüssig, weil im Grunde alles Nötige schon bei Marx steht, und zweitens könne die auf mein Buch verwandte Mühe höchstens zur Konfusion des Lesers beitragen. Eine so gezielte Kritik hat natürlich Erfolgschancen darin, daß jeder, der sowieso mit seiner Lektüre nicht nachkommt (und wem von uns geht es anders), mit Erlösung hören wird, daß er eines von den Büchern auf seiner Liste nicht bloß unbeschadet sondern geradezu gewinnbringend streichen kann. Freilich mag die Erlösung sich nur als eine zeitweilige erweisen, falls sich bei einer breiteren marxistischen Leserschaft eine gegenteilige Meinung festsetzt und Folgerungen zeitigt, an denen teilzunehmen man sich gezwungen sieht. Die Herstellung einer abgewogenen Kritik wäre demzufolge eine Frage der Zeit, nachdem mein Buch die Runde gemacht hat, und der Zeit will ich sie denn auch getrost überlassen.

Das ungeheure Geschirr von Repetitionen aus Marx, womit Bischoff gegen mich auffährt, verschlägt nämlich absolut nichts gegen die spezifische Leistung, mit der mein Buch aufwartet. Diese Leistung besteht in einer schlüssigen geschichtsmaterialistischen Herleitung der zeitlos-universellen Begriffsform, welche die von der manuellen Arbeit geschiedene intellektuelle Arbeit kennzeichnet. Das ist der harte, scharfe ziselierte Kern meines Buches, alles übrige erwächst daraus im Wege der Folgerung. Zu diesem Kern hat Bischoff nichts zu sagen; er geht darauf überhaupt nicht ein. Als ob eine wütende Hausfrau ihren Kübel voll Seifenwasser bei der Hintertür hinausschüttet, während der Gegenstand des Ärgernisses bei dem Vordereingang liegt und überdies seifenfest ist. Aber Bischoffs Seifenwasser ist als sol-

ches schön und stark. Was er da von der Marxschen Ökonomie resümiert, vor allem aus dem 3. Band des "Kapitals", geht ihm voll und glatt von der Feder, und er wirbelt großartigen Schaum damit auf. Doch meine Theorie steht danach so unversehrt da wie vorher. Ihre ausdrückliche methodologischen Vorkehrungen wie, daß die Größenbestimmung von Wert und Preis und die Analyse der Wertform der Waren sorgfältig unterschieden und auseinandergehalten werden müssen, oder daß die Formerklärung der exakten Wissenschaften nicht auf die Marxsche Ökonomie aufgepfropft werden kann sondern einer selbständigen systematischen Fundierung bedarf, sind vom Genossen Bischoff bestimmt nicht übersehen worden. Aber zu seinen Lesern und Anhängern schweigt er davon, für sie wäscht er geflissentlich darüber hinweg, damit sie nicht bemerken, daß der Großteil seiner Polemik sich auf ihren angeblichen Gegenstand gar nicht erstreckt. Diese Tatsache verrät sich freilich auch dadurch, daß seine Kritik den Leser über das Thema "materielle und geistige Produktion" ohne jeden Erkenntnisgewinn entläßt. Kritik sollte doch Erkenntniswert haben, dem Vorwande zur Erhellung und dem Leser zur gedanklichen Klärung dienen, wie sie das in so eindrucksvoller Weise bei Marx und Engels tut. Man denke nur an das "Elend der Philosophie", den Anti-Proudhon, oder den Anti-Dühring. An diesem Vorbild hätte sich Bischoff orientieren können. Aber er hat eben gar nicht die Substanz meines Buches, sondern nur seinen 'Siegeszug' im Auge. Daher die Hauptabsicht, die allgemeine marxistische Tauglichkeit des Autors zu diskreditieren und aus alle dem Kapital zu schlagen, was das Buch auf seinen knappen 212 Seiten nicht oder nur am Rande behandeln kann. Der Substanz meines Buches gegenüber bleibt Bischoffs Kritik dumm. Dadurch daß Form sich mit Material, Wertform sich mit Arbeit verbindet, hört sie noch nicht auf, Form zu sein. Die Arbeit ist nicht selbst die Ursache ihrer Abstraktifizierung. Wo also ist der Quell der Abstraktion zuletzt zu suchen? Etwa nicht in der Warenform, nicht im gesellschaftlichen Austauschprozeß? Ist es aus Konfusion, daß Marx einschärft, "der Austauschprozeß gibt den Waren, die er in Geld verwandelt, nicht ihren Wert, sondern ihre spezifische Wertform"? Nach Bischoff führt solche Insinuation zu dem Versuch, "die wirklichen inneren Gesetze der kapitalistischen Produktion aus der Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage zu entwickeln". Bei wem liegt hier wohl die Konfusion? Ich soll den Unterschied zwischen einfacher und kapitalistisch produzierter Ware ignoriert haben. Eher scheint mir Bischoff den zweiten Teil meines Buches ignoriert zu haben. Ihm zufolge erkläre ich, "die spezifische Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit sei ein Marktphänomen". Ich stelle die Taylorisierung der modernen Arbeit als ein Marktphänomen dar? Ist nicht gerade mein Argument, daß die Vergesellschaftungsform der Arbeit dem Arbeitsprozeß und gerade nicht dem Verwertungsprozeß entspringt? Weiter, ich verstände nicht, "daß die Bewegung des industriellen Kapitals eine Abstraktion in actu ist", wo doch meine ganze Theorie auf der These von der Realabstraktion im Austauschprozeß basiert? ! Ferner, "daß der Austausch eine wesentliche ... Form der Vermittlung der Herrschaft der gegenständlichen Arbeit über die lebendige ist, davon ahnt unser aufgewühlter Geist nicht das geringste". Es fällt schwer, jemandem, der das behauptet angesichts der Ausführungen auf S. 120/21 meines Buches, guten Glauben zuzubilligen. Dann heißt es, ich "fasse die materielle Produktion nicht historisch" - eine Behauptung, die wiederum den Tatsachen ins Gesicht schlägt - und wenige Zeilen später auf derselben Seite, ich "behandele die Naturerkenntnis als allgemeines Resultat der gesellschaftlichen Entwicklung"; soll das heißen, unabhängig von der Geschichte der materiellen Produktion? ! Und mit solchen Fehlinterpretationen und Verkehrungen geht es fort und fort.

Bischoffs Kritik ist über mein Buch auffallend ungleich verteilt. Mit der systematischen Formanalyse der Waren- bzw. Tauschabstraktion im ersten Teil, beschäftigt er sich, wie schon erwähnt, überhaupt nicht. Dieser Analyse kann er wohl nichts anhaben. Dann kann er aber auch meiner ganzen Theorie nichts anhaben. Denn wie gesagt, ist diese nichts als ein

Netz von Schlußfolgerungen, die sich jedem, der logisch denken will, aufdrängen müssen. So z.B. die Unterscheidung von Aneignungs- und Produktionsgesellschaft nach dem Modus der gesellschaftlichen Synthesis und auch dieser letztere Begriff selbst. Bischoff aber hält sich statt dessen vorwiegend an die Außenteile meines Buches, die beiden Anhänge, die Einleitung und vor allem an das kurze Vorwort. Daß ich als 19jähriger von der revolutionären Situation zur Zeit der Spartakuskämpfe in Berlin "bis auf den Grund aufgewühlt", war, darüber gießt er mit immer erneutem rhetorischem Ergötzen seinen Hohn und Spott aus. Verstehe das, wer will. Macht man bei seiner eigenen Kritik vom Emotionalen Abzug, so wird ersichtlich, daß in dem, was er vorbringt, viel Richtiges und Triftiges enthalten ist, viel gut verstandener Marxismus. Bei kühlerer Besonnenheit würde aber auch Bischoff klarwerden, daß nichts davon mit meiner Theorie in einem unvereinbaren Widerspruch steht. Er muß erst Auffassungen und Äußerungen von mir mißdeuten, aus dem Zusammenhang nehmen oder geradezu entstellen, um solche Widersprüche zu konstruieren. Es ist doch ganz unhaltbar, glauben zu wollen, daß das Marxsche Denken und die Marxsche Lehre unvereinbar sein sollten mit einer stimmigen, formgerechten Theorie der Kopf- und Handarbeit, wie es aber andererseits auch unbestreitbar ist, daß eine solche Theorie in expliziter Form bei Marx nicht vorliegt. Dem wissenschaftlichen Sozialismus, für den Bischoff davon eine "Verballhornung" zu sichten meint, kann in Wahrheit daraus nur eine weitere Stütze erwachsen. Meine Theorie steht zu Marx im Verhältnis der Erweiterung und Fortführung, aber nicht in dem des Widerspruchs. Meine Kritik an der Marxschen Warenanalyse im ersten Anhang gilt nur der Frage, woran es liegt, daß diese Erweiterung sich nicht Marx selbst schon ergeben hat..

Wenn ich hier von stimmiger Theorie der Kopf- und Handarbeit spreche, so ist damit nicht gesagt, daß das meine sein muß. Natürlich kann man meine Theorie für irrig halten und wesentlicher Korrekturen für bedürftig. Aber das mindeste, das von ihr gesagt werden kann,

Die wissenschaftliche Reihe bei S. Fischer

Conditio humana

Conditio humana
Ergebnisse aus den Wissenschaften vom Menschen

Herausgegeben von Thure von Uexküll und Ilse Grubrich-Simitis
Berater: Johannes Cremerius, Hans J. Eggers, Thomas Luckmann

Neu im Herbst '71:

Morton Fried, Marvin Harris und Robert Murphy (Herausgeber), Der Krieg
Zur Anthropologie der Aggression und des bewaffneten Konflikts. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Eberhard Bubser. Mit 5 Abbildungen, Bibliographie, Namen- und Sachregister, Hinweisen auf Herausgeber und Autoren, 328 Seiten, kartoniert DM 24,–

Martin Hoffman
Die Welt der Homosexuellen
Beschreibung einer diskriminierten Minderheit. Mit einem Vorwort des Autors zur deutschen Ausgabe. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Günther Danehl. Mit Literaturverzeichnis, Namen- und Sachregister, Notiz über den Autor, 184 Seiten, kartoniert DM 18,–

Joseph Church
Sprache und die Entdeckung der Wirklichkeit
Über den Spracherwerb des Kleinkindes. Mit einem Vorwort des Autors zur deutschen Ausgabe. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Helene von Allesch. Mit 2 Abbildungen, Literaturverzeichnis, Namen- und Sachregister, Notiz über den Autor, 292 Seiten, kartoniert DM 20,–

Anna Freud, Dorothy Burlingham und Mitarbeiter, Heimatlose Kinder
Zur Anwendung psychoanalytischen Wissens auf die Kindererziehung. Mit einem Vorwort der Autorinnen zur Neuausgabe, Namen- und Sachregister, Notiz über die Autorinnen, 252 Seiten, kartoniert DM 20,–

S. FISCHER

ist, daß ihre kritische Widerlegung und Ersetzung, wenn sie gelingt, unsere Erkenntnis ein beträchtliches Stück voranbringen würde. Daß sich davon bei der Bischoff'schen Kritik keine Spur zeigt, veranlaßt mich zu sagen, daß seine Polemik der Substanz meines Buches gegenüber dumm bleibt. Der Leser soll im Endergebnis mit dem Eindruck entlassen werden, daß mein Buch gar nicht hätte geschrieben zu werden brauchen, also auch nicht gelesen zu werden braucht. Etwas Neues von marxistischen Wert habe ich nicht zu vermelden. Der Erkenntnis der heutigen Dinge wäre am besten damit gedient, daß im Marxismus alles beim alten bleibt. Ist Bischoff wirklich nicht imstande, den Nutzen einer formgerechten Theorie der Hand- und Kopfarbeit für die heutigen Probleme und Aufgaben zu erblicken? Dann befindet er sich in einer rapide schwindenden Minderheit. Mein Eindruck ist, daß eine wachsende Zahl von Marxisten eine solche Theorie für ein wissenschaftlich begründetes Verständnis der Probleme des Sozialismus und seines Aufbaus geradezu als unentbehrlich ansehen.

Alfred Sohn-Rethel

RÖDERBERG

DAS PROFILIERT ANTIFASCHISTISCHE PROGRAMM

1. Neofaschismus in der BRD
Analysen - Argumente - Dokumentation

2. EMIL CARLEBACH:
Von Brüning zu Hitler
Das Geheimnis faschistischer Machtergreifung

Diese politisch brisanten Titel sind der Start der neuen Röderberg-Reihe:
TEXTE ZUR DEMOKRATISIERUNG
Antifaschistische Arbeitshefte des Röderberg-Verlags.
Heft 1: 1,— DM, Heft 2: 2,— DM

RV RÖDERBERG-VERLAG 6 FRANKFURT AM MAIN
Schumannstraße 56 Telefon 77 90 84
Buchmesse Halle 6 Stand 72 20

das europäische buch

Die Westberliner Buchhandlung für Sozialismus und marxistisch-leninistische Wissenschaften eröffnet in der Nähe der Freien Universität am 1. Oktober 1971 in

Berlin 33, Thielallee 34

Telefon: 832 81 86 (im Nebenhaus des Filmtheaters Capitol) ihre zweite Verkaufsstelle.

Klassiker - Neuerscheinungen aus der DDR - Modernes Antiquariat

PREISSENKUNG

von DM 32,— auf DM 22,—

FÜR DAS WÖRTERBUCH DER MARXIST.-LENINIST. PHILOSOPHIE

Georg Klaus und Manfred Buhr
Philosophisches Wörterbuch
Leinen in 2 Bänden zus. 1221 Seiten DM 22,—

Wieder lieferbar
Die bürgerlichen Parteien in Deutschland
Kollektiv unter Leitung D. Fricke Jena
BAND 1 „ALLDEUTSCHER VERBAND" BIS „FORTGESCHRITTENE VOLKSPARTEI" 806 S. DM 52,–
BAND 2 „FRAKTION AUGSBURGER HOF" BIS „ZENTRUM" 800 S. DM 52,–

Noch lieferbar W. S. Wygodski
Die Geschichte einer großen Entdeckung
(Karl Marx und sein Kapital) DM 4,20

deb VERLAG das europäische buch
1 BERLIN 12
Knesebeckstr. 3

...hören Sie mal rot! „pläne“

Lehrlinge zusammenhalten!
die Conrads, Süverkrüp, Floh de Cologne, Lerryn
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 33501, DM 20,–

Streik
Joan & Jose
politische Tageskampf im Franco Spanien
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 55501, DM 20,–

Zeitgenossen
Il Contemporaneo
Kampflieder aus Italien, Kuba, Griechenland
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 88101, DM 20,–

"... und Euch gehört ein Dreck!"
Dürer-Lied
Münchener Songgruppe
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 9, DM 5,–

Angela Davis
Liedermacher/Vorschlaghammer
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 11, DM 5,–

Dein Staat, das bekannte Unwesen
von und mit Dietrich Kittner
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 33302, DM 20,–

Neues Deutschland
aus der Singbewegung der DDR
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 88103, DM 20,–

Die Conrads
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 88102, DM 20,–

Der Baggerführer Willibald
Dieter Süverkrüp singt Kinderlieder
17-cm-Single, stereo,
Best.-Nr. Peng 6, DM 5,–

Süverkrüps Hitparade
Dieter Süverkrüp singt neue Lieder und Chansons
30-cm-LP, stereo,
Best.-Nr. 22303, DM 20,–

pläne

Verlag „pläne“ GmbH
46 Dortmund
Ruhrallee 62
Telefon 12 50 93